

Deutschland Archiv



Deutschland Archiv
2018

Deutschland Archiv 2018

Schriftenreihe Band 10353

Deutschland Archiv 2018

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren sowie den Personen im Interview finden sich auf den Seiten 187–188.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Inhalte der im Text und Anhang zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbieter. Für eventuelle Schäden und Forderungen können die Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) und die Autorinnen und Autoren keine Haftung übernehmen.

Bonn 2019

© Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Lektorat und Redaktion Print- und E-Book-Ausgabe:
Anja Linnekugel, Johannes Piepenbrink, Laura Gerken, alle bpb

Redaktion »Deutschland Archiv« Online bis August 2018:
Katharina Barnstedt, Dr. Clemens Maier-Wolthausen
(Jinit[AG für digitale Kommunikation)

Redaktion »Deutschland Archiv« Online seit September 2018:
Anja Linnekugel, bpb

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel
Satzherstellung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf
Umschlagfoto: © ddp images/Berthold Stadler
Druck und Bindung: Silber Druck oHG, Lohfelden

Sämtliche Einzeltexte stehen – mit Ausnahme der Bilder – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.



ISBN: 978-3-7425-0353-4

www.bpb.de/deutschlandarchiv

Inhalt

Editorial	9
FRANCESCO DI PALMA	
● Die SED vor der Herausforderung des »Prager Frühlings« – eine transnationale Betrachtung	11
MICHAEL LÜHMANN	
● 1968 Ost – Was vom »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« übrig blieb	21
MICHAEL KOHLSTRUCK	
● Rechte Gewalt in Ost und West: Wie lassen sich die höheren Zahlen in den neuen Bundesländern erklären?	32
SUSANNE RIPPL, NELLY BUNTFUß, NICOLE MALKE, NATALIE RÖDEL UNTER MITARBEIT VON LUISA SCHUBERT	
● Ostdeutsche Identität: Zwischen medialen Narrativen und eigenem Erleben	43
CHRISTIAN KÖNNE	
● Schwule und Lesben in der DDR und der Umgang des SED-Staates mit Homosexualität	55
CHRISTIAN KÖNNE	
● Homosexuelle und die Bundesrepublik Deutschland. Gleichberechtigte Mitmenschen?	70
INTERVIEW MIT HEIKE WOLTER	
● »Visafrei bis nach Hawaii« – Urlaubsträume, Trends und Reiseziele in der DDR	88
INTERVIEW MIT HASSO SPODE	
● »Deutschlands Sonne scheint in Italien!« Zur Entwicklung der Reiselust und des Tourismus in der Bundesrepublik	96

MARTIN G. MAIER

- Geteilte Heimat? Der Patriotismus der Friedensbewegung und die politische Rechte in Deutschland 105

MAXIMILIAN SCHOCHOW UND FLORIAN STEGER

- Politisierte Medizin in der DDR: Geschlossene Venerologische Stationen und das Ministerium für Staatssicherheit 114

FRANK BEIER

- Politisch inhaftierte Frauen in der DDR: Binnenperspektiven auf das Frauenzuchthaus Hoheneck 128

MICHAEL SCHNEIDER

- Über den Zaun und zurück – Flucht und Rückkehr des Bataillonskommandeurs der DDR-Grenztruppen Dietmar Mann 140

CHRISTIAN SAMMER

- Politik des Unpolitischen. Gesundheitsaufklärung im Global Humanitarian Regime 150

STEFANIE ENDLICH UND MONICA GEYLER-VON BERNUS

- Flughafen Tempelhof – Berlins »Tor zur Welt« im Kalten Krieg 163

SABINE PANNEN

- Die neue Zweiklassengesellschaft – Die Politik der Westöffnung und der innere Zerfall der SED-Parteibasis 176

Autorinnen und Autoren 187

Im Interview 188

Bildnachweis 189

THEMENSCHWERPUNKTE

- 1968
- Alltag und Gesellschaft
- Un-Rechts-Staat DDR
- Kultur und Medien
- Berlin – geteilte Stadt
- Transformationsprozesse und Deutsche Einheit

Editorial

Die Themen des Jahres 2018 waren vielfältig: Das »Deutschland Archiv« widmete sich unter anderem der Frage, wie an das »Schwellenjahr« 1968 erinnert werden kann. Denn die Jahreszahl ist inzwischen zu einer Chiffre geworden, die in Deutschland sehr unterschiedliche Reaktionen hervorruft und deren Nennung immer noch Debatten auslöst. Ein bis heute unterbelichteter Aspekt des »Revolutionsjahres«, ist die Rezeption der Entwicklungen in Prag, Paris oder (West-)Berlin in Ostdeutschland. Welche Hoffnungen und Enttäuschungen verbanden die Menschen in der DDR damit?

Eine solche Frage ist eng mit der Alltagsgeschichte des geteilten Deutschlands verknüpft, die im Zentrum vieler Beiträge des Jahres 2018 stand. Wie und wohin verreisten die Menschen in Ost- und Westdeutschland? Wie wurde gleichgeschlechtliche Liebe gesehen? Wie wirken Geschichtsorte im kollektiven Gedächtnis nach? Wo reichte der lange Arm des Regimes in das Privatleben der Menschen hinein, und wie politisch war das scheinbar Unpolitische? Auch beinahe 30 Jahre nach der deutschen Einheit können solche Erkundigungen das gegenseitige Verständnis zwischen Ost- und Westdeutschen noch immer vergrößern.

Die Erfahrungen der deutschen Teilung und der folgenden Transformationsprozesse wirken im Alltag des vereinten Deutschlands fort. Identitäten, die vor 1990 entstanden sind, wurden herausgefordert. Dabei gerieten Selbst- und Weltbilder ins Wanken – vor allem in Ostdeutschland. Grund genug für das »Deutschland Archiv«, sich auch 2018 mit identitätsbildenden Erinnerungen, Traditionen und den Kontinuitäten rechtsextremer Auffassungen auf beiden Seiten der ehemaligen Grenze zu beschäftigen.

*Dr. Clemens Maier-Wolthausen
Redaktion bis August 2018
Berlin, Dezember 2018*

Ausblick

2019 nimmt das »Deutschland Archiv« auf www.bpb.de/deutschlandarchiv vor allem den 30. Jahrestag des Mauerfalls und die Vorzeichen in den Blick, die es in verschiedenen Politik- und Kulturbereichen in der DDR bereits seit Mitte 1980er Jahre gab. Schwerpunkte werden dabei unter anderem die DDR- und Einheitserinnerungskultur, die Entwicklung der daran arbeitenden Institutionen sowie deren zukünftige Perspektiven und Aufgaben sein.

*Anja Linnekugel
Redaktion seit September 2018
Berlin, Dezember 2018*



Der Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht (links), der Generalsekretär der KPČ, Alexander Dubček (Mitte), und der KPdSU-Funktionär, Michail Suslow (rechts), bei einer Konferenz in der Tschechoslowakei, 1968.

Francesco Di Palma

Die SED vor der Herausforderung des »Prager Frühlings« – eine transnationale Betrachtung

Als am 5. Januar 1968 das Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ) den 47-jährigen Slowaken Alexander Dubček zum Ersten Sekretär wählte, sah es zunächst nach einem ganz normalen Machtwechsel aus. Was aber folgte, sollte alle kommunistischen und sozialistischen Parteien innerhalb und außerhalb des Warschauer Paktes herausfordern. Mit seiner Vision eines reformierbaren Kommunismus und eines offeneren Gesellschaftssystems inspirierte die neue

KPČ-Führung Parteimitglieder und Regierende in allen sozialistischen Bruderstaaten.

Im Folgenden soll die historische Bedeutung des Jahres 1968 für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ausgeleuchtet werden. Dabei thematisiert der vorliegende Beitrag sowohl die unmittelbare Vorgeschichte – die 1960er Jahre und die »Ära Ulbricht« – als auch die Entwicklung der DDR-Außenpolitik vor dem Hintergrund politischer und wirtschaftlicher Verbindungen zu anderen kommunistischen und nicht kommunistischen Partnern im geteilten Europa.

Zum sozioökonomischen Hintergrund

Die Reformbereitschaft des Generalsekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, hatte in der ersten Hälfte der 1960er Jahre ihren Gipfel erreicht. Wissenschaft und Forschung wurden stark vorangetrieben, Technik und Wirtschaft durch neue Investitionen gefördert.¹ Besonders im wirtschaftlichen Bereich sollten die Erneuerungen dazu dienen, Konsum und Produktion rationaler und gezielter zu planen, um somit die »Tonnenideologie« zu überholen, die ohne Rücksicht auf die wirkliche Nachfrage die Produktionskapazitäten bemaß und plante. Damit sollte auch die damit einhergehende Verschwendung von Ressourcen vermieden werden.²

Das gewagte Projekt kam die DDR-Kassen allerdings sehr teuer zu stehen. Die Umstrukturierung eines ganzen, weitestgehend maroden Staates ließ den bereits beträchtlichen nationalen Schuldenberg wachsen. Die Umstellung auf das neue ökonomische System (NÖS) dauerte einige Jahre. Diese Zeit wurde auch gebraucht, um die sonst stalinistisch, »überzentral«, denkenden Arbeitskräfte entlang der neuen Bedürfnisse auszubilden.

Das System war auf kurze Sicht durchaus erfolgreich. Das zu befürchtende und in seinen Ansätzen sofort erkannte Hauptproblem lag in der neuen »Kaderpolitik«, die eine solche politisch-ökonomische Umwälzung erforderlich machte. Die Neuerungen – zum Beispiel ein nun gefordertes persönliches Engagement und mehr Eigenständigkeit gegenüber dem Betrieb und seiner Führung oder die Einführung von »Boni« zur Leistungsankurbelung – mussten erst erlernt werden. Dies bereitete der Parteizentrale mit ihrem unverminderten exklusiven Führungsanspruch große Schwierigkeiten. Erneuerung und Modernisierung waren zwar durchaus erwünscht, nicht aber zu hohe Selbstständigkeit oder gar »kapitalistisches« Denken.³

Die kühne Politik Ulbrichts, der nach wie vor von der Vorstellung beflügelt war, die Bundesrepublik Deutschland bei Produktivität und

wirtschaftlicher Leistung binnen kurzer Zeit ein- und überholen zu können, war nicht unumstritten, sowohl in der eigenen Partei als auch in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU).⁴

Doch insgesamt war es eine relativ »euphorische« und erfolgreiche Zeit für die SED und die DDR. Die staatstragende Partei konnte sich in ihren politischen Visionen von »oben« (UdSSR) und von außerhalb (internationale Verbindungen) bestätigt und unterstützt sehen, und das Land befand sich sozial und wirtschaftlich im Aufbruch.

Außenpolitischer Hintergrund

Den Bemühungen der SED um die staatliche Anerkennung der DDR in der westlichen Welt war in den 1960er Jahren nur mäßiger Erfolg beschieden. Sie scheiterten einerseits an tiefen ideologischen Diskrepanzen, andererseits an der stets wachsenden Bedeutung der Bundesrepublik als weltweite Wirtschaftsmacht und Aushängeschild des Westens an der Grenze zum »Ostblock«.⁵ Der offensiv vertretene Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung – in Form der Hallstein-Doktrin – hielt auch Länder, die einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR nicht abgeneigt waren, von dem entscheidenden Schritt ab. Die westlichen, kapitalistischen Staaten bildeten jedoch keinen monolithischen Block und verfolgten eine Politik, die ihren eigenen nationalen Bedürfnissen bei Wahrung der jeweiligen Bündnisstrategien entsprach.

Auf dem VII. SED-Parteitag 1967 wurde das Ziel eines »entwickelten, gesellschaftlichen Systems des Sozialismus« propagiert. Doch wie Ulbricht höchstpersönlich zu bedenken gab, müsse sich die DDR-Gesellschaft erst in ihren Grundfesten verändern, bevor der Sozialismus seine Wurzeln schlagen könne.⁶ Mit der Ankündigung der »Ulbricht-Doktrin« 1967 – die als Gegenpart zur Hallstein-Doktrin besagte, dass alle Ostblock-Länder, die Beziehungen zur Bundesrepublik aufnehmen, vorab die DDR anerkennen müssten – war de facto aller Anspruch auf eine Alleinvertretung der (deutsch-)deutschen Nation dahin. Im bipolaren Weltsystem des späten Kalten Krieges verfangen und als Aushängeschild der UdSSR an der Nahtstelle zwischen Ost und West konnte sich die DDR nicht über den Status eines strategischen Objekts in den Händen des »großen Bruders« hinausentwickeln, zumindest bis zur politischen und diplomatischen Anerkennung 1972. Sie war jedoch in der Lage, teilweise souverän bilaterale Verbindungen zu initiieren, in deren Rahmen sie in Berührung mit verschiedenen, auch »anders denkenden«, Akteuren kam, wie beispielsweise der Tschechoslowakei.

Keine Experimente

Die SED-Führung setzte dennoch alles daran, Reformversuche in den Nachbarstaaten vorbehaltlos zu bekämpfen. Dazu gehörte aus ihrer Sicht auch der »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«, den Dubček in der Tschechoslowakei vorantrieb.⁷ Hierbei fielen nicht nur ideologische Überlegungen ins Gewicht; tatsächlich spielten auch geopolitische Szenarien eine bedeutende Rolle. Die Ost-Berliner Machthaber befürchteten einen eventuellen Austritt des südöstlichen Nachbarn aus dem Warschauer Pakt und die daraus resultierenden, sowohl innenpolitisch als auch international verheerenden Konsequenzen für die DDR. Ulbricht warnte einerseits vor einem gefährlichen Übergreifen reformistischen Gedankenguts auf die DDR, andererseits davor, dass ein Triumph des reformierten Sozialismus der von Ost-Berlin scharf kritisierten Ostpolitik Willy Brandts neue Nahrung geben könnte.⁸

De facto hatte der SED-Vorstand bereits 1967 sein außenpolitisches Hauptziel grundlegend umformuliert, auch als Folge der allgemeinen Verhärtung in den Beziehungen zur Bonner Regierung. Mit dem Amtsantritt des Kabinetts unter Kurt Georg Kiesinger Ende 1966, in dem Franz Josef Strauß als Minister für Finanzen agierte, sah sich der ostdeutsche Staat dazu genötigt, seine Deutschlandpolitik hin zu einer gesteigerten Abgrenzung von der Bundesrepublik neu auszurichten. Die Ankündigung Kurt Georg Kiesingers, er wolle das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten »entkrampfen«, ließ in der DDR die Alarmglocken läuten.⁹

Als Reaktion wurde beschlossen, alle Bemühungen zur diplomatischen Anerkennung der DDR zu intensivieren und schließlich die gesamte auswärtige Politik darauf abzustellen. Das Sekretariat des ZK der SED gab diese Entscheidung unmittelbar nach Gründung des Kabinetts Kiesinger bekannt und schwor alle ihre Partner, insbesondere die Liga für Völkerfreundschaft, der die jeweiligen internationalen Freundschaftsgesellschaften unterstanden, darauf ein.¹⁰ Die konzertierten Bestrebungen dieser DDR-Sympathisanten in den westlichen Staaten und ihrer ostdeutschen Partner führten zur Organisation einer großen Konferenz mit dem Titel »Die Bedeutung der Anerkennung der DDR für die Sicherheit Europas«,¹¹ die im Juni 1968 in Helsinki stattfand und an der mehrere westeuropäische Vertreter teilnahmen. Daraus resultierte die Gründung eines ständigen internationalen Komitees für die Anerkennung der DDR, das gesamt-europäisch wirkte und sich seitdem »Helsinki-Komitee« nannte.¹²

Die daraus entstehenden Anerkennungskomitees in Europa boten der DDR den Vorteil, eine höhere Präsenz in der öffentlichen Meinung zu

erlangen und entsprechend mehr Solidarität für ihr Hauptziel zu erhalten. Zudem waren sie besonders wirksam und »salonfähig«, da sie – anders als die Freundschaftsgesellschaften, die dazu angehalten waren, auch die spezifischen Vorzüge des »realen Sozialismus« zu bewerben – allein auf das außenpolitische Programm hinarbeiten und somit ein breites Spektrum an Sympathisanten für sich einnehmen konnten.¹³ Erste Ergebnisse ließen nicht lange auf sich warten: Anfang 1969 wurden das schwedische, das italienische und das interafrikanische Komitee gegründet.¹⁴

Der Prager Frühling und die kommunistischen Parteien

Die Verschärfung des Kalten Krieges Anfang der 1960er Jahre wirkte sich zwar restriktiv auf die Chancen der DDR aus, international souverän zu agieren. Doch die Fokussierung der außenpolitischen Bemühungen Ost-Berlins auf das Hauptziel, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR um jeden Preis, barg zugleich auch unerwartete Vorteile: Ostdeutsche Politiker konnten ihre Interessen gezielt auf ausgewählte Ansprechpartner richten, auch im nicht-sozialistischen Europa.¹⁵ Dabei galt das Augenmerk der SED insbesondere Frankreich und Italien beziehungsweise deren kommunistischen Parteien, dem Parti Communiste Français (PCF) und dem Partito Comunista Italiano (PCI).¹⁶

Die Verbindungen zwischen dem PCF und der SED standen auf außenpolitischer Ebene auf dünnem Eis, trotz der philosophischen Grundeinstellung der französischen Kommunisten und der sonst so gepriesenen Solidarität unter ideologisch affinen »Bruderparteien«. Anfang 1968 hatte die SED noch den Beschluss ihrer westeuropäischen »Genossen« begrüßt, eine gemeinsame Plattform mit der Föderation der Demokratischen und Sozialistischen Linken (FGDS) einzugehen, die sich zum Ziel setzte, »die Weiterführung der Diskussion im Hinblick auf die von der FKP [Französischen Kommunistischen Partei] gestellten Ziele eines Bündnisses der gesamten Linken für die Ablösung des gaullistischen Regimes und die Schaffung einer wirklichen Demokratie« zu fördern.¹⁷

Nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag am 21. August 1968 schlug die Lage plötzlich um, wie die Abteilung für Internationale Verbindungen der SED prompt registrierte.¹⁸ Die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR war an der Operation nicht direkt beteiligt, Ost-Berlin unterstützte sie dennoch vorbehaltlos und hatte große Truppenteile in Alarmbereitschaft versetzt und an die deutsch-tschechoslowakische Grenze verlegt.

In einer Vorlage für das Politbüro machte die Abteilung darauf aufmerksam, dass einige kommunistische Parteien, wie der italienische PCI aber auch die KP Rumäniens, eine »revisionistische Strategie« verfolgen würden. Sie hätten beispielsweise anlässlich des für das SED-Regime notwendigen Eingriffs des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei »eine kleinbürgerlich-nationalistische Haltung« eingenommen.¹⁹ Andere, so weiter in dem Dokument, hätten sich von ihren bisherigen Grundeinstellungen distanziert und nun gar antisowjetische Positionen bezogen. Eine Stellungnahme von Luigi Longo, dem Generalsekretär des PCI, schürte die Entrüstung der Ost-Berliner Machthaber weiter. Dieser ließ verlautbaren:

»Die Logik der Blöcke hat auch innerhalb der Front der sozialistischen Staaten gewirkt. Diese Logik muss also beseitigt werden, wenn man tatsächlich im europäischen Maßstab und in jedem einzelnen Land neue Bedingungen für den Fortschritt und die demokratische Erneuerung schaffen will.«²⁰

Auch der PCF kritisierte zunächst entschieden die Niederschlagung des »Prager Frühlings« durch die Truppen des Warschauer Paktes. Es dauerte jedoch nicht lange, bis die Führung der französischen Kommunisten – aufgrund massiven Drucks sowohl von der Basis als auch von der KPdSU und ihren »real sozialistischen« Verbündeten wieder auf eine Position zurückfiel, die der sowjetischen Politik grundsätzlich entsprach. Der PCF war Ende 1968 wieder »auf Linie« und entschlossener Widersacher der französischen Regierung, was seinerseits nicht immer auf Verständnis in Moskau traf, wo der sowjetische Partei- und Staatschef Leonid Breschnew oft mildere Töne anschlug. Aus seiner Sicht wäre eine Stärkung der Rolle Frankreichs geeignet, dem Einfluss der USA auf dem Kontinent Einhalt zu gebieten.²¹

Strategie und Einflussnahme

Insgesamt konnte die SED-Leitung ihre ideologische Aufgabe hinsichtlich der westeuropäischen »Genossen« als nahezu erfüllt betrachten. Sie bestand darin, abtrünnige KPs wieder auf Linie zu bringen oder zumindest zu destabilisieren.

In diese Strategie schrieb sich ein gegen den PCI gerichteter Sabotageplan ein. Im September 1968 wurden in Italien anonyme Broschüren in

Umlauf gebracht, die den Einmarsch in der Tschechoslowakei rechtfertigten und gleichzeitig auf den ideologischen »Verfall« des PCI-Vorstands verwiesen, der umgehend bekämpft werden müsse. So entstand direkter Druck auf die Parteimitglieder, die zur Auflehnung gegen die Parteileitung animiert wurden. Auch gingen Briefe an rangniedrigere Funktionäre, die inhaltlich den Broschüren stark ähnelten.

Der Vorfall ist bis heute nicht vollständig geklärt. Auch ist nicht belegt, wer hinter der Aktion tatsächlich stand. Anzunehmen ist allerdings, dass es sich um den SED-Vorstand handelte: Die Unterlagen stammten von dem Verlag *Zeit im Bild* aus Dresden, der sonst die außenpolitische Propaganda der SED abwickelte.²² Höchstwahrscheinlich war der Text, der stilistisch an Veröffentlichungen des SED-Funktionärs Hermann Axen angelehnt war, zumindest teilweise von diesem selbst verfasst worden. In der Hetzschrift warnte der Autor die Parteibasis davor, sich von den »verbürgerlichten« PCI-Machthabern irreführen zu lassen, die völlig geblendet seien, den marxistisch-leninistischen Lehren endgültig abgeschworen hätten und nun nur im Dienste der »Klerikal-Bourgeoisie« und des »US-Imperialismus« agierten.²³

Zwar konnte die Aktion keine nennenswerten Resultate zeitigen, sie löste in der italienischen Partei dennoch Entrüstung und Chaos aus. Auch konnten die Ost-Berliner im Laufe des Jahres 1968 zu ihrer Genugtuung feststellen, dass die »revisionistischen Kräfte« innerhalb des PCF – darunter eine ihrer wichtigsten Stimmen, Roger Garaudy, Chefideologe der Kommunistischen Partei Frankreichs und Kritiker der orthodoxen Parteilinie – nach und nach entmachtet wurden. Dazu hatte die SED-Führung einen aktiven Beitrag leisten können.

Während der Krise in der Tschechoslowakei setzte das DDR-Regime den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) oft als Einfluss- und Belehrungsmittel ein. Da die Kanäle zu den italienischen Kommunisten zunächst versperrt waren, intensivierte der FDGB seine Tätigkeit gegenüber Frankreich und dem französischen Gewerkschaftsbund, der *Confédération générale du travail* (CGT). Letzterer hatte im September 1968 auf einer gemeinsamen Kundgebung mit der italienischen *Confederazione Generale Italiana del Lavoro* (CGIL) in Rom ihre kompromisslose Anprangerung der Niederschlagung des »Prager Frühlings« bekräftigt, aber zu keiner Zeit die Kontakte zu real sozialistischen Genossen und Verbänden abgebrochen.²⁴ Der FDGB war von dem Vorhaben getrieben, lokale Grundorganisationen und Leitungen der CGT gegeneinander auszuspielen, um sich dadurch Vorteile zu verschaffen. Ähnlich wie in Italien – wie oben dargestellt –, initiierte der FDGB eine Sabotage-Aktion

in großem Umfang, indem er nach dem 21. August subversive Briefe und Broschüren an PCF-Mitglieder und dem PCF nahestehende Personen verschickte. Diese enthielten reine ideologische Belehrungen vor dem Hintergrund der Prager Krise und riefen unverhohlen zur Auflehnung gegen die »verweichlichte« Gewerkschafts- und Parteiführung auf.²⁵

Die italienische KP stand hingegen meist kompakt und geschlossen zu der vom Vorstand propagierten scharfen Kritik an der militärischen Intervention in der Tschechoslowakei. In dieser Zeit nahm die Strategie des »compromesso storico« – des historischen Kompromisses – allmählich Gestalt an. Der PCI wandte sich einer weitestgehend blockneutralen Position zu und suchte – zumindest auf dem Papier – über die Kluft des Kalten Krieges hinweg den Dialog mit allen am Frieden und sozialen Fortschritt interessierten Kräften, in Italien mit den Christdemokraten der Democrazia Cristiana (DC) und international.

Hermann Axen, ab Ende der 1960er Jahre eine der außenpolitisch einflussreichsten Persönlichkeiten in den Reihen der ostdeutschen Staatspartei, verfasste im November 1968 im SED-Organ *Einheit* einen Artikel mit dem Thema »Proletarischer Internationalismus in unserer Zeit«, in dem er seine Besorgnis über die revisionistische »Abgleisung« des italienischen PCI zum Ausdruck brachte. Dieser leiste dem kapitalistischen Imperialismus Vorschub, indem er sich, seit Ende der 1950er Jahre und nun in verstärktem Maße seit Sommer 1968, von den Lehren und Zielen des Marxismus-Leninismus distanzieren und mit seiner polyzentristischen Doktrin die Vorbildfunktion der Sowjetunion infrage stelle.²⁶

1968 – eine Zäsur?

Vor dem geschilderten Hintergrund stellt sich nun die Frage, ob der Umbruch des Jahres 1968 überhaupt einen markanten Einschnitt in der Geschichte der SED bedeutete. Fest steht, dass die Ereignisse der ausgehenden 1960er Jahre die Außenbeziehungen der ostdeutschen Staatspartei vor neue Herausforderungen stellten: Die Niederschlagung des »Prager Frühlings« ließ ideologische Verschiedenheiten und politische Rivalitäten zwischen Ost- und Westkommunismus noch deutlicher zum Vorschein kommen und bereits bestehende Differenzen in Wirkung und Bedeutung weiter anwachsen. Die Konflikte des Jahres 1968 waren ein Indiz dafür, dass die marxistisch-leninistische Staatsdoktrin gegenüber revisionistischen Tendenzen auf tönernen Füßen stand. Die Entwicklungen der darauffolgenden Dekaden sollten dies eindeutig unter Beweis stellen.

Aber bildete das Jahr 1968 eine Zäsur? Die SED profitierte nach dem Einmarsch der sozialistischen Verbündeten von der sich daraus ergebenden offiziellen Festigung des Status quo. Sie bemühte sich, fruchtbare Westkontakte zu pflegen und die Anerkennung zu forcieren, mit dem Ziel, die »deutsche Frage« möglichst bald zu lösen und dem Ostblock zum ideologisch-materiellen Sieg zu verhelfen. Wie der Historiker und DDR-Forscher Stefan Wolle zu Recht betont hat, war die Zeitspanne zwischen dem Bau der Berliner Mauer 1961 und dem »Prager Frühling« 1968 für die SED eine Periode des konsequenten Umbaus und der forcierten Modernisierung, an deren Ende aber offenbar »alles beim Alten blieb.«²⁷

Anmerkungen

- 1 Vgl. das mittlerweile etwas veraltete, dennoch weiterhin lehrreiche Standardwerk von Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR (1949–1985)*, Frankfurt a.M. 1985, zu den 1960er Jahren s. S. 139–197; ferner Klaus Schröder, *Der SED-Staat: Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990*, Köln 2013.
- 2 Hierzu grundsätzlich: André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre: Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül*, Berlin 1999; ders.: *Von Plan zu Plan: eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004.
- 3 Vgl. Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform* (Anm. 2), S. 301–345.
- 4 Dierk Hoffmann, *Die DDR unter Ulbricht: gewaltsame Neuordnung und gescheiterte Modernisierung*, Zürich 2003.
- 5 Vgl. ebd., S. 300–301; Heiner Timmermann (Hg.), *Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung*, Münster 2005; ferner auch Siegfried Bock (Hg.), *DDR-Außenpolitik: ein Überblick*, Berlin 2010.
- 6 Referat Ulbrichts in: *Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, 17. bis 22. April 1967, Bd. I, Berlin 1967.
- 7 Hierzu Lutz Prieß u. a.: *Die SED und der »Prager Frühling« 1968: Politik gegen einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«*, Berlin 1996.
- 8 Vgl. ebd.; ferner Lutz Prieß und Manfred Wilke, *Die DDR und die Besetzung der Tschechoslowakei am 21. August 1968*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36 (1992), S. 26–34.
- 9 Carel Horstmeier, *Ostdeutsche Ohnmacht und widerwillige Hilfe durch Bruderstaaten. Die Anerkennungspolitik der DDR 1949–1973*, in: Timmermann, *Die DDR in Europa* (Anm. 5), S. 69–87, hier S. 80.
- 10 Ebd., S. 82–83.
- 11 Die Bedeutung der DDR für die Sicherheit Europas, in: *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO-BArch), DDR-Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit*, DZ/23/248, Konferenzmaterialien, 1968.

- 12 Konzeption für die Arbeitsweise, Rolle und Funktion des Internationalen ständigen Komitees, in: SAPMO-BArch, Liga für Völkerfreundschaft, DY/13/2586, 29.8.1968; ferner auch Ständiges Internationales Komitee der Konferenz von Helsinki (Hg.), Argumentations- und Dokumentationsbroschüre für die DDR-Anerkennungsbewegung in Europa, DY/13/2584, 1970.
- 13 SED Hausmitteilung an Norden, in: SAPMO-BArch, Abteilung Internationale Verbindungen, DY/30/IV A2/2028/111, 30.1.1967.
- 14 Übersicht über die im nichtsozialistischen Ausland bestehenden Freundschaftsgesellschaften, in: SAPMO-BArch, Abteilung Internationale Verbindungen, DY/30/J IV 2/2A/1556, 25.10.1971.
- 15 Vgl. Arnd Bauerkämper und Francesco Di Palma (Hg.), Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs. Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas (1968 bis 1989), Berlin 2011, S. 7–15.
- 16 Zu den Beziehungen der SED zum PCF siehe u. a. Francesco Di Palma, PCF und SED im späten Kalten Krieg: ein translokales Beziehungsgeflecht?, in: Anne Kwaschik und Ulrich Pfeil (Hg.), Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen, Brüssel 2013, S. 275–288; zur SED und dem PCI, ders.: Die SED, der PCI und der Eurokommunismus (1968–1989). Akteure, Netzwerke, Deutungen, in: Bauerkämper und Di Palma, Bruderparteien (Anm. 15), S. 149–167.
- 17 Aktionsabkommen zwischen der FKP und der Föderation der Demokratischen und Sozialistischen Linken (FGDS) vom 23.2.1968, in: SAPMO-BArch, Abteilung Internationale Verbindungen, DY/30/IV A 2/20 997, S. 1.
- 18 Zur internationalen Lage und zur Situation in der kommunistischen Weltbewegung nach den Maßnahmen der fünf sozialistischen Staaten vom 21.8.1968, in: SAPMO-BArch, Abteilung Internationale Verbindungen, DY/30/12616, Vorlage für das PB.
- 19 Ebd., S. 12.
- 20 Ebd., S. 15.
- 21 Bericht von Marchais über Gipfel KPdSU-PCF (4.–5.11.1968) vom 5.12.1968, in: Archives du Parti communiste français, Fonds Direction Comité central, 261 J 2/44.
- 22 Hierzu u. a. Johannes Lill, Völkerfreundschaft im Kalten Krieg? Die politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen der DDR zu Italien 1949–1973, Frankfurt a. M. 2001, hier S. 222–223.
- 23 Cecoslovacchia, in: Archivio del Partito Comunista Italiano, Fondo Lombardo Radice, hier S. 3.
- 24 Hierzu u. a. Alexandre Bibert, Schadensbegrenzung oder begrenzter Schaden? Die Beziehungen zwischen dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und der Confédération générale infolge der Niederschlagung des »Prager Frühlings«, in: Bauerkämper und Di Palma, Bruderparteien (Anm. 15), S. 85–101.
- 25 Vgl. Ulrich Pfeil, Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990, Köln 2004, hier S. 258.
- 26 Hermann Axen, Proletarischer Internationalismus in unserer Zeit, in: Einheit 12 (1968) 10, S. 1201–1219.
- 27 Stefan Wolle, Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Berlin 2008, hier S. 18.



Am 21. August 1968 marschierten die Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR ein. Auch für viele DDR-Bürger war dies ein einschneidendes Ereignis.

Michael Lühmann

1968 Ost – Was vom »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« übrig blieb

1968 (West) ist mal wieder in aller Munde. Und das nicht allein, weil Historiker, Politologen, Publizisten, Medien und die Öffentlichkeit im Allgemeinen »vom Selbstvergewisserungs- und -verortungszwang angetrieben [...] Anhänger[n] einer okkulten Zahlenmystik« gleich, mal wieder von »Zehnerpotenzen [verzaubert]«¹ die Verortung des Jahres 1968 für die bundesrepublikanische Geschichte neu verhandeln. Auch deshalb, weil der seit einigen Jahren grassierende, von der »Neuen Rechten« erdachte und inzwischen recht erfolgreiche Meinungs- und Kulturkampf von rechts 1968 als zu bekämpfende Chiffre bundesrepublikanischer Geschichte und Gegenwart wiederentdeckt hat: jenes 1968 des angeblichen Werte- und

Sittenverfalls, des Multikulturalismus und der vermeintlich linken Meinungshegemonie, das »links-rot-grün verseuchte 68er-Deutschland« (Jörg Meuthen),² welches von neurechten Apologeten als der Ursprung allen Übels beschworen wird.³

Dass 1968 noch einmal eine solche (Gegen-)Mobilisierungsmacht entfalten würde – insofern ergibt der Selbstvergewisserungszwang dann doch auch einen Sinn – war zum Gedenkjubiläum 2008 nicht absehbar. 50 Jahre nach der »Entdeckung« der 68er⁴ – deren folgender Popularisierung, Überhöhung und Selbstheroisierung, die spätestens mit Heinz Budes Generationenporträt und Ingrid Gilcher-Holteys programmatischem Sammelband über das Jahr 1968 als Gegenstand der Geschichtswissenschaft einer ordnenden Historisierung des Komplexes 1968 wich⁵ – hatte sich 1968 von der umkämpften Chiffre in einen bundesrepublikanischen Erinnerungsort verwandelt. Einen, der zwar eine bestimmte Haltung zur Bundesrepublik ermöglichte, aber auch einen, der nicht mehr zu harten Konflikten führte, sondern der allenfalls zu milder kritischer Rückschau einlud. Seither durfte wohl, historisch abgesichert, von einem wichtigen Wende- oder Kristallisationspunkt in der Geschichte nicht nur der Bundesrepublik gesprochen werden. Dieser verweist einerseits nicht auf das Jahr 1968 allein, sondern auf ein dynamisches zeitliches Umfeld und kann andererseits, bei aller Breite des Ereigniszusammenhangs, als ein, aber nicht der einzige, Beitrag zur Liberalisierung der Bundesrepublik gelten. Dabei ist klar, dass nicht jedes Zerfallsprodukt der 68er bruchlos in eine Erzählung von Demokratisierung und Liberalisierung überführt werden kann. Und es ist auch klar, dass Themenfelder wie Frauenrechte, Gleichstellung oder Ökologie erst weiterer Aufbrüche bedurften, die fernab mancher ideologischer Verwirrung⁶ eine eigene Entstehens- und Wirkungsgeschichte beanspruchen dürfen.⁷ Dass dieser Gesamtkomplex heute so scharfen Angriffen ausgesetzt ist, darauf wird zurückzukommen sein.

Doch zunächst wendet sich der Blick nach Osten. So klar die Befunde für den Westen der Republik sind, so heftig der Kampf um 1968 (West) wieder entbrannt ist, so wenig bekannt waren und sind, so »vernachlässigt«⁸ wurden und werden die zeitgleichen Entwicklungen für den östlichen Teil der heutigen Bundesrepublik, so wenig taugten und taugen sie für eine Selbstvergewisserung und Selbstverortung. Es fehlt auch, und dies bleibt auch zehn Jahre nach der Diagnose wenig umstritten,⁹ schlicht an einer Erzählung, an einer geteilten Ikonografie, an Versuchen, die Geschichte der östlichen Bundesländer über Herrschafts- und Diktaturgesichtspunkte auf der einen und stereotypisierte Alltagsaspekte auf der anderen Seite hinaus um Protestphänomene und prägende subkulturelle Praxisformen

zu ergänzen.¹⁰ Dabei gibt es sehr wohl, verschüttet unter Diskursen über Erfolg und Misserfolg von Revolution und Einheit, von Transformation und Ankommen in einer gemeinsamen Republik, so etwas wie ein geteiltes, kollektives Wissen über 1968 in der DDR, das indes in den Erlebnisberichten der Zeitzeugen jener Jahre eingeschlossen ist und im heutigen Reden über die DDR und ihre langfristigen Nachwirkungen kaum einen Platz gefunden hat.

68er im Osten?

Jenseits der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über die Existenz einer eigenständigen Generation der Ost-68er,¹¹ lassen zumindest biografische Erinnerungsschnipsel das Bild einer Generation im Aufbruch entstehen.¹² Der Leipziger Kabarettist Bernd-Lutz Lange erinnert mit Blick auf die ČSSR etwa »ein Land mit frischem Geist und einem neuen gesellschaftlichen Konzept«, das so gar nicht diesem »Land der kalten Funktionäre« geglichen habe.¹³ Auch die Daheimgebliebenen spürten, was in Prag passierte: »1968 war ein sehr, sehr wichtiges Jahr in der DDR. Was in der DDR Beine, Ohren und Augen hatte, war vollkommen besessen von dem, was in der ČSSR passierte. [...] Nicht ein paar Intellektuelle, sondern viele DDR-Bürger«, so Christa Wolf 2008.¹⁴ Nicht minder einprägsam als die Aufbruchsstimmung war folglich der Einmarsch in Prag. Eindrücklich beschreibt der Historiker Stefan Wolle, wie »am frühen Morgen des 21. August 1968 [...] die Radiomeldungen über den Einmarsch der Armeen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei jäh die sommerliche Idylle [zerrissen]«,¹⁵ während der Leipziger Autor und langjährige SPD-Stadtrat Gerhard Pötzsch im Blick zurück den Vorabend des 21. August 1968 als einen Abend schildert, den »eine gespenstische, allumfassende Stille ein[schnürte]«. ¹⁶ Keine nackte Obermaier, keine Kommunarden, kein Dutschke, kein Ohnesorg zierten die Cover; vielmehr dominierten düstere Warnungen an das Nachbarland die Zeitungen – hernach wurde Prag 1968 im gesamten Ostblock ein bis 1989 hinein beschwiegener Komplex. Aber selbst wenn 1968 wohl auch wegen dieses Mangels kein Erinnerungsort der DDR geworden ist,¹⁷ lassen sich dennoch mehrere Linien bis 1989 und darüber hinaus ziehen, die im Gedenkjahr 2018, aber auch mit Blick auf das große Revolutions- und Einheitsjubiläum in den kommenden Jahren eine Rolle spielen sollten.

Was von 1968 übrig blieb ...

Erstens zermalmten die Panzerketten des real existierenden Sozialismus nicht nur die Hoffnung auf ein bisschen Luft zum Atmen. Sie zerstörten vielmehr wenige Jahre nach dem Aufbruch des Jahres 1964 und dem »Kahlschlag« des Jahres 1965 erneut und wohl endgültig den Glauben an die Reform- und Zukunftsfähigkeit sowie die innere Legitimation des Sozialismus,¹⁸ den sich Erich Honecker mit seiner finanziell und legitimatorisch desaströsen Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik später im wahrsten Sinne des Wortes zurückkaufen musste.

Daraus folgt zweitens, dass der Bezugspunkt eines demokratischen Sozialismus, der in den Reihen der Bürgerrechtler am Beginn der Revolution von 1989 vielfach im Zentrum stand, an der Bevölkerung scheitern musste, wie die nachstehend zitierte Äußerung aus den Wirren der Revolution unterstreicht:

»Wenn ick det schon höre, von Beruf Dramaturg, Lyriker, Malerin, denn weeiß ick doch: Die können nich' arbeiten, und die wolln och nich' arbeiten«, schimpft Mirko, 23, Reichsbahner. »Die wolln, det wir ihnen den Sozialismus mit menschlichem Gesicht uffbauen. Noch mal zehn Jahre lang. Ohne mich, det sag' ich dir.«¹⁹

Drittens hatte sich der größte Teil dieser 68er-Generation nach 1968 aus der Öffentlichkeit weitestgehend zurückgezogen, führte ein »richtiges Leben im falschen System«, wie Wolfgang Thierse später formulierte, und harrete der Dinge, die da kommen mochten.²⁰ Die spätberufenen »Wendepolitiker«, wie etwa Thierse, Matthias Platzeck oder Angela Merkel, mögen hier als prominenteste Beispiele gelten. Nicht umsonst brauchte es lange Zeit, bis sich diese Generation wieder, dafür umso gewaltiger, im Vorfeld und Verlauf der Revolution von 1989 zurückmeldete. Dennoch reichten einige wenige Stichwortgeber, um die 1968 ff. steckengebliebene Generation an das Versprechen einer besseren Zukunft zu erinnern. Der Traum durfte noch einmal geträumt werden, die Generation bekam, anders als die auf die Rente zusteuernde Aufbau-Generation, noch einmal eine zweite, eine echte Chance und nutzte diese, so gut es eben ging.

Dass sich, viertens, über das Beschweigen von Prag 1968 und dessen Verarbeitung diese Generation inzwischen tief in sich gespalten hatte – in einen kleinen Generationszusammenhang, der vor allem in oppositionellen und in Kirchenkreisen zu verorten war (und der sich heute, deutlicher als zuvor, über den gesellschaftlichen Rechtsruck aufspaltet, diesen gar mit

befeuert),²¹ und einen wesentlich größeren, der sich mit dem DDR-System weitestgehend auf ein Stillhalteabkommen geeinigt hatte –, erschwerte die Kommunikation zwischen den Gleichaltrigen. Diese tiefe Zerrissenheit der Trägergeneration der friedlichen Revolution von 1989 dürfte viel zum Zielkonflikt zwischen der Opposition, den neu hinzuströmenden Politikern der Wendezeit und dem Volk auf der Straße beigetragen haben.

... und welche Debatten heute notwendig sind

All diese Linien verbanden sich in der Revolution von 1989. Die Opposition und die Bewegung auf der Straße entfremdeten sich im Eiltempo und die Bürgerbewegten hatten Mühe, nachzuvollziehen, welche zentrale Frage die Menschen auf den Straßen antrieb. Hinzu kam: Während Honecker zum einen das hehre Ziel einer Gesellschaft der Gleichheit auf dem Altar des Konsumsozialismus geopfert hatte, als er den Ostdeutschen in den 1970er Jahren ein Strohfeder bescheidenen Wohlstands als Politikersatz entfachte, war zum anderen der Glaube an die Reformierbarkeit des Sozialismus 1968 ff. abgestorben – die bereits belastete Arena für Helmut Kohls blühende Landschaften war bereitet.²²

Nicht allein der zweifellos schon in der Weimarer Republik erfolgte Rückgang sozialdemokratischer Blüte in Sachsen und Thüringen, auch nicht nur die Vereinnahmung der sozialistischen Symbole und Rituale durch die SED²³ verhalf Kohl zu seinen Siegen bei den kommenden Bundestagswahlen. Auch hatten die aus der Niederschlagung des Prager Frühlings resultierenden Enttäuschungen und die folgende resignative Desillusionierung weiter Teile der Bevölkerung ihren Anteil an der konservativen Wende in vielen Gebieten des Ostens 1990 mit ihrer besonderen Hochburg in Sachsen.²⁴

Konservative Wende und Rechtsruck

Diese konservative Wende bescherte der Union fulminante Wahlsiege, sie brachte zudem, darunterliegend und mit tiefen Wurzeln in der niedergehenden DDR, etwas hervor, was heute mit Blick auf Ostdeutschland vielfach diskutiert wird: eine spezifische politische Kultur, die rechte Haltungen begünstigt und in der Abwehr gegen die eingangs beschriebene Chiffre 1968 (West) resultiert. Gemeint ist jenes bereits angesprochene 1968 des Werte- und Sittenverfalls, Multikulturalismus und linker Meinungshegemonie,

dem entweder aus Unkenntnis oder Desinteresse keine ostdeutsche Entsprechung von 1968 an die Seite gestellt werden kann. Es taugt allenfalls dafür, das zwangsläufige Scheitern linker Utopie noch zu unterstreichen, wie es etwa jene rechts gewendeten Bürgerrechtler tun, allen voran die in neu- bis radikal rechte Kreise abgedriftete Vera Lengsfeld.²⁵ Der Bezugspunkt 1968 ist mithin heute in konservativ-rechten Kreisen – nicht nur – Ostdeutschlands einer, der auf massive Ablehnung stößt und in seinen verschiedenen Spielarten entweder als Beweis für das Scheitern linker Utopie oder als Fundament einer Erzählung des Werteverfalls ein Eigenleben führt.

Über diese Delegitimierung des Jahres 1968 im ostdeutschen Diskurs geht allerdings eine Dimension der versäumten Revolte von 1968 zwischen Ostsee und Erzgebirge verloren, die für die politische Kultur in Ostdeutschland so dringend notwendig wäre: jener mit Sicherheit in seiner Fixierung auf 1968 übertriebene, aber für die »Fundamentalliberalisierung« der Bundesrepublik so notwendige Diskurs über die Verstrickung der Vorgängergeneration in den Nationalsozialismus. Mit gravierenden Folgen bis heute, auf die etwa Wolfgang Kraushaar hinweist: Auf die Frage, ob das Fehlen einer emanzipativen 68er Bewegung im Osten langfristig wirke, antwortet der Politikwissenschaftler unter Verweis auf die ganz anders verlaufene westliche Entwicklung in aller Deutlichkeit:

»In einem Staat, der sich als antifaschistisch verstand, meinte man sich nicht mit den autoritären Ressentiments und dem Nationalsozialismus auseinandersetzen zu müssen. Dadurch ist es zu einer Verlängerung dieser braunen Ur-Suppe durch die DDR-Zeit hindurch bis in die heutige Zeit gekommen. In den 90er Jahren kam dann in den neuen Bundesländern diese ungeheure Welle an Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zum Vorschein. Und das stärkt bis heute Pegida und die AfD. Im Osten Deutschlands war man von einem bestimmten Erbe eingeholt worden.«²⁶

Ursachenforschung

So hart und plakativ die Formulierung Kraushaars ist, es wäre dennoch zu einfach, nun als Ostdeutscher dem Westler Kraushaar vorzuwerfen, er schreibe sich hiermit in den »nicht eben kleinen Korpus jener Texte ein, in denen westdeutsche Expertinnen und Experten die Anfälligkeit für autoritäres und rechtsextremes Gedankengut als vermeintlich ostdeutsches Problem pathologisieren und mit Verweis auf angebliche Versäumnisse in

der DDR meinen, ihrer Beweispflicht nachgekommen zu sein.«²⁷ So einfach sollte man es sich im Vorfeld des großen Revolutions- und Einheitsjubiläums 2019/20 nicht machen, sondern weitersuchen, ob es neben den Wirren der Transformation, falschen oder enttäuschten Versprechen und mannigfaltigen rechten Ideen- und Personentransfers aus den westlichen in die östlichen Bundesländer nach 1989/90 nicht auch Logiken gibt, welche die besondere Offenheit gegenüber rechtem Denken (und leider allzu oft und deutlich überproportional auch entsprechendem Handeln) in Teilen Ostdeutschlands auch aus der Geschichte der DDR heraus begründbar erscheinen lassen.²⁸ Dass jedenfalls das Abgehängt-Sein weit weniger erklärungs mächtig für rechte Regression sein könnte, darauf verweist jüngst die eine Studie von Felix Rösel und Lasare Samartzidis. Die Autoren kommen vielmehr zu einem anderen, so nur in Ostdeutschland messbaren, Befund: »Die AfD-Ergebnisse in Ostdeutschland sind also weniger Ergebnis eines gefühlten sozialen oder wirtschaftlichen »Abgehängt-Seins« als vielmehr Ausdruck einer niedrigeren Toleranz gegenüber modernen Lebensformen und einer höheren Skepsis gegenüber Politikern.«²⁹

Eine bis heute viel zu wenig diskutierte Anregung gab hierzu bereits im März 1989 der Regisseur und DDR-Bürgerrechtler Konrad Weiß, der in Bezug auf den Stalinismus feststellte, dass dieser nicht nur den »antifaschistischen Staat und die antifaschistische Idee« diskreditiert habe, sondern dass seither

»alle Fehler, alle Mängel dieses Staates und dieser Gesellschaft [...] Argumente für die eigene moralische Überlegenheit [wurden] [...]. Die latente Bereitschaft zur Umkehr schlug um in einen neuen, jedoch in der tiefsten Seele gehaltenen Fanatismus. Diese rückbekehrten Faschisten lebten vierzig Jahre lang nach außen hin angepaßt, als politisch indifferente oder sich sozialistisch gebärdende Bürger. Sie sind es, denke ich, die geduldig auf ihre Stunde gewartet und nun an ihre Enkel den braunen Stafettenstab weitergereicht haben. Sie, die unauffällig sind und harmlos scheinen, die schwer zu packen sind, halten die Fäden in der Hand; nicht jene Handvoll früherer SS-Leute und Parteibonzen, die hier und da unter falschem Namen oder mit gefälschten Papieren untergekrochen sein mögen. Das alles, es ist mir bewußt, ist Hypothese. Vielleicht ist alles viel einfacher. Vielleicht gibt es wirklich Familien, in denen die faschistische Idee offen und ungebrochen gelebt und ein faschistisches Elitebewußtsein gezüchtet wurde. Vielleicht sind es die Witwen der Gehenkten, die an die Söhne und Enkel das Vermächtnis der Männer weitergereicht haben.«³⁰

In Bezug auf die Lehren aus 1968 Ost ließe sich ein solcher Effekt zumindest mutmaßen, auch weil der Antifaschismus der DDR hier deutliche Kratzer, der Antistalinismus, den Weiß hier anführt, neuen Auftrieb erhielt.³¹

Jedenfalls liefert der von Anfang an brüchige Mythos des DDR-Antifaschismus, der »vielleicht noch mehr als die Idee des Sozialismus selbst – aus der Perspektive ihrer Verteidiger zum innersten Legitimationskern der DDR«³² gehörte, für Anfang und Verlauf der DDR – der Historiker Jens Gieseke spricht von einer »subkutan postfaschistische[n] Gesellschaft«³³ – wie für deren Ende mannigfaltige Hinweise. Die letzten Kinder und Jugendlichen der DDR, jene ab 1970 Geborenen, schworen in Scharen dem Sozialismus und Antifaschismus ab und drifteten bis über das Ende der DDR hinaus in rechte Ideologien, Subkulturen und vor allem Übergriffe ab, weil bei ihnen »die Distanz gegenüber antisemitischen, nationalistischen und rechtsextremen Einstellungen nachzulassen [begann] – was die rechtsextreme Jugendszene Ende der 80er Jahre und den rechtsextremen und fremdenfeindlichen Gewaltausbruch in den neuen Bundesländern bis 1993 erklärt.«³⁴

Wir müssen reden!

Weiß' Überlegungen, angewendet auf das Bild der Niederschlagung des Prager Frühlings, aber auch auf die negativ aufgeladene Chiffre 1968 West, könnten erklären helfen, wieso sich rechtes Denken in Teilen Ostdeutschlands und insbesondere in Sachsen gerade als Abwehrdiskurs in neue Höhen aufschwingen konnte. Jedenfalls: Dass 50 Jahre nach dem Traum von einem »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« in manchen Regionen Ostdeutschlands und besonders Sachsens AfD, NPD, »PEGIDA« und Co. eine gewisse Deutungshoheit errungen haben und gemeinsam das liberale Fundament der Bundesrepublik attackieren, während im mecklenburgischen Jamel völkische Siedler Wiesen erobern oder im erzgebirgischen Schwarzenberg neue »national befreite« Zonen entstehen, sollte jenseits ostdeutscher Befindlichkeiten und westdeutscher Belehrungen neue Debatten anstoßen.

Anmerkungen

- 1 So die treffende wie bissige Formulierung von Fernando Esposito, Zäsurdenkenszäsur, der Verlust geschichtsphilosophischer Kompass nach dem Boom, in: *Indes 7* (2018) 1, S. 115–121, hier S. 115.
- 2 »Der Weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland«, *Süddeutsche Zeitung*, 30.4.2016, www.sueddeutsche.de/politik/proteste-gegen-afd-aufmarsch-der-wut-1.2974815-2, letzter Zugriff am 2.7.2018.
- 3 Vgl. etwa Albrecht von Lucke, Gegen '68: Grün-Schwarz und der Kulturkampf der AfD, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6 (2016), S. 5–8.
- 4 Vgl. Klaus Hartung, Über die langandauernde Jugend im linken Gestus. Lebensalter und Politik – aus der Sicht eines 38-Jährigen, in: *Kursbuch 14* (1978) 54, S. 174–188.
- 5 Siehe Heinz Bude, *Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938–1948*, Frankfurt a.M. 1995; Ingrid Gilcher-Holtey, 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998.
- 6 Vgl. zu diesem Komplex nach wie vor Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Köln 2001.
- 7 Die Entstehung der Grünen beispielsweise ist ein Lehrstück über die Parallelität, Heterogenität und teils fundamentale Widersprüchlichkeit von sozialer Bewegung seit den 1960er Jahren, vgl. hierzu etwa Silke Mende, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.
- 8 Eckhard Jesse, 1968 – und 50 Jahre später. Eine deutsch-deutsche Bestandsaufnahme, in: *Indes 7* (2018) 1, S. 88–99, hier S. 97; auch Ilko-Sascha Kowalczyk beklagt eine kaum stattfindenden Thematisierung von »1968« im Osten und eine Überlagerung durch westliche Diskurse, vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, »1968« – ein ostdeutscher Erinnerungsort? Ereignisse, Reaktionen, Nachwirkungen, in: Bernd Florath (Hg), *Annäherungen an Robert Havemann*, Göttingen 2016, S. 351–406, hier S. 351 f.
- 9 Vgl. hierzu mit zahlreichen Belegen: Michael Lühmann, Geteilt, ungeliebt, deutungsschwach? Die 68er-Generation der DDR, in: *Deutschland Archiv* 41 (2008) 1, S. 102–107.
- 10 Eine wohlthuende Ausnahme liefert Stefan Wolle, *Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968*, Berlin 2008.
- 11 Vgl. zur Debatte, die in der vergangenen Dekade, mit Ausnahme von Ilko-Sascha Kowalczyk (Anm. 8), kaum berichtenswerte Ergänzung gefunden hat: Lühmann, 68er-Generation (Anm. 9).
- 12 Vgl. etwa den Bericht von Barbara Metselaar Berthold, *Kratzen am Beton. 68er in der DDR?*, Jena 2008, S. 7.
- 13 Bernd Lutz Lange, *Mauer, Jeans und Prager Frühling*, Berlin 2006.
- 14 Vgl. Arno Widmann, »Nehmt Euch in Acht.« Die Schriftstellerin Christa Wolf über den Prager Frühling, existenzielle Kämpfe in der DDR und die widersprüchliche Rolle der West 68er, in: *Frankfurter Rundschau*, 11.7.2008; vgl. auch Jana Simon, *Frei hinter geschlossener Tür*, in: *Die Zeit*, 5.6.2017.

- 15 Wolle, Die DDR 1968 (Anm. 10), S. 8.
- 16 Gerhard Pötzsch, Taschentuchdiele, Halle (Saale) 2015, S. 289.
- 17 Ein entsprechender Eintrag fehlt jedenfalls in Martin Sabrow, Erinnerungsorte der DDR, München 2009. Der Beitrag von Kowalczuk kommt indes zum dem Schluss, das 1968 sehr wohl ein, wenn auch weiterhin geteilter, Erinnerungsort sei, vgl. Kowalczuk (Anm. 8), S. 405.
- 18 Michael Lühmann, »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Es gibt keinen Dritten Weg«. Wie die SED im Jahr 1965 beschloss, die Realität abzuschaffen und darüber ihren Nachwuchs verlor, in: Deutschland Archiv, 7.12.2015, www.bpb.de/216974.
- 19 Christoph Kleßmann und Georg Wagner, Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945–1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, München 1993, S. 392f.
- 20 Vgl. Wolfgang Thierse, Das richtige Leben im falschen System. Wolfgang Thierse im Gespräch mit Ulrich Wickert, Stuttgart 2001, S. 15–43, hier S. 31.
- 21 Markus Decker, DDR-Bürgerrechtler auf rechten Abwegen, in: Frankfurter Rundschau, 31.5.2018. »Das das Gegenteil zur DDR eben nicht automatisch genannte demokratische Werte sind«, hierauf weist der taz-Autor Daniél Kretschmar hin und kommentiert weiter: »Der rasende Antikommunismus vieler Ex-Bürgerrechtler ist verständlich. Ihrem Status als Opfer eines Unrechtsregimes, deren Erfahrungen bewahrt werden müssen, tut er keinen Abbruch. Die alleinige Legitimation der musealen Erzählung durch die Ablehnung der DDR hilft aber offensichtlich nicht bei der nachhaltigen Verankerung von Toleranz, Pluralität und Rechtsstaatlichkeit und wird nicht zufällig von der AfD als freundliche Einladung verstanden.« Daniél Kretschmar, Mehr als ein »innerer Konflikt«, in: Die tageszeitung, 20.6.2018.
- 22 Michael Lühmann, Ostdeutsche Lebenslügen, in Blätter für deutsche und internationale Politik 62 (2017) 11, S. 59–64.
- 23 Vgl. hierzu Franz Walter, Das »rote Mitteldeutschland«. Mythos und historische Realität, in: Perspektiven ds, 8 (1991) 3, S. 228ff.
- 24 Vgl. Michael Lühmann, Sächsische Befunde. Blicke ins eigene Land, in: Dresdner Hefte 35 (2018) 1, S. 32–40.
- 25 Dass Vera Lengsfeld keine Ausnahme ist, zeigt die länger werdende Liste von Bürgerrechtlern mit Nähe zu Positionen und Netzwerken der AfD und von »PEGIDA«, zuletzt wurde die SDP-Gründerin Angelika Barbe in den Stiftungsrat der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung berufen. Die Ehrenrettung, die Jesse für diese Abtrünnigen versucht, indem er sie als rechte, nicht aber rechtsextremistische Widerständige anführt, die »die heutige Debattenkultur als stickig« empfinden, überzeugt wenig und zeigt überdies die Grenzen des Extremismuskonzepts auf, das hilflos und blind für den gesellschaftlichen Rechtsruck ist und bleibt. Vgl. Jesse, 1968 (Anm. 8), S. 98f.
- 26 Elisabeth Zoll, Interview: Politikwissenschaftler Kraushaar zu den 68ern, swp.de, 12.1.2018, www.swp.de/politik/inland/politikwissenschaftler-kraushaar-zu-68ern-_modernisierungsschub-fuer-die-deutsche-gesellschaft_-24529230.html, letzter Zugriff am 20.3.2018.
- 27 So argumentierte der ostdeutsche Historiker Stephan Stach jüngst in einer Replik auf westdeutsche Kritiker ostdeutscher Verhältnisse, Stephan Stach, Westdeutsch-

- land erklärt's dem Osten. ... oder warum die DDR-Geschichte als Erklärungsgrund nicht ausreicht, in: *Zeitgeschichte-online*, Januar 2018, www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/westdeutschland-erklart-dem-osten, letzter Zugriff am 20.3.2018.
- 28 Vielfältige Hinweise liefert die leider bisher unveröffentlichte Studie von Danny Michelsen u. a., *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland im regionalen Kontext*, Göttingen 2017.
- 29 Felix Rösel und Lasare Samartzidis, Wert- statt Geldmangel: AfD triumphiert im Osten dort, wo es an Toleranz und Vertrauen in die Politik fehlt, in: *ifo Dresden berichtet* 3 (2018), S. 9–13, hier S. 12–13.
- 30 Konrad Weiß, Die neue alte Gefahr – Junge Faschisten in der DDR, in: *Kontext* 5, März 1989, www.kontextverlag.de/weiss.winterberg.html, letzter Zugriff am 20.3.2018.
- 31 Jan Faktor erinnert einen ähnlichen Zusammenhang, nach 1989/90 habe der Prager Frühling »in seiner Heimat keine Rolle mehr gespielt. Alexander Dubcek, die Ikone des Prager Frühlings, sei ja selbst Kommunist gewesen, den Wirtschaftsreformer Ota Sik, der einen menschlichen Sozialismus mit marktwirtschaftlichen Zügen erträumte, habe man später ausgelacht.«, Andreas Montag, Es war einmal in Prag, in: *Mitteldeutsche Zeitung*, 28.4.2018.
- 32 Jens Gieseke, Antifaschistischer Staat und postfaschistische Gesellschaft. Die DDR, das MfS und die NS-Täter, in: *Historical Social Research* 35 (2010) 3, S. 79–94, Zitat S. 80.
- 33 Ebd., S. 92.
- 34 Vgl. bereits Thomas Ahbe, *Der DDR-Antifaschismus. Diskurse und Generationen – Kontexte und Identitäten. Ein Rückblick über 60 Jahre*, Leipzig 2007, S. 49, Zur Kontinuität rechten Denkens und Handelns über die Schwelle 1989/90 am Beispiel der Pogrome von Hoyerswerda vgl. auch Christoph Wowtscherk, *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991*, Göttingen 2014.



Michael Kohlstruck

Rechte Gewalt in Ost und West: Wie lassen sich die höheren Zahlen in den neuen Bundesländern erklären?

»Rechte Gewalt im Osten stärker als im Westen«, »Mehr fremdenfeindliche Attacken in den neuen Bundesländern als in den alten«, »Flüchtlingsunterkünfte im Osten öfter von Attacken betroffen« – Schlagzeilen dieser Art sind seit 1990 fester Bestandteil der Berichterstattung zum Thema rechter Gewaltkriminalität. Tatsächlich werden in den ostdeutschen Bundesländern im Durchschnitt mehr rechte Gewaltdelikte pro 100 000 Einwohner begangen als im Westen. Zugleich liegt die Quote der Gewaltkriminalität insgesamt dort niedriger als in den alten Bundesländern. Wie lässt sich das erklären?

Brisantes Thema

Das Thema ist mehrfach brisant: Gewaltdelikte stellen den schwerwiegenden Teil der politischen Kriminalität dar. Anders als die allgemeine oder nichtpolitische Kriminalität betrifft sie neben den unmittelbaren Opfern die Ordnung des Gemeinwesens in besonderer Weise. Der Ost-West-Vergleich enthält zudem innerdeutschen Sprengstoff. Dauerhafte Unterschiede im Ausmaß der rechten Gewalt zwischen den neuen und den alten Bundesländern können eine idealisierte Vorstellung von deutscher Einheit diskreditieren. Als Vorwurf gefasst, wird die höhere Quote rechter Gewalt in den neuen Bundesländern zu einem Element der »Ossifizierung«, also des Abwertungsdiskurses, der im Westen geführt wird.¹ Dessen ungeachtet stellen der quantitative Vergleich und die Erklärungen von Unterschieden eine typische sozialwissenschaftliche Aufgabe dar.

Im Folgenden wird gezeigt, auf welcher Datenbasis die rechte Gewaltkriminalität beobachtet wird und welche Erklärungsansätze dafür von den Sozialwissenschaften erarbeitet wurden. Im Zentrum stehen die Jahre zwischen 2001 und 2013. Dies hängt mit der Verfügbarkeit von Daten zusammen, die im Rahmen einheitlicher Definitionssysteme erfasst werden. Zudem liegen für diesen Zeitraum Forschungsergebnisse zu rechten Gewalttätern vor. Schließlich gibt es Anhaltspunkte, dass mit dem Jahr 2014, dem Aufkommen der Pegida-Bewegung und der Krise der Flüchtlingspolitik, neue Entwicklungen einsetzen: Das Bundeskriminalamt (BKA) spricht von emotionalisierten Einzeltätern – bei zwei Dritteln der Tatverdächtigen scheinen keine »rechten Bezüge« zu bestehen und es fehlen Anhaltspunkte für organisationsgesteuerte Straftaten.²

Was sagt die polizeiliche Statistik?

Der statistische Befund als solcher ist zunächst einmal eindeutig. Laut Bundeskriminalamt waren die fünf neuen Länder hinsichtlich der Häufigkeitszahlen rechter Gewalt zwischen 2001 und 2013 immer unter den sieben Bundesländern mit den höchsten Werten.³ Die Daten der Polizei haben für die Vergleichsperspektive eine zentrale Bedeutung, da sie für Ost- und Westdeutschland im Rahmen eines bundeseinheitlichen Definitions- und Erfassungssystems erhoben werden. 2001 wurde der »Kriminalpolizeiliche Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität« (KPMd-PMK) zur mehrdimensionalen Erhebung politischer Kriminalität eingeführt, der seitdem die Zahlenbasis liefert. Die Daten werden jährlich vom Bundesministerium des Innern (BMI) veröffentlicht.

Die absoluten Fallzahlen sind in den bevölkerungsreichen Bundesländern meistens am höchsten. Aufschlussreicher sind demgegenüber die sogenannten »Häufigkeitszahlen«, die die absoluten Fallzahlen rechnerisch ins Verhältnis zu der Bevölkerungszahl des jeweiligen Bundeslandes setzen und die Zahl der Fälle pro 100 000 Einwohner angeben. Erst mit dieser standardisierten Bezugsgröße lassen sich überhaupt Vergleiche durchführen. Dennoch sind statistische Darstellungen keine Realitätsspiegel. Es handelt sich vielmehr um eigenständige Repräsentationen von Wirklichkeit, die nach spezifischen Prinzipien konstruiert werden. Diese Konstruktionsprinzipien muss man kennen, um den Aussagewert der Statistik beurteilen zu können.

Im polizeilichen Sprachgebrauch bezeichnet »Gewaltkriminalität PMK – rechts«, hier synonym verwendet mit »rechter Gewalt«, die Gesamtheit der hier einzuordnenden Straftaten. Dem liegt ein Katalog von 42 Straftatbeständen aus dem Strafgesetzbuch (StGB) und dem Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) zugrunde.⁴ Teilmengen werden als »extremistische« Taten, als »Hasskriminalität« oder als »fremdenfeindliche« Delikte erfasst. Als »extremistische« Taten werden die Taten bezeichnet, die die Verfassungsordnung ganz oder in wesentlichen Teilen auf illegale Weise verändern wollen. Zur »Hasskriminalität« werden die Taten gezählt, die man weniger dramatisierend als »Vorurteilskriminalität« bezeichnet.⁵ Eine Teilmenge der »Hasskriminalität« sind die »fremdenfeindlichen« Delikte, die die Täter aufgrund der Nationalität, der ethnischen Zugehörigkeit, der Hautfarbe oder der Religionszugehörigkeit der Opfer begangen haben.

Die Fallzahlen zu den unter verschiedenen Gesichtspunkten konstituierten Teilmengen dürfen nicht addiert werden, da jeder Fall mehrfach kategorisiert werden kann. Ein »fremdenfeindlicher« Gewaltfall fällt sowohl unter die Kategorie »Hasskriminalität« wie möglicherweise auch unter die Kategorie »extremistisch«.

Das Niveau von Gewaltkriminalität im Vergleich

Kriminologisch könnte man versucht sein, die stärkere Belastung der ostdeutschen Bundesländer mit rechter Gewalt über ein generell höheres Aufkommen von Gewaltkriminalität zu erklären. In der polizeilichen Zählweise ist die politisch motivierte Gewaltkriminalität eine Teilmenge der allgemeinen Gewaltkriminalität, wie sie in der »Polizeilichen Kriminalstatistik« (PKS) erfasst wird.⁶ Das Rätsel wäre gelöst, wenn sich zeigen ließe, dass die Gewaltkriminalität als solche in den neuen Bundesländern stärker ausgeprägt ist als in den alten.

Die konkreten Daten der PKS stützen diese Hypothese aber nicht: Die Häufigkeitszahl für Fälle von Gewaltkriminalität liegt in den neuen Bundesländern seit dem Beginn einer systematischen Erhebung 1993 unter den Werten für die westlichen Bundesländer. Zwischen 1993 und 1999 war der Abstand gering, seitdem besteht eine stabile Differenz. Dem Konstanzer Inventar zur Kriminalitätsentwicklung zufolge wurden 2010 in den alten Bundesländern durchschnittlich 255 und in den neuen Bundesländern 200 Fälle von Gewaltkriminalität pro 100 000 Einwohner polizeilich registriert.⁷

Korrelation von rechter Gewalt und sozioökonomischen Indikatoren

Verschiedene Ansätze, auf der Ebene von großen Sozialräumen zwischen dem Auftreten rechter Gewalt und sozioökonomischen Indikatoren Korrelationen zu identifizieren, haben bislang nicht zur Bestimmung von klaren Mustern geführt. Soweit solche Korrelationen untersucht worden sind, fallen sie uneinheitlich aus: Die Vergleichsstudien zu politischer Gewalt in Nordrhein-Westfalen und Sachsen haben die Zusammenhänge zwischen rechter Gewalt und verschiedenen sozial-ökonomischen Faktoren auf Landkreis-Ebene getestet. Einbezogen wurden acht Größen: der Arbeiteranteil an den Beschäftigten, der Anteil der Beschäftigten unter 35 Jahren, der Anteil der Schulabgänger mit Abitur, die Arbeitslosenquote, Jugendarbeitslosigkeit und Allgemeinkriminalität, die Männer/Frauen-Ratio in der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen, der Anteil gering qualifizierter Beschäftigter und der Anteil der Schulabbrecher.

Das Ergebnis für Sachsen lautet: »Die regionale Varianz politisch motivierter rechter Gewalt in Sachsen ist mit Aggregatdaten nicht zu erklären.« In Nordrhein-Westfalen tragen hingegen fünf Variablen in einem kombinierten Erklärungsmodell in gewissem Umfang zur Analyse bei. Dabei hat die Arbeitslosenquote zusammen mit dem Arbeitsplatzangebot für Geringqualifizierte den stärksten Einfluss.⁸ Die entscheidende Einsicht dieses exemplarischen Vergleichs eines alten und eines neuen Bundeslandes besteht darin, dass sich keine Liste von sozioökonomischen Variablen identifizieren lässt, anhand derer Ausmaß und Entwicklung rechter Gewalt erklärt werden können. Damit scheinen die Modelle auszuscheiden, die auf der Interpretation dieser statistischen Korrelationen zwischen dem Ausmaß rechter Gewalt und bestimmten gebietsbezogenen sozioökonomischen Kennziffern beruhen.

Bestimmen Einstellungen das Verhalten?

Vor dem Hintergrund der regelmäßigen Erhebungen zu rechtsextremen Einstellungen oder zu der »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)« wird manchmal angenommen, rechte Gewalt sei als lineare Folge von rechten Einstellungen zu erklären. Dieses einfache Handlungsmodell ist jedoch unzutreffend. Der Leipziger »Mitte-Studie« zufolge war in den neuen Bundesländern in den Erhebungsjahren 2002, 2004 und 2006 der Anteil von Befragten mit einem »geschlossenen rechtsextremen Weltbild« niedriger als im Westen. Für die Erhebungsjahre 2008, 2010 und 2012 verhielt es sich genau umgekehrt. Eine parallele Tendenz-Veränderung bei den Häufigkeitszahlen rechter Gewalt lässt sich allerdings nicht beobachten.⁹

Die Vorstellungen, rechte Gewaltakte ließen sich als direkte Verwirklichung eines entsprechenden geistigen Entwurfs (»Gedankengut«) von Personen mit extrem rechten oder auch nur fremdenfeindlichen Einstellungen erklären, führen nicht zum Ziel: Wenn das Verhalten direkt aus den Einstellungen oder Orientierungen folgen sollte, müsste die Zahl der entsprechenden Delikte um Dimensionen höher sein.¹⁰

Dies lässt sich auch an den geschlechtsspezifischen Aspekten verdeutlichen. Die GMF-Untersuchungen der Jahre 2002 bis 2009 zeigen, dass Frauen im Hinblick auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Durchschnitt fremdenfeindlicher eingestellt sind als Männer.¹¹ Eine entsprechende Geschlechterverteilung ist bei den Urhebern rechter Gewalt allerdings nicht zu beobachten. Rechte Gewalttaten werden in rund 90 Prozent aller Fälle von Männern begangen. Dies zeigt die Auswertung der Zusammenstellung des brandenburgischen Generalstaatsanwaltes, die seit 1998 geführt wird und Fälle von rechtsextremistisch, fremdenfeindlich oder antisemitisch motivierter Gewalttaten gegen Personen im Land Brandenburg erfasst ebenso wie eine Studie zu Sachsen.¹² Für Brandenburg lag der Anteil der Frauen unter den Tatverdächtigen zu keinem Zeitpunkt höher als fünf Prozent, von den untersuchten Mehrfach- und Intensivtätern in Sachsen waren 97 Prozent Männer. Für die Berliner Fälle beträgt der Anteil von Frauen unter den Tatverdächtigen neun Prozent, die im Durchschnitt jünger als die männlichen Tatverdächtigen sind.¹³

Rechte Gewalttäter in Ost und West

Jüngere Studien zu rechter Gewalt fokussieren auf den sozioökonomischen Status, die kriminellen Karrieren und die Gruppenkontexte der unmittel-

baren Urheber.¹⁴ Gewalttätige Cliques und Gruppierungen werden dabei analytisch auf einer Mesoebene zwischen der Mikroebene der Individuen und der Makroebene gesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen angesiedelt.¹⁵ Zu der Binnenkultur dieser Milieus gehören etwa Feindbilder und Lieder mit rechtsradikalen Inhalten. In der Frage nach den Ost-West-Unterschieden können die Landesstudien allerdings nur eingeschränkt weiterhelfen: Die Untersuchungen zu Intensiv- und Mehrfachtätern in Sachsen erfassen nur etwa die Hälfte der als rechte Gewalt polizeilich registrierten Fälle.¹⁶ Damit fehlen genauere Kenntnisse zu denjenigen, die als Gelegenheits- und Einzeltäter rechte Gewaltakte begehen.

Täterstudien liefern einen unverzichtbaren Beitrag zur Erklärung von rechter Gewalt, sie konzentrieren sich allerdings nur auf eine Seite des kriminologischen Dreiecks. Neben den Tätern wären auch die Tatsituationen und die jeweilige Sozialkontrolle zu untersuchen, um die unmittelbare Tatgenese rechter Gewalttaten als ein soziales Geschehen zu rekonstruieren, an dem neben den Tätern auch andere Einflussgrößen beteiligt sind.¹⁷ Das polizeiliche Hellfeld rechter Gewaltdelikte ist als Resultat interagierender Kräfte zu verstehen, das neben den Absichten und den Aktivitäten von Tätern auch von den Gelegenheiten abhängt, die sich situativ bieten und von der Intensität der informellen, also der familiären oder der nachbarschaftlichen und der formellen polizeilichen sozialen Kontrolle. So gesehen handelt es sich beim polizeilichen Hellfeld um eine Resultante, die von der Kombination der drei genannten Faktorengruppen abhängig ist. Die Fallstudie zur Tötung eines jungen Mannes in einem brandenburgischen Dorf im Jahr 2002 konnte zeigen, wie neben dem Täterhandeln gerade die reduzierte informelle soziale Kontrolle zu einer relevanten Größe in der Tatgenese wurde.¹⁸

Mehrdimensionale Erklärung

Gewalttätige Mikromilieus gibt es auch in den westlichen Bundesländern. Der höhere Anteil an rechter Gewalt ist deshalb über spezifische Bedingungen der Wirkmächtigkeit solcher Milieus in den neuen Ländern zu erklären.

»Eine Nation, zwei politische Kulturen« – so lassen sich die historisch ansetzenden und die aktuellen Befunde zusammenfassen.¹⁹ In den neuen Bundesländern herrscht in wichtigen Hinsichten eine andere politische Kultur als in den alten. Erstens ist eine gegenüber dem Staat und der Verwaltung eigenständige Zivilgesellschaft weniger stark ausgeprägt als in den westlichen Ländern. Es existieren weniger Vereine und Initiativen, das

Engagement fällt geringer aus. Es ist plausibel, derartige Befunde auf Mentalitäten und Praktiken zurückzuführen, die sich in autoritären Systemen gebildet haben.

Zweitens existieren Normalitätserwartungen, die stärker als im Westen auf eine ethnisch-kulturelle homogene Bevölkerung ausgerichtet sind. Auch dafür sind langwirkende historische Prägekräfte ursächlich: Der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung der DDR war äußerst gering, gegenüber den ausländischen Vertragsarbeitnehmern herrschte eine stark segregierende und exkludierende Politik und auch nach 1990 ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den neuen Ländern deutlich geringer als im Westen. Die höheren Homogenitätserwartungen gehen einher mit Erwartungen einer stärkeren Inländerprivilegierung als im Westen. Dies dokumentiert sich kontinuierlich aktuell in einer höheren Zustimmung bei Umfragen zu einer Bevorzugung von Deutschen am Arbeitsmarkt, die gerade auch die Abschiebung von Ausländern in Zeiten von Arbeitsmarktkrisen einschließt.²⁰

Die relative Schwäche der Zivilgesellschaft und traditionelle nationale Gesellschaftsbilder gehören zu dem geschichtlichen Erbe der ostdeutschen Länder. Die Annahme, dass dieses Erbe seit 1990 immer kraftloser werde, geht allerdings von einem physikalischen Wirkungsmodell aus und unterschätzt die Interdependenz zwischen Ost und West: Es ist, drittens, nicht ausreichend, lediglich historisch entstandene Unterschiede zwischen den neuen und den alten Ländern zu konstatieren. Einbezogen werden müssen die Erfahrungen der Integration der neuen Länder in das bestehende politische, ökonomische und kulturelle System der Bundesrepublik. Sie sind zutiefst ambivalent und vereinen einerseits die Anerkennung erhöhter Chancen der individuellen Selbstentfaltung und andererseits die Erfahrung einer kollektiven Entwertung und einer kulturellen Asymmetrie zwischen Ost und West.²¹

Die Kombination von unrealistischen Erwartungen an das westliche Politik- und Wirtschaftssystem und der stillschweigenden Hoffnung auf die Kontinuität von Sicherheitsgarantien eines fürsorglichen Staates sowie auf die Fortexistenz einer homogenen Sozialkultur haben zu vielfältigen Enttäuschungen und Entwertungserfahrungen geführt: 2014 fühlten sich 47 Prozent der Ostdeutschen und 73 Prozent der Westdeutschen in der Bundesrepublik »politisch zu Hause«.²² Die geringere Wahlbeteiligung und das stärkere Optieren für rechtsaußen-Parteien als im Westen können als das Insistieren auf den eigenen normativen Präferenzen und als Protest gegen das vielfach empfundene Unrecht und die ungenügende Anerkennung verstanden werden.

Kontinuitätsmerkmale

In dieser Perspektive eines Spannungs- und Konfliktverhältnisses zwischen Ost und West lässt sich die rechte Gewalt als Protestverhalten aktiver Mikromilieus verstehen. Angriffe auf Minderheiten und staatliche Repräsentanten sind auch Akte der Selbstbehauptung eigener Traditionsbestände und Ausdruck der Unzufriedenheit mit Art und Ergebnissen der bisherigen Integration des Ostens.²³

Die nach wie vor andauernde Frustration und Unzufriedenheit bei einem Teil der Bevölkerung in den neuen Ländern und die tradierten Mentalitäten und Verhaltenspraktiken stellen den zentralen Unterschied zu den alten Bundesländern dar. Die gewaltaktiven Mikromilieus in den ostdeutschen Ländern können vor diesem Hintergrund mit einer passiven Ermöglichung, einer Zustimmung oder aktiven Unterstützung von größeren Teilen der Bevölkerung als im Westen rechnen. Damit wird ihre Selbstlegitimation erhöht.

Für die lokalen Gewaltmilieus in den neuen Ländern sind überdies spezifische Kontinuitätsmerkmale charakteristisch. Ihr Ursprung geht auf die 1980er Jahre zurück. Gewalt war »für die rechten Protestgruppen in der DDR die wichtigste politische Äußerungsform gewesen, weil ihnen legale Betätigungsmöglichkeiten im Unterschied zur bundesdeutschen Situation völlig fehlten.«²⁴ Nach dem Beitritt zur Bundesrepublik wurde diese Praxis fortgesetzt. Der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern war jünger und gewalttätiger.²⁵

Zudem wurden rechtsextreme Gruppen und Organisationen nach 1989 aus den alten Bundesländern finanziell und personell intensiv unterstützt.²⁶ Die daran anschließende kontinuierliche Existenz einer rechtsextremen Infrastruktur mit Parteien, losen Gruppen und subkulturellen gewalttätigen Szenen stellt eine eigene Wirkungsgröße dar. Jüngere Kohorten orientieren sich an den lokalen »Veteranen«. Die Vertreibung von Migranten in spektakulären Aktionen, wie dies in Hoyerswerda 1991 und in Rostock-Lichtenhagen (1992) geschah, wurde breit rezipiert. In der Sicht von rechten Gewaltakteuren handelt es sich um Erfolgserlebnisse, in denen sich die eigenen aktuellen Handlungsmöglichkeiten manifestieren.

Ausblick

Das höhere Ausmaß rechter Gewalt in den neuen Ländern geht auf spezifische historische Ursachen zurück, die im aktuellen Protestverhalten mili-

tanter Minderheiten aktualisiert werden. Unterschiedliche politische Kulturen in Ost und West und die Unzufriedenheit mit Verlauf und Ergebnis der Integration der neuen Länder wirken hier zusammen.

Die Thematisierung der Zahlen rechter Gewaltfälle bietet stets die Möglichkeit, für ein politisches Ost-Bashing genutzt zu werden; ungewollt wird damit die Asymmetrie zwischen den alten und den neuen Bundesländern verstärkt. Es könnte deshalb aus politischen Gründen sinnvoll sein, diese Vergleichsperspektive für etliche Zeit brach liegen zu lassen und andere Einheiten zu vergleichen: urbane Räume und ländliche Räume oder norddeutsche Regionen und süddeutsche Regionen. Für die aktuelle praktische Auseinandersetzung mit den Mikromilieus rechter Gewalt können ohnehin aus historischen Erklärungen nur wenige praktische Folgerungen gezogen werden. Für die unmittelbare Arbeit mit Cliques hat der Sozialforscher Kurt Möller gezeigt, dass rechtsextremen Deutungen und Praktiken primär durch alternative Erfahrungen der Kontrollierbarkeit der eigenen Lebensvollzüge und der Integration in sozial anerkannte Kommunikations- und Kooperationszusammenhänge der Boden entzogen werden kann.²⁷ Für eine erfolgreiche lokale Auseinandersetzung mit rechter Gewalt ist es unabdingbar, dass Kommunalpolitik und -verwaltung das Problem als solches anerkennen und als Aufgabe offensiv angehen.²⁸ Bewährt haben sich lokale Bündnisse von Freien Trägern, Kommunalpolitik, Polizei und engagierten Bürgern.²⁹

Anmerkungen

- 1 Stephan Lessenich, Brauner Osten? Rechtsextremismus als deutsch-deutscher Einsatz und Effekt, in: Imke Schmincke und Jasmin Siri (Hg.), NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse, Bielefeld 2013, S. 135–143.
- 2 Katrin Höffler und Lucia M. Sommerer, Biedermann und die Brandstifter. Kriminologische Überlegungen aus aktuellem Anlass, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (MschrKrim) 100 (2017) 1, S. 26–44.
- 3 Bundeskriminalamt, Jahreslageberichte und Jahreslagebilder Politisch motivierte Kriminalität 2001 bis 2013; Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz für die Jahre 2001 bis 2013; Bundestagsdrucksache 18/5633.
- 4 Im Wesentlichen sind dies: Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in das öffentliche Verkehrswesen, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte und Sexualdelikte. Sachbeschädigungen gehören nicht dazu, vgl. BKA, Kommission Staatsschutz (Hg.), Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, 29.11.17, Meckenheim 2017.

- 5 Angriffe wegen der Nationalität, der ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religion, des sozialen Status, der Behinderung, wegen der sexuellen Orientierung oder des äußeren Erscheinungsbildes, vgl. ebd., S. 8.
- 6 Zur Gewaltkriminalität i. S. des Summenschlüssels 892000 der PKS werden gerechnet: Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung mit Todesfolge, gefährliche und schwere Körperverletzung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme und Angriff auf den Luft- und Seeverkehr.
- 7 Wolfgang Heinz, Polizeilich registrierte Kriminalität im Ländervergleich. Eine Materialsammlung, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2010, Konstanz 2011, S. 55–57; www.uni-konstanz.de/rtf/kik/Polizeilich_registrierte_Straftaten_im_Laendervergleich_2010.pdf, letzter Zugriff am 19.4.2018.
- 8 Uwe Backes, Matthias Mletzko und Jan Stoye, NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich, Köln 2010, S. 68.
- 9 Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler, Die Mitte im Umbruch. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012, S. 54.
- 10 Martin Brandenstein, Auswirkungen von Hafterfahrungen auf Selbstbild und Identität rechtsextremer jugendlicher Gewalttäter, Berlin 2012, S. 32–36.
- 11 Beate Küpper und Andreas Zick, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Frauen und Männern, in: Ursula Birsl (Hg.), Rechtsextremismus und Gender, Opladen 2011, S. 187–210, insbes. S. 195–199.
- 12 Die Fallauswahl der Brandenburg-Liste konzentriert sich auf Straftatbestände, die lediglich eine Teilmenge der politischen Gewaltkriminalität i. S. des KPMD-PMK ausmachen. Vgl. Jana Voigt und Katja Laueremann, Analyse der Gewalttatenliste (1998 bis 2013) der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg und Schlussfolgerungen für die Rechtsextremismusprävention, Potsdam 2015, S. 23, http://ifk-potsdam.de/wp-content/uploads/Projektbericht_GTL_Gesamt-end.pdf, letzter Zugriff am 10.1.2018.
- 13 Ebd., S. 39; Backes, Mletzko und Stoye, NPD-Wahlmobilisierung (Anm. 8), S. 81; Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.), Rechte Gewalt in Berlin 2003–2012, Berlin 2014, S. 36.
- 14 Backes, Mletzko und Stoye, NPD-Wahlmobilisierung (Anm. 8); Uwe Backes, Anna-Maria Haase, Michail Logvinov, Matthias Mletzko, und Jan Stoye, Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen, Göttingen 2014.
- 15 Michail Logvinov, Rechtsextreme Gewalt. Erklärungsansätze – Befunde – Kritik, Wiesbaden 2017.
- 16 Backes et al., Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter (Anm. 14), S. 73.
- 17 Manfred Bornewasser, Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönlich Freiheit, in: Manfred Bornewasser, Ingmar Weitemeier und Rainer Dinkel (Hg.), Demografie und Kriminalität. Eine Prognose zur Kriminalitätsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, Frankfurt a. M. 2008, S. 186–225, S. 194 f. u. ö.
- 18 Michael Kohlstruck, und Anna Verena Münch, Hypermaskuline Szenen und fremdenfeindliche Gewalt. Der Fall Schöberl, in: Andreas Klärner und Michael Kohlstruck

- (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 302–336.
- 19 Martin und Silvia Greiffenhagen, *Eine Nation – Zwei politische Kulturen*, in: Werner Weidenfeld (Hg.), *Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis*, Köln 1993, S. 29–45.
- 20 Everhard Holtmann et al., *25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – Ergebnisse eines Forschungsprojekts*, Berlin 2015, S. 162–164.
- 21 Ebd., S. 225.
- 22 Ebd., S. 179f.
- 23 Vgl. Michael Kohlstruck, *Strukturen einer Aggression. Gesellschaftlicher Konsens und kollektive Frustration in den neuen Bundesländern*, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Auf dem Weg in den Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland*, Frankfurt a. M. 2001, S. 13–40.
- 24 Werner Bergmann, und Rainer Erb, *Neonazismus und rechte Subkultur*, in: dies. (Hg.), *Neonazismus und rechte Subkultur*, Berlin 1994, S. 7–14, S. 9.
- 25 Richard Stöss, *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. West-Ost-Unterschiede und Institutionentransfer seit der deutschen Einheit*, in: *Deutschland-Archiv* 33 (2000) 2, S. 181–193, S. 185.
- 26 Rainer Erb, *Protestorganisation und Eventmanagement. Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers*, in: Andreas Klärner und Michael Kohlstruck (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 142–176.
- 27 Kurt Möller, *Soziale Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit. Lebensgestaltung über funktionale Äquivalenzen und Kompetenzentwicklung*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände*, Folge 5, Frankfurt a. M. 2007, S. 294–311.
- 28 Dirk Wilking, *Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen: 20 Jahre mobile Beratung im Land Brandenburg*, in: Dirk Wilking, und Michael Kohlstruck (Hg.), *Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung. Einblicke IV. Ein Werkstattbuch*, Potsdam 2012, S. 9–50.
- 29 Kerstin Palloks und Armin Steil, *Von Blockaden und Bündnissen. Praxismaterialien zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Gemeinwesen*, Weinheim/München 2008.



Werbeplakat in Mecklenburg-Vorpommern, 2013.

Susanne Rippl, Nelly Buntfuß, Nicole Malke, Natalie Rödel
unter Mitarbeit von Luisa Schubert

Ostdeutsche Identität: Zwischen medialen Narrativen und eigenem Erleben

Auch fast 30 Jahre nach dem Fall der Mauer ist die Unterscheidung in »ost-« und »westdeutsch« in der medialen Öffentlichkeit an der Tagesordnung. Doch wie relevant ist die Kategorie »ostdeutsch« für das individuelle Erleben? Der Kampf um Anerkennung und eine positive Identität prägt den Prozess des »Zusammenwachsens« von Ost- und Westdeutschland seit der Wende.

Der Sozialwissenschaftler Thomas Ahbe konstatiert:

»1990, im Jahr der deutschen Einheit, deutete nichts darauf hin, dass man sich noch Jahre später in Politik und Wissenschaft mit einer besonderen ostdeutschen Identität beschäftigen würde. Denn vor den alles entscheidenden Volkskammerwahlen am 18. März 1990 verstanden sich nur noch 32 Prozent der DDR-Bürger als Ostdeutsche – dagegen sahen sich 61 Prozent der DDR-Bürger als Deutsche. Das Bild war also eindeutig. Die Sonder-Identität ›Ex-DDR‹ oder ›ostdeutsch‹ schien zu verschwinden.«¹

Im Jahr 2016 fühlten sich 64,1 Prozent der Ostdeutschen weiterhin stark beziehungsweise ziemlich stark mit der DDR verbunden, mit der alten Bundesrepublik fühlten sich – sehr ähnlich – 64,7 Prozent der Westdeutschen weiterhin verbunden. Gleichzeitig gaben rund 80 Prozent in Ost und West an, sich mit der Bundesrepublik als Ganzes verbunden zu fühlen.² Bis heute ist die Identifikation der Deutschen mit Deutschland als Einheit ambivalent. Das Thema ist fast 30 Jahre nach der Wende medial äußerst präsent – das Anwachsen rechtspopulistischer Bewegungen und die Erfolge der Alternative für Deutschland (AfD) in Ostdeutschland haben zudem zu einem deutlichen Aufwind eines negativen Diskurses über Ostdeutschland geführt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die öffentliche Unterscheidung in »ost-« und »westdeutsch« mit dem individuellen Erleben korrespondiert, oder ob im Alltag der Ostdeutschen diese Attribute möglicherweise gar nicht mehr so relevant sind.

Narrative, Medien und Identität

Ost versus West ist bis heute im medialen Diskurs eine feste symbolische Ordnungs- und Abgrenzungskategorisierung und keine primär geografische Einordnung.³ Die emotionale und symbolische Aufladung dieser Kategorisierung ist weiterhin viel größer, als dies bei der Unterscheidung Nord versus Süd der Fall ist. Begriffe wie »Kolonialismus«⁴ oder »Bürger zweiter Klasse«⁵ prägen das mediale Bild und das dominante Narrativ der Nachwendezeit und damit der Beziehungen zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen bis in die Gegenwart. Der Sozialwissenschaftler Daniel Kubiak spricht von einer andauernden diskursiven Abwertung, wenn es etwa um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Ostens oder die unter-

stellte unterentwickelte demokratische Zivilgesellschaft geht.⁶ Defizite stehen bei der Sicht auf den Osten Deutschlands im Vordergrund.⁷ Der Soziologe Raj Kollmorgen spricht von »hegemonialen Massenmedien«, die überwiegend negativ über Ostdeutschland berichten.⁸ Ähnliches ergab die Diskursanalyse deutscher Medien durch den Sozialwissenschaftler Thomas Ahbe.⁹ 2017 sprach der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, in einem Interview mit der *Berliner Zeitung* von der »kulturellen Hegemonie« der Westdeutschen.¹⁰

Umgekehrt findet aber auch aus ostdeutscher Sicht oft eine Selbstkategorisierung statt. So wird die Schließung von Betrieben in Ostdeutschland etwa am Beispiel Siemens von den Betroffenen als Ost-West-Problem und nicht primär als Folge der Handlungslogik eines global agierenden Unternehmens betrachtet. Oder ostdeutsche Politiker bestehen auf einer Vertretung der Ost-Bundesländer in der Bundesregierung (etwa durch ein Ministeramt für eine Person mit ostdeutscher Herkunft oder durch die Forderung nach einer/einem Bundesbeauftragten für die neuen Bundesländer). Auch hier wird die Zugehörigkeit »ostdeutsch« herausgehoben und symbolisch aufgeladen. Weniger trennend und weit weniger symbolisch wäre es, einen Beauftragten für strukturschwache Räume zu fordern. Die Selbstdarstellung als »Opfer« überwiegt dabei als Narrativ. Positive Referenzen wie zum Beispiel die Friedliche Revolution, die biografischen Leistungen vieler Ostdeutscher in der Phase der Nachwendzeit oder der Emanzipationsvorsprung der Frauen in Ostdeutschland, bleiben dagegen oft unbenannt. Die unterschiedliche Geschichte beider Teile Deutschlands ist – ohne Zweifel – bis heute relevant, allerdings schafft die medial gestützte Verkürzung und Vereinfachung auf »Ost versus West« ein Narrativ der Gegensätzlichkeit, das nicht dem Zusammenwachsen dient, sondern oft mit abwertenden Vergleichen verbunden ist sowie die Kategorien symbolisch auflädt und am Leben erhält.

Kollektive Narrative prägen die Konstruktion der eigenen Identität der Menschen.¹¹ Narrative sind sinnstiftende Erzählmotive, die Ereignisse und Erfahrungen in ein konsistentes Weltbild einordnen. Durch Reduktionen und selektive Verfahrensweisen wird die Komplexität der Lebenserfahrungen und der Weltwahrnehmung reduziert und in eine einfache Ordnung gebracht.¹² Die Konstruktion der eigenen Biografie ist dabei von sozialen und kollektiven Zugehörigkeiten und damit verbundenen Narrativen geprägt, die zur Identitätsbildung beitragen. Kollektive Identitäten werden dann für das Selbstbild relevant, wenn sich eine Person mit dem damit verbundenen Narrativ identifiziert.¹³ Es stellt sich die Frage, inwieweit die Ostdeutschen »gezwungen« sind, negative Narrative in ihre Identität

tität zu integrieren und welche Rolle die kollektive Zugehörigkeit »ostdeutsch sein« für Menschen in Ostdeutschland spielt. Inwieweit erlangen die stark medial geprägten Narrative über Ostdeutschland eine subjektive Relevanz für die Identitätskonstruktion der Ostdeutschen? Aus individueller Perspektive ist die kollektive Identität »ostdeutsch« eine Facette einer Vielzahl weiterer sozialer Identitäten, die je nach subjektiver Bedeutung zum eigenen Selbstbild zusammengefügt werden und zum Selbstwertgefühl beitragen.

Die mediale Aufbereitung spielt eine besonders wichtige Rolle für die Entstehung kollektiver Narrative. Die Intensität und Geschwindigkeit der Verbreitung von Informationen oder Botschaften hat durch die digitalen Medien enorm zugenommen, damit haben Narrative, Begrifflichkeiten, Symbole, die durch Medien verbreitet werden – wie etwa der Begriff »Dunkeldeutschland« – eine enorme Wirkung. Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck sprach 2015 in einer Rede – in Bezug auf fremdenfeindliche Aktionen – von »Dunkeldeutschland« und wurde für seine pauschale negative Verstärkung einer Ost- versus West-Differenz kritisiert.¹⁴ Über die mediale Verbreitung und die Verwendung des Schlagworts (#Dunkeldeutschland) in sozialen Netzwerken wurde der Begriff quasi über Nacht zu einem negativen Synonym für Ostdeutschland. Insbesondere emotional aufgeladene und populistisch aufbereitete einfache Botschaften verbreiten sich schnell. Über die Polarisierung werden kollektiv besonders wirksame Bilder und Narrative geschaffen. Dennoch stellt sich die Frage, ob über diese mediale Verbreitung zugleich eine große Relevanz dieser negativen Kategorien für den Einzelnen entsteht.

Von der Theorie zur Methode

Ziel unserer Studie war es, die Fragestellung mit Hilfe qualitativer Interviews zu explorieren. Den theoretischen Rahmen bildeten – neben den oben dargelegten Überlegungen zum Stellenwert kollektiver Narrative – Bezüge zur Theorie sozialer Identität und zum Konzept des sozialen Vergleichs als Mechanismus der Herstellung sozialer Identität über Distinktionsprozesse. Nach den Sozialpsychologen Henri Tajfel und John Charles Turner liefern soziale Zugehörigkeiten (und damit kollektive Narrative) einen wichtigen Beitrag zum Selbstwertgefühl eines Menschen.¹⁵ Menschen streben – so die Annahme – nach einem positiven Selbstwertgefühl, und daher ist es wichtig, dass subjektiv bedeutsame (saliente) soziale Zugehörigkeiten positiv bewertet werden. Die Bewertung erfolgt als Ergebnis

des sozialen Vergleichs. Die Kategorie »ostdeutsch« ist – wie dargelegt – vielfach negativ besetzt¹⁶ und würde nach der Logik dieser Theorie eher negativ zum Selbstwert beitragen. Inwieweit dies zum Tragen kommt, hängt allerdings wiederum von verschiedenen Faktoren ab¹⁷ – etwa davon, wie bedeutsam (salient) diese Kategorie überhaupt im Leben der Menschen ist, welche Vergleichsgruppe oder welche Vergleichsdimensionen gewählt werden (zum Beispiel wirtschaftlicher Erfolg, sozialer Zusammenhalt oder der Opferdiskurs als Abwehrmechanismus). So verfügen Menschen über kognitive Mechanismen, um mögliche negative Vergleichsergebnisse zu vermeiden.

Da das Ergründen der Relevanz ein Ziel unserer Befragung war, sollte eine möglichst geringe Relevanz durch die Befragung selbst erzeugt werden. Dabei waren wir uns darüber bewusst, dass dies natürlich nicht völlig zu vermeiden ist, da das Gespräch nicht ohne Anlass geführt werden kann. Da in den Pretestinterviews bereits deutlich wurde, dass die Befragten sehr wenig mit der Thematik anfangen konnten, haben wir uns für einen Leitfaden entschieden. Diesen haben wir relativ kurz und offen gehalten, mit möglichst wenigen Vorgaben. So wurde beispielsweise eine Referenz zum Westen nicht explizit von den Interviewern erwähnt. Methodisch haben wir uns dabei an den Vorgaben von Strübing und Hopf¹⁸ orientiert. Ziel der Interviews war es, die Alltagsrelevanz des Themas zu erfassen. So sollte zum Beispiel untersucht werden, inwieweit das Thema in Gesprächen in der Familie oder unter Freunden eine Rolle spielt und welche Inhalte dabei wichtig sind. Erst zum Abschluss wurde gefragt, inwieweit die Darstellung in den Medien die Befragten selbst betrifft oder berührt. Bei der Auswahl der Interviewpartnerinnen und -partner haben wir versucht, möglichst unterschiedliche Personenkreise zu erreichen und haben daher gezielt Personen ausgewählt, die sich hinsichtlich Bildung, Geschlecht und Alter unterscheiden. Insgesamt haben wir zehn Personen in ihrem alltäglichen Kontext interviewt.

Ergebnisse

Einzelfallanalyse

Die erste Interviewpartnerin ist 27 Jahre alt, Diplom-Ingenieurin und wohnt seit drei Jahren in Westdeutschland. Die Person verneint sehr entschieden die Relevanz ihrer ostdeutschen Herkunft. Sie verbindet mit Ostdeutschland den »Trabi – sonst nix« und konstatiert: »Ostdeutschland gibt

es seit 1990 nicht mehr. Das verbinde ich mit Ostdeutschland«. Aus ihrer Sicht wird das Thema nur in den Medien fortgeführt. Sie spricht weder in der Familie noch im Freundeskreis über das Thema. »Es gibt keine Unterschiede«. Im Interview offenbart sich nur in einer kurzen Aussage, dass die negative Sicht auf den Osten als »Nazi-Land« sie traurig mache. Sie betont, dass es im Westen genauso viele Nazis gebe. An dieser Stelle des Interviews kommt kurz an die Oberfläche, was man unterschwellig spürt. Sie verteidigt Ostdeutschland – es berührt sie aber angeblich nur deshalb, weil »irgendwelche Leute meinen, sie müsste sich angesprochen fühlen«. Offenbar wird dieses Thema in Westdeutschland oft an sie herangetragen, ohne dass sie es möchte. Sie wehrt es ab, aber gerade dadurch wird es sehr salient, obwohl sie dies verneint. Sie wünscht sich, dass das Thema bedeutungslos sei und »dass alle gleich sind«.

Der zweite Interviewpartner ist ein 21 Jahre alter Student, der täglich viele Kontakte zu Westdeutschen hat. Das Thema ist für ihn eher unwichtig, sagt er – durch den Kontakt zu Westdeutschen im Studium wird es aber immer wieder salient. Dabei seien beispielsweise die unterschiedliche Bezeichnung der Uhrzeit und andere Alltäglichkeiten der Anlass, Unterschiede scherzhaft zu thematisieren. Ihm selbst fällt wenig ein, was er mit »ostdeutsch sein« verbindet. Erst nach Bedenkzeit sagt er »AfD«. Er empfindet die negativen Zuschreibungen von außen (»alle rechts« oder »Hinterwäldler«) als ungerecht und realitätsfern. Die Westdeutschen, die er im Studium kennengelernt hat, merken seiner Meinung nach selbst sehr schnell, dass viele Aussagen über den Osten nicht stimmen. »Ostdeutsch sein« existiert für ihn primär als äußere Zuschreibung, ohne für sein Leben bedeutsam zu sein.

Die dritte Interviewpartnerin ist 53 Jahre alt, sie hat Abitur, arbeitet aber aktuell als Küchenhilfe. Das Thema hat in ihrem Alltag wenig Bedeutung. Sie hat keinerlei Kontakte zu Westdeutschen und empfindet eine große »Fremdheit« gegenüber Westdeutschen, diese werden begrifflich mit Ausländern gleichgesetzt. »Ich hab' keine Erfahrungen mit Ausländern und ich hab keine Erfahrungen mit den Westdeutschen.« Die Interviewte berichtet insgesamt relativ neutral, ohne eine Motivation, Westdeutsche negativ zu beschreiben – »das ist halt so« [...] »Ich bin auf meiner Scholle als Sachse festgeklemmt«. Zu Ostdeutschland fällt ihr spontan nur die »Mauer« ein, was als ein negatives Attribut in die Vergangenheit weist. Die zum Teil negative Darstellung Ostdeutscher in den Medien berührt sie nicht. Die Ostdeutschen beschreibt sie eher negativ – im Sinne des »Jammer-Ossis«. »Das zieh ich mir ja auch nicht an. Der Ostdeutsche ist ja knatschig. Das ist ja klar.« Es besteht eine große Distanz zum Westen, wobei

der Westdeutsche nicht negativ bewertet wird. Sie verwendet die Kategorien, aber problematisiert diese nicht.

Die vierte Interviewpartnerin ist 52 Jahre alt, hat Abitur und ist Sachbearbeiterin in einer Buchbinderei. Sie hat gelegentlich berufsbedingte Kontakte zu Westdeutschen. Das Thema ist in ihrem Leben nicht wichtig. Sie verbindet den Osten stark mit der Vergangenheit (Kindheit, Zusammenhalt, Kreativität, ohne Sorgen, behütet). Es überwiegt eine positive nostalgische Sicht und ein gewisser Stolz, weil man es gewöhnt war »seine Frau zu stehen« und kreativ zu sein, »man hatte nicht viel, das war aber nicht wichtig«. Relevant war das »ostdeutsch sein« für sie zur Zeit der Wende, da sie damals beruflich eingeschränkt wurde. Sie lehnt die Aufteilung in Ost oder West ab und ist über die Darstellung eines solchen Gegensatzes in den Medien verärgert. Reale Unterschiede, wie bei Löhnen und Gehältern, sind für sie allerdings ein Grund, sich zu ärgern. »Eigentlich sind doch alle gleich« sagt sie.

Der fünfte Interviewpartner ist 28 Jahre alt, arbeitet als Ingenieur und hat oft Kontakte zu Westdeutschen. Das Thema ist für ihn im Alltag irrelevant. Er sieht auch keine Unterschiede zwischen Ost und West, es ist für ihn nur etwas »Räumliches«. Er selbst verbindet wenig mit »ostdeutsch sein« und stört sich auch an der Konstruktion von Unterschieden in den Medien.

Die sechste Interviewpartnerin ist 27 Jahre alt und Studentin. Sie hat wenige Kontakte zu Westdeutschen. Zuerst fallen ihr die realen Unterschiede ein – etwa bei den Löhnen. Die Kategorien Ost oder West sind für sie relevant. Sie distanziert sich selbst vom »Jammer-Ossi«. Sie empfindet durchaus eine Bindung zum Osten und zu ihrer Stadt und empfindet Abwertungen durch westdeutsche Studenten als unfair. Die Darstellung in den Medien erlebt sie allerdings nicht als »von oben herab«, sondern als – »die reale Lage, und die ist eher schlimm«. Ihre Betrachtung scheint nüchtern und sachlich.

Der siebte Interviewpartner ist 55 Jahre alt, hat Abitur und arbeitet als Sicherheitsfachkraft. Er hat auch in Westdeutschland gearbeitet. Die Kategorien Ost und West sind für ihn weiter relevant– er verwendet die Redewendung »die da drüben«. Die Beziehung zu Westdeutschen ordnet er ähnlich ein wie die zu »anderen Ausländern« – beispielsweise zu Türken – was auf eine große Distanz hinweist. Seine Alltagserfahrungen mit Westdeutschen beschreibt er eher positiv. So habe er an den Arbeitsstellen in Westdeutschland keine Unterschiede empfunden und fühlte sich gut aufgenommen. Der Begriff Ostdeutschland ist für ihn negativ konnotiert. Gründe hierfür sind die schlechtere wirtschaftliche Situation, Strukturschwäche

und die geringeren Löhne: »Du bist im Osten eben beschissener dran [...]. Du hast als Ossi keinen „Nationalstolz« [...], aber das ist halt so«. Ostdeutschsein wird als ein negatives Attribut wahrgenommen. Er empfindet durchaus eine „Trauer« über diesen Zustand, aber keine Wut, schreibt dieses auch nicht den Westdeutschen zu. Die Kategorien Ost und West sind spürbar vorhanden, aber ihr emotionaler Gehalt erscheint eher gering.

Die achte Interviewpartnerin ist 60 Jahre alt, sie ist Lehrerin und hat wenige Kontakte zu Westdeutschen. Ostdeutsche zu sein spielt für sie eine »sehr große« Rolle. Sie ist die einzige Interviewpartnerin, die dies so deutlich hervorhebt. Ostdeutschland ist ihre Heimat, dort gehört sie hin. Sie verbindet »ostdeutsch« sehr stark mit der Vergangenheit (Wärme, Kindheit, Zusammenhalt) und zählt dabei nur Positives auf. Sie sieht es aber auch als Synonym für »hinterwäldlerisch«. Die Kategorien Ost und West bestehen für sie klar fort. Bei Ferienfahrten sagt sie immer, wenn sie die ehemalige Grenze überschreitet: »Jetzt fahren wir über die Grenze«. Sie spricht auch von »unseren Medien« und westdeutschen Medien, deren Berichterstattung sie ablehnt. Sie benutzt die Kategorien, um ihre Welt zu ordnen, problematisiert sie aber nicht. Ein Feindbild »Wessi« ist nicht festzustellen, sie benutzt diesen Begriff nicht. »Wir [Älteren] können nun mal nicht aus unserer Haut«, aber »die Jungen, die sehen Deutschland als eins«.

Der neunte Interviewpartner ist 31 Jahre alt, hat einen Realschulabschluss und arbeitet als Küchenleiter. Im Interview entstehen sehr lange Redepausen. Das Thema hat offenbar eine sehr geringe Salienz, der Interviewte zeigt wenig Emotionen. Wenn überhaupt, verbindet er damit die Vergangenheit seiner Eltern oder Großeltern. Wenn er sich entscheiden müsste, so sagt er, dann ist er eher »Deutscher« als »Ostdeutscher«.

Die zehnte Interviewpartnerin ist 49 Jahre alt, hat Abitur und arbeitet freiberuflich. Sie hat täglich Kontakt zu Westdeutschen. Auch für sie hat das Thema eine geringe Salienz, dennoch hat sie eine sehr bestimmte und klare Haltung dazu. Das Thema ist für sie Vergangenheit, etwas, das sie hinter sich lassen will. Früher sei es relevant gewesen, sagt sie, heute aber habe es keinerlei Auswirkungen auf ihr Leben. Sie zeigt keine Emotionalität und stellt auch keinen Bezug zu Kategorien Ost und West oder »Wessi« her.

Vergleichende Analyse

In der Auswertung zeigte sich, dass sich nur in vier der zehn Interviews eine relevante Salienz des Themas für das Leben der Befragten ergab. Fast alle Befragten nutzen zwar die Kategorisierung »ostdeutsch«, aber zumeist

primär als kognitiven Ordnungsbezug, ohne damit starke Emotionen oder Wertungen zu verbinden. Nur in einem Interview wird »der Wessi« als negative Referenz verwendet. In einigen Interviews wird eine relativ große Distanz zu Westdeutschen sichtbar – dies zeigt sich deutlich in der Verwendung der Unterscheidung Ost/West auf gleicher Ebene wie die Unterscheidung zu »Ausländern«. Der Osten wird hauptsächlich mit der Vergangenheit assoziiert, wobei diese nicht kritisch oder politisch thematisiert wird, sondern insbesondere von den älteren Befragten eher nostalgisch in Verbindung mit »Kindheit, Wärme, Zusammenhalt« gebracht wird. Die Jüngeren verbinden mit dem Osten oft die DDR, konkret »den Trabi« beziehungsweise »etwas, das vorbei ist«. Die Referenz auf die Vergangenheit markiert auch eine Sichtweise, die die mentale Trennung in Ost und West in der Zukunft aufheben und hinter sich lassen möchte.

Insgesamt ist es den Befragten sehr schwer gefallen, etwas Konkretes mit »ostdeutsch sein« zu verbinden. Oft entstanden vor der Antwort Denkpausen. Keiner der Interviewten äußerte sich extrem positiv, im Sinne von Stolz auf Ostdeutschland. Ebenso wenig ergaben die Interviews extrem negative Konnotationen. In zwei Interviews wurden explizit negative Selbstbeschreibungen geäußert, in dem Sinne, dass zu viel »gejammert« würde oder die Zuordnung »ostdeutsch zu sein« keinen Stolz erzeuge und allgemein eher mit Negativem verbunden sei. Negative Assoziationen, die mit dem heutigen Ostdeutschland verbunden wurden, waren die Begriffe »Nazis« oder »AfD« (in zwei der Interviews genannt) und reale Konflikte, wie existierende Lohnungleichheiten, die in drei der Interviews benannt wurden, allerdings ohne diese Motive in einen »Opfer-Diskurs« einzubetten. Positive Narrative zu der Zeit nach der Wende ergaben die Interviews nicht.

Für den Großteil der Befragten (mit Ausnahme einer Person mit unterschiedlich hoher Salienz) hat das Thema eine eher geringe Alltagsrelevanz und wurde weit weniger emotional betrachtet als anfänglich erwartet. Selbst im Verlauf der Interviews wurden kaum starke Emotionen sichtbar. Es überwog eine Haltung, die die Thematik in die Vergangenheit verweist und die Gegenwart – teilweise als Wunsch formuliert – im Sinne eines »wir sind jetzt eins« oder »für die Jungen zählt das nicht mehr« konstruiert. Eine starke emotionale Polarisierung zwischen Ost und West konnten wir in den Interviews nicht finden. Auf die Frage nach der negativen Darstellung in den Medien wurde zwar teilweise mit Bedauern reagiert, allerdings wurde diese auch zum Teil als gerechtfertigt beschrieben oder als irrelevant für die eigene Person. Das Thema ist – zumindest im Rahmen unserer Interviews – von weit geringerer Bedeutung für die Befragten, als

es die Relevanz in den Medien suggeriert. Die höchste Salienz ergab sich im Interview mit der einzigen Person, die zurzeit in Westdeutschland lebt.

Fazit

Ausgangspunkt unserer Studie war die Frage, welche Rolle die Kategorie »ostdeutsch« für die Identitätskonstruktion der Menschen in Ostdeutschland spielt. Dabei ging es uns nicht um die Relevanz des Themas in öffentlichen Diskursen, sondern um die alltägliche Bezugnahme des Einzelnen auf die Kategorisierung »ostdeutsch« und die damit verbundenen Narrative. Zentrales Ergebnis der Auswertung unserer zehn Leitfadeninterviews ist, dass sich die von uns befragten Menschen – anders als medial vermittelt – in ihrem alltäglichen Leben sehr wenig mit der Kategorie »ostdeutsch« als Identitätsbezug befassen. Für viele ist die Zuordnung zu abstrakt, zu wenig greifbar. Viele konnten schwer Themen oder gar Besonderheiten zuordnen – das Gespräch stockte sehr oft, wenn es konkreter werden sollte.

In Gesprächen mit Familie und Freunden spielt das Thema keine Rolle. Ebenso erfolgte kaum eine emotionale Reaktion auf die Zuordnung. Man ist vielleicht Chemnitzer oder vielleicht auch noch Sachse – aber »ostdeutsch sein« ist offenbar eine für viele eher künstliche, äußerlich erzeugte Kategorie, die am ehesten mit der Vergangenheit verbunden und von außen zugeschrieben wird. In der Gegenwart wird die Kategorie zwar von allen Interviewpartnern verwendet, sie wird aber primär als ordnende Kategorie eingesetzt, womit durchaus eine innere Grenzziehung verbunden ist. Diese mentale Grenzziehung ist definitiv weiterhin existent – allerdings ist die Verwendung meist wenig emotional besetzt und scheint, zumindest für die von uns Befragten, kein zentraler Bezugspunkt für die eigene Identität zu sein.

Häufig wurde geäußert, dass die Unterscheidung Ostdeutsche versus Westdeutsche eigentlich keine Bedeutung mehr habe, dass »Deutschland eins sei«. Kubiak bezeichnet diese Haltung als »Einheitsfiktion« – geprägt von dem Wunsch, dass die politische Einheit auch auf kultureller und sozialer Ebene vollzogen sei.¹⁹ Dieser Wunsch nach Einheit wird – so Kubiak anhand der Befunde seiner Studie – unterbrochen von Abwertungserfahrungen. Ostdeutsche betreiben aus seiner Sicht »Identitätspolitik« – im Sinne der sozialen Identitätstheorie könnten diese darin bestehen, die Kategorie »ostdeutsch« und insbesondere die medialen Abwertungsdiskurse in ihrer Identitätsrelevanz gering zu bewerten. Zumindest könnte die geringe Bedeutung der Thematik in unseren Interviews ein Hinweis darauf

sein, dass solche Prozesse stattgefunden haben. Explizite Äußerungen in dieser Richtung gab es kaum.

Die kleine Zahl von Befragten ermöglicht es nicht, aus den Ergebnissen Rückschlüsse auf Verteilungen in der Bevölkerung zu ziehen. Dennoch sind die gefundenen Trends ein Indiz dafür, dass eine emotional aufgeladene dichotome Sichtweise auf die Thematik im Alltag nicht überall so relevant ist, wie es der mediale Diskurs suggeriert. Sicher wäre es mit entsprechender Interviewführung möglich gewesen, den Kontrast Ost versus West schärfer herauszuarbeiten. Genau dies wollten wir durch unsere »passive« Interviewführung vermeiden. Der Ost versus West-Diskurs erwies sich in diesem Interviewkontext in der Mehrzahl der Interviews als nicht relevant genug, um in den Vordergrund der Interviews zu drängen. Der Umgang mit dem »Osten« ist unterschiedlich: von »ist mir sehr wichtig, ist meine Heimat«, über nostalgisch bis hin zu einem Schlusstrich »[...] ist Vergangenheit«.

In keinem der Interviews ergab sich eine starke Bezugnahme auf eine eigene ostdeutsche Identität. Die aktuellen negativen Zuschreibungen im Kontext des Aufkommens rechtspopulistischer Bewegungen wurden nur in einem Interview problematisiert (die Interviewpartnerin lebt im Westen), ansonsten verbinden die meisten der Befragten das Thema nicht direkt mit ihrer eigenen Person: »Das zieh ich mir nicht an«. Die Darstellungen sind gekennzeichnet durch einen pragmatischen Umgang mit der Situation. Inwieweit dies bereits das Ergebnis einer aktiven »Identitätspolitik« der Einzelnen ist, muss offenbleiben. Auch wenn die Befunde keine Verallgemeinerung zulassen, findet sich die von uns aufgefundene Sichtweise einer gewissen »Normalisierung« sehr selten im öffentlichen Diskurs um die »ostdeutsche Identität«. Die mediale Sicht blendet den Fall der »Normalisierung« in ihrer Berichterstattung eher aus und stützt damit eine Perspektive des Gegensatzes.

Anmerkungen

- 1 Thomas Ahbe, Die ostdeutsche Erinnerung als Eisberg. Soziologische und diskursanalytische Befunde nach 20 Jahren staatlicher Einheit. Vortrag auf der Konferenz: Narrative kultureller Identität – Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989. Université Sorbonne Nouvelle – Paris 3/Centre d’Etudes et de Recherches sur l’Espace Germanophone (CEREG), Paris 2011.
- 2 Eigene Berechnungen, Datenbasis ist die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus) 2016.

- 3 Daniel Kubiak, Der Fall »Ostdeutschland«: »Einheitsfiktion« als Herausforderung für die Integration am Fallbeispiel der Ost-West-Differenz. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 13 (2018) 1.
- 4 Frank Richter, Hört endlich zu! Weil Demokratie Auseinandersetzung bedeutet, Berlin 2018; bpb-Chef über westdeutsche Dominanz, Berliner Zeitung, 31.10.2017, www.berliner-zeitung.de/politik/bpbchef-ueber-westdeutsche-dominanz--es-ehlen-uebersetzer-kultureller-differenzen--28746484, letzter Zugriff am 17.3.2018.
- 5 Oliver Hollenstein, Das doppelt geteilte Land. Neue Einblicke in die Debatte über West- und Ostdeutschland, Wiesbaden 2012; Sachsenmonitor 2017.
- 6 Kubiak, Der Fall »Ostdeutschland« (Anm. 3).
- 7 Hollenstein, Das doppelt geteilte Land (Anm. 5).
- 8 Raj Kollmorgen, Diskurse der deutschen Einheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 30–31 (2010), S. 6–13.
- 9 Thomas Ahbe, Die Ost-Diskurse als Strukturen der Nobilitierung und Marginalisierung von Wissen. Eine Diskursanalyse zur Konstruktion der Ostdeutschen in den westdeutschen Medien-Diskursen 1989/90 und 1995, in: Thomas Ahbe, Rainer Gries und Wolfgang Schmale (Hg.), Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig 2009, S. 59–112.
- 10 Berliner Zeitung vom 31.10.2017 (Anm. 4).
- 11 Im Kontext der narrativen Psychologie geht man davon aus, dass Menschen ihr Leben in Form von Erzählungen wiedergeben. Ereignisse werden subjektiv verknüpft und so mit Sinn und Bedeutung besetzt.
- 12 Wolfgang Kraus, Narrative Psychologie, in: Siegfried Grubitzsch und Klaus Weber (Hg.), Psychologische Grundbegriffe. Ein Handbuch, Hamburg 1998.
- 13 Vgl. ebd., S. 132.
- 14 Edo Reents, Präsident von Dunkeldeutschland, FAZ, 28.8.2015, www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/bundespraesident-gauck-psychologisiert-mit-einem-bildvon-dunkeldeutschland-13772026.html, letzter Zugriff am 17.3.2018.
- 15 Henri Tajfel und John Charles Turner, The social identity theory of intergroup behavior, in: Stephen Worchel and William G. Austin (Hg.), Psychology of intergroup relations, Chicago 1986, S. 7–24.
- 16 Richter, Hört endlich zu! (Anm. 4); Kubiack, Der Fall »Ostdeutschland« (Anm. 3); Ahbe, Die Ost-Diskurse (Anm. 9).
- 17 Amelie Mummendey und Sabine Otten, Theorien intergruppalen Verhaltens, in: Dieter Frey und Martin Irlé (Hg.), Theorien der Sozialpsychologie, Bd. II. Bern 2002; Richter, Hört endlich zu! (Anm. 4).
- 18 Jörg Strübing, Qualitative Sozialforschung, München 2013; Christel Hopf, Die Pseudo-Exploration. Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung, in: Zeitschrift für Soziologie, 7 (1978), S. 97–115.
- 19 Kubiak, Der Fall »Ostdeutschland« (Anm. 3).



Lothar Berfelde, alias Charlotte von Mahlsdorf, in der original nachgebauten »Mulackritze« im Gutshaus Mahlsdorf. Die Ost-Berliner Kneipe wurde 1951 geschlossen und 1964 abgerissen.

Christian Könne

Schwule und Lesben in der DDR und der Umgang des SED-Staates mit Homosexualität

Hinsichtlich der Rechte für Homosexuelle war die DDR fortschrittlicher als die Bundesrepublik. Doch in der Öffentlichkeit wurden sie kriminalisiert. Die Staatssicherheit überwachte die schwul-lesbische Szene noch in den 1980er Jahren. Der antifaschistische Anspruch der DDR hätte zu einer veränderten Homosexuellenpolitik getaugt. Denn schon in der Weimarer Republik waren die Vorgängerparteien der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) – die Sozialdemokratische und

die Kommunistische Partei Deutschlands – für die Abschaffung des Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches eingetreten, der das Instrument der Kriminalisierung und Verfolgung der Homosexuellen war und während der Zeit des Nationalsozialismus noch verschärft wurde.¹ Stattdessen übernahm die DDR – wie auch die Bundesrepublik – zunächst den Paragraphen, auch wenn man im Osten in den 1950er Jahren zu der vor der NS-Zeit gültigen, weniger restriktiven Version zurückkehrte.² Den homosexuellen Opfern der NS-Diktatur wurde die Mitgliedschaft in den Opferverbänden Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)/Opfer des Faschismus (OdF) verwehrt.³

Umgang mit Homosexualität in der frühen DDR

In den 1950er Jahren setzte sich vor allem ein Mann für die Abschaffung des Paragraphen 175 ein: Rudolf Klimmer, Psychiater und in der NS-Zeit Opfer des Paragraphen 175.⁴ Mit prominenter Unterstützung anderer homosexueller Männer wie Ludwig Renn, Kinderbuchautor und Nationalpreisträger der DDR, erreichte er, dass über eine Abschaffung diskutiert wurde.⁵ Dank ihrer Initiative und mithilfe des SED-Landesvorsitzenden in Sachsen, Wilhelm Koenen, beschloss der Sächsische Landtag 1951, den Paragraphen 175 aufzuheben.⁶ Doch das wurde nie umgesetzt. In der DDR bestand der Paragraph 175 bis 1968. Homosexuelle wurden verfolgt, wengleich in deutlich geringerem Maße als in der Bundesrepublik.⁷ Wie kam es zu dieser ablehnenden Haltung gegenüber einer umfangreicheren Strafrechtsreform?

Nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ging es der SED vorrangig darum, ihre Macht zu sichern. Auch der Paragraph 175 wurde abermals gegen missliebige Männer angewandt, wie beispielsweise gegen den DDR-Justizminister Max Fechner. Dieser wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, später jedoch vollständig rehabilitiert.⁸ Fechner hatte sich öffentlich für einen rechtsstaatlichen Umgang mit den Streikenden ausgesprochen. Im Partei- und Pressegebaren zum »Fall« Fechner wurden Stereotype aus der NS-Zeit – teilweise bis auf die Wortebene – erneut verwandt.⁹ Skandalisierungen wie diese waren in der frühen DDR gängige Verfahren.¹⁰ Statt progressive Gesetzgebung zur Öffnung der Gesellschaft zu betreiben, nutzte man bestehende Ressentiments und Restriktionen des Rechts. Die Medien bedienten bewährte Feindbilder, um die ostdeutsche Gesellschaft von der des Westens abzugrenzen; Prostitution, Kriminali-

tät, Drogenmissbrauch, Pädophilie, Spionage, nationalsozialistische Gesinnung und eben auch Homosexualität wurden variantenreich miteinander verbunden und vor allem im »Westen« verortet.¹¹

Fehlende Öffentlichkeit: Schwul-lesbisches Leben nach dem 17. Juni

In diesem Klima war kein Platz für Schwule und Lesben. Die Agrarwissenschaftlerin und lesbische Aktivistin Ursula Sillge spricht davon, dass es in den 1950er Jahren in Ost-Berlin und Dresden je eine Kneipe für Lesben gegeben habe.¹² Die traditionelle schwul-lesbische Kneipenszene um die Friedrichstraße in Berlin-Mitte war aufgrund der restriktiven Politik der SED infolge des 17. Juni 1953 kaum noch vorhanden. In den 1960er Jahren wandelten sich manche Kneipen im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg und rund um den Alexanderplatz zu inoffiziellen Treffpunkten.¹³ Aber diese Lokale, die nur Eingeweihten bekannt waren, spielten als Treffpunkte zu Beginn der 1960er Jahre eine deutlich geringere Rolle als einschlägige Lokale in der Bundesrepublik. DDR-weit gab es davon außerhalb Ost-Berlins insgesamt eine Handvoll in Leipzig, Dresden, Halle und Cottbus.¹⁴ Mitte der 1980er Jahre waren in Ost-Berlin drei bis vier Lokale bekannt.¹⁵ Zum Vergleich: Bereits im Kaiserreich existierten allein in Berlin mehr als 20 solcher Wirtshäuser, über die es seit den 1880er Jahren schon spezielle Reiseführer gab.¹⁶ Vor dem Ersten Weltkrieg sollen es in Berlin rund 40 gewesen sein.¹⁷ In der Weimarer Republik wird dann von 90 bis 100 berichtet.¹⁸ Für die 1950er Jahre wird allein für Frankfurt am Main von sechs Bars gesprochen.¹⁹ In Hamburg gab es »18 Klappen und 17 einschlägige Lokale«.²⁰ Selbst in Ludwigshafen sind seit den 1960er Jahren sechs Treffpunkte belegt.²¹ Die zwangsweise Schließung der bekannten Ost-Berliner Schwulenkneipe »Mulackritze« wirft die Frage auf, inwieweit Gasthäuser, die bekannte Treffpunkte für schwule Männer waren, gezielt geschlossen wurden.²²

Die DDR war praktisch ein Land ohne öffentliche Orte für Homosexuelle. Das Klima war geprägt von medialer Verunglimpfung, staatlicher Überwachung und polizeilicher Verfolgung, ähnlich der Situation in der UdSSR.²³ Auch schwul-lesbische Kontaktanzeigen durften erst Mitte der 1980er Jahre erscheinen.²⁴ In der Bundesrepublik hingegen war die Kommunikation innerhalb einer Szene anhand eigenständiger Publikationen seit Ende der 1960er Jahre möglich. Zwar wurden bestehende Zeitschriften wiederholt verboten,²⁵ doch es gab hier die in der Schweiz erschei-

nende Zeitschrift *Der Kreis*.²⁶ Dadurch konnte im Westen an die Tradition der Zeitschriften und Druckerzeugnisse für Homosexuelle angeknüpft werden, wie sie mit *Der Eigene* im Deutschen Reich seit 1896 bestanden hatten. Eine vergleichbare Öffentlichkeit war in der DDR nicht vorhanden und so war es schwer, Gleichgesinnte zu treffen oder untereinander zu kommunizieren.

Dieser Situation geschuldet nutzte man öffentliche Plätze, um in Kontakt zu treten: Öffentliche Toiletten, sogenannte Klappen, wurden zu Treffpunkten, Parks zu potenziellen Partnerbörsen. Diese Orte sind für Berlin²⁷ ebenso wie in Leipzig,²⁸ Dresden oder Erfurt belegt. Selbst Kontakte zu sowjetischen Soldaten sind überliefert, die diese Art von Treffpunkten aus der UdSSR kannten.²⁹ Wichtig für die Männer in der DDR war, dass aus den »flüchtigen Bekanntschaften« auch feste Freundschaften werden konnten.³⁰ Die Notwendigkeit, sich dort zu treffen, führte – anders als in der UdSSR oder auch der Bundesrepublik, wo eher die Anonymität gesucht wurde – zu einem starken Gemeinschaftsgefühl.³¹ Freilich waren auch diese Orte in der DDR nicht »geheim«, sondern als »Kriminalitätsschwerpunkte« bei der Volkspolizei verzeichnet und wurden überwacht.³² Ein öffentliches schwul-lesbisches Leben war in der DDR nicht vorhanden.³³ In der Bundesrepublik, zu der es bisher nur einzelne Lokalstudien gibt, fand man, trotz starker Repressionsmaßnahmen, versteckte Ansätze eines solchen Lebens.³⁴

Rechtlich änderte sich die Lage 1968 mit dem neuen DDR-Strafgesetzbuch, in dem der Paragraph 175 durch den Paragraphen 151 ersetzt wurde. Fortan war Homosexualität zwischen Erwachsenen nicht mehr strafbar. Der homosexuelle Kontakt zu Jugendlichen wurde allerdings weiterhin unter Strafe gestellt, erstmals nun auch bei Frauen. Allerdings nutzten die DDR-Medien diese Verbesserung der Rechtslage nicht, das im Vergleich zur Bundesrepublik fortschrittlichere Handeln hervorzuheben und an die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung zu erinnern. Das Stigma blieb. Erst in den 1980er Jahren finden sich Berichte in der Presse, die die Änderung der Gesetzeslage für Homosexuelle 1968 explizit thematisieren.

Homosexualität in Wissenschaft und Forschung

Ab Ende der 1960er Jahre nahm sich die Wissenschaft des Themas Homosexualität an, allerdings mit eindeutigem Ziel. So glaubte der Endokrinologe Günter Dörner beweisen zu können, dass Homosexualität im Kindesalter mit der Verabreichung von Hormonen verhindert werden könne.

Diese Forschungen fanden ein positives Presseecho.³⁵ Der Schulunterricht in der DDR wies denselben Weg. 1972 wurde in Unterrichtsmaterialien für Lehrer festgestellt, dass Homosexuellen im Hinblick auf ihr Verhältnis zum anderen Geschlecht »der normale Reifungsprozeß« fehle und empfohlen: »Man sollte sich nicht mit Homosexuellen befreunden oder ihre Gesellschaft aufsuchen, aber man sollte sie auch nicht verunglimpfen.« Gleichzeitig hieß es: »Je früher ein solcher Mensch seine Fehlhaltung bemerkt, desto erfolgreicher kann eine medizinische Behandlung sein.«³⁶

Erst Mitte der 1980er Jahre fand langsam ein öffentliches und nachweisbares Umdenken statt. Dies zeigte sich in den Ratgebern zur Sexualität für Erwachsene. So wurde 1977 Homosexualität im Aufklärungsbuch »Mann und Frau intim« als eine von mehreren Möglichkeiten menschlicher Sexualität dargestellt.³⁷ 1984 fand sich in »Liebe und Sexualität bis 30« erstmals ein Kapitel zur Homosexualität, das diese positiv darstellte.³⁸ Es ist nicht belegt, dass eine solche Änderung auch in den Unterrichtshilfen erfolgte. Im selben Jahr wurde vom Berliner Magistrat, der Ost-Berliner Stadtverwaltung, eine Gruppe von Wissenschaftlern an der Humboldt-Universität eingesetzt, die Konzepte erarbeiten sollte, um die Lebensumstände und Lebensbedingungen von Schwulen und Lesben zu verbessern.³⁹

DDR-weit gab es von 1985 bis 1990 drei interdisziplinäre Workshops an verschiedenen Universitäten mit dem Fokus auf homosexuellen Emanzipationsbewegungen.⁴⁰ 1987 erschien mit »Homosexualität« die erste populärwissenschaftliche Publikation in der DDR.⁴¹ 1988 produzierte das Deutsche Hygiene-Museum Dresden den Aufklärungsfilm »Die andere Liebe«.⁴² Die Broschüre zum Film informierte über die Geschichte und das aktuelle Leben Homosexueller sowie über die Kenntnisse der Wissenschaft und gab Tipps für den Alltag des Einzelnen – und speziell für Eltern und Erzieher.⁴³

Schwul-lesbische Akteure in der DDR zwischen 1973 und 1989

Ermutigt durch den Film »Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt« des Regisseurs Rosa von Praunheim, der 1973 von der ARD ausgestrahlt und auch in Ostdeutschland geschaut wurde, bildeten sich schwul-lesbische Gruppen, wie die Homosexuelle Interessengemeinschaft Berlin (HIB). Die HIB wollte nach innen eine Art familiäre Struktur außerhalb der Subkultur bieten sowie die Öffentlichkeit in der DDR über Homosexualität und Homosexuelle informieren und

aufklären. Ziel war es, nach dem Vorbild der Bürgerrechtsgruppen in der Bundesrepublik zu arbeiten. Der Absicht, Öffentlichkeit herzustellen, verpflichtet nahm die Gruppe 1973 mit dem Plakat »Wir Homosexuelle der Hauptstadt begrüßen die Teilnehmer der X. Weltfestspiele und sind für den Sozialismus« an den Weltfestspielen der Jugend teil. 1974 gab es erstmals einen Vortrag zum Thema Homosexualität in der Berliner Stadtbibliothek.⁴⁴ Zwei Jahre später veranstaltete die HIB in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Volksbildung URANIA ein Forum zum Thema Homosexualität mit etwa 500 Personen.

Vielleicht gerade wegen dieses erfolgreichen, aber nicht staatlich gelenkten, gesellschaftlichen Engagements verweigerte das Innenministerium der HIB 1976 die Zulassung als Verein. In der Folge zogen sich die Lesben aus der HIB zurück und gründeten eine Frauengruppe um die bereits erwähnte Aktivistin Ursula Sillge, die via »Buschfunk« das erste DDR-weite Lesben-Treffen im Gutshaus des Transvestiten Lothar Berfelde, alias Charlotte von Mahlsdorf, organisierte.⁴⁵ Die Gruppe um Sillge gründete 1987 den Sonntags-Club, der als Beratungs- und Informationszentrum bis heute in Berlin-Prenzlauer Berg seinen Sitz hat.⁴⁶

Im Februar 1982 fand in der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg eine Tagung zum Thema »Ein Plädoyer gegen tiefsitzende Vorurteile – Homosexuelle und Heterosexuelle in der Gesellschaft« statt.⁴⁷ Als deren Folge bildete sich im April 1982 der erste Arbeitskreis Homosexualität bei der evangelischen Studentengemeinde Leipzig. Bis zum Ende der DDR wuchs die Anzahl der kirchlichen Arbeitskreise zum Thema Homosexualität auf über 20.⁴⁸ Diese beteiligten sich mit Infoständen an Kirchentagen und an Diskussionsgruppen. Zentrale Figur in dieser »schwulen Volkshochschule«⁴⁹ war der Journalist und Theologe Eduard Stapel, bis 2006 Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland. Er bewirkte, dass die Magdeburger Stadtmission eine hauptamtliche Stelle für Homosexuellenarbeit einrichtete. Damit hatte die evangelische Kirche maßgeblichen Anteil an der schwul-lesbischen Emanzipationsbewegung. Der Gesprächskreis Homosexualität in der evangelischen Advent-Zachäus-Kirchengemeinde in Berlin besteht bis heute.⁵⁰

1988/89 kam es zur Gründung von schwul-lesbischen Gruppen bei der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und in Klubhäusern. In Leipzig nannte man sich »RosaLinde«, in Dresden »Gerede«. Ziel war es, ein schwul-lesbisches Engagement außerhalb der Kirche zu initiieren. Man versuchte auch, Parteimitglieder in bestehende Organisationen einzuschleusen oder dort angeschlossene Genossen für die SED-Ziele zu instrumentalisieren, beispielsweise im Sonntags-Club.⁵¹ Nachdem dieser Versuch gescheitert

war, wurde – als Konkurrenz – die Gruppe »Courage« gegründet.⁵² Die FDJ gab allen Jugendklubs vor, einmal im Monat eine Veranstaltung zum Thema Homosexualität zu organisieren.⁵³ Die unter dem Dach der SED in verschiedenen Städten gegründeten Gruppen bildeten die »Interessengruppe Theorie«, die schwul-lesbische Politik auf marxistisch-leninistischer Basis, aber auch eine Vernetzung mit den kirchlichen Arbeitskreisen anstrebte.⁵⁴

Um die Schwulen- und Lesbenbewegung international zu positionieren, durften sämtliche Mitglieder der Gruppe »Courage«, sowie drei aus allen kirchlichen Arbeitskreisen Homosexualität, 1989 zur internationalen Konferenz der International Lesbian and Gay Association (ILGA) in Wien reisen.⁵⁵ Ob am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz Plakate mit Forderungen der schwul-lesbischen Gruppen zu sehen waren, die ihre Forderungen auf der größten Demonstration der DDR präsentierten, ist umstritten.⁵⁶ Just in der Nacht des Mauerfalls, am 9. November 1989, hatte der erste DDR-Film mit schwuler Thematik, »Coming out«, Premiere.⁵⁷

Das Verhältnis des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zur schwul-lesbischen Szene in der DDR

Die Vorurteile gegenüber der sich etablierenden Schwulen- und Lesbenbewegung waren weit verbreitet. Dies lässt sich an einem Beispiel zeigen: Der Ost-Berliner Magistrat gab 1983 an der Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität eine Dissertation als »vertrauliche Dienstsache« in Auftrag, die Personengruppen identifizieren sollte, »die als Kriminalitätsverdächtig und in ihren Haltungen begünstigend für Asozialität in Erscheinung treten können«. Für den Autor stand außer Zweifel, dass darunter auch »die große Gruppe der Homosexuellen« fiel.⁵⁸ Das MfS ging davon aus, dass die Lesben- und Schwulenbewegung der DDR im Westen initiiert worden sei und sich in ihr »feindlich-negative Kräfte« gegen die gesellschaftliche Ordnung der DDR stellten, indem »alternative Bewegungen« gegründet wurden, die versuchten, »pluralistische Gesellschaftsauffassungen« auf die Gesellschaft der DDR zu übertragen.⁵⁹

Folgt man den Ausführungen von prominenten Zeitzeugen, hat das MfS mit seiner Arbeit gegenüber der Schwulen- und Lesbenbewegung nichts Wesentliches erreicht. Die Schwulen- und Lesbenbewegung arbeitete sogar offen. Niemand versuchte zu kontrollieren, ob neue Leute vom MfS in die Gruppen geschickt worden waren, obwohl man davon aus-

gehen musste, dass das MfS die Gruppen durch Inoffizielle Mitarbeiter (IM) beobachten ließ. Durch dieses Verhalten sollte die Staatssicherheit an Ziele und Forderungen der Gruppen gelangen und wurde zum Teil sogar über Veranstaltungen informiert. Warum? In den Gruppen hoffte man auf eine Verbesserung der Politik für Homosexuelle. Bei einer angenommenen Anzahl von etwa 400 IM hatten Stasi und Partei durchaus Einblicke in die Wünsche und Ziele, doch führte dies nicht zur erwünschten Kursänderung.⁶⁰ Dennoch belegt eine Diplomarbeit an der Hochschule des MfS, dass die Staatssicherheit die Forderungen der Gruppen kannte und es zumindest intern Überlegungen gab, einerseits den Einfluss der ausländischen Gruppen auf die DDR-Szene zurückzudrängen, andererseits aber auch, auf die Forderungen einzugehen.⁶¹

Die normierte Gesellschaft der DDR und ihr Effekt auf das Leben Homosexueller

Die erste umfassende Umfrage zur Homosexualität in der DDR von 1990/91 stammt von dem zu diesem Zeitpunkt schon teilweise aufgelösten Zentralinstitut für Jugendforschung.⁶² Bereits 1980 waren dort Jugendliche zu diesem Thema befragt worden. Damals zeigten noch etwa die Hälfte der Jugendlichen eine ablehnende Haltung gegenüber Homosexualität, Männer stärker als Frauen.⁶³ In der Bundesrepublik ergaben Umfragen in den 1970er Jahren, dass lediglich circa 20 Prozent der Befragten Homosexualität ablehnten und 40 Prozent diese duldeten oder bejahten.⁶⁴ Angesichts des deutlich negativeren gesellschaftlichen Klimas in der DDR gegenüber Homosexuellen gaben 1990/91 dann 13 Prozent der befragten Lesben und 22 Prozent der Schwulen an, dass sie wegen ihrer Homosexualität ein- oder mehrmals Benachteiligungen im Beruf hinnehmen mussten. 42 Prozent der Lesben und 55 Prozent der Schwulen berichteten von homophoben Beschimpfungen. Sieben Prozent der Lesben und 25 Prozent der Schwulen hatten deshalb körperliche Gewalt erfahren. Dies führte bei 27 Prozent der Lesben und 37 Prozent der Schwulen dazu, dass sie an Selbsttötung gedacht haben. 18 Prozent der Schwulen sowie 13 Prozent der Lesben gaben an, bereits einen Selbstmordversuch hinter sich zu haben.⁶⁵ In diesen Zahlen sind die tatsächlichen Suizide noch nicht erfasst. Für die Bundesrepublik hatte man in den 1970er Jahren eine Selbstmordrate bei schwulen Männern von zehn Prozent ermittelt.⁶⁶

In der DDR waren Ehe und Familie die gegebene Norm. Laut Umfrage hatten zu Beginn der 1990er Jahre von den über 30-Jährigen 49 Prozent

der Lesben und 42 Prozent der Schwulen Ehe-Erfahrungen. Elf Prozent der Lesben und zwölf Prozent der Schwulen waren zum Zeitpunkt der Befragung sogar in heterosexueller Variante verheiratet. In der Gruppe der über 30-Jährigen hatten 40 Prozent der befragten Schwulen und 53 Prozent der Lesben eigene Kinder.⁶⁷ In der Bundesrepublik gaben Anfang der 1970er Jahre, also etwa eineinhalb Jahre nach der Entschärfung des Paragraphen 175, fünf Prozent der schwulen Männer an, aktuell und weitere fünf Prozent früher schon einmal verheiratet gewesen zu sein.⁶⁸ Bei den lesbischen Frauen lag der Wert bei neun Prozent zum Zeitpunkt der Befragung verheirateten beziehungsweise bei 24 Prozent für frühere Ehen.⁶⁹

Das sind Hinweise darauf, dass noch zu Beginn der 1990er Jahre, trotz der schärferen Gesetze, der gesellschaftliche Druck zur Anpassung für Homosexuelle in der Bundesrepublik geringer war als in der formierten Gesellschaft der DDR – 20 Jahre nach der Entschärfung des Paragraphen 175 und mehr als ein Jahr nach der Abschaffung des Paragraphen 151.

In der DDR wurde der Paragraph 151 im Jahr 1988 gestrichen, daher galt im wiedervereinigten Deutschland zweierlei Recht. 1994 kam es im Rahmen der Rechtsangleichung dazu, dass aufgrund der bestehenden Straflosigkeit im Osten auch in den »alten Bundesländern« der Paragraph 175 abgeschafft wurde.⁷⁰

Fazit

In der DDR war die Situation der Schwulen und Lesben zunächst sowohl von den Auswirkungen der Verfolgungen und der Rechtsprechung der NS-Zeit, als auch den Impulsen der ersten Homosexuellenbewegung und deren Kampf für die Abschaffung des Paragraphen 175 in der Weimarer Republik geprägt. In Hinblick auf Verurteilungen in den 1950er und 1960er Jahren war die Situation in der DDR moderater als in der Bundesrepublik. Auch war die DDR in der Entwicklung des Rechts fortschrittlicher als die Bundesrepublik, da sie männliche Homosexualität 1968 zunächst weniger stark kriminalisierte und die entsprechende Sonderregelung 1988 ganz strich.

Trotz dieser juristischen Veränderungen war die DDR in vielerlei Hinsicht homophob. Man gestand Homosexuellen bis in die 1980er Jahre weder eigene Lokale, Vereinsgründungen oder Zeitschriften zu. Selbst Papierkontingente für Flugblätter wurden staatlicherseits nicht genehmigt. In Hinblick auf Öffentlichkeit und eigene Räume waren Schwule und Lesben schlechter gestellt als im Kaiserreich und der Bundesrepublik

ab Ende der 1960er Jahre. Unterrichtsmaterialien stellten Homosexualität teils negativ oder pathologisch dar. Wissenschaftliche Forschungen zur Verhinderung von Homosexualität fanden positive Resonanz in den Medien. Die Staatssicherheit überwachte Homosexuelle und ihre Gruppen noch in den 1980er Jahren. Man stellte Analogien zwischen Homosexualität und Kriminalität her. Dies hatte deutliche Effekte auf eine negative Wahrnehmung von Homosexualität in der Bevölkerung und auf die Selbstwahrnehmung der Betroffenen.

Die sich in der DDR formierende Emanzipationsbewegung war durch dieselbe Filmproduktion beeinflusst wie die der Bundesrepublik und suchte sich auch später ihre Vorbilder im Westen. Solche aus der frühen Geschichte der UdSSR, wo die Strafbarkeit für Homosexualität – zwischen 1917 und 1934 – abgeschafft worden war, wurden nicht genutzt.⁷¹ Kontakte mit Homosexuellen aus anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks wie Polen, ČSSR oder Ungarn, in denen Homosexualität teilweise ebenfalls seit den 1960er straffrei war, sind aber ab 1987/88 bezeugt.⁷²

Anders als im Westen sind verblüffend viele Akteurinnen und Akteure auch Chronisten der Geschichte der Schwulen und Lesben der DDR, die inzwischen besser erforscht und detaillierter dargestellt ist als die der Bundesrepublik. Die Abschaffung der Strafbarkeit von Homosexualität in der DDR 1988 ebnete den Weg zur Streichung des Paragraphen 175 sechs Jahre später im wiedervereinigten Deutschland.

Anmerkungen

- 1 Matthias Grimm und Manfred Herzer, Die Geschichte des § 175. Strafrecht gegen Homosexuelle, Berlin 1990.
- 2 Bert Thinius, Erfahrungen schwuler Männer in der DDR und in Deutschland Ost, in: Wolfram Setz (Hg.), Homosexualität in der DDR. Materialien und Meinungen, Hamburg 2006, S. 9–88, hier S. 13–17; vgl. auch: Klaus Berndt, Zeiten der Bedrohung. Männliche Homosexuelle in Ost-Berlin und der DDR in den 1950er Jahren, in: Rainer Marbach und Volker Weiß (Hg.), Konformitäten und Konfrontationen. Homosexuelle in der DDR, Hamburg 2017, S. 19–50.
- 3 Vgl. Ulrike Puvogel, Prolog, in: Olaf Mußmann (Bearb.), Homosexuelle in Konzentrationslagern, Berlin 2000, S. 7–30, hier S. 19.
- 4 Günter Grau, Ein Leben im Kampf gegen den § 175. Zum Wirken des Dresdener Arztes Rudolf Klimmer, in: Manfred Herzer (Hg.), 100 Jahre Schwulenbewegung. Dokumentation einer Vortragsreihe in der Akademie der Künste, Berlin 1998, S. 46–65.
- 5 Vgl. hierzu ausführlich: Günter Grau, Sozialistische Moral und Homosexualität. Die Politik der SED und das Homosexuellenstrafrecht 1945 bis 1989 – ein Rückblick,

- in: Detlef Grumbach (Hg.), *Die Linke und das Laster. Schwule Emanzipation und linke Vorurteile*, Hamburg 1995, S. 85–141, hier S. 85–104; zu Renn: Arnold Vieth von Golßenau alias Ludwig Renn (1889–1979), in: Lars-Arne Dannenberg und Matthias Donath (Hg.), *Lebensbilder des sächsischen Adels*, Bd. 1, 2014, S. 159–180, hier S. 178f; zu Hiller: Daniel Münzner, Kurt Hiller. *Der Intellektuelle als Außen-seiter*, Göttingen 2015.
- 6 Günter Grau, *Im Auftrag der Partei. Versuch einer Reform der strafrechtlichen Bestimmungen zur Homosexualität in der DDR 1952*, in: *Zeitschrift für Sexualforschung* 9 (1996) 2, S. 109–130; Grau, *Sozialistische Moral und Homosexualität* (Anm. 5), S. 85–104.
 - 7 Klaus Berndt, *Zeiten der Bedrohung. Männliche Homosexuelle in Ost-Berlin und der DDR in den 1950er Jahren*, in: Rainer Marbach und Volker Weiß (Hg.), *Konformitäten und Konfrontationen. Homosexuelle in der DDR*, Hamburg 2017, S. 19–50; zur Situation in der Bundesrepublik vgl. u.a. Hans-Georg Stümke, *Homosexuelle in Deutschland. Eine politische Geschichte*, München 1989, S. 147; Ralf Dose, *Der § 175 in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute*, in: Grimm und Herzer, *Die Geschichte des § 175* (Anm. 1), S. 122–143, hier S. 131.
 - 8 Rudi Beckert, *Lieber Genosse Max. Aufstieg und Fall des ersten Justizministers der DDR Max Fechner*, Berlin 2003, S. 223ff.
 - 9 *Reine Erziehung. Neue Aktenfunde zeigen: Bis in die achtziger Jahre hinein schikanierten SED und Stasi Homosexuelle*, in: *Der Spiegel* 26 (1996), S. 76f.
 - 10 Martin Sabrow, *Politischer Skandal und moderne Diktatur*, in: Ders. (Hg.), *Skandal und Diktatur*, S. 7–32, hier S. 7ff.
 - 11 *Westberliner Frauen als Freiwild. Westmächte unterbinden Razzien der Westberliner Polizei*, in: *Berliner Zeitung*, 14.9.1951, S. 6.
 - 12 Ursula Sillge, *Un-Sichtbare Frauen. Lesben und ihre Emanzipation in der DDR*, Berlin 1991, S. 93.
 - 13 Jens Dobler, *Den Heten eine Kneipe wegnehmen*, in: *Sonntags-Club, Verzaubert in Nordost. Die Geschichte der Berliner Lesben und Schwulen in Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee*, Berlin 2009, S. 167–173; zur Szene im Prenzlauer Berg vgl. auch Jens Bisky, *Geboren am 13. August. Der Sozialismus und ich*, Berlin 2004, S. 114.
 - 14 Fred Günther, *Die heimliche Liebe in Mitteldeutschland*, in: *Der Weg zu Freundschaft und Toleranz*, 10 (1960) 2/3, S. 42f.
 - 15 *Homosexuelle Initiative (Hosi) Wien, Auslandsgruppe, Rosa Liebe unterm roten Stern. Zur Lage der Lesben und Schwulen in Osteuropa*, Wien 1986, S. 35.
 - 16 Magnus Hirschfeld: *Berlins drittes Geschlecht*, 8. Auflage, Berlin 1904, S. 39; vgl. auch Jens Dobler: *Zwischen Duldungspolitik und Verbrechensbekämpfung. Homosexuellenverfolgung durch die Berliner Polizei 1848–1933*, Frankfurt a.M. 2008, S. 359f.
 - 17 Stümke, *Homosexuelle in Deutschland* (Anm. 7), S. 29.
 - 18 Hirschfeld spricht 1896 von ca. sechs, 1910 von doppelt so vielen und für die 1920er Jahre von 90 bis 100 Lokalen, in: Magnus Hirschfeld, *Von einst bis jetzt. Geschichte einer homosexuellen Bewegung 1897–1922*, Berlin (West) 1986, S. 43.

- 19 Hans Schmidt, Die Angst verband uns. Frankfurt in den fünfziger Jahren, in: Joachim S. Hohmann, Keine Zeit für gute Freunde. Homosexuelle in Deutschland 1933–1969. Ein Lese- und Bilderbuch, Berlin (West) 1982, S. 146–153, hier 146 f.
- 20 Gottfried Lorenz, Hamburg als Homosexuellen-Hauptstadt der 1950er Jahre – Die Homophilen-Szene und ihre Unterstützer für die Abschaffung des § 175, in: Andreas Pretzel und Volker Weiß (Hg.): Ohnmacht und Aufbegehren. Homosexuelle Männer in der frühen Bundesrepublik, Hamburg 2010, S. 117–151, hier S. 119.
- 21 Wolfgang Knapp, Subkultur in Ludwigshafen, www.vom-anderen-ufer.de/gesellschaft/subkultur-in-ludwigshafen, letzter Zugriff am 31.1.2018.
- 22 Charlotte von Mahlsdorf, Ich bin meine eigene Frau. Ein Leben, Berlin u. a. 1992, S. 124 ff.
- 23 Vgl. zu diesen Treffpunkten in der UdSSR Jewgenij Charitonow, Unter Hausarrest. Ein Kopfkissenbuch, Berlin 1996, S. 196 f, 277 ff; Daniel P. Schluter, Gay life in the former USSR. Fraternity without community. London 2002, S. 89 ff; Gudrun Hauer u. a. (Hg.), Rosa Liebe unterm roten Stern. Zur Lage der Lesben und Schwulen in Osteuropa, Hamburg 1986, S. 68–71; vgl. zur Diskussion um Westen, ob eine »gay bar« eine Verlängerung des Ghettos oder eine Emanzipation ist u. a. Udo Hoffmüller, Stephan Neuer, Unfähig zur Emanzipation? Homosexuelle zwischen Ghetto und Befreiung, Gießen 1977, S. 132 ff.
- 24 Sillge, Un-Sichtbare Frauen (Anm. 12), S. 17 ff, 92 ff, darin auch Kritik an Seifert, vgl. Torsten-Joerge Seifert von Müszebeck-Wedel, Über Erfahrungen in der gleichgeschlechtlichen Partnerschaftsuche durch Bekanntschaftsannoncen, in: Erwin Günther (Hg.), Psychosoziale Aspekte der Homosexualität. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1989, S. 171–176, hier 171 f.
- 25 Stümke, Homosexuelle in Deutschland (Anm. 7), S. 143 ff.
- 26 Hubert Kennedy, Der Kreis. Eine Zeitschrift und ihr Programm, Berlin 1999.
- 27 Bisky, Geboren am 13. August (Anm. 13), S. 103, 130.
- 28 Antje Hildebrandt, Mann, sind wir frei. Ist das der Himmel? In Leipzig leben Schwule so wie der Filmemacher Ringo Rösener. Entspannt, weil alles erlaubt ist, in: Die Zeit 15.3.2012, www.zeit.de/2012/12/S-Homosexualitaet-Leipzig, letzter Zugriff am 31.10.2017.
- 29 Vgl. zu diesen Treffpunkten und wie das »System« in der UdSSR funktionierte sehr erhellend Daniel P. Schluter, Gay life in the former USSR. Fraternity without community, London 2002, S. 89 ff.
- 30 Eduard Stapel, Warme Brüder gegen Kalte Krieger. Schwulenbewegung in der DDR im Visier der Staatssicherheit, Magdeburg 1999, S. 10.
- 31 Maria Borowski, Erste Erkenntnisse zum lesbischen und schwulen Alltagsleben, S. 56 f; vgl. Mahlsdorf, eigene Frau (Anm. 22), S. 95, 101 f, 106; zur Situation in der UdSSR vgl. Tomas M. Mielke, Der homosexuelle Wortschatz im Russischen. Einvernehmliche und Lagersexualität zwischen Männern, München 1995, S. 10 ff; Igor Kon, James Riordan (Hg.), Sex and the Russian Society, Bloomington 1993, S. 89 ff; Dan Healy, Beredtes Schweigen. Zur Geschichte der Homosexualität in Russland, in: Osteuropa 63 (2013) 10, S. 5–16; Igor Kon, Lackmustest. Homophobie und Demokratie in Russland, in: ebd., S. 49–67; zur Situation in der Bundesrepublik vgl.

- Martin Dannecker und Reimut Reiche, *Der gewöhnliche Homosexuelle. Eine soziologische Untersuchung über männliche Homosexuelle in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff.
- 32 Jens Dobler, *Volkspolizei und Homosexuelle*, in: *Sonntags-Club* (Anm. 13), S. 256–260.
- 33 Maria Borowski, *Erste Erkenntnisse zum lesbischen und schwulen Alltagsleben in der frühen DDR*, in: Marbach und Weiß (Hg.), *Konformitäten* (Anm. 2), S. 51–63; Kurt Starke, *Schwuler Osten. Homosexuelle Männer in der DDR*, Berlin 1994, S. 106.
- 34 Vgl. Gottfried Lorenz, *Hamburg als Homosexuellenhauptstadt der 1950er Jahre – Die Homophilen-Szene und ihre Unterstützer für die Abschaffung des § 175*, in: Pretzel und Weiß (Hg.), *Ohnmacht und Aufbegehren* (Anm. 20), S. 117–151; Jens Dobler, *Schwules Leben in Berlin zwischen 1945 und 1969 im Ost-West-Vergleich*, in: ebd., S. 152–185; die umfassendste Studie für das Nachkriegsdeutschland West ist der Forschungsbericht zur Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Rehabilitation homosexueller Menschen des Landes Rheinland-Pfalz, der u. a. die Zeit von 1946–1973 untersucht, https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Familie/8_Gesamtdokument_final_2.pdf, letzter Zugriff am 3.2.2018.
- 35 Olaf Leser, *Homosexuelle in der DDR. Versuch eines historischen Überblicks*, in: Jean Jaques Soukup (Hg.), *Die DDR. Die Schwulen. Der Aufbruch. Versuch einer Bestandsaufnahme*, Göttingen 1990, S. 39–45, hier S. 41.
- 36 Kurt Richard Bach, *Geschlechterziehung in der sozialistischen Oberschule. Entwicklung und Realisierung eines Programms zur systematischen Geschlechterziehung in den Klassen 1 bis 10 der Oberschule der DDR – ein Beitrag zur Vorbereitung der Heranwachsenden auf Ehe und Familie*, Berlin (Ost) 1974, S. 256.
- 37 Siegfried Schnabl, *Mann und Frau intim. Fragen des gesunden und des gestörten Geschlechtslebens*, Berlin (Ost) 1977, S. 295 ff.
- 38 Kurt Starke und Walter Friedrich, *Liebe und Sexualität bis 30*, Berlin (Ost) 1986, S. 290 ff.
- 39 Kristine Schmidt, *Die interdisziplinäre Arbeitsgruppe »Homosexualität« an der HU Berlin*, in: *Sonntags-Club* (Anm. 13), S. 222–228; Thinius, *Erfahrungen* (Anm. 2), S. 29 ff; Bert Thinius, *Wie es nicht geht, das wissen wir*, in: Marbach und Weiß (Hg.), *Konformitäten* (Anm. 2), S. 91–101.
- 40 Kristine Schmidt, *Workshop: Psychosoziale Aspekte der Homosexualität*, in: *Sonntags-Club* (Anm. 13), S. 229–230; Starke, *Schwuler Osten* (Anm. 34), S. 48 ff.
- 41 Reiner Werner, *Homosexualität. Herausforderung an Wissen und Toleranz*, Berlin (Ost) 1987.
- 42 Thinius, *Erfahrungen* (Anm. 2), S. 74 f.
- 43 *Deutsches Hygiene-Museum Dresden* (Hg.), *Die andere Liebe. Auskünfte über Homosexualität für Eltern und Erzieher*, Dresden o.J.
- 44 Sillge, *Un-Sichtbare Frauen* (Anm. 12), S. 89 ff; zu den Emanzipationsbewegungen vgl. auch Edgar Nastola, *Individuelle Freiheit und staatliche Reglementierung. Lesben und Schwule in der DDR*, Marburg 1999, S. 92 ff; vgl. auch: Teresa Tammer, *Schul bis über die Mauer. Die West-Kontakte der Ost-Berliner Schwulenbewegung in den 1970er und 1980er Jahren*, in: Marbach und Weiß (Hg.), *Konformitäten*

- (Anm. 2), S. 70–88; Leser, Homosexuelle (Anm. 36), S. 43; vgl. auch: Stefanie Krautz, Lesbisches Engagement in Ost-Berlin 1978–1989, Marburg 2009, S. 69 ff; Mahlsdorf, eigene Frau (Anm. 22), S. 157.
- 45 Charlotte von Mahlsdorf arbeitete von 1971 bis 1976 als IM »Park« für die Staatssicherheit. Die Zusammenarbeit wurde vonseiten der Staatssicherheit beendet, weil Charlotte von Mahlsdorf offenbar nicht die erhofften Informationen vermittelte. Vgl. Alexander Osang, Das einfache Lottchen, in: Ders., Ankunft in der neuen Mitte. Reportagen und Portraits, Berlin 1999, S. 170–184, hier S. 183. 1992 wurde Charlotte von Mahlsdorf wegen ihres Engagements für das Gutshaus Mahlsdorf mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Im März 2018 wurde dort eine Straße nach ihr benannt.
- 46 Sillge, Un-Sichtbare Frauen (Anm. 12), S. 89 ff; Ursula Sillge, Damals war's! Zu Bedingungen, Strukturen und Definitionen der lesbisch-schwulen Bewegung in der DDR, in: LSVD Landesverband Sachsen-Anhalt (Hg.), Lesben und Schwule in der DDR. Tagungsdokumentation, Halle (Saale) 2008, S. 109–115, hier S. 114; vgl. auch Mahlsdorf, eigene Frau (Anm. 22), S. 157; Leser, Homosexuelle (Anm. 36), S. 43; vgl. zum Sonntags-Club auch: Jens Dobler u. a., Sonntags im Club, in: Sonntags-Club (Anm. 13), S. 238–247; Jens Dobler, Staat im Aufbruch. Der Sonntags-Club, in: Marbach und Weiß (Hg.), Konformitäten (Anm. 2), S. 102–108.
- 47 Leser, Homosexuelle (Anm. 36), S. 43; Krautz, Engagement (Anm. 45), S. 53 ff; Thinius, Erfahrungen (Anm. 2), S. 40.
- 48 Zur Entwicklung in Polen in den 1980er Jahren vgl. www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen139.pdf, letzter Zugriff am 6.2.2018.
- 49 Stapel, Warme Brüder (Anm. 32), S. 14.
- 50 Lothar Dönitz, 31 Jahre Schwulen-Urania in (Ost-)Berlin? Zur Geschichte des Gesprächskreises Homosexualität der ev. Advent-Zachäus-Kirchengemeinde Berlin-Prenzlauer Berg, in: Marbach und Weiß (Hg.), Konformitäten (Anm. 2), S. 109–141.
- 51 Sillge, Un-Sichtbare Frauen (Anm. 12), S. 99 ff.
- 52 Jens Dobler u. a., Sonntags im Club, in: Sonntags-Club (Anm. 13), S. 238–245.
- 53 Thinius, Erfahrungen (Anm. 2), S. 49.
- 54 Leser, Homosexuelle (Anm. 36), S. 43 f; Thinius, Erfahrungen (Anm. 2), S. 48 f; Sillge, Damals war's (Anm. 48), S. 113 f; Vgl. auch Krautz, Engagement (Anm. 46), S. 82 ff; Lutz Möbius, Schön grell und bunt – aber nicht nur. Zur Geschichte des FDJ-Schwulenklubs RosaLinde, in: Soukup (Hg.), Die DDR. Die Schwulen. Der Aufbruch (Anm. 36), S. 59–61; Kai Werner, Die Schwulengruppe »Gerede« in Dresden, in: ebd., S. 63–67.
- 55 Stapel, Warme Brüder (Anm. 32), S. 103. Sillge, unsichtbare Frauen (Anm. 12), S. 106 f.
- 56 Beitrag Klaus Laabs, Beitrag Olaf Brühl, in: Von der Segelfreiheit der Schwulen. (1. Gesprächsrunde), in: Soukup (Hg.), Die DDR. Die Schwulen. Der Aufbruch (Anm. 36), S. 17–26, hier S. 17 f, S. 19; Bisky, Geboren am 13. August (Anm. 13), S. 197.
- 57 Vgl. ebd., S. 201 ff; vgl. auch Kristine Schmidt, Coming out – der Film, in: Sonntags-Club: Verzaubert, 260–265.
- 58 Gerhard Fehr, Zu einigen Aspekten der Entwicklung der Risikogruppe der männlichen Homosexuellen und der Risikogruppe der kriminell gefährdeten, nicht

- lesbischen weiblichen Jugendlichen und Jungerwachsenen in der Hauptstadt Berlin
Dissertation A, Berlin (Ost) 1983, S. 15, 20, 22. Zitiert nach Thinius, Erfahrungen
(Anm. 2), S. 25 f.
- 59 Stapel, Warme Brüder (Anm. 32), S. 18.
- 60 Ebd., S. 99 ff; Ders, in: Starke, Schwuler Osten (Anm. 34), S. 101 ff; Sillge, Damals
war's (Anm. 47), S. 109 ff; Rüdiger Lautmann, Warum vergisst die Geschichtsschrei-
bung zur späten DDR den Beitrag der Lesben und Schwulen? In: Heinrich Böll Stif-
tung Sachsen Anhalt und LSVD Sachsen Anhalt (Hg.), Lesben und Schwule in der
DDR, Tagungsdokumentation, Halle (Saale) 2008, S. 117–135; Barbara Wallbraun,
Lesben im Visier der Staatssicherheit, in: Das Übersehenwerden hat Geschichte. Les-
ben in der DDR und in der friedlichen Revolution. Tagungsdokumentation, Hein-
rich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, 2015, S. 26–50; Jens Dobler im Interview mit
IM »Georg Schröder«. Der IM »Georg Schröder«, in: Sonntags-Club (Anm. 13),
S. 248–255; über IM »Thomas Müller« vgl. Lothar Dönitz, 31 Jahre Schwulen-
Urania, in: Marbach und Weiß (Hg.), Konformitäten (Anm. 2), S. 119.
- 61 Ministerium für Staatssicherheit. Hochschule, Diplomarbeit vom 15.12.1986 mit
dem Titel: „Einige Probleme der weiteren Einbeziehung staatlicher und gesellschaft-
licher Kräfte zur vorbeugenden Verhinderung des politischen Missbrauchs homose-
xuell veranlagter Personen in antisozialistischen Zusammenschlüssen und zu feind-
lichen Aktivitäten, BStU, MfS, JHS 20633; MfS, JHS-Nr. 389/86.
- 62 Die Studie mit einleitenden Texten und Interviews ist publiziert als Kurt Starke,
Schwuler Osten (Anm. 34).
- 63 Kurt Starke, Leben von Lesben und Schwulen in der DDR. Selbstreflexion und Ein-
stellung von Hetero- zu Homosexuellen und Homosexualität, in: LSVD (Hg.), Les-
ben und Schwule in der DDR (Anm. 47), S. 9–33, hier S. 11.
- 64 Die Umfrage der Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualfor-
schung e. V. stammte aus dem Jahr 1974 und brachte folgende Ergebnisse im Hin-
blick auf Homosexualität: Ablehnung: 19,6%, Duldung (Toleranz): 40,3%, Beja-
hung (Akzeptanz) 40,1%, in: Martin Dannecker, Der Homosexuelle und die
Homosexualität, Frankfurt a. M. 1986, S. 67.
- 65 Starke, Leben (Anm. 63), S. 18–20.
- 66 Vgl. Dannecker und Reiche, Der gewöhnliche Homosexuelle (Anm. 31), S. 200.
- 67 Starke, Leben (Anm. 63), S. 24 ff.
- 68 Die Ergebnisse der Umfrage stammen aus dem Jahr 1971. Dannecker und Reiche,
Der gewöhnliche Homosexuelle (Anm. 31), S. 363.
- 69 Die Umfragen für die Frauen fanden im Sommer/Herbst 1975 statt. Susanne v.
Paczensky: Verschwiegene Liebe. Lesbische Frauen in unserer Gesellschaft, Reinbek
1984, S. 40 ff. Die Ergebnisse der Untersuchung in der Analysetabelle-Übersicht S. 182 ff.
- 70 Jens Dobler und Harald Rimmel, Schwulenbewegung, in: Roland Roth und Die-
ter Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch,
Frankfurt a. M. 2008, S. 541–556; Lautmann, Geschichtsschreibung (Anm. 60),
S. 119 f.
- 71 Vladimir Batkis, Die Sexualrevolution in Russland, Berlin 1925.
- 72 Sillge, Un-Sichtbare Frauen (Anm. 12), S. 102.



Demonstration in Köln anlässlich der 9. Weltkonferenz der International Lesbian and Gay Association (ILGA), 1987.

Christian Köne

Homosexuelle und die Bundesrepublik Deutschland. Gleichberechtigte Mitmenschen?

Fortsetzung der Verfolgung – Kontinuitäten

1945 endete das nationalsozialistische Regime in Deutschland. Doch mit dem Zusammenbruch des Systems endete weder die Verfolgung Homosexueller noch deren Diskriminierung. Wie der Historiker Wolfgang Benz konstatiert, war die Verfolgung nach 1945 »mit der Repression davor nicht zu vergleichen, sie wurde vielmehr im gesetzlichen Rahmen der Strafjustiz vollzogen und die Diskriminierung bestand im Totschweigen, in der Preisgabe der Lächerlichkeit und in Verachtung.«¹ Die Behörden sowie

ein großer Teil der Bevölkerung, die auf alliierte Anweisung nun zahlreichen Feindbildern zwangsweise abschwören mussten, konnten hier ihre gewohnten Stigmatisierungs-, Ausgrenzungs- wie Verfolgungs-Konzepte weiterhin anwenden. Es kam zur Verfolgung homosexueller Männer seitens der Behörden »bei den unbedeutendsten Sachverhalten«. ²

Die von den Nationalsozialisten 1935 verschärfte Version des Paragraphen 175, nach der bereits ein Blick als Beweis für Homosexualität gelten konnte, blieb bis 1969 in Kraft. ³

So wurde beispielsweise noch Ende der 1940er Jahre ein Arzt, der zuvor nach Paragraph 175 inhaftiert worden war, nicht als »Opfer des Faschismus«, sondern als »Verbrecher« registriert. Als Konsequenz aus seiner Zuchthausstrafe bekam er »seine staatliche Prüfung aberkannt, was einem Arbeitsverbot [als Arzt] gleichkam.« Darüber hinaus musste er 1948 »für das Zuchthaus von 1936–1939 noch 350 Mark Verpflegungskosten nachzahlen.« Bei einem Durchschnittseinkommen von monatlich 184,92 D-Mark waren dies fast zwei Monatsgehälter. Im Jahr darauf erkundigte sich die Polizei »nach seinen Einnahmen«, um ihm – vier Jahre nach Ende der Zeit des Nationalsozialismus – »die Kosten für das KZ nachzahlen zu lassen: 1,50 DM pro Tag«. ⁴

Dieses Beispiel war kein Einzelfall. Diverse Untersuchungen belegen inzwischen die Kontinuitäten bezüglich der Verfolgung Homosexueller. ⁵ Die Anzahl der Verurteilungen war – im Jahresdurchschnitt – von 3541 im Nationalsozialismus (NS) auf 1388 während der Besatzungszeit gesunken, also um rund 60 Prozent. ⁶ Mit dem Ende der Besatzungszeit stiegen sie in der Bundesrepublik auf jährlich 2642 Urteile an, nahezu eine Verdoppelung und fast 74 Prozent der nationalsozialistischen Verfolgungsquote. Bis 1965 war die Verfolgung in der Bundesrepublik etwa viermal so hoch wie die in der Weimarer Republik. ⁷ Die in der NS-Zeit begonnenen Kastrationen wurden weitergeführt; später wurden auch Eingriffe am Gehirn vorgenommen. ⁸ Weibliche Homosexualität wurde – wie auch die Präsenz von Frauen im öffentlichen Leben – weitgehend negiert. Auch hierin folgte man bekannten Mustern. ⁹ Zu den Tiefpunkten im Hinblick auf die Menschenrechte Homosexueller gehören die frühen Urteile des Bundesgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts, die alle Versuche, auf juristischem Wege eine Gleichstellung homosexueller Männer zu erreichen und die NS-Version des Paragraphen 175 wenigstens abzumildern, verurteilten. ¹⁰

»Szenen«

In dieser Situation war es äußerst schwierig, sich eine selbstbewusste Identität zu schaffen. Das galt nicht allein für die Inhalte, nach denen man strebte. Homosexuelle, die sich zusammenschlossen, taten dies oft unter der Bezeichnung homophil, um weniger Anstoß zu erregen.¹¹ Die Versuche, eigene Zeitschriften neu zu begründen, wurden juristisch wiederholt abgewehrt.¹² *Der Kreis* war die einzige dreisprachige Zeitschrift für schwule Männer. Sie erschien von 1932 bis 1967 in der Schweiz auch für Deutschland und war »für viele Jahre die bedeutendste Zeitschrift, die sich die rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Anerkennung [...] zum Ziel gesetzt hatte«.¹³

Trotz allem bildete sich, anders als in der DDR, im Westen Deutschlands eine »Szene« heraus, in der Homosexuelle Freunde und Partner finden konnten.¹⁴ Für Hamburg sind in den 1950er Jahren »18 Klappen [also öffentliche Toiletten als Treffpunkte] und 17 einschlägige Lokale« bekannt.¹⁵ In Köln gab es Mitte der 1950er Jahre 15 Lokale, bis 1969 waren es 35.¹⁶ Frankfurt am Main hatte in den 1950er Jahren sechs Bars.¹⁷ In Stuttgart waren es in den 1950er und 60er Jahren vier.¹⁸ Seit den 1950er Jahren gab es dort auch ein Lokal für Lesben.¹⁹ Für Ludwigshafen am Rhein sind in den 1960er Jahren sechs Treffpunkte historisch belegt.²⁰ An solchen Orten, speziell außerhalb der Großstädte, trafen sich neben schwulen Männern auch lesbische Frauen – oft jedoch in deutlich geringerer Anzahl. Obwohl diese Orte unauffällig waren, wurden sie alle polizeilich überwacht, waren durch Razzien und Schließung bedroht.²¹ Sie boten aber, durch die ebenfalls dort anwesenden schwulen Stationierungssoldaten, auch in den kleineren Städten ein bisher ungekanntes internationales Flair.²²

Sittlichkeit und Staat im Kalten Krieg

Der frühe gesellschaftspolitische Kurs der Bundesregierung war durch ein spezifisches, an konservativ-rigiden Kirchenvorstellungen angelehntes Konzept von »Sittlichkeit« geprägt. Der katholische Volkswartbund unterstützte dies.²³ Der Bundesfamilienminister Franz-Josef Würmeling (CDU) hielt, in Zeiten des Kalten Krieges,

»Millionen innerlich gesunder Familien mit rechtschaffenen erzogenen Kindern [...] als Sicherung gegen die drohende Gefahr der kinderreichen

Völker des Ostens« für »mindestens so wichtig wie alle militärischen Sicherungen«. ²⁴

Homosexuelle, als »Moskaus neue Garde« verunglimpft, galten auch in der Bundesrepublik als eine Bedrohung für den Staat. ²⁵ Die bekannten NS-Feindbilder wurden nun um jene des Kalten Krieges ergänzt. ²⁶ Der umstrittene Regierungsentwurf »E 1962« für ein neues Strafgesetz war durch eine »letztlich auf theokratischem Staatsverständnis aufbauende Haltung« geprägt, die dem Strafrecht die Aufgabe zuwies, »die Bürger zu einer sittlichen« Lebensweise »zu zwingen«. ²⁷ Dass beispielsweise in Süddeutschland unter Einfluss des Code Civil eine staatliche Sanktionierung des Lebens der Menschen aus moralisch-sittlichen Gründen schon im 19. Jahrhundert abgeschafft worden war, wurde in den Ministerien nicht für strafrechtsrelevant befunden. Die Mehrheit der Deutschen erfüllte die Sittlichkeitsvorstellungen der Bonner Ministerialbeamten nicht – im Gegenteil. ²⁸

Namhafte Psychologen, Mediziner und Juristen verglichen zu dieser Zeit die Bonner Strafrechtsvorschläge, die an der Strafbarkeit von Homosexualität festhielten, mit den Nürnberger Rassegesetzen der Nationalsozialisten. ²⁹ Der deutsche Juristentag und sogar Vertreter der Kirche sprachen sich gegen die Entwürfe aus. Außerhalb der Bonner Ministerien arbeiteten Juristen, unter ihnen 16 Strafrechtsprofessoren, an einem Alternativentwurf. 1969 wurde im Rahmen der Großen Strafrechtsreform dann die Strafbarkeit für einvernehmliche Homosexualität unter Männern gestrichen.

Die Emanzipationsbewegungen seit Ende der 1960er Jahre

Mit der Großen Strafrechtsreform, die auch das gemeinsame Übernachten Unverheirateter – bisher als Kuppelei strafbar – straffrei machte und sexualaufklärerische Zeitschriften oder Zeitschriften für Homosexuelle zuließ, brach in der Bundesrepublik eine neue Zeit an – nicht nur für Homosexuelle. Dies, die Stonewall Unruhen in der New Yorker Christopher Street 1969 und der 1971 erstmals gezeigte Film von Rosa von Praunheim »Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt«, bildeten den Hintergrund für eine sich etablierende Bewegung Homosexueller, die sich ganz bewusst als Schwulen- und Lesbenbewegung bezeichnete. ³⁰ Bereits 1970 hatte sich die erste schwule Studentengruppe »Homosexuelle Aktionsgruppe Bochum« gegründet. 1971 folgten unter anderem Gruppen in Münster und West-Berlin. ³¹ Die erste Demonstration für die Rechte

Homosexueller fand 1972 in der Universitätsstadt Münster statt. Bis Ende der 1970er Jahre gab es bis zu 70 Gruppen.³²

Lesben sahen sich in erster Linie als Frau einer umfassenden Diskriminierung ausgesetzt, daher sammelten sich viele unter dem Dach der Frauenbewegung, führten aber bei gemeinsamen Anliegen die öffentliche Arbeit zusammen mit den Schwulen fort.³³ Die Gruppen waren engagiert, aber oft uneins in der Ausrichtung.³⁴ Mit Infoständen, Filmproduktionen und Demonstrationen schafften sie Sichtbarkeit, erregten Anstoß und Aufmerksamkeit, schufen Öffentlichkeit und Bewusstsein – zunächst bei den eigenen Leuten, allmählich auch in der Bevölkerung.³⁵

Sein Schwulsein öffentlich zu machen, wie dies ein Slogan forderte, barg bis in die 1970er Jahre aber weiterhin Gefahren. So wurden Studenten bei vermeintlichem Fehlverhalten aufgrund einer Verurteilung nach Paragraph 175 von den Universitäten verwiesen.³⁶ Personen des öffentlichen Dienstes wurden wegen ihrer Homosexualität bis Mitte der 1960er Jahre aus dem Dienst entfernt, für Soldaten und Lehrer galt dies noch länger.³⁷ Wichtige Ziele der Auseinandersetzung waren daher Bereiche, welche die bisherige Diskriminierung besonders gestützt hatten.³⁸ Nachdem Homosexualität seit 1969 unter Erwachsenen straffrei war, wurde nun zunehmend und wiederholt der Jugendschutz vorgeschoben, um öffentliche Aufklärungsprojekte zu verhindern. So wurde in Ingolstadt 1980 ein Infotisch einer Schwulengruppe in der Fußgängerzone in der Hinweis verboten, dass »die Allgemeinheit Homosexualität als unsittlich ablehnt«. Außerdem sei »homosexuelle Betätigung mit Minderjährigen« laut Paragraph 175 untersagt. Daraus folgerte die Ordnungsbehörde, dass »Veranstaltungen über homosexuelle Fragen auf öffentlichen Plätzen [...] nicht genehmigungsfähig« seien.³⁹

Das sah man nicht überall so. Seit 1979 ging man von Bremen, Köln, Stuttgart, München und West-Berlin ausgehend regelmäßig mit Demonstrationen, den sogenannten Christopher Street Days (CSD), in die Öffentlichkeit. Mit »Homolulu« wurde im gleichen Jahr in Frankfurt am Main ein mehrtägiges großes Treffen veranstaltet.⁴⁰

Erste Treffen von Vertretern der Emanzipationsbewegung und der Politik fanden 1979 in Berlin und Köln statt. Teilnehmer waren Politikerinnen und Politiker der SPD, FDP, der Bunten Liste und der DKP. Die CDU hatte keinen Vertreter geschickt.⁴¹ Die erste Partei im Bundestag, die die völlige Abschaffung des Paragraphen 175 in ihrem Wahlprogramm forderte, war 1980 die FDP.⁴² Im selben Jahr traten die Grünen für die Rechte Homosexueller ein, wenngleich sie zu dieser Zeit noch nicht im Bundestag vertreten waren.⁴³ 1985 erklärte mit Herbert Rusche, zuvor Mitglied der

Emanzipationsgruppe »Homo Heidelbergensis« und offen schwuler Kandidat der Grünen, erstmals ein Bundestagsabgeordneter vor dem Parlament, dass er homosexuell sei.⁴⁴ Allerdings wurde in den 1980er Jahren – nicht nur für die Schwulen – die Aids-Krise das alles überlagernde Thema.⁴⁵

Die Aids-Krise

In dem Moment, als die zweite Schwulen- und Lesbenbewegung allmählich Vorurteile und Feindbilder von Devianz und Delinquenz in Frage gestellt oder aufgelöst hatte, wurden die Erfolge durch die Immunschwächekrankheit Aids erneut gefährdet.⁴⁶ Viele Opfer der Krankheit waren schwul. Dies bot speziell konservativen Politikern einen willkommenen Anlass, um Stimmung gegen Schwule zu machen und an alte Feindbilder anzuschließen. Der CSU-Politiker Peter Gauweiler schlug vor, HIV-positive Menschen »zu internieren«.⁴⁷ Der bayerische Kultusminister Hans Zehetmair hielt eine Wiederentdeckung der »ethischen Werte« für geeignet, »um diese Entartung auszudünnen.«⁴⁸ In welche Richtung die Argumentation ging, nicht nur in der CSU, stellte die Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth (CDU) klar heraus: »Muß die Epidemie dazu herhalten, [...] für überwunden gehaltene Denkweisen wieder auszugraben und so an ein bedrückendes Kapitel deutscher Geschichte zu erinnern?« Aufgrund der Äußerungen aus dem konservativen Lager sorgte sich Süßmuth öffentlich, »ob unseren humanen Errungenschaften und demokratischen Gepflogenheiten in Gefahr geraten sind, ob Mitmenschlichkeit und Toleranz vergessen werden« könnte.⁴⁹

Mit großer Umsicht und Beharrlichkeit erreichten Rita Süßmuth und der ehemalige Gesundheitsminister Heiner Geißler (CDU), dass sich die Rhetorik des Stigmatisierens und Wegsperrrens nicht durchsetzen konnte. Stattdessen förderte die Bundesregierung – in Kooperation mit den Aids-Hilfen – eine Politik von Enttabuisierung, Öffentlichkeit und Aufklärung, mit der die Bundesrepublik im internationalen Vergleich bei der Prävention außerordentlich erfolgreich war.⁵⁰ Süßmuths Slogan »Aids geht alle an« war landauf, landab auf Plakaten zu sehen; zentrales Motiv war ein Kondom als Hinweis auf geschützten Verkehr. Sexuaufklärung, also Sprechen über Sexualitäten aller Art, rettete Leben. Auch in der CDU gab es nunmehr gewichtige Stimmen, die anteilnehmend über Sexualität sprachen und auch das Thema Homosexualität in breiter Öffentlichkeit diskutierten.

Andere Öffentlichkeiten in den Medien

Die Medien bedienten bis in die 1980er Jahre alle homophoben Vorurteile.⁵¹ Homosexualität wurde mit Pädophilie, Kriminalität und in der Zeit des Kalten Krieges auch mit Ost-Kontakten und Verrat verquickt.⁵² Seit 1969 kam es zur Gründung von Zeitschriften für Homosexuelle.⁵³ Um eigene Öffentlichkeiten zu schaffen, wurde 1975 der Verlag Rosa Winkel und im selben Jahr der Verlag Frauenoffensive gegründet.⁵⁴ Da viele Buchhandlungen die Publikationen dieser Verlage nicht ins Sortiment nahmen, kam es zur Gründung von Schwulen- und Frauen-Buchläden wie 1975 »Lillemores Frauenbuchladen« in München und 1977 »Der andere Buchladen« in Mannheim.

Seit den 1970er Jahren wurde, vereinzelt und mit aufklärerischem Ton, in ARD und ZDF über Homosexualität berichtet.⁵⁵ Aufklärung im Fernsehen erregte aber auch Anstoß, wie Leserbriefe an die Filmproduzenten zeigten: »Diese Charaktere dieser Untermenschen [...] sind im täglichen Leben unbrauchbar u. wurden im 3. Reich erschossen!«⁵⁶

Von Bedeutung waren der erste schwule Charakter und der erste schwule Kuss 1990 in der Vorabendserie »Lindenstraße«. Doch dieser führte zur Morddrohung gegen den Schauspieler Georg Uecker sowie »zu einer Bombendrohung gegen die ganze Produktion«.⁵⁷ Dennoch war das Thema nun einem Millionenpublikum zugänglich. Die Comics von Ralf König und der Film »Der bewegte Mann« von 1994, der über 6,5 Millionen Zuschauer hatte, transportierten Bilder eines gemeinsamen, teilweise skurrilen Alltags von Homo- und Heterosexuellen.⁵⁸

Dass das Private politisch war – genau wie die Frauenbewegung das bereits zuvor für sich formuliert hatte – erkannte auch die Schwulenbewegung. Die Outings der TV-Entertainer Alfred Biolek und Hape Kerkeling durch Rosa von Praunheim 1991 zeigten Homosexualität von Prominenten einem Millionenpublikum.⁵⁹ Mit Klaus Wowereits Aussage »Ich bin schwul und das ist auch gut so« bekannte sich 2001 ein auf Landes- und Bundesebene prominenter SPD-Politiker zu seiner Homosexualität, jedoch noch immer, um eine »verlogene Schmutzkampagne« in den Medien zu vermeiden.⁶⁰ 2003 ging als bis dato prominentester CDU-Politiker der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Ole von Beust, mit seiner Homosexualität an die Öffentlichkeit. Auch er tat dies, um einer politischen Erpressung entgegenzutreten.⁶¹ Mit Guido Westerwelle stellte die FDP den ersten deutschen Außenminister, der mit seinem Partner die Lebenspartnerschaft eingegangen war.⁶² Seither sorgte lediglich das Outing des Ex-Fußballprofis Thomas Hitzlsperger 2014 noch

für mediales Aufsehen – im Profifußball ist das Thema Homosexualität nach wie vor mit Tabus behaftet.⁶³ Dass die offen gelebte Homosexualität der TV-Entertainerin Hella von Sinnen vergleichbar weniger Anstoß erregte, weist auf das Fortbestehen auf Männlichkeit ausgerichteter Hierarchien hin. Insgesamt zeigen die Outings eine »Tendenz zur Normalisierung Homosexueller in den Medienwahrnehmungen«.⁶⁴

Von eigenen Erinnerungen zum öffentlichen Gedenken

Teile der internationalen Schwulen- und Lesbenbewegung waren sich früh über die Relevanz der Geschichte bewusst.⁶⁵ Nach siebenjährigen Vorarbeiten wurde 1980 das »Lesbenarchiv Spinnboden« in Berlin eröffnet. Das »Centrum schwule Geschichte« in Köln wurde 1984 gegründet. Im Jahr 1985 folgte das »Schwule Museum und Archiv« in Berlin. 1999 bildete sich das »Forum Homosexualität München«. Dort werden mit *Capri*, *Invertito* und *Splitter* wissenschaftliche Zeitschriften publiziert.

Im historischen Bereich waren und sind Museen und Gedenkstätten seit 1984 bis heute Taktgeber für die Abbildung der queeren Geschichte – also der Vielfältigkeit in der sexuellen Orientierung – außerhalb des Milieus. 2016 präsentierte das Deutsche Historische Museum Berlin die Ausstellung »Homosexualität_en«. Die universitäre deutsche Geschichtswissenschaft hatte dieses Forschungsfeld jahrzehntelang wenig beachtet. 1985 benannte mit Richard von Weizsäcker – in seiner Rede anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes – erstmals ein Bundespräsident Homosexuelle als NS-Opfer. Mit Denkmälern im öffentlichen Raum tat man sich aber noch schwer. So dauerte es beispielsweise in der KZ-Gedenkstätte Dachau »ein Jahrzehnt, bis sich das Comité International de Dachau im Jahr 1995 entschließen konnte, dem Verband Münchner Schwulengruppen die Aufstellung eines Steins für die homosexuellen Opfer im Gedenkraum der Gedenkstätte zu gestatten.« Auch der Versuch, in Berlin an Magnus Hirschfeld zu erinnern, machte in den 1980er Jahren noch »erhebliche Probleme«. Erst 1995 konnte auf dem Gehweg vor dem Haus ein Denkmal errichtet werden.⁶⁶

Im Jahr 2000 erklärte der Deutsche Bundestag einstimmig, dass er »jede Form der Diskriminierung, Anfeindung und Gewalt gegen Schwule und Lesben« verurteile und bedauere, »dass Lesben und Schwule in der Vergangenheit schweren Verfolgungen ausgesetzt waren und auch heute noch mit Diskriminierungen konfrontiert werden.« Daher begrüße und unterstütze das Parlament »Initiativen, die die historische Aufarbeitung der

nationalsozialistischen Homosexuellenverfolgung und des späteren Umgangs mit ihren Opfern zum Gegenstand haben.« Außerdem setze sich das Parlament »für eine verstärkte öffentliche Würdigung des Verfolgungschicksals der Homosexuellen ein.«⁶⁷

Doch zu dieser Zeit war die Diskussion um ein zentrales Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Homosexuellen bereits einige Jahre alt. Der Beschluss für die Errichtung des Denkmals erhielt 2003 keine Zustimmung von der CDU/CSU-Fraktion. Die übrigen Fraktionen votierten dafür.⁶⁸ Anlässlich des zehnten Jubiläums des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Homosexuellen entschuldigte sich 2018 mit Frank-Walter Steinmeier erstmals ein Bundespräsident bei den Homosexuellen für das ihnen staatlicherseits angetane Unrecht. Seit 2011 arbeitet die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld im Bereich queerer Erinnerungs- und Bildungspolitik.

Schule und Bildung

In den 1970er Jahren war Homosexualität im Lehrplan des CSU-regierten Bayerns als »abartiges Verhalten«, in den CDU-regierten Ländern Baden-Württemberg und Saarland unter »abweichende Formen« zu finden. Das SPD-regierte Hamburg und das CDU-regierte Rheinland-Pfalz sprachen neutraler von »sexuellen Minderheiten«. Nur in Rheinland-Pfalz wurde im Lehrplan Homosexualität von Frauen überhaupt erwähnt. Im Saarland und in Niedersachsen verwendete Unterrichtsmittel wiesen auf eine vermeintliche »Gefährlichkeit« von Homosexuellen hin. Allein in Materialien für Rheinland-Pfalz wurde Homosexualität als »sozial tolerierbar«, wenngleich »nicht gewünscht« bezeichnet.⁶⁹ 1976 wurde dann umfangreiches Material für die Schule publiziert, das sich angesichts der Veränderungen in der Gesellschaft grundsätzlich mit der Frage von gesellschaftlich normierten Frauen- und Männerrollen ebenso wie mit dem Thema Homosexualität befasste.⁷⁰

Trotz aller Veränderungen und der Aufnahme der Thematik in die Lehrpläne, fanden sich bis 2017 nur wenige Materialien in den Lehrwerken, um sexuelle Vielfalt im Unterricht abbilden zu können.⁷¹ Zwischen 71 und 75 Prozent aller Menschen befürworteten laut Untersuchungen 2017 jedoch, dass ihre Kinder an der Schule über sexuelle Vielfalt und auch über gleichgeschlechtliche Lebensweisen unterrichtet werden. Sechs Prozent lehnten dies ab.⁷²

Von der Entkriminalisierung zum dritten Geschlecht

1994 wurde im Rahmen der Rechtsangleichung nach der Wiedervereinigung der Paragraf 175 in der Bundesrepublik, gestrichen. Dies war eine Folge der seit 1988 in der DDR bestandenem Straffreiheit. 1995 wurde im Bundestag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der erste Gesetzentwurf eingereicht, der die Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare zum Ziel hatte.⁷³ Der Gesetzentwurf wurde in der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages 1998 abgelehnt. Aus der Diskussion geht hervor, dass zu dieser Zeit CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen des gleichen Geschlechts votierten. PDS und Bündnis 90/Die Grünen unterstützten diesen.⁷⁴

Im Jahr 2000 hob der Bundestag einstimmig die Verurteilungen auf der Grundlage des Paragraf 175 aus der NS-Zeit auf.⁷⁵ In der Diskussion um die »Eingetragene Lebenspartnerschaft« stellte die rot-grüne Koalition im selben Jahr klar, dass dies »eine Frage der Menschenrechte und des Grundgesetzes« sei.⁷⁶ Norbert Geis (CSU) begründete die ablehnende Haltung der Union unter anderem damit, dass man »nicht von einer großen gesellschaftlichen Notwendigkeit reden« könne, weil sie nur wenige Menschen betreffe. Außerdem bestünde keine »rechtliche Diskriminierung«. Zuletzt führte Geis für die Union in der Plenardebatte aus, dass »diese Art des Zusammenlebens [...] von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden« würde.⁷⁷ Beides widersprach den Tatsachen, wie unter anderem die Umfragen zeigten. Die »eingetragene Lebenspartnerschaft« wurde von der rot-grünen Koalition gegen die Stimmen von CDU/CSU, FDP, bei mehrheitlicher Enthaltung der PDS zum 1. August 2001 eingeführt.⁷⁸ Die CDU/CSU-geführten Länder Bayern, Thüringen und Sachsen klagten vor dem Bundesverfassungsgericht und unterlagen.⁷⁹

2017 wurde die Einführung einer »Ehe für alle« mit allen Stimmen in den Fraktionen der SPD, Grünen und Linken bei zwei abwesenden Abgeordneten gegen eine mehrheitliche Ablehnung von 71 Prozent bei CDU und 82 Prozent bei CSU vom Bundestag beschlossen. Einstimmig hob das Parlament im selben Jahr dagegen die Urteile nach Paragraf 175 der Nachkriegszeit auf.⁸⁰ Im gleichen Jahr wurde die Einführung des dritten Geschlechts als positiver Geschlechtseintrag vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten.⁸¹

Umfrageergebnisse

Im September 1949 gab es eine erste Umfrage zur Sicht der bundesdeutschen Bevölkerung auf Homosexualität. Als »Krankheit« galt sie für 39 Prozent, als »Laster« für 48 Prozent und als »Angewohnheit« für 15 Prozent der Befragten. Vier Prozent sahen Homosexualität als »natürliche Sache« an, drei Prozent der Befragten waren »unentschieden«. Diesen öffentlich geäußerten Einschätzungen stand das persönliche Sexualeben entgegen. Denn sechs Prozent der Männer und fünf Prozent der Frauen gaben an, ihr erstes Erlebnis mit demselben Geschlecht gehabt zu haben und 23 Prozent der Männer – bei den Frauen wurde nicht gefragt – bestätigten, später noch einmal »in Berührung mit homosexuellen Erlebnissen« gekommen zu sein.⁸²

1969, noch vor der Abschaffung der Strafbarkeit für Erwachsene, sprachen sich 46 Prozent der befragten Deutschen dafür aus, homosexuelle Handlungen zwischen Männern auch künftig unter Strafe zu stellen. 36 Prozent waren dafür, Homosexualität straffrei zu lassen und 18 Prozent waren unentschieden.⁸³ Etwa fünf Jahre nach der Entkriminalisierung gaben 19,6 Prozent der Befragten an, Homosexualität abzulehnen. 40,3 Prozent tolerierten und 40,1 Prozent akzeptierten sie.⁸⁴ Die Umfragen ergaben seit 1997, dass 59 Prozent der Bevölkerung homosexuelle Partnerschaften befürwortete, unter den 25–29-Jährigen waren es 80 Prozent.⁸⁵

Auch die Umfragen nach der Jahrtausendwende zeigten an, dass die Bevölkerung anders dachte als viele Politiker der Unionsparteien. Schon elf Jahre vor der »Ehe für alle« sprachen sich 64,9 Prozent der Befragten für diese aus. 2016, ein Jahr vor der Abstimmung, befürworteten sogar 82,6 Prozent der Bevölkerung die »Ehe für alle«. 75,8 Prozent stimmten im selben Jahr zu, »dass es lesbischen und schwulen Paaren genauso wie heterosexuellen Paaren erlaubt werden sollte, Kinder zu adoptieren.« Wenngleich »die offene und grundsätzliche Abwertung von Homosexualität als unmoralisch, widernatürlich oder gar krankhaft [...] nur noch von Wenigen geteilt« wurde, meinten 2017 immer noch fast 10 Prozent der Befragten, dass Homosexualität unmoralisch, 18,3 Prozent, dass sie unnatürlich sei. Dass Homo- und Bisexuelle in Deutschland immer noch diskriminiert beziehungsweise benachteiligt werden, bestätigten noch 2017 80,6 Prozent der Befragten.⁸⁶ Eine 2017 im Bundestag publizierte Untersuchung ergab, dass die Suizid-Rate von LSBTI*-Jugendlichen vier- bis sechsmal höher liegt als die der Vergleichsgruppe.⁸⁷ Homophobie ist 2018 also weiterhin ein politisch und gesellschaftlich relevantes Thema.

Fazit

Etablierte Feindbilder zu verändern, ist sehr schwer und dauert sehr lange.⁸⁸ Homophobe Gruppen führten und führen Vorurteile gegen Homosexuelle in Diskussionen gezielt an. Homosexuelle mussten sich gegen diese, sowie gegen die aus dem Nationalsozialismus übernommene Rechtsprechung, in jahrzehntelangen Prozessen, eine Entkriminalisierung und zunehmende Akzeptanz erkämpfen. Dies geschah wiederholt im Kontext mit anderen gesellschaftlichen Veränderungs- und Aufklärungsphasen wie der 1968er-Bewegung oder der Aids-Krise und mit sehr unterschiedlichen Unterstützern.⁸⁹ Dabei wurde deutlich, dass die Diskriminierung Homosexueller lediglich ein prominenter Aspekt einer Politik war, die eine geschlechterrollen-normierte Sexualität und Lebensweise für alle zum Ziel hatte und somit der Selbstbestimmung aller entgegenstand – und -steht. Die Art und Weise wie sich die Schwulen- und Lesbenbewegung artikuliert, erinnert nicht zufällig an andere »bürgerschaftliche Emanzipationsbewegungen« wie beispielsweise die Frauenbewegung.

Anmerkungen

- 1 Wolfgang Benz, Homosexuelle und »Gemeinschaftsfremde«. Zur Diskriminierung von Opfergruppen nach der nationalsozialistischen Verfolgung, in: Ders. (Hg.), Verfolgung als Gruppenschicksal, Dachauer Hefte 14 (1998), S. 3–16, hier S. 12.
- 2 Paul Hugo Biederich, § 175. Die Homosexualität, Regensburg o.J. [wohl 1950], S. 48.
- 3 Hans-Georg Stümke, Homosexuelle in Deutschland. Eine politische Geschichte, München 1989, S. 132f.
- 4 Zitate aus: Der Kreis, 17 (1949) 3, S. 24, in: Hubert Kennedy, Der Kreis. Le Cercle. The Circle. Eine Zeitschrift und ihr Programm, Berlin 1999, S. 134f.
- 5 Nachkriegszeit: Baden-Württemberg – Spitzenreiter der Verfolgung, in: www.der-liebe-wegen.org/nachkriegszeit_baden-wuerttemberg_spitzenreiter_der_verfolgung, letzter Zugriff am 12.6.2018; Bernhard Rosenkranz u. a., Homosexuellenverfolgung in Hamburg 1919–1969, Hamburg 2009, S. 101ff; Günter Grau und Kirsten Plötz: Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Rehabilitierung homosexueller Menschen [in Rheinland-Pfalz], Mainz 2016; Kirsten Plötz und Marcus Velke, Aufarbeitung von Verfolgung und Repression lesbischer und schwuler Lebensweisen in Hessen 1945–1985, Wiesbaden 2018.
- 6 Rainer Hoffschildt, 140 000 Verurteilungen nach § 175, S. 149, in: Alexander Zinn, »Das Glück kam immer zu mir«. Rudolf Brazda – Das Überleben eines Homosexuellen im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2011, S. 349.

- 7 Burkhardt Riechers, Freundschaft und Anständigkeit. Leitbilder im Selbstverständnis Homosexueller in der frühen Bundesrepublik, in: *Invertito. Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten*, Hamburg 1999, S. 12–46, hier S. 17.
- 8 Florian Mildenerberger, ... in Richtung der Homosexualität verdorben. Psychiater, Kriminalpsychologen und Gerichtsmediziner über männliche Homosexualität 1850–1970, Berlin 2002, S. 316 ff.
- 9 Kirsten Plötz, »Echte« Frauenleben? Lesbierinnen im Spiegel öffentlicher Äußerungen in den Anfängen der Bundesrepublik, in: *Invertito*, 1 (1999), S. 47–69.
- 10 Ralf Dose, Der § 175 in der Bundesrepublik Deutschland (1949 bis heute), in: Matthias Grimm und Manfred Herzer, *Die Geschichte des § 175. Strafrecht gegen Homosexuelle*, Berlin 1990, S. 122–14; Christian Schäfer, *Das Ringen um § 175 StGB während der Post-Adenauer-Ära – Der überfällige Wandel einer Sitten- zu einer Jugendschutzvorschrift*, in: Andreas Pretzel und Volker Weiß (Hg.), *Ohnmacht und Aufbegehren. Homosexuelle Männer in der frühen Bundesrepublik*, Hamburg 2010, S. 189–209; *Strafbarkeit der Homosexualität*, in: Manfred Görtemaker und Christoph Safferling (Hg.), *Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit*, München 2016, S. 372–376.
- 11 Riechers, *Freundschaft und Anständigkeit* (Anm. 7), hier S. 17; Raimund Wolfert, »Sollen wir der Öffentlichkeit noch mehr Anlaß geben, gegen die ›Schwulen‹ zu sein?« Zur Position der Internationalen Homophilen Welt-Organisation (IHWÖ), in: Pretzel und Weiß, *Ohnmacht und Aufbegehren* (Anm. 10), S. 210–230; zur Übernahme der negativen Fremdbilder durch die Homosexuellen vgl. auch Gisela Bleibtreu-Ehrenberg, *Homosexualität. Geschichte eines Vorurteils*, Frankfurt 2015 (zuerst 1978), S. 372.
- 12 Riechers, *Freundschaft und Anständigkeit* (Anm. 7), S. 19.
- 13 Kennedy, *Der Kreis* (Anm. 4), S. 9.
- 14 Vgl. Christian Köhne, *Schwule und Lesben in der DDR und der Umgang des SED-Staates mit Homosexualität*, in: *Deutschland Archiv*, www.bpb.de/265466, letzter Zugriff am 22.6.2018.
- 15 Gottfried Lorenz, *Hamburg als Homosexuellen-Hauptstadt der 1950er Jahre – Die Homophilen-Szene und ihre Unterstützer für die Abschaffung des § 175*, in: Pretzel und Weiß, *Ohnmacht und Aufbegehren* (Anm. 10), S. 117–151, hier S. 119.
- 16 Jürgen Müller, *Das Lokal am Abend. Subkultur im neuen Köln*, in: Kristof Balsler u. a. (Hg.), *»Himmel und Hölle«*. Das Leben der Kölner Homosexuellen 1945–1969, S. 14–32, hier S. 15; Ders., *Orte anonymer Lust*. In Klappen, Bädern, Trümmern und Parks, in: *Ebd.*, S. 33–45.
- 17 Hans Schmidt, *Die Angst verband uns. Frankfurt in den fünfziger Jahren*, in: Joachim S. Hohmann, *Keine Zeit für gute Freunde. Homosexuelle in Deutschland 1933–1969. Ein Lese- und Bilderbuch*, Berlin (West) 1982, S. 146–153, hier 146 f.
- 18 *LSBTTIQ in Baden und Württemberg, Homosexuelle Netzwerke und Subkulturen*, www.lsbttiq-bw.de/historischer-kontext/netzwerke-und-subkultur/, letzter Zugriff am 22.6.2018.
- 19 Claudia Weinschenk, *Wahrnehmung von lesbischem Leben – Nachkriegszeit bis heute*, in: www.der-liebe-wegen.org/wahrnehmung_von_lesbischem_leben_nachkriegszeit_bis_heute, letzter Zugriff am 12.6.2018.

- 20 Freundeskreis Stadtmuseum Ludwigshafen am Rhein e.V., Vom anderen Ufer? Subkultur in Ludwigshafen, www.vom-anderen-ufer.de/gesellschaft/subkultur-in-ludwigshafen, letzter Zugriff am 22.6.2018.
- 21 Carolin Küppers u. a., Orte der Begegnung. Orte des Widerstands. Zur Geschichte homosexueller, transgeschlechtlicher und queerer Räume, Hamburg 2018.
- 22 Vgl. Plötz und Velke, Aufarbeitung (Anm. 5), S. 147, 231 ff.
- 23 Joanna Gotzmann, Der Volkswartbund. Die bischöfliche Arbeitsstelle für Fragen der Volkssittlichkeit im Kampf gegen Homosexuelle, in: Balsler u. a. (Hg.), »Himmel und Hölle«, Das Leben Kölner Homosexueller 1945–1969, Köln 1995, S. 169–183.
- 24 Franz-Josef Wuermeling, Das muß geschehen! Die Familie fordert vom Bundestag, in: Kirchen-Zeitung, Köln 6.12.1953, zitiert nach Dietrich Haensch, Repressive Familienpolitik. Sexualunterdrückung als Mittel der Politik, Reinbek 1969, S. 74 f.
- 25 Richard Gatzweiler, Das dritte Geschlecht, in: Hans-Georg Stümke und Rudi Finkler, Rosa Winkel, Rosa Listen. »Gesundes Volksempfinden« von Auschwitz bis heute, Reinbeck 1981, S. 144.
- 26 Zur Feindbildproduktion und Verwendung im Kalten Krieg insgesamt, nicht nur in der DDR vgl. Silke Satjukow und Rainer Gries, Feindbilder des Sozialismus. Eine theoretische Einführung, in: Dies. (Hg.), Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus, Leipzig 2004, S. 13–70.
- 27 Adolf Müller-Emmert, Verstaubte Moral oder rationales Recht? Zur Reform des Sexualstrafrechts, in: Sozialdemokratischer Pressedienst: Tagespolitik, Kommentare, Auslandsberichte, P/XXIII/199, 18.10.1968, S. 2.
- 28 Dagmar Herzog, Sexy Sixties? Die sexuelle Liberalisierung der Bundesrepublik zwischen Säkularisierung und Vergangenheitsbewältigung, in: Christina von Hodenberg und Detlef Siegfried (Hg.), Wo »1968« liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 79–112.
- 29 Wolfgang Hochheimer, Das Sexualstrafrecht in psychologisch-anthropologischer Sicht in: Fritz Bauer u. a. (Hg.), Sexualität und Verbrechen, Frankfurt a.M. 1963, S. 97 f; Hans Giese, Homosexualität oder Politik mit dem § 175, Reinbek 1967, S. 5; Jürgen Baumann, Paragraph 175. Über die Möglichkeit, die einfache, nichtjugendgefährdende und nichtöffentliche Homosexualität unter Erwachsenen straffrei zu lassen, Neuwied 1968, S. 184.
- 30 Rosa von Praunheim, Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt, Berlin 2007, S. 4 f, 59 ff; Martin Dannecker, Der glühende Wunsch nach Anerkennung und die Affirmation der Differenz – Von den Homophilen der Nachkriegszeit zur Schwulenbewegung der 1970er Jahre, in: Pretzel und Weiß, Ohnmacht und Aufbegehren (Anm. 10), S. 231–241.
- 31 Wolfgang Theis, Mach dein Schwulsein öffentlich – Bundesrepublik, in: Andreas Sternweiler (Hg.), Goodbye to Berlin? 100 Jahre Schwulenbewegung, Berlin 1997, S. 279–293, hier S. 279.
- 32 Praunheim kommt 1978 auf 70 Gruppen. Vgl. Praunheim, Nicht der Homosexuelle ist pervers (Anm. 30), S. 81; Detlef Stoffel kommt 1976 auf 34 Gruppen, vgl. Rosa Winkel? Das ist doch schon lange vorbei. Materialien zum Film von Peter Recht, Christiane Schmerl und Detlef Stoffel, Bielefeld 1976, S. 83; Die HAW veröffent-

- lichte 1975 32 Schwulen- und ca. 54 Frauen, nicht spezielle Lesben- Gruppen, vgl. Tuntentreit. Theoriediskussion der Homosexuellen Aktion Westberlin (HAW) 1975, S. 107f; Ilse Kokula, Formen lesbischer Subkultur, Berlin 1983, S. 68ff; vgl. auch Gabriele Dennert, Christiane Leidinger und Franziska Rauchut, Lesben in Wut – Lesbenbewegung in der BRD der 70er Jahre, in: Dies. (Hg.), In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben, Berlin 2007, S. 31–62; vgl. auch Ina Kuckuc, Der Kampf gegen Unterdrückung, S. 73; Siegrid Schäfer, Sappho 70. Zur Situation der lesbischen Frau heute, Henstedt 1971.
- 33 Claudia Weinschenk, Wahrnehmung (Anm. 19).
- 34 Sigmar Fischer, Bewegung zwischen Richtungsstreit und Stagnation. Die Deutsche Aktionsgemeinschaft Homosexualität (DAH). Ein Zeitzeugenbericht, in: Andreas Pretzel und Volker Weiß (Hg.), Politiken in Bewegung. Die Emanzipation Homosexueller im 20. Jahrhundert, Hamburg 2017, S. 236–272.
- 35 Michael Holy, Lange hieß es, Homosexualität sei gegen die Ordnung. Die westdeutsche Schwulenbewegung (1969–1980), in: Manfred Herzer (Hg.), 100 Jahre Schwulenbewegung. Dokumentation einer Vortragsreihe in der Akademie der Künste, Berlin 1998, S. 83–109, hier S. 87 ff.
- 36 Auskunft des Universitäts-Archiv Heidelberg vom 27.6.2018. Für diese Auskunft sei Frau Zinke vom Uni Archiv Heidelberg an dieser Stelle herzlich gedankt!
- 37 Günther Gollner, Disziplinarsanktionen gegenüber Homosexuellen im öffentlichen Dienst, in: Rüdiger Lautmann, Seminar. Gesellschaft und Homosexualität, Frankfurt 2016 (zuerst: 1977), S. 105–124.
- 38 Andreas Heilmann, Normalität auf Bewährung. Outings in der Politik und die Konstruktion homosexueller Männlichkeit, Bielefeld 2011, S. 11f.
- 39 Bescheid der Stadt Ingolstadt von 1980. Abgedruckt in: Stümke und Finkler, Rosa Winkel (Anm. 25), S. 491 f; Zur Genese der Idee, Homosexuelle seien Kinderschänder vor allem nach dem Wegfall der Bestrafung homosexueller Erwachsener vgl. Bleibtreu-Ehrenberg, Homosexualität (Anm. 11), S. 373ff. Hierin auch Aachen, wo ebenso entschieden wurde, S. 377.
- 40 Elmar Kraushaar, Höhenflug und Absturz. Von Homolulu am Main nach Bonn in die Beethoven-Halle, in: Pretzel und Weiß (Hg.), Rosa Radikale. Die Schwulenbewegung der 1970er Jahre, Hamburg 2012, S. 80–90, hier S. 84; Jannis Plastargias, RotZSchwul. Der Beginn einer Bewegung (1971–1975), Berlin 2015, S. 25 ff.
- 41 Begegnung in Köln. Zwischen Homo-Gruppen und Parteien. In: Gay Journal 11 (1979), S. 2.
- 42 Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 1980, S. 35.
- 43 Die Grünen: Wahlplattform zur Bundestagswahl 1980, S. 12.
- 44 Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages, 12.12.1985, S. 14066.
- 45 Dieter Telge, Krise als Chance – AIDS-Selbsthilfebewegungen in Wechselwirkung mit schwulen Emanzipationsbestrebungen, in: Andreas Pretzel und Volker Weiß (Hg.), Zwischen Autonomie und Integration, Hamburg 2013, S. 153–160; Michael Bochow: Hat die Aids-Krise die soziale Situation schwuler Männer in Deutschland verändert? Entwicklungen in den 1980er und 1990er Jahren, in: Ebd., S. 161–170.
- 46 Lukas Engelmann, Homosexualität und Aids, in: Florian Mildenerberger u. a. (Hg.),

- Was ist Homosexualität?, Hamburg 2014, S.271–303. AIDS steht für Acquired Immune Deficiency Syndrome, also ein erworbenes Immunschwächesyndrom
- 47 Niklas Kleinwächter, *Lesben und Schwule in der Union. Homosexuellenpolitik in der Merkel-CDU*, Stuttgart 2016, S.38.
- 48 Entartung ausdünnen. in: *Der Spiegel* 12 (1987), S. 131; *Die Bayerische Aids-Politik ächten!*, In: Volkmar Sigusch, *Anti-Moralia. Sexualpolitische Kommentare*, Frankfurt 1990, S.75–83.
- 49 Rita Süßmuth, *AIDS. Wege aus der Angst*, Hamburg 1987, S. 19.
- 50 Martin Reichert, *Die Kapsel. Aids in der Bundesrepublik*, Berlin 2018, 73 ff.
- 51 Hanno Beth, *Massenmedien und Homosexualität*, in: Lautmann, *Seminar (Anm. 37)*, S.228–248; zur Bedeutung der Feindbildkonstruktion und -aufrechterhaltung durch Medien vgl. Satjukow und Gries (Anm. 26).
- 52 Stümke und Finkler, *Rosa Winkel (Anm.25)*, S.376; 384 ff; Praunheim, *Nicht der Homosexuelle (Anm.30)*, S.67 ff; Manne Kühn, »Haut der geilen Männerpresse eine in die Fresse«. *Itzehoer Prozess-Protest 1974*, in: Dennert u. a., *In Bewegung bleiben (Anm. 32)*, S.68–72; Kuckuc, *Der Kampf gegen Unterdrückung (Anm. 32)*, S.73 ff; Karl-Otto Saur, *Kalter Krieg und warme Brüder*, in: Christian Schertz (Hg.), *Rufmord und Medienopfer. Die Verletzung der persönlichen Ehre*, Berlin 2008, S.81–86.
- 53 *Deutsches Historisches Museum, Homosexualität_en*, Dresden 2015, S.114 ff; Peter Rehberger und Bradley Boovy, *Schwule Medien nach 1945*, in: Mildenberger, *Was ist Homosexualität (Anm. 47)*, S.529–556; zum emanzipatorischen Gehalt auch von Unterhaltungsmagazinen S.541 ff.
- 54 Joachim Batholomae, *Klappentexte – Verlage, Buchläden und Zeitschriften*, in: Pretzel und Weiß (Hg.), *Zwischen Autonomie und Integration (Anm. 45)*, S.69–90, hier S.70 f; zum Verlag *Frauenoffensive* vgl. www.frauenmediaturm.de, letzter Zugriff am 17.6.2018.
- 55 Kuckuc, *Der Kampf gegen Unterdrückung (Anm. 32)*, S. 12.
- 56 *Recht, Rosa Winkel? (Anm. 32)* S.53 ff.
- 57 Claudia Gerhards u. a. (Hg.), *TV-Skandale*, Konstanz 2005, S.145 ff.
- 58 Michael Töteberg, *Als die Nasen laufen lernten. Comics sind die besseren Drehbücher. Königs Geschichte im Kino*, in: Ralf König, *Der bewegte Mann. Pretty Baby. Jubiläumsausgabe*, 2017, S.263–269, hier S.264 f.
- 59 *Vor 25 Jahren: Rosa von Praunheims Skandal-Outing*, in: www.zeit.de/news/2016-12/09/medien-vor-25-jahren-rosa-von-praunheims-skandal-outing-09182205, letzter Zugriff am 26.6.2018.
- 60 Klaus Wowereit, ... und das ist auch gut so. *Mein Leben für die Politik*, München 2007, S.178 ff.
- 61 Ole von Beust, *Mutproben. Ein Plädoyer für Ehrlichkeit und Konsequenz*, Gütersloh 2012, S.65 ff.
- 62 Guido Westerwelle, *Zwischen zwei Welten. Von Liebe, Tod und Zuversicht*, Hamburg 2015, S.43, 51 ff.
- 63 Thomas Hitzlsperger, »Niemand hatte mich vorbereitet.« vor vier Jahren sprach Thomas Hitzlsperger in der Zeit zum ersten Mal öffentlich über seine Homosexualität. *Wie ist es ihm seither ergangen?*, In: *Die Zeit*, 9.11.2017, S.22.

- 64 Andreas Heilmann, Normalität auf Bewährung. Outings in der Politik und die Konstruktion homosexueller Männlichkeit. Bielefeld 2011, S. 13ff.
- 65 Corinna Tomberger: Homosexuellen-Geschichtsschreibung und Subkultur. Geschlechtertheoretische und heteronormativitätskritische Perspektiven, in: Michael Schwartz (Hg.), Homosexuelle im Nationalsozialismus, Bonn 2015, S. 19–26.
- 66 Benz, Homosexuelle und »Gemeinschaftsfremde« (Anm. 1), S. 12f.
- 67 Deutscher Bundestag, Drucksache 14/4894, 6.12.2000, S. 3f.
- 68 Anika Oettler, Das Berliner Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. Entstehung, Verortung, Wirkung, Bielefeld 2017.
- 69 Jürgen Blandow, Sexualpädagogik und Homosexualität, in: Lautmann, Seminar (Anm. 37), S. 172–216, hier S. 207.
- 70 Dorothea Assig u. a., Sexualität ist mehr, Dortmund 1977, S. 7.
- 71 Michael Pläß, Homosexualitäten und Heteronormativität in der Pädagogik. Eine Diskursanalyse, Bad Heilbrunn 2017; Christian Köne, Heterogenität oder Heteronormativität? Eine Untersuchung von Lehrplänen und Schulbüchern für Geschichte und Sozialkunde (Gemeinschaftskunde) der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im Hinblick auf die Abbildung sexueller Vielfalt, in: Bente Aamotsbakken u. a. (Hg.), Heterogenität in Bildungsmedien, Bad Heilbrunn 2017, S. 301–319; Melanie Bittner, Geschlechterkonstruktionen und die Darstellung von Lesben, Schwulen, Trans* und Inter* (LSBTI) in Schulbüchern. Eine gleichstellungsorientierte Analyse im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung, 2012.
- 72 Beate Küpper u. a., Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen in Deutschland, Baden-Baden 2017, S. 139.
- 73 Deutscher Bundestag, Drucksache 13/2728, 24.10.1995.
- 74 Deutscher Bundestag, 27.5.1998, Drucksache 13/10795, in: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/13/107/1310795.pdf>, letzter Zugriff am 5.9.2018.
- 75 Plenarprotokoll Deutscher Bundestag, 7.12.2000, S. 13745.
- 76 Margot von Renesse (SPD), in: Ebd., 10.11.2000, S. 12610.
- 77 Norbert Geis (CSU), in: Ebd., 10.11.2000, S. 12613.
- 78 Ebd., S. 10.11.2000, S. 12629.
- 79 Bundesverfassungsgericht, www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2002/07/fs20020717_1bvf000101.html, letzter Zugriff am 17.6.2018.
- 80 Plenarprotokoll Deutscher Bundestag, 22.6.2017, S. 24613.
- 81 Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung 95/2017 vom 8.11.2017.
- 82 Ludwig von Friedeburg, Die Umfrage als Instrument der Sozialwissenschaften. Zur Methode und Verwendung der Umfrage unter besonderer Berücksichtigung der Umfrage in der Intimsphäre, Diss. Freiburg im Br. 1952, S. 192f.
- 83 Späte Milde. Niemand darf wegen seines Geschlechtes benachteiligt oder bevorzugt werden. Grundgesetz, Artikel 3, in: Der Spiegel 20 (1969), S. 55ff.
- 84 Presseinformation 8/1974 der Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung e.V., Düsseldorf, in: Martin Dannecker, Der Homosexuelle und die Homosexualität, Frankfurt a.M. 1986, S. 67.
- 85 Liebe und Triebe, was ist normal? Spiegel special 8 (1996), S. 21; Der Spiegel 29 (2000), S. 5.

- 86 Zu den Umfrageergebnissen vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hg.), Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage, Berlin 2017, S.2f., 5 ff., www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/Handout_Themenjahrumfrage_2017.pdf?__blob=publicationFile&v=3, letzter Zugriff am 28.6.2018.
- 87 Bundestagsdrucksache 18/12849, 21.6.2017, S.7. Die Abkürzung steht für lesbisch, schwul, bi-, trans- und intersexuell.
- 88 Zur Feindbildkonstruktion und Dauer vgl. Satjukow und Gries, Unsere Feinde (Anm. 26), S. 13–70.
- 89 Phillip M. Ayoub, Das Coming-out der Staaten. Europas sexuelle Minderheiten und die Politik der Sichtbarkeit, Bielefeld 2017, S. 41 ff.; Jens Dobler und Harald Rimmel, Schwulenbewegung, in: Roland Roth und Dieter Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a.M. 2008, S. 541–556.



Camper in Prerow an der Ostsee, Sommer 1990.

Interview mit Heike Wolter

»Visafrei bis nach Hawaii« – Urlaubsträume, Trends und Reiseziele in der DDR

Die Historikerin Heike Wolter erforschte die Tourismusgeschichte der DDR während der 1970er und 1980er Jahre. Deutschland Archiv stellte ihr Fragen zum Reiseverhalten der DDR-Bürgerinnen und Bürger sowie zum staatlich gelenkten und organisierten Tourismus.

Deutschland Archiv (DA): Sie haben zum Urlaubsverhalten in der DDR promoviert. Was kann eine Untersuchung der Freizeitgewohnheiten zur Erkenntnis des Zustands einer Gesellschaft beitragen?

Heike Wolter: Urlaub – das klingt für die meisten Menschen erst einmal ganz privat. Doch Reisen hat immer auch eine gesellschaftliche Kompo-

nente: Wie steht es um geografische und kulturelle Vorlieben? Wie werden die Bedingungen an möglichen Reisezielen eingeschätzt? Welche ökologischen Aspekte erscheinen vertretbar? In Diktaturen kommt ein nicht unerheblicher politischer Gehalt dazu: Reisen sind eben nicht nur Privatvergnügen, sondern unterliegen dem Einfluss des Staates. Für die DDR war das besonders offensichtlich: Es gab günstige Reisen für jedermann innerhalb der DDR, aber restriktive Reisebedingungen für das Ausland.

DA: Die DDR verankerte den Anspruch auf bezahlten Urlaub in ihrer Verfassung und 1951 entstand ein diesbezügliches Rahmengesetz. Was waren die Vorbilder?

Heike Wolter: Sicher schloss die DDR an die Errungenschaften der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik an. Das tat sie aber nicht explizit. Sowohl in der Weimarer Zeit als auch später in der DDR ging es um die Entprivilegierung des Reisens. Noch komplizierter gestalteten sich Anlehnungen an das Engagement des nationalsozialistischen Staates im touristischen Bereich. Kraft durch Freude (KdF) und Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) agierten mit der Aufgabe, Gewerkschaftsmitgliedern günstige Ferienreisen anzubieten, durchaus ähnlich. Nur gesagt wurde das in der DDR natürlich nicht – die antifaschistische DDR und der nationalsozialistische Staat durften keine Gemeinsamkeiten aufweisen.

DA: In welchen Punkten sehen Sie Ähnlichkeiten und finden Sie den Vergleich von FDGB und KdF-Bewegung gerechtfertigt?

Heike Wolter: Wenn der Vergleich tatsächlich ein Vergleich und keine Gleichsetzung ist, dann ist er sicher gerechtfertigt. Die Ähnlichkeiten lassen sich nicht abstreiten. Ob nun das »Seebad der 10000« in Prora oder das »Erste Sozialistische Seebad« auf der Schaabe, ob MS »Arkona« oder KdF-Flotte, ob Reisen als »Geschenk des Führers« oder Urlaubsfreuden als »Errungenschaft unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht« – in beiden Fällen ging es darum, Urlaub und Reisen der Bürger zu kontrollieren, aber auch als Erfolg der Sozialpolitik zu propagieren. Der Staat stand nun vor dem Problem, solche Formen kollektiver Freizeitgestaltung fördern zu wollen, andererseits aber jeden Bezug zum NS-Regime zu vermeiden.

DA: Wie machten DDR-Bürger im Allgemeinen Urlaub, gibt es deutliche Trends über die Jahre?

Heike Wolter: Die Entwicklung in der DDR verlief – natürlich in ganz anderem Ausmaß – durchaus vergleichbar zur Bundesrepublik. Während der Existenz der DDR zwischen 1949 und 1989 gab es mehrere Trends: Erstens stieg die Reiseintensität stetig. Das bedeutete, dass immer mehr Personen einmal oder mehrmals pro Jahr in den Urlaub fuhren. Das geschah – vor allem ab den 1960er/1970er Jahren, zunehmend mit dem privaten Pkw. Außerdem lässt sich feststellen, dass der Anteil von Auslandsreisen zunahm, allerdings in der DDR begrenzt auf einige sozialistische Staaten.

DA: Was bestimmte diese Trends? Welche äußeren Faktoren spielten dabei eine Rolle?

Heike Wolter: Die Reiseintensität erhöhte sich durch den gesetzlichen Anspruch auf bezahlte Urlaubszeiten (Mindesturlaubstage wurden im Laufe der Jahre erhöht), die Einführung der Fünftagewoche, die Verfügbarkeit von Unterkünften und anderer touristischer Infrastruktur und nicht zuletzt durch das Angebot finanziell erschwinglicher Reisen. Für den touristischen »Take-off«, den raschen Anstieg der Reiseintensität, sorgte ebenfalls die Information der Menschen über mögliche Reiseziele und ihre Vorzüge. Aber auch die Motorisierung führte zu mehr und anderem Reisen. Während beispielsweise 1971 jeder dritte Urlauber mit dem eigenen Pkw unterwegs war, galt dasselbe 1980 schon für mehr als 50 Prozent. Durch die Flexibilität von Auto oder Zweirad ergaben sich auch andere Reiseziele und neue Unterbringungsformen. Den »Duft der großen, weiten Welt« atmeten DDR-Bürger wiederum durch mediale Darstellungen in Ost und West, durch organisierte Reisen ins sozialistische – und in ganz geringem Maße auch nicht-sozialistische – Ausland. Letzteres waren kontingentierte Angebote von Jugendtourist (Reisebüro der DDR-Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ), die Red.) und dem Reisebüro der DDR.

DA: Änderten sich diese Faktoren über den Zeitraum 1949 bis 1989?

Heike Wolter: Die sozialgeschichtlichen Trends lassen sich über den gesamten Zeitraum verfolgen. Immer wichtiger wurde die Auseinandersetzung von Bürgerinnen und Bürgern mit den politischen Rahmenbedingungen des Reisens. Während anfangs die Zufriedenheit über das sozialpolitische Engagement des Staates beim Reisen überwog, wuchs mit der Zeit die Kritik an der Qualität der angebotenen Reisen. Noch wichtiger war, dass mehr und mehr Menschen das Eingesperrtsein in der DDR kri-

tisierten. Nicht umsonst war »Visafrei bis nach Hawaii« einer der Slogans auf den Montagsdemonstrationen im Herbst 1989.

DA: Entsprach das Angebot der Nachfrage?

Heike Wolter: Nein. Zum einen ist damit gemeint: »Nein, grundsätzlich nicht.« Das durch Friedrich Christian Delius' Roman »Der Spaziergang von Rostock nach Syracuse« bekannt gewordene Beispiel von Klaus Müller, der für eine italienische (Urlaubs-)Reise sogar Republikflucht beging, ist dafür symptomatisch. Zum anderen meine ich mit »Nein« aber auch: Nein, Angebot und Nachfrage deckten sich oft nicht. Es gab zahlreiche Probleme: Die Versorgung am Urlaubsort war nicht immer gewährleistet, die zentralen Ferientermine sorgten für unzureichende Angebote in der Hochsaison und die politische Beeinflussung, vor allem bei FDGB-Reisen, gehörte manches Mal zum Urlaubsprogramm.

DA: Wie hoch war die Subventionsquote des Sozialtourismus in der DDR, für den einzelnen Reisenden und als makroökonomische Kosten für den Staat?

Heike Wolter: Für eine abschließende Beurteilung fehlen dazu die nötigen Daten. Damit man sich aber einen Eindruck verschaffen kann: Es gibt Informationen zum Reisepreis für Urlauberinnen und Urlauber bei Reisen mit dem FDGB-Ferendienst. Dort zeigt sich, dass die Subventionsquote immer weiter anstieg. Zahlte der Urlauber 1976 noch 43 Prozent des Reisepreises, waren es 1988 nur noch 25 Prozent. Das bedeutete, dass der Ferendienst immer mehr subventioniert werden musste. In der »Binnenfinanzierung« spielte das kurzfristig keine Rolle, da das System gar nicht auf Wirtschaftlichkeit angelegt war, jedoch im Auslandstourismus. Eine nicht frei konvertierbare Währung, Konkurrenz mit anderen Staaten, eine negative Handelsbilanz und chronischer Devisenmangel beschränkten die Angebote. Die Subventionsquote für die sozialtouristischen Anbieter explodierte übrigens ab den 1970er Jahren, als das »Neue Ökonomische System« durch die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« abgelöst wurde.

DA: Waren diese Urlaubsfahrten und die Erteilung der notwendigen Ferienschecks auch Mittel der sozialen Sanktion und Kontrolle?

Heike Wolter: Offiziell konnten sich für Reisen mit dem Ferendienst des FDGB alle Gewerkschaftsmitglieder bewerben. Bei einer Mitgliedschafts-

quote von 97 Prozent der Beschäftigten war das also kein Auswahlkriterium. Aber für die Vergabe der Ferienschecks existierten offizielle (und inoffizielle) Zuweisungskriterien. Offiziell war die Wiederherstellung der Arbeitskraft wichtig (Bevorzugung von Schicht- und Schwerarbeitern) und die Familienförderung. Aber bei den tatsächlich vergebenden Abteilungs- und Betriebsgewerkschaftsleitungen finden sich Hinweise darauf, dass es auch um Engagement bei der Arbeit und im »sozialistischen Kollektiv« ging. Schließlich wurden bei Auslandsreisen, insbesondere bei solchen in kapitalistische Staaten, deutlich politische Maßstäbe bei der Vergabe angelegt.

DA: Und welche Hindernisse standen einem Individualurlaub der DDR-Bürger entgegen?

Heike Wolter: Innerhalb der DDR waren viele Anbieter im touristischen Bereich an den FDGB gebunden. Das heißt, dass deren Angebote auf dem freien Markt gar nicht zur Verfügung standen. Am ehesten ließ sich Individualurlaub auf Campingplätzen und durch Aufenthalte bei Verwandten, Bekannten oder Freunden realisieren. Im sozialistischen Ausland waren Devisenbeschränkungen (Maximalsätze, die kaum zur Selbstversorgung reichten), engmaschige Reiseverlaufskontrollen und ebenfalls mangelnde Kapazitäten auf dem freien touristischen Markt Hemmnisse für Individualurlauber.

DA: Und ab wann wurden Auslandsziele für DDR-Bürger eine realistische Option und wohin ging es dann?

Heike Wolter: Auslandsreisen wurden vor allem ab dem sogenannten touristischen Take-off eine Option. Auch wenn prozentual viel weniger DDR-Bürger als Deutsche aus der Bundesrepublik ins Ausland reisten, wurde die Auslandsreise als mögliche Option doch zunehmend Normalität. Natürlich galt das nur für sozialistische Staaten: Andere Reiseziele wurden nur in verschwindend geringer Menge im organisierten Tourismus angeboten, individuelle Reisemöglichkeiten bestanden dorthin gar nicht. Aber innerhalb der Staatengemeinschaft des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) reisten beispielsweise 1989 eineinhalb Millionen DDR-Bürgerinnen und -Bürger organisiert ins Ausland. Davon fuhren 700 000 in die Tschechoslowakei, 141 000 nach Polen – wohin die Reisetätigkeit wegen der Reformbestrebungen allerdings eingeschränkt worden war –, 387 000 in die UdSSR, oft in Form von Kollektivreisen während eines Studiums, 134 000 nach Ungarn, 116 000 nach Bulgarien und 35 000

nach Rumänien. Nach Jugoslawien durften DDR-Bürger kaum reisen, da das Land seine Grenzen gen Westen nicht so sicherte, wie von der Regierung in Ost-Berlin gewünscht, und weil dort Reiseleistungen auf Dollarbasis verrechnet wurden. Reisen in außereuropäische sozialistische Staaten waren nur in Einzelfällen möglich.

DA: Und wie verhielt sich die Regierung dazu?

Heike Wolter: Für den Staat war das eine Herausforderung. Einerseits war klar, dass viele DDR-Bürgerinnen und -Bürger gesellschaftliche Entwicklungen, wie sie täglich im »Schaufenster Bundesrepublik« zu sehen waren, wünschten. Insofern war deutlich das staatliche Bemühen um eine Ausweitung der Angebote zu erkennen. Andererseits waren Auslandsreisen politisch nur teilweise erwünscht und ökonomisch belastend.

DA: Gab es in der »klassenlosen Gesellschaft« dennoch »Klassenunterschiede« oder Unterschiede in der Reisetätigkeit zwischen den Einkommensklassen?

Heike Wolter: Die gab es sicherlich, aber bei weitem nicht in dem Maße wie in der Bundesrepublik. Der unterschiedslose FKK-Strand gilt nicht ganz zu Unrecht als Symbol des DDR-Urlaubs schlechthin. Klassenunterschiede zeigten sich eher beim Zugang zu bestimmten Reisen. Es gab welche, die nur jenen offenstanden, die sich im Sinne des sozialistischen Ideals würdig erwiesen hatten.

DA: Das Bild haben viele Menschen heute im Kopf, wenn sie an Urlaub in der DDR denken: Gemeinsames Camping und Freikörperkultur. Es ist also mehr als nur ein Klischee?

Heike Wolter: So stark wie das Bild strapaziert wird, entsprach es sicher nicht der Realität. Aber einen wahren Kern hat es. Camping war eine probate Möglichkeit der individuellen Urlaubsgestaltung. Für die Freikörperkultur, die ab den 1970er Jahren staatlicherseits deutlich gefördert wurde als unpolitische Freiheit für DDR-Bürger, gilt ebenso: Klischee mit wahren Kern. Tatsache war: Hüllenlos galt als normal. Es entstanden FKK-Zeltplätze, -Strandabschnitte, und -Reiseführer. FKK als Protest mag es auch gegeben haben, doch vermutlich war FKK zumeist eine Frage von Möglichkeiten und persönlichen Vorlieben.

DA: Wie verhielt es sich in den Nachbarländern des Warschauer Pakts? Reisten Polen oder Tschechoslowaken oder Bulgaren anders?

Heike Wolter: Den westdeutschen Reiseweltmeistern kann man getrost die ostdeutschen Reiseweltmeister beistellen. Die Reiselust der Deutschen war beidseits der Elbe eine Tatsache – und ist es bis heute. Polen, Tschechoslowaken, Bulgaren reisten deutlich häufiger nur im Inland. Obwohl viele von ihnen mehr Möglichkeiten gehabt hätten – manche Grenze war auch mit legalen Mitteln leichter zu überwinden als jene zwischen der DDR und »dem Westen«. In der UdSSR spielte in dieser Hinsicht das Datschenwesen eine wichtige Rolle – Urlaub wurde einfach im Wochenendhäuschen gemacht.

DA: Für viele Menschen, die 1989 in den Städten der DDR auf die Straße gingen, war neben Redefreiheit auch die Reisefreiheit ein wichtiger Motivator. Dabei ging es selbstverständlich nicht um die schiere Möglichkeit, an die Algarve zu fliegen, oder doch?

Heike Wolter: Den Demonstranten, die beispielsweise das Schild »Visafrei bis nach Hawaii« trugen, ging es vermutlich nicht um die nächste Urlaubsreise – egal wohin. Da spiegelte sich in einem griffigen Slogan die Auseinandersetzung mit einem Staat, der bis ins Privatleben vorschrieb, was zu tun oder zu lassen war. Außerdem ging es in diesen Protesten grundsätzlich um die Einschränkung von Menschenrechten in der Diktatur der DDR. Aber man kann auch sagen, dass Reisefreiheit ganz konkret als diese gemeint war. Anders ist nicht zu erklären, dass sich im Sommer 1990 und in den Folgejahren Millionen von (ehemaligen) DDR-Bürgerinnen und -Bürgern auf den Weg machten, um die klassischen Auslandsreiseziele der Bundesdeutschen zu erkunden: Italien, Spanien und Österreich.

DA: Wie groß waren die realen Unterschiede in der Reiseintensität zwischen der Bundesrepublik und der DDR und wo lagen die Unterschiede?

Heike Wolter: Da gab es praktisch keine. Die Zahlen in der Tourismusstatistik sind nicht gut vergleichbar, aber: In ihren jeweiligen politischen Systemen (Blöcken) waren beide Staaten die Führenden in der Reiseintensität. Unterschiede gab es vor allem bei den Reisezielen, die ja entscheidend von den politischen Rahmenbedingungen abhängig waren. Jene Rahmungen führten auch zu massiven Unterschieden in der ökonomischen Wirkung von Tourismus. Insgesamt lässt sich sagen, dass entschei-

dende Unterschiede in der Wahrnehmung bestanden: Reisebuchung und Reisezuteilung sind eben nicht dasselbe.

DA: Und hat sich das Urlaubsverhalten der Ostdeutschen nach der Einheit verändert? Hat es sich dem westdeutschen Tourismus angeglichen oder spezifische Eigenschaften behalten?

Heike Wolter: Das Reiseverhalten der Mehrheit hat sich erstaunlich rasch an das der Westdeutschen angeglichen. Die Befunde lassen vermuten, dass die Ostdeutschen zumindest im Kopf die gesellschaftlichen Entwicklungen im Reiseverhalten schon bis 1989 antizipiert hatten und nun zumeist realiter nachholten. Aber natürlich gibt es auch Spezifika, wobei fraglich ist, inwieweit diese tatsächlich »ostdeutsch« sind oder eher regionspezifisch, so wie es eben auch Unterschiede im Reiseverhalten von Bayern und Niedersachsen gibt. Dass Menschen auch in ihrem Reiseverhalten von ihrer Sozialisation geprägt sind, ist ja nichts Systemspezifisches.

DA: Gibt es so etwas wie eine touristische Mauer? Machen die Deutschen Urlaub »drüben« – also in der »anderen« Landeshälfte?

Heike Wolter: Immer am Anfang des Jahres erscheint in der »New York Times« eine Liste mit »52 Places to go« für das Folgejahr. Deutschland war für 2018 ganz vorn dabei – aber nur der westliche Teil. Ob das vielleicht etwas mit der touristischen Mauer zu tun hat? Den Deutschen selbst scheint es nicht anders zu gehen. Noch immer reisen viele Menschen aus den neuen Bundesländern in den westlichen Teil der Republik, umgekehrt aber viel weniger. Und: Noch immer machen Ostdeutsche sehr gerne Urlaub innerhalb der neuen Bundesländer. Die neueste Statista-Umfrage zeigt bei möglichen Mehrfachnennungen: 27 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 10 Prozent der Westdeutschen verbrachten einen Urlaub an der Ostsee (hingegen 5 Prozent versus 13 Prozent an der Nordsee). Für Bayern sind die Unterschiede nicht ganz so ausgeprägt (10 Prozent Ostdeutsche, 14 Prozent Westdeutsche). Lediglich einige wenige Städte (Berlin, Dresden, Leipzig und Weimar) ziehen in namhaften Größenordnungen Menschen aus den alten Bundesländern an. Da gibt es sicher noch eine Mauer, die aber nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit der gegenwärtigen Wahrnehmung der neuen Bundesländer – Stichwort abwertende Bezeichnungen wie »Dunkeldeutschland« – zu tun haben könnte.

Das Interview führte Clemens Maier-Wolthausen.



Touristen am Strand von Salento in Apulien/Italien.

Interview mit Hasso Spode

»Deutschlands Sonne scheint in Italien!« Zur Entwicklung der Reiselust und des Tourismus in der Bundesrepublik

Der Historiker und Soziologe Hasso Spode betrachtet in seiner Forschung die Urlaubstrends diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs. Deutschland Archiv sprach mit ihm über Unterschiede im Reiseverhalten von West- und Ostdeutschen vor 1989.

Deutschland Archiv (DA): Sie leiten das Historische Archiv zum Tourismus (HAT) an der TU Berlin. Was kann eine Untersuchung des Urlaubsverhaltens zur Erkenntnis des Zustands einer Gesellschaft beitragen?

Hasso Spode: Enorm viel. Auf der politik- und sozialhistorischen Ebene, gleichsam von Nahem betrachtet, öffnet die Frage, wer wie Urlaub macht, den Blick für die Idealbilder vom »guten Leben« – und für die status- und herrschaftspolitischen Ambitionen und Konflikte, die mit der Realisierung des Traums vom schönen Anderswo einhergehen. Auf der mentalitätshistorischen Ebene, gleichsam von Weitem betrachtet, erweist sich der touristische Raum- und Erfahrungskonsum als ein Schlüssel zum Verständnis der Welt und des Menschen seit dem 18. Jahrhundert: Diese im Kern romantische, seltsam nutzlose Form des Reisens ist ein »Leitfossil« der Moderne.

DA: Die DDR verankerte den Anspruch auf bezahlten Urlaub in ihrer Verfassung. Wie sah das in der Bundesrepublik aus?

Hasso Spode: Verfassungsrang hatte der Urlaub nie. Zunächst gaben die Länder unterschiedliche Mindeststandards vor. Erst 1963 kam es, gegen den Widerstand der FDP, zu einem einheitlichen Bundesurlaubsgesetz, das legte anfangs 18 Tage Urlaub fest. Damals wie heute lagen die tarifvertraglichen meist über den gesetzlichen Ansprüchen. Sie sagen zum Beispiel nichts über ein extra Urlaubsgeld aus, das setzte erstmals die IG Metall 1964 durch.

DA: Wann kam es zu einem ersten Boom des Tourismus in der Bundesrepublik und was waren die Gründe? Und ab wann war eine jährliche Urlaubsreise für die Mehrheit der Bundesbürger normal?

Hasso Spode: Schon bald nach Kriegsende kam es in allen vier Besatzungszonen zu einer Wiederbelebung des Tourismus, unter primitivsten Umständen. Ein paar Jahre später hieß es im Westen, die »Reisewelle« habe die »Fresswelle« abgelöst. Das war zahlenmäßig betrachtet stark übertrieben, doch es zeigt: Der Wunsch nach touristischem Erleben war bereits vor dem Krieg in Deutschland verankert gewesen. Die Mehrheit der Bundesbürger konnte sich diesen Wunsch allerdings erst relativ spät erfüllen. Erst ab 1973 überschritt die Reiseintensität die 50-Prozent-Marke, also mehr als die Hälfte der Bundesbürger fuhren in den Urlaub. Wirklich »normal« wird das alljährliche Verreisen für breiteste Schichten erst im darauffolgenden Jahrzehnt.

DA: In der DDR setzte die Staats- und Parteiführung auf einen Sozialtourismus, der mit den Angeboten des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

(FDGB), der Betriebe und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) etwa die Hälfte aller Reisen organisierte. Wie sah es in der Bundesrepublik aus?

Hasso Spode: Dies spielte in der »sozialen Marktwirtschaft« keine dominante Rolle. Wohl hatten die Gewerkschaften eine Wiederbelebung des Sozialtourismus der Weimarer Jahre in Angriff genommen. Deren Reiseorganisationen – die Gemeinschaft für Sozialtouristik und Reisesparen (Gesorei) und die Deutsche Feriengemeinschaft (DFG) – kamen jedoch nie über einige zehntausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinaus und wurden in den 1960er Jahren aufgelöst. Andere, wie die Naturfreunde, sind bis heute aktiv. Doch der arbeitertbewegte Sozialtourismus »von unten« verlor im »Wirtschaftswunder« mehr und mehr seine Grundlage: den niedrigen Lebensstandard.

Zweitens entfalteten die Kirchen sowie Verbände, Parteien und große Firmen sozialtouristische Aktivitäten. So erwarben beispielsweise die NSU Motorenwerke, heute Audi, ein Campingareal am Lido. Drittens entwickelte sich auch ein quasistaatlicher Sozialtourismus, etwa in Gestalt des Deutsch-Französischen Jugendwerks – vor allem aber für die »Frontstadt« Berlin. Seit der Blockade 1948/49 wurde hier wieder eine Art Kinderlandverschickung organisiert, und als die DDR begann, West-Berliner Kinder kostenlos in Pionierlager aufzunehmen, wurde 1956 die ARD-Fernsehlotterie gegründet, deren Erlöse dem Bau bayerischer Feriendörfer zugutekamen, in denen bedürftige West-Berliner subventionierten Urlaub machen konnten.

Alle drei Formen sozialtouristischer Aktivitäten blieben letztlich von begrenzter Wirkung. In den 1960er Jahren machten sie, zusammen mit den Zeltlagern der Kirchen und Verbände, rund zehn Prozent des Fremdenverkehrs aus – ein Angebot für Jugendliche und für sozial Schwache. Dem Internationalen Büro für Sozialtourismus trat die Bundesrepublik nicht bei; noch 2011 stellte Die Linke im Bundestag vergeblich einen entsprechenden Antrag.

DA: Gab es eine Kontinuität zu den pauschaltouristischen Angeboten der nationalsozialistischen Kraft durch Freude-Organisation (KdF) oder war der bundesdeutsche Tourismus eine bewusste Abkehr davon?

Hasso Spode: Beides! Einerseits hatte die Pauschalreise – und damit übrigens auch der Sozialtourismus – zunächst ein doppeltes Imageproblem: irgendwie galt sie sozusagen als nazimäßig und proletarisch. Die Leute fuhrten lieber auf eigene Faust in den Urlaub und konnten hierfür zunehmend

das eigene Auto nutzen. Erst Mitte der 1970er Jahre wird die Vorkriegsquote der Veranstalterreisen von rund einem Fünftel übertroffen, um sich dann bis 1989 zu verdoppeln – hier verlief der Trend genau entgegengesetzt zur DDR, wo umgekehrt die selbstorganisierte Reise zunahm.

Andererseits aber hatte das KdF-Prinzip »großer Umsatz, kleine Preise« bei der Gründung des Tourismusunternehmens Touropa 1948 Pate gestanden, das 1968 zum Kern der heutigen TUI-Gruppe wurde. Dessen Chef, Carl Degener, hatte schon in der NS-Zeit einen kommerziellen Billigtourismus aufgebaut und machte die Touropa in den 1950er Jahren zum größten westdeutschen Veranstalter, zeitweilig zum größten »kapitalistischen« überhaupt.¹

An die Kundenzahlen des FDGB-Feriedienstes kam die Touropa aber nicht heran. Hauptziel war zunächst, wie bereits vor 1945, das oberbayerische Ruhpolding. Mit seinem bajuwarischen Klamauk in den Bierzelten war Ruhpolding der Vorläufer der Schinkenstraße auf Mallorca – und der Nachfolger der weinseligen KdF-Wochenendfahrten an Rhein und Mosel.

DA: Gab es sonstige Referenzpunkte und Vorbilder für den bundesrepublikanischen Tourismus?

Hasso Spode: Hier ist zunächst eine lange Kontinuitätslinie zu konstatieren, die bis in die elitäre, klassisch bürgerliche Praxis der Erholungs- und Bildungsreise im Kaiserreich zurückreicht. In den sechs KdF-Jahren trat zwischenzeitlich ein industrialisierter Massentourismus auf den Plan, doch erst um 1970 kam jene Demokratisierung, Standarisierung und Entortung des Reisens endgültig zum Durchbruch, die seither den Tourismus kennzeichnet und zur größten Dienstleistungsbranche der Welt werden ließ.

DA: Und ab wann wurden Fernreisen zu einem Teil des Marktes und wie entwickelten sich diese?

Hasso Spode: Das hängt davon ab, was man unter »Ferne« versteht. Erst nachdem die Bundesrepublik 1951 die Passhoheit erhalten hatte und 1954 die Visumpflicht für viele Länder entfiel, konnte eine nennenswerte Zahl überhaupt in die »Ferne«, also ins Ausland reisen. In der Prospektsammlung des HAT fand sich zu meiner Überraschung zwar, dass Degener schon 1953 eine Algerientour im Angebot hatte, und der kleine Veranstalter Kahn-Reisen Flüge nach Afrika organisierte. Doch exotische Destinationen blieben – wie übrigens schon um 1900, als es bereits Weltreisen zu kaufen gab – eine Marktnische.

DA: Und was waren dann so die Sehnsuchtsorte bundesdeutscher Reisender im Laufe der Jahrzehnte?

Hasso Spode: Italien, Italien und Italien.

DA: Hat sich das Italienbild der Deutschen und damit auch die Art des Italienurlaubs seit seinen Anfängen verändert und ändert sich das immer noch?

Hasso Spode: Spätestens seit Goethe hat Italien seinen Stammpfad in der Seele des deutschen Bildungsbürgers: Ein arkadisches Traumland voll Kunst und Geschichte – nur die »faulen Italiener« störten diese Idylle. In der Nachkriegszeit wurde diese Tradition fortgeschrieben, einschließlich einer gewissen Herablassung gegenüber den Bereisten, nun allerdings zusätzlich befeuert durch die Medien und Schlager wie die Capri-Fischer. Die Edelschnulze war schon 1943 eingespielt worden, kam aber nicht in den Handel, da die Amerikaner die Insel besetzt hatten. Eine Neuaufnahme in der Sowjetischen Zone war ein Flop, doch 1949 wurde das Lied zum Hit, diesmal gesungen vom Altstar Rudi Schuricke. Die Illustrierte titelte: »Deutschlands Sonne scheint in Italien!«

Im kriegszerstörten, sittenstrengen Adenauer-Deutschland brach eine Italomanie aus mit Eisdielen, Pizza, Ravioli, Miracoli, Lido-Kragen und Capri-Hose. Auch der Italienurlaub, anfangs eher ein Medienhype, wurde allmählich Realität: Um 1960 ging knapp ein Zehntel der Haupturlaubsreisen nach Italien. Dabei folgte man den althergebrachten, bürgerlichen Pfaden: Sightseeing an den klassischen Stätten und »dolce far niente« an den malerischen Buchten, letzteres nun oft auf dem Zeltplatz.

Doch dann plötzlich mutierte das Land »wo die Citronen blühen« zum »Teutonengrill«: Die Küsten wurden mit hastig hochgezogenen »Betonkästen« zugebaut, untere Schichten konnten sich Italien nun ebenfalls leisten. Und statt in die Florentiner Uffizien strömen sie an die Strände der Adria, wo die Liegestühle in Reih und Glied auf sie warteten – die heitere Sonne wurde zur »Schmore«. Erst um 1990 kam das tradierte Italienbild abseits der Badestrände wieder zum Tragen: Wer in der politischen Avantgarde Rang und Namen hatte, zählte sich zur »Toskana-Fraktion«.

DA: Was hat die Bundesdeutschen – neben offensichtlichen Einkommensunterschieden – bei der Wahl der Urlaubsorte beeinflusst?

Hasso Spode: Die Erreichbarkeit und die Vertrautheit. Zunächst ging es in die westdeutschen Gebirge und Seebäder. Schrittweise wagte man sich

weiter vor, in die Nachbarländer, und hier zunächst in das so vertraute Österreich, das ja unlängst noch zum »Reich« gehört hatte. Dann, wie erwähnt, mit dem Auto, Zug oder Bus nach Italien; hier waren die Deutschen, anders als in Frankreich oder Holland, auch ausgesprochen willkommen. In den 1960er Jahren setzte zudem der Flug-Tourismus an fernere Gestade ein. »Neckermann macht's möglich«: Jugoslawien, Tunesien, Bulgarien und voran Spanien – dank der neuen Düsenflugzeuge lag Mallorca nun näher als Sylt oder Rimini, und war auch noch billiger. Den endgültigen Triumph der Flug-Pauschalreise brachte der »Jumbo-Jet« 1971, doch bereits drei Jahre vorher wurde die Haupturlaubsreise erstmals mehrheitlich im Ausland verbracht. Am Ende erreichte die Quote des Auslandsurlaubs etwa den heutigen Wert von rund 70 Prozent. Für kleine Länder, wie Luxemburg, nicht ungewöhnlich, doch gemessen an der Größe Westdeutschlands ein Spitzenwert.

DA: Und wie verhielt es sich mit touristischen Reisen von Bundesbürgern in die DDR abseits von Verwandtenbesuchen? Gibt es Zahlen dazu und wo ging es hin?

Hasso Spode: Mehrfach hatte die DDR-Führung nach den Ostverträgen 1971/72 angekündigt, den Incoming-Tourismus aus dem »kapitalistischen Ausland«, sprich: aus Westdeutschland, anzukurbeln. Ein ambitioniertes Ziel, galt doch die DDR den meisten Bundesdeutschen als grauer Polizeistaat. Doch es blieb zunächst bei halbherzigen Versuchen, dieses Image aufzupolieren und – nach dem Vorbild anderer Ostblockstaaten – »Valuta-Gäste« massenhaft anzulocken. Zu groß war die Angst vor »staatsfeindlichen Umtrieben«, zu knapp die Mittel für den Aufbau konkurrenzfähiger Infrastrukturen. Schlimmer noch: Touristisch relevante Altstadtensembles, Schlösser und Kirchen waren dem Verfall preisgegeben – sofern sie nicht schon unter Walter Ulbricht durch unpersönliche sozialistische Musterstadträume ersetzt worden waren.

Es wurden einige Städte-Rundfahrten angeboten und die TUI nahm probenhalber den Thüringer Wald ins Programm. Erst in den 1980er Jahren wurde das »Reiseland DDR« aber dann ernsthaft vermarktet, und zwar als kulturtouristische Destination. Hochglanzprospekte wurden gedruckt, man konnte nun Karten für ostdeutsche Bühnen buchen, es wurde ein Linienbus von der West-Berliner City nach Sanssouci in Potsdam eingerichtet. Und es wurde kräftig investiert: Die »Hauptstadt der DDR« erhielt elegante Nobelhotels und mit dem Nikolaiviertel einen neo-mittelalterlichen Stadtkern, der umgehend zur Touristenattraktion wurde. Zugleich

wurde der vom Reisebüro der DDR organisierte Besichtigungstourismus intensiviert: zum Dresdener Zwinger, zur Wartburg, nach Weimar, in die Messestadt Leipzig und zur Berliner Museumsinsel. Dies hatte freilich einen peinlichen Nebeneffekt: Entsetzt registrierten die Teilnehmer den oft desolaten Zustand der Kulturdenkmäler. Diese Bustouren nahmen zwar beachtlich zu, blieben aber mit jährlich 150 000 Teilnehmern letztlich ein Randphänomen und brachten lediglich 25 Millionen »Valutamark« ein.

DA: Daneben gab es ab 1972 aber auch noch den Kleinen Grenzverkehr, zumal von West- nach Ost-Berlin?

Hasso Spode: Da sah es ganz anders aus. Diese Einreisen, überwiegend Tagesbesuche, gingen in die Millionen. Keineswegs nur Verwandtenbesuche, sondern auch touristische Entdeckungs-, Einkaufs- und Safttouren. Mit Westmark in der Tasche ließ es sich da wie Krösus leben! Vor allem Studenten, Gastarbeiter und Lehrlinge machten vom Währungsgefälle Gebrauch. Für Schulklassen auf Berlin-Besuch war ein Abstecher in den »Osten« aus Gründen der Staatsraison ohnehin obligatorisch. All dies brachte der DDR allein schon durch den erzwungenen »Mindestumtausch« begehrte »Valuta« ein, hatte aber auch nichtintendierte Folgen: Die D-Mark wurde zur Zweitwährung, was die Gesellschaft spaltete und die ohnehin verbreitete Schattenwirtschaft befeuerte, bis hin zur Gelegenheitsprostitution. Und vor allem: Die massenhaften, unkontrollierbaren Ost-West-Begegnungen unterliefen jede Propaganda und schürten den Unmut über das Regime.

DA: Blicken wir in die westlichen Nachbarländer. Haben die Franzosen, Italiener oder Spanier anders Urlaub gemacht?

Hasso Spode: Grundlegend anders sahen die Urlaubspraktiken nicht aus. Doch in allen drei Ländern lag der Anteil der Auslandsreisen deutlich niedriger. Die Bundesdeutschen zeigten sich mithin mutiger, offener für das Fremde. Das passt übrigens so gar nicht ins Bild linksintellektueller Tourismus- und Deutschlandkritiker, die immer wieder – wie noch 1988 Gerhard Polt in seinem Film »Man spricht deutsch« [sic] – über fehlangepasste Bundesbürger im Ausland herzogen.

DA: Der DDR wird immer nachgesagt, ein Land der Zelter gewesen zu sein. Wie sah es in der Bundesrepublik aus?

Hasso Spode: In der Tat war die DDR in der Honecker-Ära *das* Camper-Paradies. In der Bundesrepublik spielte diese Urlaubsform aber ebenfalls eine große Rolle. Da Westdeutschland schon in den späten 1950er Jahren zum »Autoland« geworden war, setzte die »Campingwelle« hier sogar früher ein. Zu unterscheiden sind zum einen die Dauercamper, die sich von den Alpen bis zur Ostsee ausbreiteten – das Gegenstück zum Datschenwesen in der DDR. Zum andern die mobilen Camper, die mit dem Zelt und später dem Wohnmobil entweder einen bestimmten Campingplatz ansteuerten, oder aber, seit den späten 1960er Jahren, weiträumig umherschweiften. Emblematisch hierfür ist bis heute der VW-»Bulli«, mit dem es auf dem »Hippie-Trail« bis nach Indien ging. Da Campingreisen zunehmend ins Ausland führten, liegen mir hierfür keine brauchbaren Übernachtungszahlen vor; sicher lag deren Anteil am Gesamttourismus aber niedriger als in der DDR, wo 15 Prozent der Bevölkerung ihren Urlaub auf dem Campingplatz verbrachten.

DA: Diente der Tourismus auch einer Selbstlegitimierung? Bewies die steigende Zahl Bundesdeutscher, die sich einen Auslandsurlaub leisten konnten, die Überlegenheit des Systems gegenüber der DDR?

Hasso Spode: Natürlich bewies dies die Überlegenheit des Systems und natürlich wurde es auch – im Gegensatz zu der kaum bekannten Tatsache der geringeren Reiseintensität im Vergleich zur DDR – ausgiebig thematisiert, in den Medien und mehr noch in privaten Gesprächen. Da reichte es ja schon, wenn die »Westverwandtschaft« stolz ihre Urlaubsdias aus Florida präsentierte. Wobei weniger das Sich-Leisten-Können im Vordergrund stand, als vielmehr das Reisen-Können überhaupt, also die Frage der »Reisefreiheit«. Politisch wurde das im Kontext der Entspannungspolitik kaum noch kämpferisch kommuniziert; hier wiederum reichte es, Besuchern die Berliner Mauer zu präsentieren.

DA: Wie groß waren die realen Unterschiede in der Reiseintensität zwischen der Bundesrepublik und der DDR?

Hasso Spode: Zunächst einmal: Die Reiseintensität, also der Bevölkerungsanteil, der mindestens eine Urlaubsreise im Jahr macht, ist die entscheidende Maßzahl der Demokratisierung des Tourismus. Leider lassen sich die »realen« Werte nicht so exakt beziffern wie Sie vielleicht annehmen – und wie die konkurrierenden Institute suggerieren, die diese Daten erheben und veröffentlichen. Vielmehr führten und führen unterschied-

liche Definitionen des Begriffs »Reise« und unterschiedliche Standards bei der Samplebildung zu stark abweichenden Angaben. Auch die Geschichtsforschung ist sich da nicht ganz einig.

Bei aller Vorsicht lässt sich aber sagen, dass beide Deutschlands im Grundsatz einen erstaunlichen Gleichklang bei der Entwicklung der Reiseintensität aufwiesen. Genauer betrachtet zeigen sich allerdings interessante Unterschiede: Ulbrichts legendäre Zielvorgabe »überholen ohne einzuholen« wurde hier tatsächlich eingelöst. Hinkte die DDR in den 1950er Jahren der Bundesrepublik, wo die Reiseintensität um die 20 Prozent erreichte, wahrscheinlich noch hinterher, so näherte sie sich in den 1960er Jahren dem westdeutschen Wert von rund 40 Prozent Zug um Zug an. Etwa ab 1970 wurde die westdeutsche Reiseintensität dann – dank des immer höher subventionierten Sozialtourismus und steigender Realeinkommen – mit 50 Prozent leicht und 1989, als zwei Drittel der Westdeutschen verreisten, mit 75 bis 85 Prozent sogar deutlich übertroffen – die Ostdeutschen waren damit »Reiseweltmeister«.

DA: Das ist in der Tat sehr überraschend! Und gibt es heute noch Unterschiede in der Urlaubsplanung der Ost- und Westdeutschen?

Hasso Spode: Ich bin Historiker. Da sollten Sie besser die Macher der Reiseanalyse (RA) fragen. Aus dieser führenden, seit 1970 durchgeführten Erhebung geht jedenfalls hervor, dass sich bei den Mustern der Urlaubsgestaltung die »Ossis« erstaunlich schnell den »Wessis« angeglichen hatten. Wobei natürlich im Detail weiterhin unterschiedliche Präferenzen bestehen; Hamburger zieht es eher an die Nordsee, Berliner eher an die Ostsee. Das FDGB-Ferienheim aber wünscht sich wohl kaum jemand zurück.

Das Interview führte Clemens Maier-Wolthausen.

Anmerkung

- 1 Degener gründete Anfang der 1930er Jahre das »Reisebüro Dr. Carl Degener« in Berlin, mit dem er Urlaube und Reisen mit Schwerpunkt in den Alpen organisierte. Bis 1936 stiegen die Teilnehmerzahlen auf über 25 000 im Jahr. Das Unternehmen war in den 1930er Jahren nach KdF und dem halbstaatlichen Mitteleuropäischen Reisebüro das größte Reiseunternehmen in Deutschland.



Rund 6000 Demonstranten, darunter auch Franzosen, beteiligten sich am 26.10.1980 in Kaiserslautern an einer Kundgebung der Friedensbewegung gegen die Stationierung weiterer Atomraketen in Europa.

Martin G. Maier

Geteilte Heimat? Der Patriotismus der Friedensbewegung und die politische Rechte in Deutschland

Die Nachrüstungsdebatte und die deutsche Frage

Intensiv wie nur selten zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik wurden zwischen dem NATO-Nachrüstungsbeschluss Ende 1979 und der Bundestagsabstimmung über die Stationierung zusätzlicher amerikanischer Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen am 22. November 1983 deutschlandpolitische und antimilitaristische Positionen miteinander

verbunden. Dies spiegelt sich schon in den Protesten gegen die Raketenstationierungen selbst. Sie versammelten hunderttausende um ihre Heimat besorgte Menschen und damit weit mehr als nur den harten Kern alternativer, pazifistischer oder anderweitig systemoppositioneller Gruppen aus der Linken. Doch erst seit Kurzem geraten die nationalneutralistischen und neurechten Anschlüsse an die Agenda der Friedensbewegung stärker in den Blick der Forschung, kaum jedoch die Reaktionen aus dem konservativen Spektrum.¹

Die drei hier vorgestellten politischen Positionen um die weitere Aufrüstung Deutschlands mit atomaren Waffen einte das Bestreben, die durch den Kalten Krieg vorgegebene Konstellation zu verändern – wenngleich nicht unbedingt durch eine andere Außenpolitik. Konservative, Neue Rechte bzw. nationalrevolutionäre und vereinzelt auch friedenspolitische Gruppen nahmen die Nachrüstung zum Anlass, eine »nationale« oder auch »nationalistische« Agenda zu formulieren, und transzendierten damit gemeinsam die üblichen Grenzen zwischen links und rechts.²

Vorgestellt werden im Einzelnen:

- nationalneutralistische Positionen aus der grün-alternativen Bewegung gegen die nukleare Konfrontation der beiden Blöcke auf deutschem Boden und einer ihrer Ideenspender aus der Neuen Linken;
- das auf sie reagierende nationalrevolutionäre Querfrontprojekt der Zeitschrift *wir selbst* und schließlich
- Antworten des etablierten Konservatismus auf die neuen friedensbewegten Akteure im linken politischen Spektrum.

Da eine »operative Einigungspolitik«³ auf parlamentarischem Wege nicht etabliert werden konnte, kam den für ein blockfreies Gesamtdeutschland eintretenden »Neutralisten« seit den 1950er Jahren stets nur eine »Außenseiterposition [zu], obgleich mancher Bericht in den Medien einen anderen Eindruck vermittelte.«⁴ Die keineswegs homogene Friedensbewegung wies dazu ein Sammelsurium an einzelnen Programmpunkten aus. Man könne nur, stellte Wilfried von Bredow 1983 fest, »in den seltensten Fällen von ausgearbeiteten deutschlandpolitischen Konzepten aus der Friedensbewegung oder Gruppen, die sich in ihrer Nähe angesiedelt haben, ausgehen; meist handelt es sich nur um einzelne Argumentations-Meteorite, um einzelne topoi.«⁵ Doch treffen zuweilen ja auch Meteoriten empfindliche Orte. Einen solchen »Einschlag« verursachte etwa die immer wieder kolportierte und auch bei von Bredow zitierte Sentenz des Pastors und ehemaligen regierenden Bürgermeisters von Berlin, Heinrich Albertz (SPD)

aus dem Jahr 1981: »Wir sind doch, wenn wir genau hinsehen, ein besetztes Land in beiden deutschen Staaten.«⁶

Exemplarisch für viele andere Aussagen, die einen das politische Links-rechts-Schema überwinden wollenden Patriotismus verfochten, kann das im selben Jahr in *DER ZEIT* geführte Interview mit dem Bundessprecher der Grünen, Rainer Trampert, herangezogen werden, der die Außenpolitik seiner bislang nicht im Bundestag vertretenen Partei mit den Worten begründete: »In Ronald Reagans Kriegsführungsstrategie spielt die Bundesrepublik Deutschland eine Pufferrolle. Im Grunde genommen werden wir aus der Sicht der USA die Abschußrampe der Nato, und damit verlagert sie ihr Gefährdungspotential von den USA nach Mitteleuropa. In diesem Zusammenhang geht eine derartige Bedrohung von diesem Nato-Hauptquartier aus, daß ich eigene deutsche Interessen unabhängig von dieser Bedrohung in den Vordergrund stellen würde, was auch den Ausstieg aus der Nato mitbeinhaltet. Ich sehe eine ganz große Gefahr in der derzeitigen Politik der Regierung. Kohl macht die Bundesrepublik praktisch zum 51. Staat der USA.« Daraus leitete Trampert als grüne Hauptforderung ab: »Es geht uns darum, überhaupt erst wieder ein Selbstbestimmungsrecht der Bundesrepublik Deutschland herzustellen.«⁷

Antiimperialismus in eigener Sache

Solche antiimperialistischen Bezugnahmen auf das eigene Land finden sich bereits in der Neuen Linken der 1970er Jahre, die sich oft gleichermaßen gegen die sowjetische Aggression und gegen die angebliche kulturelle Dominanz der USA über das von ihr besiegte Deutschland wandten. Die Zeit um 1980, in der viele undogmatische Linke sowie manche maoistische Gruppen in den Neuen Sozialen Bewegungen und den grünen Listen aufgingen, läßt sich an Rudi Dutschke verdeutlichen, der als eine wichtige intellektuelle Gründungsfigur der Grünen gelten kann. Dutschke vertrat ein dialektisches Konzept des Internationalismus. Die nationalen Befreiungsbewegungen erschienen ihm einerseits als Voraussetzung für die internationalen Emanzipationskämpfe gegen Imperialismus und Kapitalismus. Andererseits galt ihm insbesondere die Wiedervereinigung Deutschlands in Form einer Überwindung beider politischer Systeme – der repräsentativen Demokratie im Westen und der Einparteienherrschaft im Osten – als Prüfstein für eine weltpolitische Wende, die eine globale soziale Revolution einleiten könnte.⁸ Im Laufe der 1970er Jahre kritisierte Dutschke immer wieder die Teilung Deutschlands, die er zuweilen expli-

zit der »deutschlandpolitische[n] Vorgehensweise der Siegermächte« zur Last legte.⁹ 1974 beklagte Dutschke in der Zeitschrift *konkret* auch den Verzicht der DDR, weiterhin eine gesamtdeutsche Nation anzustreben, als ein Haupthindernis für die nationale Einheit und schärfte daran seine Kritik am real-existierenden Sozialismus.¹⁰

Die Nationalrevolutionäre und die Alternativbewegung

Es verwundert daher nicht allzu sehr, dass die nationalrevolutionäre Zeitschrift *wir selbst*, welche Querfronten zwischen antikapitalistischen Gruppierungen und ethnischen Separatisten befördern wollte, ein Porträtfoto Dutschkes auf das Cover ihrer Ende 1979 erscheinenden Nullnummer hievt.¹¹

Ein(e) namentlich nicht genannte(r) Autor(in) bezeichnete in der Startausgabe des Magazins den ehemaligen SDS-Aktivisten sogar als »Vorreiter« der Zeitschrift. Er habe die »unterschiedlichen Erfahrungsprozesse« der nationalen sowie der internationalen Kämpfe miteinander verbunden: »Bemerkenswert war die Erklärung von Dutschke, die alternative Bewegung müsse ohne ideologische Scheuklappen [...] überall auf der Welt für die Menschenrechte eintreten und eine Politik für die Menschen betreiben, hierzu gehöre auch die nationale Frage mit ihrem Gorbelen und Barstleben, mit den Panzern in Ost und West.«¹²

Als Anknüpfungspunkt zur Linken wurde die dort neu erwachte Sensibilität für die »deutsche Frage« gewählt. Insbesondere bei den grün-alternativen Bewegungen, aber auch in der großen Solidarität der Neuen Linken für DDR-Dissidenten wie Rudolf Bahro entdeckten die revolutionären Nationalisten Spuren einer neuen nationalen »Unbefangenheit«, die sie für sich nutzen wollten. Die (angebliche) Radikalität der Neuen Linken bzw. der Neuen Sozialen Bewegungen im Hinblick auf ihre Distanz zur etablierten politischen Kultur der Bundesrepublik suchten sie gegen den Internationalismus ins Spiel zu bringen und als beginnende völkische Mobilisierung auszulegen: »Wie kommt es denn nun zu diesem Wiederentdecken und Aufgreifen der nationalen Frage? Man würde es sich zu einfach machen, wenn man nur sagen würde, dies rührt daher, weil die Etablierten versagt haben. Es kommt auch nicht allein daher, daß wir nun glauben, den Masochismus, den die Besatzungsmächte uns wegen der verbrecherischen Hitlerära aufgedrückt haben, überwunden zu haben.

Vielmehr ist es ein Entdecken und Wiederentdecken von Werten, von natürlichen und selbstverständlichen Dingen. Und hierbei hat, vielleicht am

Anfang auch unbewußt, die Ökologie- und Regionalismusbewegung sehr viel beigetragen. Abkehr von den Welteinheitsideologien, dezentrale Wirtschaftskreisläufe, Basisdemokratie, Menschenrechte, Wiederentdecken der einzelnen Kulturen der Völker (Elsaß, Wales, Bretagne, Baskenland, Okzitanien etc.), all das sind Elemente, die zwangsweise in eine alternative, gesamt-perspektivische Entwicklung einmünden, bei der die Frage der Besetzung und Spaltung Deutschlands nicht mehr ausgeklammert werden kann.«¹³

Diese Gesamtperspektive zeigt tatsächlich, dass die Transfermöglichkeiten nationalneutralistischer, und das heißt auch völkisch-nationalistischer Positionen, zwischen der grün-alternativen Ökologie- und Friedensbewegung und der nationalrevolutionären Neuen Rechten keineswegs gering waren. Denn die Letztgenannten, insbesondere ihren Vordenker Henning Eichberg, der auch der produktivste Autor von *wir selbst* war, kennzeichnete insbesondere, wie Alexander Gallus feststellt, »daß sie kultur- und gesellschaftspolitischen Fragen einen Vorrang vor der Deutschland- und Sicherheitspolitik gaben.«¹⁴ Dies macht etwa ihr Faible für Ökologie und regional gewachsene lebensweltliche Strukturen deutlich. Hier rannte die national-neutralistische und auf die alternativen Bewegungen Einfluss nehmende Neue Rechte bei der ebenfalls stark zum Regionalismus tendierenden und für Ökologie als Lebensschutz plädierenden Gründergeneration der Grünen zuweilen offene Türen ein. Mit ihrer zum Teil ideengeschichtlich auf die Siedlungsbewegung und andere Lebensreform-Bestrebungen aus der Zeit des frühen 20. Jahrhunderts zurückzufolgende Zivilisationskritik, schlug sie ihrerseits thematische Brücken zum regionalistischen Teil der Neuen Rechten.¹⁵

Konservative Reaktionen auf die Friedensbewegung

Solche gemeinschaftsseligen Tendenzen in der Öko-, Alternativ- und Friedensbewegung samt ihrer für Blockfreiheit plädierenden Positionen stießen bei den etablierten konservativen Positionsinhabern, anders als bei der Neuen Rechten, zumeist rundheraus auf Ablehnung. Dies überrascht nicht, waren doch die Vorgänger der aktuellen Protestbewegungen aus der Studentenrevolte ein Hauptgrund für den ab 1968 neu auflebenden Konservatismus. Indes fand ihr Patriotismus zuweilen durchaus Anerkennung, wie die letzten hier vorgestellten Beispiele zeigen werden.

Der Soziologe Erwin K. Scheuch, aktiv im gegen die Neue Linke an den Universitäten auftretenden Bund Freiheit der Wissenschaft, sah sogar die Gefahr einer Konvergenz zwischen extrem linken und extrem rechten

Strömungen an den Hochschulen, die in einen aggressiven Deutschnationalismus münden könnte: »Heute mag es die Kernkraft sein, gestern war es die Nachrüstung, vorgestern die Rekrutenvereidigung, morgen wird es das Nato-Bündnis sein, übermorgen die Überfremdung der deutschen Kultur – ernst und weniger ernst – durch westlich kapitalistische Produkte. Die linke Gegenwelt ist heimlich dabei, sich deutsch-nationalistisch einzufärben. Das Erneuerungswort heißt »Patriotismus«. Die bekannteren Geister befinden sich bereits unterwegs zu einem neuen Taugroggen.«¹⁶

Ebenso fand im Umfeld der Unionsparteien das Phänomen eines alternativen Nationalneutralismus kaum Beifall. Dies mag daran gelegen haben, dass die strategische Sicherheit der Staatsnation im liberalkonservativen Mainstream Priorität besaß vor den Träumen von einer blockfreien Kulturturnation aus beiden deutschen Staaten – die zwar eines Tages vielleicht wiedervereint sein könnten, aber nur um den Preis, vorher alle Garantien durch die westlichen Schutzmächte eingeübt zu haben. Stattdessen wurde ein antitotalitärer Patriotismus zum Gebot der Stunde erhoben: Die Bedrohung müsse ausgehalten, die inhärenten Gefahren der Gegenwehr durch die Stationierungen neuer atomarer Waffen seien in Kauf zu nehmen. Die »lückenlose Friedensversorgung« – von der Ludolf Herrmann, Chefredakteur der CDU-Strategiezeitschrift *Die politische Meinung*, sprach – wurde hingegen als ein ins Kraut schießender Hedonismus abgetan, der gespickt sei mit dem Wunsch nach Freiräumen für die eigenen militanten Aktionen: »Unter das soziale soll ein politisches Netz geknüpft werden, das die Turnübungen eigener Unfriedlichkeit ebenso absichern soll, wie das wirtschaftliche Risiko bereits abgesichert ist.«¹⁷

Erst im Nachhinein, nach dem Bundestagsbeschluss über die Nachrüstung, vermochte Herrmann den Aktionen der Friedensbewegung, ihren Menschenketten und pathetischen Überlebensbekundungen ein verquastenes Bekenntnis zu Verzicht und Heimat abzulesen: »Wer hätte das vor zehn Jahren zu denken gewagt, daß moderne junge Leute – anstatt sich selbst zu verwirklichen – ihr größtes Glück darin sehen könnten, händchenhaltend zum Teil einer Gemeinschaft zu werden? Man mag die darin verborgenen Möglichkeiten kollektiver Verführung fürchten, dennoch ist dies neue Verhalten zunächst als ein Zeichen dafür zu werten, daß die Phase des Superindividualismus vergangen und die Bereitschaft, Gemeinschaft anzuerkennen, zurückgekehrt ist.«¹⁸

Der Alternativ-Patriotismus blieb ihm zwar suspekt, wurde aber in der Rückschau erträglicher und durchaus als Gewinn betrachtet: als Einsicht in den nötigen Verzicht auf individuelle Entfaltung und sozialstaatliche Absicherung der Lebensrisiken.

Positiver als Herrmann sah der Hohenheimer Sozialphilosoph Günter Rohrmoser, ein wichtiger Vordenker am rechten Rand der Unionsparteien und vielgefragter Kritiker der nach Beginn der Kohl-Ära ausgebliebenen ›geistig-moralischen‹ Wende, die Friedensbewegung. Bei der großen Friedenskundgebung im Bonner Hofgarten 1983 habe angeblich »die Mehrheit die Schriften des Autors Michael Ende im Rucksack gehabt [...] und nicht das Kapital von Karl Marx«¹⁹. Nicht der Umsturz sei demnach ihr Ziel, sondern die Bewahrung des Landes. »Das Charakteristikum dieser Bewegungen ist es, daß sie eine Art anarchistischen Konservatismus oder konservativen Anarchismus darstellen. Konstitutiv ist der Wille zur Erhaltung. Bewahren ist das neue große Thema der Epoche. Sinnvolle Lebensformen sollen wiederhergestellt werden, wo sie sich aufgelöst haben.«²⁰

So stand für Rohrmoser bei aller Reserve gegenüber ihrer durchaus manchmal aufflammenden Militanz die Friedensbewegung für ein richtiges Problembewusstsein. Die Gründe für ihr Erscheinen lägen jedoch in der Führungsschwäche der etablierten Parteien, vor allem der Union. Für Rohrmoser füllte sie, wenn auch unzureichend, ein Vakuum, das fatalerweise die geistige Nachgiebigkeit der Eliten gegenüber der Dekadenz geschaffen hatte. Doch standen die alternativen Patrioten für einen Bewusstseinswandel, für die Bereitschaft zum Dienst an der Gemeinschaft und zum Verzicht.²¹

Fazit

Alle drei dargestellten Strömungen teilten über ihre verschiedenen politischen Strategien, Ziele und Weltbilder hinweg den Möglichkeitssinn, die gefährliche Situation der atomaren Konfrontation für Veränderungen zu nutzen und neue Bündnisse zu schmieden: Der Ausweg aus der lähmenden Gefahr²² sollte über politische Vergemeinschaftung durch nationale Identität führen.

Fern aller operativen Kontexte wurden einzelne Mobilisierungsaspekte des grün-alternativen und friedensbewegten Spektrums unter dem Stichwort ›Heimat‹ sogar von konservativer Seite wahr- und angenommen, während die nationalrevolutionären bzw. nationalneutralistischen Rechten in erster Linie die unmittelbare atomare Bedrohung dieser ›Heimat‹ als Kitt für eine rechts- und gleichzeitig linksalternative Querfront sahen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. aber aus der älteren Literatur: Alexander Gallus, *Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990*, Düsseldorf 2001; Arno Klönne, *Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen*, Köln 1984; Andrei S. Markovits und Philipp S. Gorski, *Grün schlägt rot. Die deutsche Linke nach 1945*, Hamburg 1997.
- 2 Wie Benjamin Ziemann feststellt, waren die meist vor allem gegen die USA gerichteten zeitgenössischen Proteste aber auch in anderen westeuropäischen Ländern dazu geeignet, »den Nationalstaat als ›Identitätsraum‹ zu bekräftigen«: Werner Ziemann, *A Quantum of Solace? European Peace Movements during the Cold War and their Elective Affinities*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Nr. 49, 2009, S. 351–390, hier S. 356. Übersetzung durch den Autor.
- 3 Gallus, *Die Neutralisten* (Anm. 1), S. 319.
- 4 Ebd., S. 334. Vgl. dazu das Titelbild der *Illustrierten Stern*, 22.10.1981, <https://www.hausderpressefreiheit.de/Home/Deutsche-Geschichte-im-Spiegel-der-Presse/Zeitstrahl/1950–1989/1981/Stern-Nr.-44,-22.10.1981-Braunau.html>, letzter Zugriff am 27.09.2018.
- 5 Wilfried von Bredow, *Friedensbewegung und Deutschlandpolitik. Herkömmliche und neuartige Aspekte einer Themenverbindung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung ›Das Parlament‹*, 33 (1983) 46, S. 34–46, hier S. 35.
- 6 Alberty zit. n. ebd., S. 43. Seine Äußerung fiel 1981 beim Hamburger Kirchentag im öffentlichen Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Schmidt.
- 7 Beide Zitate aus: Rainer Trampert, *Hoffen auf einen gewaltfreien Bürgerkrieg. ZEIT-Interview mit Rainer Trampert, dem Bundessprecher der Grünen*, in: *DIE ZEIT*, 25.2.1983, <https://www.zeit.de/1983/09/hoffen-auf-einen-gewaltfreien-buergerkrieg>, letzter Zugriff am 27.09.2018.
- 8 Vgl. dazu Matthias Stangel, *Die Neue Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO)*, Baden-Baden 2013, S. 375 ff. und dessen Aufsatz zu Dutschke als einem Grenzgänger zwischen links und rechts, *Rudi Dutschke und die nationale Frage*, in: *Deutschland Archiv*, 28.12.2017, <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/262189/rudi-dutschke-und-die-nationale-frage>, letzter Zugriff am 27.09.2018.
- 9 Stangel, *Die Neue Linke* (Anm. 8), S. 389.
- 10 Rudi Dutschke, *Pro patria sozi*, in: *konkret*, 30.10.1974, S. 30.
- 11 Vgl. <http://www.wir-selbst.de/1979/12/>, letzter Zugriff am 27.09.2018.
- 12 Zitate in diesem Abschnitt aus: Anonym, *Nationale Frage – kein Tabu mehr?*, in: *wir selbst*, Dezember 1979, S. 16–18, alle S. 17.
- 13 Ebd., S. 16 f.
- 14 Gallus, *Die Neutralisten* (Anm. 1), S. 408.
- 15 Augenfällig werden solche Einflüsse etwa in einem frühen Programm der baden-württembergischen Grünen, wo es zur Raumordnungspolitik heißt: »Die Städte sollen in einzelne von der Größe her lebensfähige, selbständige Stadtteile gegliedert

- werden, die durch freie, wohlerhaltene grüne Zonen voneinander voll isoliert sind.« Aus: Die Grünen Baden-Württemberg, Das Programm, ca. 1982, 3. Auflage, Stuttgart, S.22. Das Zitat lässt an die Gartenstadt-Bewegung von Leberecht Migge zur Zeit der vorletzten Jahrhundertwende denken.
- 16 Erwin K. Scheuch, Hochschulen 1982. Auch weiterhin Start- und Landeplatz für Ideologen, in: HPI – Hochschulpolitische Informationen, 13 (1982)1, S.3–5, hier S. 4. Die Chiffre »Tauroggen« macht deutlich, dass Scheuch als historisches Vorbild für die Friedensbewegung die Lossagung des preußischen Hilfskorps von der Großen Französischen Armee im Jahr 1812 und ihr stattdessen eingegangenes Bündnis mit Russland verstand.
- 17 Beide Zitate: Ludolf Herrmann, Ohne Titel [Editorial], in: Die politische Meinung, Nr.201, 1982, S. 1.
- 18 Ludolf Herrmann, Halbzeit für Kohl. Der Regierungskurs wird durch eine Tendenzwende unterstützt (II), in: Die politische Meinung, Nr.219, 1985, S. 16–26, hier S.20.
- 19 Günter Rohrmoser, Geistige Wende – warum?, Mainz 1983, S. 100.
- 20 Ebd., S. 101.
- 21 Vgl. Rohrmoser, Geistige Wende (Anm. 19), S. 117 u. 112.
- 22 Zum Angstdiskurs vgl. Judith Michel, »Die Angst kann lehren, sich zu wehren« – Der Angstdiskurs der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Nr. 38, 2010, S. 246–269.



Das einstige »Ärztehaus Mitte« in der Altstadt von Halle (Saale), 2016. Zu DDR-Zeiten wurden hier Frauen wegen angeblicher Geschlechtskrankheiten gegen ihren Willen eingewiesen.

Maximilian Schochow und Florian Steger

Politisierte Medizin in der DDR: Geschlossene Venerologische Stationen und das Ministerium für Staatssicherheit

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs setzten die Alliierten in den vier Besatzungszonen Deutschlands Maßnahmen zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten durch. Dazu wurden auch geschlossene Venerologischen Einrichtungen aufgebaut – Veneral Disease-Hospitäler und Fürsorgeheime für Geschlechtskranke sowie geschlossene Venerologische Stationen.¹ In den drei westlichen Besatzungszonen und dann in der Bundesrepublik Deutschland bestanden Venereal-Disease-Hospitäler bei-

spielsweise in Frankfurt am Main sowie München und geschlossene Venerologische Stationen in den Hafenstädten Bremen, Hamburg und Ludwigshafen.² In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und anschließend in der DDR wurden Fürsorgeheime für Geschlechtskranke in Dresden, Leipzig und Zwickau gegründet sowie geschlossene Venerologische Stationen in Berlin, Berlin-Buch, Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle (Saale), Chemnitz (ab 1953 Karl-Marx-Stadt), Leipzig, Rostock und Schwerin eingerichtet.³

In die geschlossenen Venerologischen Stationen der DDR wurden Mädchen und Frauen ab dem zwölften Lebensjahr zwangseingewiesen, wenn ein Verdacht auf eine Geschlechtskrankheit vorlag. Die Stationen waren ein staatliches Instrument zur Durchsetzung einer paternalistischen Biopolitik und dienten primär der Absicherung der SED-Diktatur.⁴ Sie wurden vom Ministerium für Gesundheitswesen (MfG) koordiniert und vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) überwacht. Neben Patientinnen waren vor allem Ärzte der Stationen für das MfS tätig.⁵ Diese inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des MfS berichteten über das medizinisch-pflegerische Personal und die Zwangseingewiesenen.

Im vorliegenden Beitrag stellen wir am Beispiel der geschlossenen Venerologischen Stationen in Halle (Saale) und Leipzig-Thonberg die Aktivitäten von zwei Ärzten dar, die im Dienst des MfS standen. Während IM »Schneider« ab 1976 für das MfS tätig war, berichtete der Inoffizielle Mitarbeiter Sicherheit (IMS) »Karl« zwischen 1958 und 1989 dem MfS. Wir haben zunächst die BStU-Akten der beiden Ärzte historisch-kritisch ausgewertet. Anschließend haben wir Zeitzeugeninterviews mit ehemaligen Patientinnen geführt. Auf dieser Grundlage werden folgende Fragen behandelt: Was waren geschlossene Venerologische Stationen in der SBZ und DDR? Wie wurden die Stationen durch das MfS überwacht? Welche Aktivitäten beziehungsweise „Operativen Vorgänge« (OV) des MfS gab es in den Stationen?

Rechtliche Grundlagen der geschlossenen Venerologischen Stationen

Ihren rechtlichen Ursprung hatten die Stationen der SBZ, DDR und der Bundesrepublik im »Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten« vom 18. Februar 1927.⁶ Mit diesem Reichsgesetz sollte die Verbreitung von Syphilis, Gonorrhoe und Ulcus molle unter anderem durch die zwangsweise Behandlung in einem Krankenhaus bekämpft werden. Das Reichsgesetz galt in der Bundesrepublik bis 1953 und wurde dann

durch das gleichnamige »Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (GeschlKrG)« vom 23. Juli 1953 außer Kraft gesetzt.⁷ Auch die bundesrepublikanische Bestimmung ermöglichte es den Gesundheitsämtern, die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person einzuschränken, um sexuell übertragbare Erkrankungen zu bekämpfen.

In der SBZ hatte das Weimarer Reichsgesetz zunächst Bestand, wurde mit den Befehlen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) Nr. 25 und 30 ergänzt und dann mit dem SMAD-Befehl Nr. 273 aufgehoben. Vor allem im SMAD-Befehl Nr. 273, der von 1947 bis 1961 gültig war, wurden die Fragen der Zwangseinweisung geschlechtskranker und krankheitsverdächtiger Personen geregelt.⁸ Die Tradition der SMAD-Befehle, Geschlechtskranke oder Krankheitsverdächtige in geschlossenen Einrichtungen zwangseinzuweisen, sie zu disziplinieren, zu isolieren und sie teilweise zur Arbeit zu verpflichten, wurde in der Gesetzgebung der DDR aufgegriffen: Am 23. Februar 1961 erließ das MfG die »Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten«.⁹ Darin war unter anderem die Zwangseinweisung geschlechtskranker und krankheitsverdächtiger Personen festgeschrieben. Auf dieser rechtlichen Grundlage konnten Personen, die sich den ärztlichen Auflagen widersetzen, mehrfach als geschlechtskrank registriert wurden oder unter Verdacht des häufig wechselnden Geschlechtsverkehrs (HwG) standen, stationär behandelt beziehungsweise in eine geschlossene Station für Geschlechtskranke eingewiesen werden.¹⁰

Zwar war in der DDR-Verordnung ein dreistufiges Verfahren vorgesehen, an dessen Ende erst die Zwangseinweisung stand. Doch in der Praxis verfügten Venerologen oder Fürsorger die Zwangseinweisungen in geschlossene Venerologische Stationen, ohne das dreistufige Verfahren zu beachten. Ebenso griffen Polizisten Mädchen und Frauen auf Bahnhöfen, bei Veranstaltungen oder in Wohnheimen auf und führten sie in der Regel sofort den Stationen zu.¹¹ Etwa zwei Drittel der Zwangseinweisungen wurden mit Verdacht auf »Herumtreiberei« oder »Arbeitsbummelei« begründet.

Häufigkeit der Zwangseinweisungen und Therapien

Offizielle Zahlen zu den Zwangseinweisungen in die geschlossene Venerologische Station in Halle (Saale) verdeutlichen das Ausmaß der Einweisungen. 1977 wurden dort 235 Mädchen und Frauen der Stadt und des Bezirks Halle zwangseingewiesen, von denen etwa 30 Prozent nachweislich mit einer Geschlechtskrankheit infiziert waren.¹² Bei 70 Prozent der

Mädchen und Frauen wurde keine Therapie durchgeführt. Die DDR-weite Dimension wird durch Zahlen aus dem Jahr 1968 deutlich: In diesem Jahr wurden insgesamt 2763 Personen zwangseingewiesen.¹³ Auch konnte lediglich bei 777 Personen (28 Prozent) eine Geschlechtskrankheit nachgewiesen werden, sodass bei mehr als 70 Prozent keine medizinische Indikation für eine Einweisung respektive stationäre Aufnahme vorlag. Die Aufenthaltsdauer von durchschnittlich vier bis sechs Wochen konnte bis zu zwölf Wochen betragen, wenn chronische Erkrankungen therapiert oder Verstöße gegen die Hausordnung der Station sanktioniert wurden.¹⁴

Darüber hinaus konnten wir die Patientenakten des Fürsorgeheims für Geschlechtskranke Leipzig-Thonberg und der aus dem Fürsorgeheim hervorgehenden geschlossenen Venerologischen Station stichprobenartig auswerten. Mit diesen Akten kann ein einzigartiger Einblick in den Alltag der Einrichtungen in Leipzig-Thonberg gewonnen werden. Für den Zeitraum 1946 bis 1990 sind insgesamt etwa 5000 Patientenakten überliefert, von denen wir etwa 40 Prozent ausgewertet haben. Die Auswertung der Akten ergab für den Zeitraum 1946 bis 1961, in dem die SMAD-Befehle gültig waren, dass bei 78 Prozent der Zwangseingewiesenen eine Geschlechtskrankheit diagnostiziert und therapiert wurde. Dagegen wurde im Zeitraum 1961 bis 1990, in dem die DDR-Verordnung vom Februar 1961 gültig war, nur bei 30 Prozent der Zwangseingewiesenen eine Geschlechtskrankheit diagnostiziert und behandelt.

Vor allem die Verwahrung von Personen ohne medizinische Indikation ist ein Beleg dafür, dass die Stationen zur Disziplinierung derjenigen Personen verwandt wurden, die wegen »Herumtreiberei« oder »Arbeitsbummelei« eingewiesen worden waren. Das war ein klarer Verstoß gegen die Verordnung.¹⁵

Funktion und Alltag

Ohne Vorgaben des MfG erließen Chefärzte Hausordnungen für ihre jeweilige geschlossene Venerologische Station und legten damit ein internes normatives Reglement fest.¹⁶ Mit der Unterbringung auf der Station sollten krankheitsverdächtige und geschlechtskranke Personen durch erzieherische Einwirkung, also durch Disziplinierung, zu einer »Sozialistischen Persönlichkeit« erzogen werden, wie es in der Hausordnung von Halle heißt.¹⁷ Vorlage für diese Disziplinierung durch eine politisierte Medizin waren unter anderem die »10 Gebote für den neuen sozialistischen Menschen«, die 1958 auf dem fünften Parteitag der SED verkündet wurden.¹⁸

Vor allem das Gebot 7 zur Verbesserung der eigenen Leistung und Festigung der sozialistischen Arbeitsdisziplin sowie das Gebot 9 zur Achtung von Sauberkeit und einem anständigen Leben, sind in den Hausordnungen wiederzufinden.

Auch die Aufnahme in die Stationen war in den Hausordnungen geregelt und wurde von Zeitzeugen wie folgt beschrieben: Entkleidung, Abnahme persönlicher Gegenstände, Waschen (gegebenenfalls mit Rasur), Ankleiden mit Anstaltskleidung (blauer Kittel), Anamnese, gynäkologische Untersuchung und Zuweisung eines Bettes. Die Anamnese, bei der auch Angaben zu Sexualpartnern gemacht werden mussten, wurde anfänglich von Famulanten – das heißt von Studierenden der Humanmedizin, die praktische Erfahrung sammeln mussten – später von Psychologen erhoben. Die gynäkologische Untersuchung führten zumeist die Stationsärzte beziehungsweise die Stationschwwestern durch. Schließlich war selbst der Tagesablauf in den Hausordnungen geregelt, deren Umsetzung von Zeitzeugen bestätigt wurde: Vor sechs Uhr wurden die Zwangseingewiesenen geweckt. Nach dem Waschen folgten die tägliche gynäkologische Untersuchung und das Frühstück. In Halle mussten arbeitsfähige Zwangseingewiesene Hilfsarbeiten verrichten, wie beispielsweise Putzen, Ausgabe von Essen oder Zellstoff zerschneiden. In Leipzig-Thonberg wurden die Frauen eher verwahrt, was vermutlich mit der langen Tradition der Einrichtung zusammenhängt, die ins frühe 20. Jahrhundert zurückreicht. Ab 21 Uhr war Nachtruhe.¹⁹

Auf den Stationen herrschte ein hierarchisches Unterdrückungssystem, das durch die Hausordnung bestimmt und von den Ärzten, Schwestern und »Stubenältesten« umgesetzt wurde. Erziehungsmaßnahmen waren beispielsweise die Nachtruhe außerhalb des Bettes auf einem Hocker. Gleichzeitig gab es Belohnungen – beispielsweise durch Zuteilung von Zigaretten. Die »Stubenältesten« wurden von den Schwestern ernannt. Sie teilten den Stubendienst ein oder organisierten die Hilfstätigkeiten. Einige Zeitzeugen berichten, dass sie sich gegen die Behandlungen oder den Umgang mit ihnen zur Wehr gesetzt haben. Dieser Widerstand wurde durch das medizinisch-pflegerische Personal und die »Stubenältesten« sanktioniert. Ein Opponieren durch Angehörige oder durch das medizinisch-pflegerische Personal ist nicht überliefert.²⁰

»Medizinische Versorgung« und deren Folgen

Geschlechtskrankheiten wurden ab Anfang der 1950er Jahre in der DDR mit Penicillin behandelt. Die Penicillin-Kur dauerte sieben bis 14 Tage,

abhängig davon, ob es sich um eine Erstinfektion oder eine chronische Erkrankung handelte. Doch in den meisten Fällen lag keine medizinische Indikation, kein tatsächlicher körperlicher Befund vor, der die Voraussetzung für eine medizinische Handlung darstellt. Dennoch wurden die Mädchen und Frauen täglich gegen ihren Willen gynäkologisch untersucht. Bei der Entnahme des Abstrichs kam es häufig zu Verletzungen, Blutungen und bei Erstabstrichen zu Deflorationen.²¹ Die täglichen Abstriche wurden im Sinn einer abschreckenden, herabwürdigenden und disziplinierenden Maßnahme eingesetzt. Waren die Abstriche bei Erstabstrich negativ, wurden Provokationsmaßnahmen mit fieberauslösenden Mitteln vorgenommen. Diese Provokationen sollten mögliche Infektionen zum Vorschein bringen und entsprachen dem medizinischen Standard der Zeit.²²

Die unmittelbaren Folgen der Behandlungen waren allgemeine Symptome wie Übelkeit, hohes Fieber und schubweise auftretende Krämpfe am gesamten Körper. Die medizinischen Eingriffe wurden ohne Aufklärung und ohne Einwilligung der Mädchen und Frauen durchgeführt. Die traumatischen Spätfolgen der gynäkologischen Untersuchungen sind unter anderem Angst vor Gynäkologen und Ärzten, sexuelle Inappetenz, Inkontinenz sowie interaktionelle Defizite, Partnerschaftsprobleme, Kinderlosigkeit und gestörte Mutter-Kind-Bindungen. Im Rahmen dieser psychotraumatologischen Folgen sind auch transgenerationale Belastungen zu diskutieren.²³

Die geschlossene Station Halle (Saale) und die Berichte des IM »Schneider«

Ab 1976 wurde die geschlossene Venerologische Station in Halle durch das MfS überwacht. Hintergrund waren Eingaben über Missstände an der Poliklinik Mitte und Beschwerden über die Behandlungsmethoden des Leiters der geschlossenen Station.²⁴ Neben Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Halle, die eingestellt wurden, warb das MfS einen Arzt der Poliklinik Mitte an, der als IM »Schneider« Informationen zu den Vorwürfen liefern sollte.²⁵ IM »Schneider« berichtete zunächst über dienstliche und private Angelegenheiten der Mitarbeiter der Poliklinik. In den folgenden Monaten lieferte IM »Schneider« detaillierte Einschätzungen über die Leitungsarbeit, die medizinische Qualifikation und die privaten Verhältnisse des Direktors der Poliklinik Mitte in Halle, der zugleich Leiter der geschlossenen Venerologischen Station war. Seit Oktober 1976 wusste das MfS von den täglichen Verstößen gegen geltendes DDR-Recht. In einem

Bericht von 1976 werden mehrere Fälle benannt, in denen der Leiter der Station Halle gegen rechtliche Bestimmungen verstoßen hatte: Er »weist also ungerechtfertigter Weise Mädchen auf die V-Station der Poliklinik Mitte ein. Diese Einweisungen entbehren jeglicher rechtlichen Grundlage. Er weiß genau, mit welchem Personenkreis er das machen kann, hat also ausgiebig Erfahrung.«²⁶ Im Frühjahr 1977 berichtete IM »Schneider« über Beratungen der SED-Bezirksleitung. Im Rahmen dieser Beratungen wurde der Direktor der Poliklinik Mitte entmachtet; künftig sollte er nur noch als Leiter der geschlossenen Venerologischen Station tätig sein.

Fortan konzentrierte sich IM »Schneider« ausschließlich auf die Versorgung der Zwangseingewiesenen. So berichtete er etwa, dass die Frauen in Halle besonders stark diszipliniert und Einzelne beispielsweise mehrere Tage im Bad isoliert wurden.²⁷ Zudem hätten sich die Zwangseingewiesenen untereinander geprügelt, so dass sie mit Platzwunden oder ähnlichen Verletzungen in stationäre Behandlung gebracht werden mussten. Ende 1978 berichtete IM »Schneider« von der endgültigen Ablösung des Leiters der geschlossenen Venerologischen Station. Hintergrund war ein Vorfall, bei dem eine Patientin 48 Stunden im Bad vollständig isoliert worden war, da sie gegen die Hausordnung der Station verstoßen hatte. Die Isolation war eine Bestrafung durch den Leiter der Station und geschah auf dessen Anweisung. Die Ehefrau des IM »Schneider«, die zugleich Stationsärztin war, diagnostizierte bei der Patientin eine offene Tuberkulose und überwies sie zur Therapie ins Bezirkskrankenhaus. Der Vorgang wurde von der Stationsärztin zur Anzeige gebracht und führte mit Unterstützung des MfS zur Absetzung des Leiters. In weiteren Berichten dokumentiert IM »Schneider« die Auseinandersetzung um die Nachfolge der Leitungsposition.²⁸

Die geschlossenen Stationen Halle und Leipzig-Thonberg und die Berichte des IMS »Karl«

1958 wurde IMS »Karl« als Student der Humanmedizin vom MfS angeworben.²⁹ Nach seiner Facharztausbildung wurde er 1968 Leiter der Hautabteilung der Kreispoliklinik Schönebeck und stellvertretender Kreisdermatologe. Ab Ende der 1960er Jahre berichtete er als IMS »Karl« in regelmäßigen Abständen.³⁰ Als stellvertretender Kreisarzt war er nicht direkt in den geschlossenen Venerologischen Stationen tätig. IMS »Karl« berichtete über einzelne HwG-Personen des Kreises Schönebeck und deren Kontakte zu Personen aus der Bundesrepublik Deutschland. Zudem erstellte er Listen mit HwG-Personen, aus denen der Name und Familien-

name, das Alter, der Beruf, die Arbeitsstelle, die Wohnanschrift und die Kontaktpartner der HwG-Personen hervorgehen.³¹

Darüber hinaus verfasste IMS »Karl« kleinere Dossiers über einzelne Patientinnen und Patienten. Darin sind Angaben zur beruflichen Situation, zur Lebensweise und zu Partnerschaften zu finden. IMS »Karl« berichtete unter anderem von einer Patientin, die arbeitslos war und häufig die Partner wechselte. Diese Patientin wurde vom IMS »Karl« in der Hautklinik Magdeburg untersucht und anschließend zur Behandlung einer Geschlechtskrankheit in die geschlossene Venerologische Station Leipzig-Thonberg zwangseingewiesen.³² Ab Anfang der 1980er Jahre erstattete IMS »Karl« monatlich Bericht über Geschlechtskranke und Krankheitsverdächtige, einschließlich aller angegebenen Kontaktpersonen. In diesem Zusammenhang finden sich weitere Dossiers – beispielsweise über eine Frau, die mehr als ein halbes Jahr ohne Arbeit war, bei verschiedenen Männern lebte und sich der Behandlung einer Geschlechtskrankheit entzog. Diese Frau wurde auf seine Anweisung in die geschlossene Venerologische Station Halle zwangseingewiesen.³³ In weiteren Berichten wurden persönliche und gesundheitliche Angaben zu minderjährigen, ausländischen oder chronisch kranken Patientinnen und Patienten an das MfS weitergegeben. Dabei verstieß der IMS »Karl« gegen die ärztliche Schweigepflicht, die auch in der DDR bestand.³⁴

Ein Vergleich der Berichte des IMS »Karl« mit denen des IM »Schneider« zeigt deutliche Unterschiede. IM »Schneider« berichtete vor allem über seine ärztlichen Kollegen, wobei der Leiter der geschlossenen Station im Fokus stand. Aus vorangegangenen Untersuchungen zu IM-Ärzten ist bekannt, dass die meisten Ärzte über ärztliche Kollegen berichteten.³⁵ Die Berichte des IM »Schneider« fügen sich somit in dieses Bild ein. Der IMS »Karl« hingegen berichtete fast ausschließlich über Patientinnen und Patienten. Entsprechend wusste das MfS, welche Patientin beispielsweise auf einer geschlossenen Venerologischen Station zwangseingewiesen war. Damit verstieß er gegen die ärztliche Schweigepflicht. Solche Verstöße gegen die Rechtsgrundsätze des medizinischen Betreuungsverhältnisses in der DDR sind für ungefähr ein Drittel aller IM-Ärzte der DDR belegt.³⁶

Operative Vorgänge des MfS und die geschlossenen Venerologischen Stationen

IMS »Karl« fertigte nicht nur Berichte über Patientinnen an, sondern schlug seinem Führungsoffizier konkrete Vorgehensweisen im Rahmen

Operativer Vorgänge vor. 1978 wurde IMS »Karl« von seinem Führungsoffizier allgemein gefragt, wie man die Geschlechtskrankheit einer Person unter Einhaltung der ärztlichen Schweigepflicht öffentlich bekannt machen könne. Daraufhin einwickelte IMS »Karl« zwei mögliche Vorgehensweisen, um Personen zu denunzieren.³⁷ Erstens: Bei Vorladungen in die Hautklinik zur Untersuchung wegen des Verdachts einer Geschlechtskrankheit sollte nicht die private, sondern die dienstliche Adresse verwendet werden. Mit Hilfe der Vorladung in Form einer Postkarte wäre an der Arbeitsstelle schnell bekannt geworden, dass die betreffende Person krankheitsverdächtig sei. Zweitens: Krankheitsverdächtige sollten von der Polizei nicht in der Wohnung, sondern direkt im Betrieb abgeholt und der Hautklinik zugeführt werden.³⁸ Auch dieses Vorgehen diene der Denunziation und Diskreditierung am Arbeitsplatz. Die vom IMS »Karl« geplanten öffentlichen Denunziationen stellen eine »Zersetzungsmassnahme« dar. Solche Maßnahmen sind vor allem für Pastoren, Künstler oder Opponenten in der DDR überliefert.³⁹

1983 schlug IMS »Karl« auf Anfrage seines Führungsoffiziers eine weitere Vorgehensweise vor. Dieser zufolge sollten gezielt Personen zur Untersuchung wegen des Verdachts auf Geschlechtskrankheiten vorgeladen werden.⁴⁰ Diese Vorladungen sollten auf Grundlage der DDR-Verordnung von 1961 geschehen und waren vorgetäuscht. Die vorgetäuschte Vorladung zu einer ärztlichen Untersuchung ist auch von anderen IM-Ärzten überliefert. Solche Einbestellungen von Patienten oder Angehörigen sind beispielsweise bei IM-Ärzten der Betriebsmedizin belegt.⁴¹ In der Zeit der ärztlichen Untersuchung hatte das MfS die Möglichkeit, unbemerkt an die Schlüssel der vorgeladenen Personen zu gelangen, die Wohnungen zu überprüfen oder Abhörtechnik zu installieren.⁴² Diese offenkundig wiederholt eingesetzte Methode wurde von IMS »Karl« weiterentwickelt und an die Besonderheiten der Venerologie angepasst.

Praktische Umsetzung der geplanten operativen Vorgänge

Durch Listen mit HwG-Personen, Dossiers über einzelne Patienten oder Denunziationen wusste das MfS von möglichen Geschlechtskrankheiten etwaiger Zielpersonen. Dieses Wissen wurde vom MfS unmittelbar genutzt, wie das Beispiel eines Diakons der Evangelischen Kirche in Halle zeigt. Am 28. Juni 1983 erfuhr das MfS im Rahmen technischer Abhörmaßnahmen der Abteilung 26, dass der Diakon möglicherweise eine Gonorrhoe-Infektion habe.⁴³ In einem Gespräch zwischen einem IM

»Bergmann« und seiner Kontaktperson beim MfS gab IM „Bergmann zu Protokoll, dass der Diakon eine Gonorrhoe-Infektion habe.⁴⁴ Mit diesem Wissen wandte sich ein Hauptmann des MfS an einen IM-Arzt mit dem Fachgebiet Dermatologie und Venerologie. Der IM-Arzt erklärte sich bereit, den Diakon vorzuladen und zu untersuchen. Gleichzeitig sollte der Diakon nach weiblichen Kontaktpersonen befragt werden. Aus einem Zeitzeugeninterview ist bekannt, dass sich der Diakon ein Antibiotikum über eine befreundete Ärztin besorgt und sich selbst therapiert hatte.⁴⁵ Entsprechend konnte im Rahmen der Untersuchung durch den IM-Arzt keine Infektionskrankheit diagnostiziert werden.

Bereits in den 1970er Jahren plante das MfS, Zwangseinweisungen in geschlossene Venerologische Stationen gezielt einzusetzen, um missliebige Personen DDR-weit von politischen Großereignissen fernzuhalten – beispielsweise 1973 während der Weltfestspiele in Berlin.⁴⁶ Dass solche Pläne in den 1980er Jahren realisiert wurden, verdeutlicht der Vorgang um den Diakon der Evangelischen Kirche in Halle. Die vorgetäuschte Vorladung sollte einerseits der temporären Verwahrung des Patienten dienen sowie dazu, Informationen über Kontakte mit Frauen zu gewinnen. Andererseits war sie Teil einer breit angelegten Zersetzungsmaßnahme der MfS-Abteilung 26, bei der Telefonate protokolliert, Abhörmaßnahmen in Wohnungen und Videoüberwachungen vorgenommen wurden.⁴⁷ Die geschlossenen Venerologischen Stationen dienten dem MfS aber nicht nur für die temporäre Verwahrung und Abschöpfung von Informationen. Vielmehr deuten die bei den geschlossenen Venerologischen Stationen beobachtbaren Praktiken auch darauf hin, dass die Zwangseingewiesenen zudem diszipliniert und teilweise für die Zusammenarbeit mit dem MfS gewonnen werden sollten.

Fazit

In der SBZ und DDR konnten Mädchen und Frauen in Fürsorgeheime für Geschlechtskranke und geschlossene Venerologische Stationen zwangseingewiesen werden. Dort wurden sie häufig ohne medizinische Indikation durch Maßnahmen einer politisierten Medizin diszipliniert. Die Akteure übernahmen dabei nicht einfach ein bestehendes politisches System oder ließen sich davon instrumentalisieren. Vielmehr prägten sie das politische System selbst durch eigene Normen, beispielsweise über die von ihnen selbst verfassten Hausordnungen der geschlossenen Stationen, die sie wiederum in ihrem täglichen Handeln in den Stationen umsetzten.

Dies wird am Beispiel des IMS »Karl« deutlich, der für das MfS Pläne zu vorgetäuschten medizinischen Untersuchungen oder zur innerbetrieblichen Denunziation vermeintlich Geschlechtskranker entwickelte.

Darüber hinaus wird deutlich, dass IM-Ärzte seit Ende der 1950er Jahre für das MfS tätig waren und sowohl über ärztliche Kollegen als auch über Patienten berichteten. In diesem Zusammenhang wurde gegen die ärztliche Schweigepflicht verstoßen, wie das Beispiel des IMS »Karl« zeigt. Dabei standen Sachfragen und persönliche sowie gesundheitliche Aspekte im Mittelpunkt. Durch solche Informationen wusste das MfS, was in der geschlossenen Venerologischen Station in Halle stattfand und welche Personen in die Stationen Halle und Leipzig-Thonberg zwangseingewiesen wurden. Diese Informationen nutzte das MfS für seine Zwecke. So wurden im Auftrag des MfS missliebige Personen nicht nur temporär verwahrt. Vielmehr waren die geschlossenen Venerologischen Stationen Teil umfassender Maßnahmen des MfS bei der Abschöpfung von Informationen und »Zersetzung« einzelner Personen. Wie unsere Forschungsergebnisse zeigen, stehen die Stationen in Halle und Leipzig-Thonberg beispielhaft für weitere geschlossene Venerologische Stationen in der DDR.

Im September 2015 wurde in Anerkennung des Unrechts ein Gedenkstein für die zwangseingewiesenen Mädchen und Frauen in Halle eingeweiht. Im Juli 2016 beschäftigte sich die Bundesregierung mit den geschlossenen Venerologischen Stationen und beantwortete eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Stationen in der DDR.⁴⁸ Seit Sommer 2016 sind mehrere Urteile von Landes- und Oberlandesgerichten gesprochen worden, in denen die Unterbringung in den geschlossenen Venerologischen Stationen Halle und Leipzig-Thonberg für rechtsstaatswidrig erklärt wurde.⁴⁹

Anmerkungen

- 1 Ulrike Lindner, Gesundheitspolitik in der Nachkriegszeit. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, München 2004; Florian Steger und Maximilian Schochow, Traumatisierung durch politisierte Medizin. Geschlossene Venerologische Stationen in der DDR, Berlin 2016.
- 2 Vgl. zu Frankfurt a. M.: Fritz Koch, Verwaltete Lust. Stadtverwaltung und Prostitution in Frankfurt am Main 1866–1968, Frankfurt a. M. 2010, S. 233 ff.; vgl. zu München: Siegfried Borelli und Willy Starck, Die Prostitution als Psychologisches Problem, Berlin/Heidelberg 1957, S. 131; vgl. zu Bremen: Stefan Mörchen, Schwarzer Markt. Kriminalität, Ordnung und Moral in Bremen 1939–1949, Frankfurt a. M./

- New York 2011, S. 441; vgl. zu Hamburg: Brigitte Reng, Das sexuelle Verhalten junger weiblicher Prostituiertes, in: Beiträge zur Sexualforschung. Organ der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung 45 (1968), S. 1–57; vgl. zu Ludwigshafen: Wolfgang von Hippel, Zum Wohle der Kranken. Vom Hospital zum Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein. 100 Jahre Städtisches Krankenhaus 1892–1992, Ubstadt-Weiher 1992, S. 555f.
- 3 Maximilian Schochow und Florian Steger, Closed Venereology Wards in the GDR, in: *Journal of the European Academy of Dermatology and Venereology* 30 (2016), S. 1814–1818, hier S. 1814; vgl. zu Erfurt und Gera: Florian Steger und Maximilian Schochow, Traumatisierte Frauen. Geschlossene Venerologische Stationen in Mitteldeutschland, in: *Gerbergasse 18* (2017), S. 45–49.
 - 4 Steger und Schochow, Traumatisierung durch politisierte Medizin (Anm. 1), S. 100–107.
 - 5 Maximilian Schochow und Florian Steger, Closed Venereology Wards in hospitals of the German Democratic Republic (GDR) and the Ministry for State Security (MfS), in: *Journal of the European Academy of Dermatology and Venereology* 31 (2017), S. e225–e226.
 - 6 Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927, in: *Deutsches Reichsgesetzblatt*, Teil I, Jahrgang 1927, S. 536–541.
 - 7 Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (GeschlKrG) vom 23. Juli 1953, in: *Bundesgesetzblatt*, Teil I, Jahrgang 1953, S. 700–706.
 - 8 Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten unter der deutschen Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. SMAD-Befehl Nr. 273 des obersten Chefs der SMAD vom 11.12.1947, in: *Deutsche Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen (Hg.)*, Die gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin 1948, S. 15–22.
 - 9 Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 23. Februar 1961, in: *Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.)*, Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Berlin 1961, S. 85–89.
 - 10 Ebd.
 - 11 Florian Steger und Maximilian Schochow, Disciplining through Medicine. Turning Girls and Women into »Socialist Personalities« at Closed Venerological Wards in Communist East Germany (GDR), in: *Law, Health & Society. A Series »E« of the French Journal of forensic medicine* 3 (2016), S. 68–71.
 - 12 Gerd Münx, Hartmut Bruns und Gottfried Rudolf, Venerische Erkrankungen und ihre Prophylaxe in der Stadt Halle, in: Klaus Magyar (Hg.), *Prophylaxe im industriellen Ballungsgebiet Halle. Beitrag des kommunalen Gesundheitswesens der Stadt Halle und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zum 30. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik*, Halle (Saale) 1979, S. 69–72, hier S. 70.
 - 13 Günter Elste und L. Krell, Zur Bedeutung der Verhütungs- und Bekämpfungsmaßnahmen von Geschlechtskrankheiten in der DDR bei »uneinsichtigen Gefährdeten und Kranken«, in: *Dermatologische Monatsschrift* 156 (1970), S. 932–938, hier S. 937.

- 14 Steger und Schochow, Traumatisierte Frauen (Anm. 3), S. 48.
- 15 Ebd., S. 47.
- 16 Steger und Schochow, Traumatisierung durch politisierte Medizin (Anm. 1), S. 198.
- 17 BArch Best. DQ 1. Nr. 4228, unpag. Hausordnung. Für die Patientinnen der geschlossenen Geschlechtskranken Frauenstation im Stadtkrankenhaus Mitte Halle (S) Kleine Klausstr. 16, Halle (Saale), den 23. April 1963.
- 18 Verena Zimmermann, »Den neuen Menschen schaffen«. Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945–1990), Köln, Weimar, Wien 2004, S. 18.
- 19 Steger und Schochow, Traumatisierung durch politisierte Medizin (Anm. 1), S. 58.
- 20 Ebd., S. 60.
- 21 Ebd., S. 95.
- 22 Wolfgang Gertler, Systematische Dermatologie und Grenzgebiete, Bd. 2, Leipzig 1973, S. 1247–1253.
- 23 Steger und Schochow, Traumatisierung durch politisierte Medizin (Anm. 1), S. 98.
- 24 BStU Archiv der Außenstelle Halle, MfS, BV Halle, KD Halle, II, VIII 616/76. Bl. 000004–000151, hier Bl. 000143–000145.
- 25 Ebd., KD Halle, I, VIII 616/76. Bl. 000109–000145, hier Bl. 000109–000119.
- 26 Ebd., Bl. 000133–000135.
- 27 BStU Archiv der Außenstelle Halle (Anm. 24), Bl. 000006–000050.
- 28 Ebd., Bl. 000146–000147.
- 29 BStU Archiv der Außenstelle Magdeburg, I, 5040/61, »Karl«, BV Magdeburg, KD Schönebeck. 26 I/1, Bl. 000008–000218, hier Bl. 000009.
- 30 Ebd.
- 31 BStU Archiv der Außenstelle Magdeburg, II, 5040/61, »Karl«, BV Magdeburg, KD Schönebeck, 26 II/2, Bl. Bl. 000018–000367, hier Bl. 000199–000204, Bl. 000305–000307.
- 32 BStU Archiv der Außenstelle Magdeburg, 26 I/1 (Anm. 29), Bl. 000173.
- 33 BStU Archiv der Außenstelle Magdeburg, 26 II/2 (Anm. 31), Bl. 000205.
- 34 Florian Steger und Carolin Wiethoff, Betriebsgesundheitswesen und Arbeitsmedizin im Bezirk Magdeburg, Halle 2018, S. 58.
- 35 Francesca Weil, Zielgruppe Ärzteschaft. Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2008.
- 36 Ebd., S. 187.
- 37 BStU Archiv der Außenstelle Magdeburg, 26 II/2 (Anm. 31), Bl. 000095–000096.
- 38 Ebd., Bl. 000096.
- 39 Peter Bohley, »Operative Zersetzung«, in: Peter Bohley (Hg.), Erlebte DDR-Geschichte. Zeitzeugen berichten, Berlin 2004, S. 161–184.
- 40 BStU Archiv der Außenstelle Magdeburg, 26 I/1 (Anm. 29), Bl. 000183–000184.
- 41 Steger und Wiethoff, Betriebsgesundheitswesen und Arbeitsmedizin (Anm. 34), S. 180.
- 42 Angela Schmole, Abteilung 26. Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung, Berlin 2009.
- 43 BStU Archiv der Außenstelle Halle, MfS, BV Halle. OV »Dämon«, Reg. Nr. VIII 1249/83, Archiv 3048/85, Bd. I/2, Bl. 000316–000319.

- 44 Ebd., Bl. 000319.
- 45 Telefoninterview mit Herrn HZA, geführt von Maximilian Schochow, Halle (Saale), den 5. Juli 2015.
- 46 Uta Falck, VEB Bordell. Geschichte der Prostitution in der DDR, Berlin 1998, S. 98–100.
- 47 Schmole, Abteilung 26. Telefonkontrolle (Anm. 42).
- 48 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/9189 vom 14.7.2016. Antwort der Bundesregierung der Abgeordneten Renate Künast, Dr. Harald Terpe, Steffi Lemke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 18/8986 – Aufarbeitung von Misshandlungen auf den geschlossenen Stationen zur Behandlung von Geschlechtskrankheiten in der DDR, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/091/1809189.pdf>, letzter Zugriff am 16.1.2019.
- 49 Philipp Mützel, Anmerkungen zur Rehabilitierung von Einweisungen in geschlossene Stationen für geschlechtskranke Frauen in der DDR. Zugleich Besprechung der Beschlüsse des OLG Dresden vom 30. Juni 2016 – 1 Reha Ws 25/16 und des LG Magdeburg vom 29. Juni 2016 – Reh 190/15, in: Zeitschrift für offene Vermögensfragen 4 (2016), S. 136–138; vgl. zusätzlich: Oberlandesgericht Naumburg vom 19. Januar 2017 – 12 Reh 144/12.



Die ehemalige Haftanstalt Hoheneck in Sachsen. Von 1862 bis 2001 wurde das Schloss als Gefängnis genutzt, 2015 richtete die Stadt Stollberg eine Gedenkstätte ein.

Frank Beier

Politisch inhaftierte Frauen in der DDR: Binnenperspektiven auf das Frauenzucht- haus Hoheneck

Politische Haft in der DDR

Der Charakter eines Staates zeigt sich in besonderer Weise daran, wie dieser mit seinen vermeintlich politischen Gegnerinnen und Gegnern umgeht. »Politische Straftaten« gibt es in allen modernen Staatsformen. Insbesondere Straftatbestände wie Spionage, Agententätigkeit, Terrorismus und Korruption fordern auch in Rechtsstaaten die klare Abgrenzung

zwischen Politik und Justiz immer wieder heraus und sind gleichzeitig prädestiniert für eine politische Instrumentalisierung unter der Wahrung des Scheins von Rechtsstaatlichkeit.

Die Geschichte der Inhaftierung von Ausreisewilligen in der DDR legt ein besonders deutliches Zeugnis darüber ab, zu welchen inhumanen Konsequenzen eine solche politische Instrumentalisierung des Rechtssystems führen kann. Während die Hafterlebnisse männlicher politischer Häftlinge nach dem Niedergang der DDR mit der Etablierung einer Gedenkstätte des berühmten »Gelben Elends« in Bautzen in der Öffentlichkeit eine recht hohe Präsenz genießen, ist das – nicht minder schreckliche – ehemalige zentrale Frauengefängnis der DDR »Hoheneck« in Stollberg in der Nähe von Chemnitz weit weniger bekannt. Nach dem Mauerbau waren hier vor allem Frauen inhaftiert, die mit mehr oder minder großem Nachdruck versuchten, in die Bundesrepublik zu emigrieren. Ihre Lebensgeschichten geben in besonderer Weise Auskunft über die spezifischen Interdependenzen eines restriktiven Grenzregimes, einer überwachten öffentlichen Kommunikation, dem radikalen Scheitern sozialistischer Erziehungsansprüche und eines politisch instrumentalisierten Unrechtsapparats. Es ist dabei notwendig, die politische Inhaftierung der Frauen nicht als singuläres Ereignis zu betrachten, sondern in einen lebensgeschichtlichen Kontext zu stellen.

Eine Inhaftierung war in jedem Fall ein dramatischer Bruch der bisherigen Biografie. Es ist dabei wichtig, diese individuellen Hafterfahrungen von einer Außenperspektive ernst zu nehmen, anzuerkennen und zugleich im Rahmen der jeweiligen Lebensgeschichte zu verstehen. Die folgenden Überlegungen stammen aus einer biografieanalytischen Studie,¹ in deren Rahmen von 2011 bis 2016 insgesamt 18 ehemals in Burg Hoheneck politisch inhaftierte Frauen mittels biografisch-narrativer Interviews befragt wurden.² Die Frauen wurden dabei aufgefordert, ihre gesamte Lebensgeschichte zu erzählen. Darunter waren auch zahlreichen Akteurinnen, die sich sonst nicht in der Öffentlichkeit äußern. Insofern konnten auch Sichtweisen erfasst werden, die in den bisher öffentlich zugänglichen Zeitzeugendokumenten möglicherweise unterrepräsentiert waren.

Gemeinsame Inhaftierungserfahrungen

Viele ehemals aus politischen Gründen inhaftierte Frauen sind auch heute nicht in der Lage, über ihre Haftzeit zu sprechen, da die psychische Belastung nach wie vor zu groß ist. Die mittlerweile vielfach nachgewiese-

nen posttraumatischen Belastungen politisch Inhaftierter³ wurden in allen Gesprächen der Studie angesprochen. Für viele der Frauen reichen vermeintlich harmlose Situationen aus, um massiven Stress hervorzurufen: unter anderem das Klappern von Schlüsseln, geschlossene Räume und Klopfergeräusche. Je nach Schwere der Haftbefahrungen haben die Ereignisse tiefe Spuren hinterlassen und sind für diese Frauen ein immer noch belastender Teil ihres Lebens. Studien belegen zudem die weit verbreiteten körperlichen Folgeschäden der politischen Haft.

Die Inhaftierung hatte zudem häufig schwerwiegende Folgen für die Familienangehörigen, insbesondere für die Kinder der Inhaftierten – insbesondere dann, wenn diese nicht bei Verwandten untergebracht, sondern in Kinderheime eingewiesen oder zur Adoption freigegeben wurden. Potenziell traumatisierend war es für die Kinder, wenn sie die Festnahme der Mutter oder gar beider Elternteile miterleben mussten. Die Inhaftierung erfolgte in der Regel unter dem Vorwand, man habe »Zur Klärung eines Sachverhaltes« mitzukommen. Dieser Satz ist für die Frauen symptomatisch für die schmerzhaft geteilte Ohnmachtserfahrung der Inhaftierung. Diese wird beispielsweise in dem folgenden Interviewausschnitt sehr anschaulich beschrieben:

»Um halb acht ging die Klingel. Ich bin aufgestanden, zieh meinen Bademantel an, schau durch den Spion [...] und da sehe ich die besagten Leute vor der Tür stehen. Da denk ich: »Ach du Scheiße! Das ist Stasi«. Die haben Sturm geklingelt! Dann habe ich die Türe aufgemacht. Da war natürlich auch gleich ein Fuß in der Schwelle, also ich konnte die Tür nicht mehr zuknallen, da hätte ich denen die Füße gebrochen. »Sind Sie Frau Bürger?«⁴ Ja. »Dann ziehen Sie sich bitte etwas an und kommen Sie mit zur Klärung eines Sachverhaltes«. Das ist dieser typische Satz. [...] Irgendwann kam dann mein Sohn ganz verpennt aus dem Kinderzimmer: »Mama, wirst du jetzt eingesperrt?« Er wusste, wir wollten nach'n Westen [...]. Und da sagte ich – das weiß ich noch wortwörtlich: »Mein Kind, wie kommst du denn darauf? Ich hab doch nichts getan«. [...] Da sag ich zu meinem Sohn noch: [...] Mama kommt gleich wieder. [...] Wir haben in der zweiten Etage gewohnt [...] und bevor ich unten ins Auto einsteige, schau ich nochmal hoch und da sehe ich, wie er zum Fenster rausguckt, die Gardine so um den Kopf rum, und wischt sich so die Tränen weg. Da dachte ich irgendwie noch: »Mein Gott, du dummes Kind, warum weinst denn? Ich komme doch gleich wieder«. Achtzehn Monate später hab ich ihn wiedergesehen.«

Die Inhaftierung wird von allen Frauen als tiefer Einschnitt in ihrem Leben beschrieben. Überraschend, wie für Frau Bürger, war dies insbesondere für all jene, die nicht aufgrund von Fluchtversuchen festgenommen und verurteilt wurden, sondern weil sie einen Ausreiseantrag gestellt und Kontakt zu westlichen Organisationen aufgenommen hatten. Die Gerichtsurteile wurden zwar im Namen des Volkes, aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhängt. Eine angemessene Rechtsvertretung bekamen die Frauen nicht. Stattdessen galten sie als politische Staatsfeinde, die sich gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung und Lebensweise richteten. Exemplarisch kann diese politische Verwobenheit der Gerichtsverfahren an einem Auszug aus einem Gerichtsurteil aus den späten 1970er Jahren illustriert werden:

»Die Angeklagten hatten in der Deutschen Demokratischen Republik alle Möglichkeiten, Berufe entsprechend ihrer Fähigkeiten zu erlernen und auszuüben. Arbeitsplatz und soziale Sicherheit waren ihnen und ihren Kindern garantiert. Sie waren jedoch nicht bereit, ihre Rechte auf Mitgestaltung wahrzunehmen, betrachteten Aufforderungen hierzu als Zumutungen und Bevormundung und beanspruchten persönliche Freiheiten unter völliger Ignoranz gesellschaftlicher Notwendigkeiten.«⁵

Mit der Verurteilung waren die Frauen nun offiziell als Verbrecherinnen stigmatisiert. Dies ging mit einer enormen Beschädigung ihrer Identität und ihres Selbstwertes einher. Dies war beispielsweise der Fall, wenn die Frauen in Handschellen über den Bahnhof gebracht und somit in der Öffentlichkeit als gemeingefährliche Schwerverbrecherinnen dargestellt wurden. Auch der Transport nach Hoheneck selbst – meist im »Grotewohl Express« – war für die Frauen eine belastende Erfahrung, die, wie in der Erzählung von Frau Gaspar ausgeführt, durch extreme Enge und unwürdige Behandlung geprägt war:

»Im Zug saßen immer ganz eng vier Leute in so einem kleinen Kabuff. Wir durften auch nicht raus, mussten da drin sitzen bleiben. Wenn wir mal auf die Toilette mussten, mussten wir klopfen. Dann kann immer jemand mit. Ansonsten waren wir in einem Zug – ich glaub der war von draußen gar nicht zu erkennen – dass es so ein Transport ist. Von innen waren natürlich Gitter [...], aber von außen war nichts zu sehen. Bis nach Chemnitz sind wir gefahren worden. [...] Da standen sie alle schon wieder mit den Hunden und mit den Gewehren.«

Die Ankunft in Hoheneck ist geprägt durch den ersten Kontakt mit dem Gefängnisalltag im sogenannten Zugang, wie eine andere ehemalige Hoheneckerin berichtet:

»Und dann hat man mich in den Zugang gebracht, das dauerte zwei Wochen. Das war eine riesengroße Sammelzelle. Ich schätze mindestens dreißig Personen. Dort war meine Aufgabe dann, mich dort erstmal in den Alltag einzufügen und meinen Namen auf irgendwelche Bänder zu sticken, die dann in die Kleidung genäht wurden, damit beim Wäschetausch die Wäsche mich also wiederfindet. Nach den zwei Wochen bin ich dann man sagte »aufs Kommando« gebracht worden. Also richtig in die Tiefen des Gefängnisses hinein.«

Im »Zugang« erhielten die Frauen Häftlingskleidung und gerieten in den ersten intensiveren Kontakt mit anderen Gefangenen, darunter auch Schwerstverbrecherinnen. Die Unterscheidung von politischen und kriminellen Inhaftierten ist für alle Frauen ein bedeutendes Merkmal der Haftbeschreibung. Gleiches gilt für die obligatorische Haftarbeit, die bei den meisten Frauen darin bestand, Strumpfhosen oder Bettwäsche in Schichtarbeit zu nähen. Von allen Frauen wird Hoheneck als unhygienischer, kalter und überfüllter Ort beschrieben. Das enge Zusammenleben, der rüde Umgangston, Schikanen durch das Wachpersonal und das extrem schlechte Essen stellten die Frauen auf harte Belastungsproben. Zusätzliches Potenzial für Schikanen bestand dann, wenn sie Kinder hatten, um deren Wohlergehen sie fürchten mussten. Fast alle Frauen vermieden es in der Erzählung über Hoheneck, detaillierter über das Schicksal ihrer Kinder zu sprechen, was ein deutlicher Ausdruck der bis heute andauernden Vulnerabilität bezüglich dieser Thematik ist.

Abwechslung und Lichtblicke im inhumanen Strafvollzug boten die wenigen und stark reglementierten »Sprecher«, in denen ein rudimentärer Kontakt zu Angehörigen gehalten werden konnte. Auch Paketsendungen waren im kargen Gefängnisalltag wichtig, in denen Angehörige Waren des täglichen Gebrauchs und auch Genussmittel wie Süßigkeiten und Zigaretten senden konnten. Ansonsten lieferte einzig der gefängnisinterne Kiosk die Möglichkeit, sich mit zusätzlichen, aber häufig minderwertigen Waren zu versorgen. Zentral im Hafterleben blieben bei allen befragten Frauen jedoch stets die sogenannten Transporte, in denen freigekaufte politische Häftlinge abgeholt und über Karl-Marx-Stadt in den Westen abgeschoben wurden. Frau Sommer berichtet beispielsweise:

»Wir konnten immer aus dem Fenster schauen. Auf so ein Gebäude, die sogenannten Effekten. Immer wenn da nachts gearbeitet wurde, wenn da Licht brannte, das waren dann immer Kriminelle, die dort gearbeitet haben. Da wurden nämlich die Pakete gepackt für die, die auf Transport gingen. Und immer wenn dort gearbeitet wurde, wussten wir, am nächsten Tag ist Transport. [...] Ich dachte, ja, irgendwann muss ich dran sein. Aber es ging auf Weihnachten zu. [...] Irgendwie hat mir etwas gesagt, ich komm noch weg. Aber man will, so bin ich jedenfalls eingestellt, sich selber nicht wehtun. Wenn man sich so drauf versteift.«

Die Hoffnung, selbst durch einen Transport von der Qual der Inhaftierung befreit zu werden, war daher allgegenwärtig. Die genaue Dauer der weiteren Haftzeit war für die Frauen kaum zu antizipieren. Zudem mussten sie auch ständig befürchten, zurück in die DDR entlassen oder ohne die eigenen Kinder in den Westen abgeschoben zu werden.

Die unterschiedliche Bedeutung von Hoheneck in den Biografien

Neben diesem dominanten Narrativ über die Haft in Hoheneck, welches in nahezu allen Interviews seinen Eingang findet, zeigen sich auch deutliche Differenzen der jeweils subjektiven Bedeutung der Haftzeit. Diese scheint im besonderen Maße davon geprägt zu sein, in welcher spezifischen biografischen Konstellation die Inhaftierung geschah. Selbstverständlich hingen die Hafterlebnisse auch davon ab, zu welcher Zeit, wie lange und mit welchen zusätzlichen Repressionen die Inhaftierung verbunden war. Dennoch zeigen sich klare Verarbeitungs- und Leidensmuster, die sich aus den biografischen Konstellationen heraus erklären lassen. Dabei hat sich zunächst einmal als bedeutsam erwiesen, wie die Frauen ihre Flucht- und Ausreisehandlung verstanden. Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass sich hier mindestens drei unterschiedliche Arten unterscheiden lassen.

Politische Haft als totalitäre Verfolgung

So gab es zum einen Frauen, deren individuelle Zukunftswünsche explizit mit einer Auswanderung in die Bundesrepublik verbunden waren. Hier war der Wunsch, auszureisen, in der Regel ein langfristig gewachsener Handlungsplan, der mit einer inneren Abkehr vom Leben in der DDR verbunden war. In den biografischen Erzählungen finden sich bereits in

der Kindheit und Jugendzeit deutliche Zerwürfnisse und Auseinandersetzungen mit den spezifischen politischen Ritualen, Massenorganisationen oder dem Staatsbürgerkundeunterricht. Diese aktive Auseinandersetzung schärfte bei diesen Frauen ein oppositionelles Bewusstsein. Häufig war dies mit einem westlich orientierten Freundeskreis verbunden, der spezifische Affinitäten zur westdeutschen Lebensweise erzeugte. So berichtet auch Frau Sommer darüber, dass ihre Eltern zwar in der DDR einen enormen sozialen Aufstieg erlebten, sie aber dafür kein Interesse entwickeln konnte:

»Ich hab eine ganz andere Richtung eingenommen. [...] Das war ja die Zeit, die sechziger Jahre, wo es anfang, dann kamen die Beatles und die Rolling Stones! Das waren so meine Interessen.«

Die Auseinandersetzung mit der Lebensweise in der DDR führte auch zu einer kritischen Reflexion der Lebensweise der eigenen Eltern und zu entsprechenden Adoleszenzkrisen. In den biografischen Erzählungen wird die DDR eindeutig als Diktatur dargestellt, die das eigene Aufwachsen direkt oder indirekt geprägt und gestört hat. Auch dies kann an einem kurzen Ausschnitt aus dem Interview verdeutlicht werden:

»Meine Eltern haben mir gegeben, was ich brauchte. Was weiß ich, Roller und solche kleinen Kinderwünsche. Obwohl meine Eltern sich da auch Entbehungen auferlegt haben. Und dafür waren auch meine Eltern verantwortlich. Aber Schule und nachher der weitere Weg, wenn der Staat in mein Leben mit eingegriffen hat, dann konnte es eben nicht so schön werden.«

Damit entwickelte sich mehr oder minder kontinuierlich der Wunsch, in den Westen zu ziehen, dem diese Frauen mit zum Teil riskanten Fluchtversuchen nachgingen, oder dadurch, dass sie beharrlich Ausreiseanträge stellten. Ihre Inhaftierung sahen diese Frauen als Ausdruck einer totalitären Diktatur, die ihre politischen Gegner und Gegnerinnen beseitigte. In den Erzählungen wird die Haft oft mit den Deportationen der Verfolgten im Nationalsozialismus verglichen. Sie berichten immer wieder, in diesem Fall abermals Frau Sommer, eindrucklich darüber, wie sie während der Haft das Gefühl hatten, in einem KZ gelandet zu sein.

»Wieder dieser Bezug: also dieser gedankliche Bezug, als man so dachte: KZ! KZ! KZ! [...] Es war finster, als wir ankamen. Man sieht nur diesen Stacheldraht überall und diese hohen Mauern und dann noch ein

Feld. Dann wieder Stacheldraht – wo man denkt, da ist bestimmt elektrischer Strom drin und dann die Hunde, die dazwischen laufen und überall bellt es und das hört sich so schlimm an. Da kommen solche Gefühle dann in einem hoch.«

Die Angst davor, nicht nur inhaftiert zu sein, sondern möglicherweise auch ermordet werden zu können, war bei diesen Frauen in Teilen sehr real. Gleichzeitig traf sie die Haft in der Regel nicht ganz unerwartet. Häufig gab es bereits Kenntnisse über die politische Justiz, und dass man freigekauft werden konnte. Die Haftzeit war für diese Frauen eine Leidenszeit, die sie überstehen mussten, um ihr Ziel erreichen zu können: in den Westen zu kommen.

Wandlungen der Selbst-Identität durch die Inhaftierung

Unter den Interviewten gibt es jedoch auch eine Reihe von Frauen mit gänzlich anderen Lebensgeschichten. In ihren Erzählungen wird deutlich, dass diese weitaus weniger Reibungen und Konflikte in der DDR erlebten. Diese Frauen betonten die Normalität des Alltagslebens in der DDR, mit all den guten und schlechten Seiten. Als bedrohliche Diktatur nahmen sie die DDR jedoch zunächst einmal nicht wahr.

»Und ich war froh, im Osten zu sein, weil die haben uns ja immer gesagt: Ja, im Westen, das sind alles Verbrecher und so und viele auf den Straßen. Wir waren richtig froh, dass es das bei uns nicht gibt. Es wurde uns ja alles so eingebläut, also als wir noch Kinder waren. Wir waren richtig froh, dass wir in der DDR lebten und dass es hier sowas nicht gibt und dass die DDR aufpasst, dass hier kein Krieg mehr kommt und so, nicht?«

Diese Frauen waren zunächst einmal gut in die DDR-Gesellschaft integriert und folgten in weiten Teilen der gesellschaftlich institutionalisierten Normalbiografie in der DDR. Sie berichten, wie sie ihren Beruf erlernten, vom Wohnungsmangel, von den Problemen des Arbeitsalltags und den entsprechend Strategien, um damit umzugehen. Im frühen Erwachsenenalter wurde für diese Frauen in der Regel die Familiengründung relevant. Die Lebensweise der Eltern hinterfragten sie – im Gegensatz zum oppositionellen Milieu – weniger kritisch. Das Bild, welches diese Frauen vom Westen hatten, war eher nebulös. Typischerweise betonten sie in den Anfangserzählungen des Interviews, dass sie eigentlich nicht in den Westen wollten.

In all diesen Fällen war die Ausreiseentscheidung eine Reaktion auf eine biografische Lebenskrise, die unterschiedliche Formen annehmen konnte, jedoch in allen Fällen die Normalität der Biografie erschütterte. Häufig waren in diesen Fällen die jeweiligen Partner und Ehemänner die Initiatoren, deren Wunsch, in den Westen zu gehen, immer stärker wurde. Diesen Wünschen schlossen sich die Frauen an, sofern es weitere Krisen gab, die diese Frauen in der DDR erlebten, und die sie durch die Ausreise hofften, verarbeiten zu können. So berichtete eine Frau beispielsweise von massiven Eheproblemen, die auch mit den äußerst schlechten Wohnbedingungen in der DDR zusammenhängen. Ihr Mann wollte unbedingt ausreisen und setzte sie massiv unter Druck:

»Und er sagte dann immer: Du willst ja hier leben. Also, es war dann schon eine wirklich, eine schlimme Zeit. Ich bin manchmal zur Firma und habe gedacht, ich kann das Wort Ausreise schon nicht mehr hören. Und dann hab ich gesagt, eines Tages, okay ich mach mit.«

Diese Frauen machten auch auf Nachfrage sehr deutlich, dass sie ohne die Fremdinitiative nicht den Versuch der Flucht oder Ausreise unternommen hätten. Die Inhaftierung kam für sie entsprechend überraschend und unvorhergesehen. Häufig war diese für die Frauen der erste Kontakt mit ernsthaften Sanktionen des Staates. Ihr Selbstbild entsprach in keiner Weise dem einer politischen Staatsfeindin oder einer oppositionellen Akteurin. Symptomatisch dafür ist die Reaktion von Frau Bürger nach ihrer Inhaftierung, als sie in die Zelle gesperrt wurde:

»In der Zelle saßen zwei Frauen, die haben mich ganz groß angeschaut. Ich wurde reingeschoben, die Tür ging zu. Klappe ging auf, mein Abendbrot kam rein. Da haben die gesagt: »Das ist dein Essen«. Da habe ich gesagt: »Ich esse hier nicht«. Sag ich: »Ich geh gleich wieder. Das ist hier alles ein Missverständnis. Die gucken mich da groß an: »Willst du nach'n Westen?« – »Ja, ich hab nen Ausreisetrage«. »Ja dann bleibst du hier, dann ist das kein Missverständnis«. Sag ich: »Das geht nicht, ich habe ein Kind« »Ja« sagt sie: »Wir haben auch Kinder. Du bleibst hier«. Und da habe ich erst das alles so ein bisschen realisiert. [...] Da hab ich geheult. Da ist für mich eine Welt zusammengebrochen.«

Diese Frauen berichten über ihre Zeit in Hoheneck deutlich anders als die oben genannten: Es fehlt die Assoziation mit einem KZ, stattdessen betonen sie, wie sehr die Haft zu einer Erschütterung des Selbst und der

Weltsicht führte. Die Bekanntschaft mit Kindsmörderinnen und anderen Schwerverbrecherinnen bedeute für diese Frauen eine tiefe Krisis-Erfahrung:

»In der DDR gab es ja offiziell zu dem Zeitpunkt damals keine Kriminalität. Es wurde nie in den Medien etwas berichtet. Es stand nie etwas in den Zeitungen. Bei uns war die heile Welt, nur im Westen war alles schlecht.«

Bei diesen Frauen steht – im Vergleich zu den inhumanen Inhaftierungspraxen – deutlich stärker im Fokus der Erzählung, wie man sich den Haftalltag erträglich machte. Sie berichten ausführlich über die Solidarität unter den politisch Inhaftierten und wie sie es lernten, Freiräume zu nutzen. Aus altem Brot und gegorenen Früchten stellten sie beispielsweise Alkohol her, bastelten sich aus Servietten Tischdecken und Spielkarten und feierten illegal Feste. Dies bedeutete nicht, dass damit der Schrecken des Ortes Hoheneck gemindert wurde. Die Inhaftierung ist in den Biografien jedoch deutlich damit verbunden, dass sich ein neues Selbst- und Weltbild etablierte. Entsprechend beschreiben die Frauen Hoheneck als »Lebensschule«, in der man »stärker geworden« und persönlich gewachsen sei. Erst in der Haft wurden diese Frauen zu politischen Opponenten des Systems.

Haft als biografisches Moratorium

Eine dritte Bedeutung erlangte die Haftzeit bei Frauen, deren biografische Situation bereits vor der Inhaftierung in mancher Hinsicht prekär war, sodass eine autonome Lebensführung massiv gestört war. Dies konnte durch politische Verfolgung und aufgrund von Schikanen – sogenannter Zersetzungsmaßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) – gegenüber den Frauen oder nahen Familienangehörigen ausgelöst sein, aber auch durch andere Faktoren, wie einem Leben in einer gewalttätigen Beziehung oder psychische Belastungen. Bei diesen Frauen geschah die Inhaftierung zu einer Zeit, in der sie bereits einem massiven Leidensdruck ausgesetzt waren. Hier veränderte sich in der Haft weder die Selbst-Identität der Frauen, noch verstanden sie sich als Opponenten eines totalitären Regimes. Vielmehr sind die Beschreibungen der Haftzeit in diesen Fällen davon gekennzeichnet, dass die Inhaftierung den Leidensprozess verschlimmerte, aber zugleich ein Moratorium bot. Dies führte beispielsweise zu einem vollständigen Rückzug in Passivität und Gleichgültigkeit:

»Ich glaube, da drin haben sich meine ganzen Gefühle verkrümmelt. Ich hab das einfach so hingenommen, wie es war. Mensch, rutscht mir doch den Buckel runter. [...] So sah es wahrscheinlich in mir aus. Lass die doch machen.«

Andererseits finden sich in der Retrospektive auch in diesen Fällen erstaunlich positive Erlebnisse in Hoheneck, die den Zusammenhalt unter den Inhaftierten und die Routine des Haftalltags positiv herausstellen. Für die Frauen war die Haftzeit auch ein Rückzugsraum aus einer Leidenszeit außerhalb der Haft und ermöglichte es, zu sich selbst zu finden. Dies waren sicherlich seltene Fälle, die nur in den spezifischen biografischen Konstellationen vorkamen. In unserer Studie war dies jedoch kein Einzelfall. So berichtet die aufgrund eines Fluchtversuches verhaftete Frau Schmied:

»Das Komische bei mir war eigentlich auch immer, dass – als ich dann raus war – die Zeit vor dem Knast bei mir eigentlich weg war. Mein Leben fing erst in Hoheneck an. Und wenn ich hier irgendwie gefragt wurde, [...] ich habe dann nur von Hoheneck erzählt. Was wir da gemacht haben.«

Auch die regelmäßigen Ehemaligen-Treffen sind für diese Frau positiv besetzt: »Und Hoheneck – es klingt komisch – aber ich fahre gerne dort hin.«

In einer Phase nach ihrer Haft, in der sie erneut eine tiefe Krise durchlief, wurde Hoheneck sogar zu einem erwünschten Rückzugsort:

»Da hatte ich manchmal Sehnsucht nach Hoheneck zurück. Weil dort hattest du alles, was du brauchtest. Musstest dir um nichts den Kopf zerbrechen. Da brauchte man nur funktionieren.«

Hoheneck – Binnenperspektiven

Die Beschäftigung mit den Lebensgeschichten politisch inhaftierter Frauen macht deutlich, dass die Haft nicht nur systemkritische Opponenten traf, sondern auch zahlreiche Frauen, die sich als unpolitisch bezeichneten. Ausreise- und Fluchtentscheidungen gab es zwar auch, aber keinesfalls nur dann, wenn es eine tiefe Ablehnung gegenüber der DDR gab. Stattdessen zeigte sich, dass es vielfache andere Gründe geben konnte, warum das Kor-

sett der politisch durchdrungenen sozialistischen Lebensweise für Frauen zu eng werden konnte und man sich ein besseres Leben in der Bundesrepublik erhoffte. Es wäre daher überzogen, politisch inhaftierte Frauen a priori als Systemopponentinnen zu bezeichnen. Gleichmaßen muss festgestellt werden, dass sie alle gegen das inhumane Grenzregime der DDR aufbegehrten, indem sie das Ausreiseverbot nicht akzeptierten und Ausreiseanträge stellten und/oder Fluchtversuche unternahmen. Ausreise und Flucht waren biografisch riskant und die Entscheidung dafür eine Form des Widerstands gegen das System. Die Praxis der politischen Inhaftierung zeigt, wie das Grenzregime der DDR, das mit einer Propagierung sozialistischer Lebensweise gekoppelt war, in die Biografien der Bürgerinnen und Bürger hineinragte und welche perfiden Konsequenzen es hatte, wenn die Erwartungen an die sozialistischen »Normalbiografien« nicht mehr mit den Lebensrealitäten vereinbar waren. Dafür zahlten die in unserer Studie interviewten Frauen einen hohen Preis. Die politische Haft ist Teil ihrer Biografie. Sie hat für die Lebensgeschichten – neben der geteilten Erfahrung von Unrecht und Schikane und in Abhängigkeit von den biografischen Vorerfahrungen – sehr unterschiedliche Bedeutungen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Frank Beier, Politisch inhaftierte Frauen in der DDR. Eine biographieanalytische Studie zur Genese von Flucht- und Ausreiseentscheidungen, Opladen u. a. 2018.
- 2 Die Arbeit entstand im Rahmen einer Dissertation an der Technischen Universität Chemnitz. Den Kontakt zu ehemals politisch inhaftierten Frauen versuchte der Autor auf verschiedenen Wegen herzustellen (Opferverbände, Recherche im Internet, z. B. über persönliche Blogs und Zeitzeugenforen). Allerdings zeigte sich, dass viele Frauen äußerst skeptisch gegenüber einem lebensgeschichtlichen Interview waren. Andere wiederum sagten Interviews kurzfristig ab oder teilten mit, dass sie aufgrund gesundheitlicher Spätfolgen der Haft nicht in der Lage seien, ein Interview zu geben. Die ersten Interviews kamen schließlich zustande, als eine ehemalige Hoheneckerin die Kontakte vermittelte. In der Folge ergaben sich im Schneeballverfahren weitere Interviews. Die Stichprobe ist daher nicht repräsentativ in dem Sinne, dass Aussagen über alle politisch inhaftierten Frauen getroffen werden können. Vielmehr war es das Anliegen der Studie, die unterschiedlichen biografischen Hintergründe und deren qualitative Ausprägungen in ihrer Heterogenität zu explizieren.
- 3 Vgl. Kornelia Beer und Gregor Weißflog, Weiterleben nach politischer Haft in der DDR. Gesundheitliche und soziale Folgen, Göttingen 2011.
- 4 Alle Namen sind Pseudonyme.
- 5 BStU, MfS, AU, Nr. 639/79, Bd. 6, S. 54f.



Angehörige der DDR-Grenztruppen beim Schießtraining, Juni 1987.

Michael Schneider

Über den Zaun und zurück – Flucht und Rückkehr des Bataillonskommandeurs der DDR-Grenztruppen Dietmar Mann

Dietmar Mann, Oberstleutnant der DDR-Grenztruppen, steht an diesem 31. August 1986 unter gewaltigem Druck. Ihm, seit 1982 Kommandeur des II. Grenzbataillons (Bonese) im Grenzregiment 24 (Salzwedel), steht ein Disziplinarverfahren und ein Parteiverfahren bevor. Zwei erfolgreiche Fluchten hat es in dem 69,4 Kilometer langen Grenzabschnitt, den er befehligt, im Sommer 1986 gegeben. Beide blieben zunächst unentdeckt. Nun gibt es Zweifel an seiner militärischen Kompetenz. Zudem will seine Frau in wenigen Tagen die Ehescheidung beantragen – Dietmar Mann hat seit längerer Zeit eine Beziehung mit einer Zivilangestellten seines Stabes.

Für einen Bataillonskommandeur gilt das als schwere moralische Verfehlung, die ihn, so fürchtet er, seinen Dienstposten kosten wird. Er hält seine Lage für aussichtslos. Am Nachmittag des 31. August lässt er sich, obwohl mitten im Urlaub, beim Ort Holzhausen von seinem Fahrer an den hinteren der beiden Grenzzäune bringen. Dort will er Pilze sammeln. Der Fahrer schöpft keinen Verdacht, es ist nicht ungewöhnlich, dass der Kommandeur hier im Spätsommer, im streng geschützten Bereich zwischen dem Grenzsignalzaun und dem Metallgitterzaun, der kurz vor der Staatsgrenze zur Bundesrepublik steht, auf Pilzsuche geht. Als die beiden dort ankommen, passieren sie das erste Gittertor. Nach dem Passieren des Tors steigt der Fahrer aus, um es wieder zu schließen. Seine Maschinenpistole hat der Gefreite vorschriftswidrig auf dem Fahrersitz liegenlassen, was Dietmar Mann gelegen kommt. Er steigt nun selbst aus, zieht seine Dienstpistole und zwingt den Fahrer, ins Hinterland zu verschwinden. Bis Alarm ausgelöst wird, hat der Oberstleutnant einige Minuten Zeit. Er steuert den Kübelwagen noch selbst bis zum vorderen Zaun, den er im zweiten Anlauf überklettert. Die tödliche Grenze, die er 18 Jahre lang bewacht hat, überschreitet er nun selbst, lässt die DDR und sein bisheriges Leben hinter sich – wie er glaubt, für immer. Acht Monate später ist er zurück.

Manns erste Stunden in der Bundesrepublik

Nach seiner gelungenen Flucht marschiert Dietmar Mann in das niedersächsische Dorf Thielitz. Hier spricht er einen Landwirt an, der ihn mit ins Haus nimmt und den Bundesgrenzschutz (BGS) verständigt. Mit dem Hubschrauber wird der Oberstleutnant in eine Dienststelle des BGS nach Gifhorn geflogen. Er unterschreibt eine Erklärung, wonach er nicht bereit ist, mit offiziellen Vertretern der DDR zu sprechen; auch mit seiner Familie will der geflohene Oberstleutnant keinen Kontakt. Eine Ausnahme aber macht er: für seine Freundin Christine, die in der DDR geblieben ist.¹

Dietmar Mann, der in einer BGS-Kaserne sitzt, hat Angst. Es existiere ein Befehl, der bei den DDR-Grenztruppen nur mündlich ausgegeben wird: Alle Militärangehörigen, die über die Grenzsperrn in die Bundesrepublik fliehen, sind zu vernichten. Ob der Befehl auch noch gilt, wenn ein Offizier schon auf dem Gebiet der Bundesrepublik ist? Ob Dietmar Mann in einer Blitzaktion in die DDR zurückgeholt wird? Er ist sich sicher, dass das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) binnen kürzester Zeit seinen Aufenthaltsort erfährt. So berichtet er den staunenden BGS-Beamten, dass es dem MfS inzwischen gelungen ist, verschlüsselte Funk-

sprüche zu entschlüsseln, und er vermutet, dass das MfS Agenten in den BGS eingeschleust hat. Eine Vermutung, die sich später tatsächlich bestätigt.² Um 22.00 Uhr wird Dietmar Mann schließlich mit einem Hubschrauber nach Pullach geflogen. Dort hat der Bundesnachrichtendienst (BND) seinen Sitz. Und der will sich nicht entgehen lassen, was ein Bataillonskommandeur der DDR-Grenztruppen alles zu berichten hat.

Ein Anrufer aus Ost-Berlin

Nicht einmal 24 Stunden ist der geflohene Oberstleutnant in der Bundesrepublik, als sich ein Anrufer aus Ost-Berlin im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen meldet. Es ist Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, der von der Staatsführung der DDR immer dann eingeschaltet wird, wenn ein Militärangehöriger oder gesellschaftlich prominenter Bürger der DDR den Rücken gekehrt hat. Er bittet darum, mit Mann sprechen zu können. Der Inhalt seines Auftrags: Der Offizier soll zur freiwilligen Rückkehr bewegt werden, bevor er von westlichen Geheimdiensten abgeschöpft wird. Fünf Jahre zuvor war Vogel mit seiner Mission erfolgreich gewesen. Der hochrangigste Offizier der DDR-Grenztruppen, der jemals die Flucht gewagt hatte, Oberstleutnant Klaus-Dieter Rauschenbach, Kommandeur des Grenzregiments 3 (Dermbach), war am 4. Juni 1981 auf Vogels Intervention hin nach nur zwei Tagen freiwillig in die DDR zurückgekehrt – ohne sein Wissen zuvor beim BND offenbart zu haben.³ Doch ein solcher Erfolg blieb dem Ost-Berliner Rechtsanwalt diesmal versagt. Zwar übermittelten die Bonner Ministerialen dem Flüchtling Mann den Gesprächswunsch, doch der blieb seiner Linie treu: keine Gespräche mit Vertretern der DDR!

Das MfS macht einen Plan – Mann soll zurückkommen

Um Dietmar Mann zu einer Rückkehr in die DDR zu bewegen, waren also andere Mittel notwendig. Und dass der Ex-Offizier zurückkehren sollte, daran ließ die politische Führung in Ost-Berlin keinen Zweifel. Für diese Aufgabe zuständig ist fortan die Hauptabteilung I (HA I), Abteilung Äußere Abwehr, Unterabteilung 1 des Ministeriums für Staatssicherheit.

Am 6. November 1986 verfasst die HA I einen umfangreichen Operativplan, auf dem in acht Punkten dargelegt wird, welche Verbindungen aus der DDR heraus zu Dietmar Mann bestehen und wie er, in den Worten

des MfS, «bearbeitet» werden kann.⁴ Zwei mögliche Kontaktkanäle sind dabei Manns Ehefrau Marlies und seine Freundin Christine. Immer noch ein Rätsel für die HA I ist zu diesem Zeitpunkt, wo in der Bundesrepublik sich Dietmar Mann aufhält. Der BND bemüht sich, den Aufenthalt zu verschleiern. Ganze fünf Mal wechselt Dietmar Mann für die Befragungen seine Bleibe, selten ist er länger als drei Wochen am Stück am selben Ort.⁵

Dietmar Mann packt aus – Eingliederung im Westen

Bei den Befragungen offenbart Dietmar Mann alles, was er über die DDR-Grenzsicherung weiß: zur Stationierung der Sowjettruppen im Falle eines Krieges, zur laufenden Umstrukturierung der Grenztruppen, zum Abbau der Splitterminen vom Typ SM-70, zur Zusammenarbeit der Grenztruppen mit dem MfS, über den geplanten Einsatz von Frauen in der Truppe, über gelungene Fluchten im Bereich des II. Bataillons Bonese, über die Dunkelziffer gescheiterter Fluchten, über die Selbstmordrate im Offizierskorps und auch über den Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtlinge.⁶

Am 14. Dezember 1986 sind die Befragungen von Dietmar Mann beim BND im Wesentlichen abgeschlossen. Auf Manns Wunsch hin mietet der BND für den Ex-Offizier ein möbliertes Apartment im Münchner Stadtteil Fürstenried, nur für das Türschild besteht der BND auf den Decknamen «Ulrich Marx». Zu dieser Zeit ist Mann viel in Deutschland unterwegs. Von den Honoraren, die er von den westlichen Geheimdiensten für seine umfangreichen Informationen erhalten hat, kauft er sich einen Ford Capri. Über die Pressestelle des BND wird eine Reihe von Vorträgen bei der Bundeswehr und verschiedenen Verfassungsschutzämtern organisiert. Thema: «Das innere Gefüge der NVA (Nationale Volksarmee, die Red.) und Grenztruppen».⁷

Gemeinsam mit Peter-Joachim Lapp arbeitet er an einer Neuauflage des Buches «Frontdienst im Frieden», einem Standardwerk über die DDR-Grenzsicherung. Auch in den Printmedien taucht Mann häufiger auf, in rascher Folge werden Interviews mit *Quick* und der Zeitung «*Die Welt*» organisiert.

Im März 1987 hat der BND für Dietmar Mann eine Arbeitsstelle bei einem oberbayerischen Sicherheitsunternehmen organisiert, das Objektschutz anbietet. Mann soll nun in einem Lehrgang die Grundlagen für seine neue Arbeit lernen und drückt nun dort täglich die Schulbank.

Der ZOV «Verräter»

Bei der HA I wird seit 1982 der «Zentrale Operative Vorgang» (ZOV) «Verräter» geführt. Im ZOV «Verräter» sind – neben anderen – viele Angehörige der bewaffneten Organe der DDR aufgelistet, die in den Westen geflohen sind.⁸ Ziel des ZOV «Verräter» ist es, die Abtrünnigen zu einer Rückkehr in die DDR zu bewegen, um «den fortwährenden Verrat zu unterbinden». Schwerer als der Verrat von Dienst- und Staatsgeheimnissen wog für das MfS die Tatsache der Flucht selbst. Mit der Zusicherung von Straffreiheit sollen selbst ranghöchste Offiziere wie Oberstleutnant Dietmar Mann zurück in die DDR gelockt werden.⁹

Das sollte nicht nur die westlichen Geheimdienste verunsichern, sondern auch Fluchtwillige in den bewaffneten Organen der DDR entmutigen. Die Botschaft lautete: Eine Flucht ist sinnlos, am Ende kehren die Flüchtlinge doch wieder reumütig zurück.¹⁰

Jede Person im ZOV »Verräter« wurde von der HA I in einem eigenen Teilvorgang (TV) geführt, für den sich die Bearbeiter einen abwertenden Namen ausgedacht hatten. Für Dietmar Mann wurde von der HA I, Abteilung Äußere Abwehr, Unterabteilung 1, der Teilvorgang «Schabe» eröffnet, die Bezeichnung für ein Ungeziefer, die in der Hunderte von Seiten umfassenden Akte von nun an fast ausnahmslos für den Ex-Offizier verwendet wird.

Der Plan geht auf

Die Hauptrolle im «Operativplan» spielen die beiden Frauen, die Mann in der DDR zurückgelassen hat. Marlies, inzwischen von ihm geschieden, und seine Freundin Christine werden von der HA I als sogenannte Rückverbindungen eingesetzt, um den Kontakt zu halten. Dabei sind den beiden vom MfS unterschiedliche Rollen zugewiesen worden, nachdem sie zur Zusammenarbeit bereit waren.

Christine soll regelmäßigen Kontakt mit Mann halten und vorgeben, an einer gemeinsamen Zukunft interessiert zu sein. Für diese Zukunft schmiedet Dietmar Mann in seinem Münchner Apartment abenteuerliche Pläne. Er erklärt ihr in langen Telefonaten, wie er sich ihre Ausschleusung aus der DDR vorstellt. Mal soll sie über die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin in den Westen kommen, mal direkt mit einem Hubschrauber in der DDR abgeholt werden, mal während eines Bulgarien-Urlaubs in die Türkei übertreten. Wie konkret diese Pläne sind, ob

mit dem BND abgestimmt und vor allem: wie realistisch, bleibt während dieser ganzen Zeit unklar.¹¹ Christine denkt nicht daran, die DDR zu verlassen. Aber sie spielt mit – unter ständiger Anleitung der Mitarbeiter der HA I, die ihr Regieanweisungen für die Telefonate geben.

Eine ganz andere Rolle hat Marlies zugewiesen bekommen. Sie hat nur ganz selten Kontakt mit München, ruft nur an, wenn es um die Kinder und Unterhaltsfragen geht. Dafür soll sie Dietmar Mann Angebote zu einer Rückkehr machen. Am 11. Februar 1987 überbringt sie zum ersten Mal das Angebot des Militäroberstaatsanwalts, bei einer freiwilligen Rückkehr straffrei zu bleiben. Dietmar Mann, der in München unter Einsamkeit leidet und depressive Zustände durchlebt, hört genau zu.

Die DDR hat er mit dem Überklettern des Grenzzauns hinter sich gelassen, in der Bundesrepublik ist er aber nie angekommen. Er hört genau zu, als die Anrufe häufiger werden, als sich neben das Werben um seine Rückkehr auch Drohungen mischen. Die Garantie der Straffreiheit sei nicht unbegrenzt gültig. Am Abend des 10. April klingelt in München wieder das Telefon. Nur wenn Dietmar Mann bis zum 11. April 1987 in die DDR zurückkehre, werde die DDR ihr Versprechen halten.

Mann muss sich sofort entscheiden. Der Ex-Offizier packt seine Sachen, spült noch das Geschirr, nimmt ein Bündel Unterlagen mit, das sich in seinen acht Monaten in der Bundesrepublik angesammelt hat und setzt sich dann in den Ford Capri, um Richtung innerdeutsche Grenze zu fahren.

Verwirrung im Westen

Um 12.54 Uhr am 14. April 1987 läuft eine ADN-Meldung über den Ticker. «Dietmar Mann in die DDR zurückgekehrt». Er habe sich, so die Agenturnachricht reichlich großsprecherisch, der Obhut des Bundesnachrichtendienstes entziehen können und sei mit umfangreichem Material in die DDR zurückgekehrt. Dieses geheimdienstlich relevante Material werde nun umfassend ausgewertet. Dem SED-Parteiorgan «Neues Deutschland» ist Manns Rückkehr am 15. April 1987 sogar eine Notiz auf Seite eins wert.

Für den BND kommt Manns Rückkehr in die DDR vollkommen überraschend. Zwar wurde der Ex-Offizier seit Dezember 1986 nur noch lose betreut, mit Beginn seiner Arbeit bei einem oberbayerischen Sicherheitsunternehmen im März 1987 schien auch seine berufliche Eingliederung geglückt.

Während sich die Bundesregierung in Schweigen hüllt, spekulieren die großen Tageszeitungen darüber, ob Mann tatsächlich freiwillig zurückgekehrt ist oder Opfer einer Entführung wurde.

Neuanfang in Schwedt/Oder

Als Dietmar Mann um 7.47 Uhr am 11. April 1987 mit seinem in München zugelassenen Ford Capri die innerdeutsche Grenze bei Salzwedel passiert, in genau dem Grenzabschnitt, den er zuletzt als Kommandeur befehligt hatte, wird er von den Mitarbeitern der HA I in Empfang genommen. In seinem zweiten Leben in der DDR lässt ihn das MfS keine Minute mehr aus den Augen.

Nun sind es die Mitarbeiter der HA I, die den Rückkehrer Mann über seine sogenannten Verratshandlungen detailliert befragen. Und genauso umfassend und präzise wie der Ex-Offizier beim BND sein Wissen preisgab, diktiert er nun ins Protokoll, was er im Westen verriet. Statt Empörung herrscht bei der HA I große Zufriedenheit über die «wahrheitsgemäßen» Angaben des Dietmar Mann.

Noch während Mann in verschiedenen «konspirativen Objekten» befragt wird, erarbeitet die HA I den Fahrplan für seine Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben der DDR. Eckpfeiler sind eine neue Stelle im VEB Tabakkontor Dresden, Außenstelle Schwedt/Oder und die «Bindung an eine weibliche Person». Die Beziehung zu Christine ist inzwischen auseinandergebrochen. Als kurz darauf eine Kontaktanzeige von Dietmar Mann in der Zeitung erscheint, kommt die HA I auf Ideen: «Suche und Auswahl eines geeigneten weiblichen IM, der auf Grundlage der Annonce von «Schabe» in den TV [Teilvorgang, MS] eingeführt werden kann».¹²

Mann findet auch ohne Zutun des MfS eine Frau, sein Betreuer ist wenige Wochen später zufrieden mit der Entwicklung: «Anfangsschwierigkeiten bei der Gestaltung der Freizeit sind gegenwärtig überwunden. M. lernte über ein Zeitungsinserat eine weibliche Person [...] kennen und prüft gegenwärtig diese Verbindung für eine perspektivische Lebensgemeinschaft.»¹³

Im Juni 1987 kann Dietmar Mann eine Wohnung in der Altstadt von Schwedt/Oder beziehen, die über die dortige MfS-Kreisdienststelle organisiert wurde. Die erste Besichtigung der neuen Wohnung findet allerdings ohne den neuen Mieter, dafür mit einem Mitarbeiter der Abteilung 26 statt, um den Einsatz der Maßnahmen 26 -A-, -B- und -D- zu begutachten. Telefonüberwachung, versteckte Mikrofone und Überwachung der Wohnung mit Kameras sind vom ersten Tag an vorgesehen. Zudem aktiviert die HA I zwei Hausbewohner, die bereits früher als Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR (IM) tätig waren und jetzt Dietmar Mann im Auge behalten sollen, darunter der direkte Wohnungsnachbar.¹⁴

Der neue Bewohner ahnt von alledem nichts, als er die Wohnung kurz darauf bezieht. Am 15. Juni 1987 wird auch das Ermittlungsverfahren beim Militäroberstaatsanwalt gegen ihn eingestellt.¹⁵ Für einen Moment verläuft das Leben von Dietmar Mann wieder in ruhigeren Bahnen.

«Es kann eingeschätzt werden, daß sich M. an die ihm erteilten Auflagen weisungsgemäß hält und offen die ihn bewegenden Probleme anspricht. Verstöße diesbezüglich wurden nicht bekannt», berichtet Manns MfS-Betreuer.¹⁶

Mann wird verhaftet

Doch Mitte August 1987 ändert sich urplötzlich die zufriedene Grundstimmung bei der HA I. Mann verschweigt dem Betreuer vom MfS, worüber er mit seiner neuen Freundin in großer Ausführlichkeit spricht: dass er früher Offizier der DDR-Grenztruppen war, dass er in den Westen geflohen ist. Ein klarer Bruch gegen die Abmachung mit dem MfS. Noch etwas anderes lässt alle Alarmglocken bei der HA I schrillen: Mann spekuliert laut darüber, ob es nicht besser wäre, wieder in die Bundesrepublik zu fliehen, er wisse ja, wie es geht. Nur diesmal nicht allein, seine neue Freundin soll mitkommen. Laut genug, dass die Mikrofone, die die Abteilung 26 in Küche, Wohnzimmer und Schlafzimmer installiert hat, alles mithören. Nun schlägt das MfS blitzschnell zu. Am 24. August 1987 wird Dietmar Mann festgenommen.

Das Ermittlungsverfahren wegen Fahnenflucht, unerlaubtem Waffenbesitz und Spionage wird wieder aufgenommen, Dietmar Mann wird von Schwedt/Oder in die Untersuchungshaftanstalt des MfS nach Berlin-Hohenschönhausen gebracht. Dreizehn Monate verbringt er dort, bevor im September 1988 die Hauptverhandlung vor dem Militärobergericht Berlin beginnt. Mann muss nach dem Strafgesetzbuch (StGB) der DDR damit rechnen, mehrere Jahre im Gefängnis zu bleiben, der Militärstaatsanwalt fordert acht Jahre Haft.¹⁷

Doch im Hintergrund tüfelt die HA I schon wieder an einem Plan zur Wiedereingliederung ins gesellschaftliche Leben, zum zweiten Mal. Dieselben MfS-Offiziere, die dafür gesorgt haben, dass Mann für 13 Monate in Untersuchungshaft saß, planen nun seine Zukunft; indes mit altbekannten Rezepten: Eine neue Arbeitsstelle, diesmal im VEB Fleischkombinat Eisenhüttenstadt, und eine Frau sollen ihn binden.

Zunächst findet noch vom 12. bis zum 16. September 1988 die Hauptverhandlung statt. Das Urteil steht schon Wochen vorher mit Zustimmung

des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, fest: vier Jahre Freiheitsentzug und eine fünfjährige Bewährungsfrist.¹⁸ Aufgrund der guten Perspektiven und der vorangegangenen Untersuchungshaft bestehe kein Haftgrund mehr. Für ihn überraschend wird Dietmar Mann am 23. September 1988 freigelassen, zwei Tage nach seinem 40. Geburtstag.

Neuanfang in Eisenhüttenstadt

Wie sehr das MfS ihn bei jedem Schritt in seinem Leben begleitet, ist dem Ex-Offizier nach seiner Freilassung nun vollkommen klar. Vor seinem Einzug wird auch die neue Wohnung in Eisenhüttenstadt wieder mit Mikrofonden ausgerüstet, sein Telefon wird abgehört, und bei der Auswahl seiner neuen Wohnung ist für die HA I entscheidend, wie viele Inoffizielle Mitarbeiter im Umfeld der Wohnung aktiviert werden können. Das Netz, das die Staatssicherheit um Dietmar Mann spinnt, ist nun noch dichter als vor seiner Haft. Bis 1993, so der Plan der HA I, soll er unter ständiger Beobachtung leben. Und diesmal tut Mann alles, was sein MfS-Betreuer von ihm verlangt.

Nur mit der Eingliederung in die neue Stelle bei der Wissenschaftlichen Arbeitsorganisation (WAO) im VEB Fleischkombinat läuft es nicht rund. Unentwegt beklagt sich Mann über die reine Büroarbeit und «fühlt sich benachteiligt und gegängelt, will eine neue Tätigkeit aufnehmen, da er mit dem gesamten Kollektiv der Abteilung nicht klar kommt (nur Frauen)».¹⁹ Für einen ehemaligen Berufssoldaten, der in einer reinen Männergesellschaft beruflich aufgewachsen ist, offenbar ein schwerer Kulturschock.

Dietmar Mann macht sich selbst auf die Suche nach einer neuen Stelle, argwöhnisch verfolgt von der HA I, die keinen Alleingang von Mann will. Er darf nur dort arbeiten, wo genug IM platziert sind, die ihn beobachten können. Eine Stelle als Kraftfahrer, wie von ihm gewünscht, scheidet aus; hier wäre er viel zu lange allein unterwegs. Als Mann eine Stelle im VEB Zementwerk findet, ist das MfS einverstanden und notiert bald darauf: «Mit den ihm auferlegten Pflichten hat er sich identifiziert und pflegt kollegiale Kontakte zum Arbeitskollektiv».²⁰

Trotz allen Einsatzes von Abhörtechnik, Kollegen und Nachbarn: Am nächsten steht Dietmar Mann seine neue Freundin. Das will sich das MfS zunutze machen. Mindestens seit Oktober 1988 wird sie daher im IM-Vorlauf «Doro» von der HA I überprüft mit dem Ziel, sie später als IM zu verpflichten. Als die beiden die Hochzeit planen, hält die HA I am 8. Mai 1989 fest: «Insbesondere ist Freude beim IM-Vorlauf erkennbar, der wie

mehrfach eingeschätzt und beurteilt, an geordneten und saubereren familiären Verhältnissen interessiert ist.»²¹ Damit wäre die Überwachung des Dietmar Mann perfekt gewesen. Doch so weit kommt es nicht mehr.

Als am 4. Dezember 1989 der Teilvorgang «Schabe» bei der HA I archiviert wird, taumelt die DDR längst ihrem Untergang entgegen.²²

Anmerkungen

- 1 BArch, B/106/373595, Bl. 16.
- 2 BArch, B/106//373595, Bl. 82.
- 3 Michael Schneider: 57 Stunden im Westen – Flucht und Rückkehr des DDR-Grenzkommandeurs Klaus-Dieter Rauschenbach, in: Deutschland Archiv 7/2011.
- 4 BStU, MfS, HA I, AOP 3508/91, Bd. 18, Bl. 14–18.
- 5 BStU, MfS, HA IX 2586, Bl. 36–37.
- 6 BArch, B 106/373595 Bl. 58–69. 79–91, 123–124.
- 7 BStU, MfS, HA IX 2586, Bl. 38.
- 8 Stephan Wolf: Anatomie der Staatssicherheit: Geschichte, Struktur und Methoden; MfS-Handbuch, Teil III/13, Berlin 2004, S.22.
- 9 ebenda, S. 23.
- 10 BStU, MfS, U 78/89, Bd. 1, Bl. 81–82.
- 11 BStU, MfS, AOP 3512/91, Bd. 2, Bl. 284–286.
- 12 BStU, MfS, AOP 3512/91, Bd. 5, Bl. 272.
- 13 BStU, MfS, AOP 3512/91, Bd. 5, Bl. 315.
- 14 BStU, MfS, AOP 3512/91, Bd. 5, Bl. 187–190.
- 15 BStU, MfS, U 78/89, Bd. 1, Bl. 174.
- 16 BStU, MfS, AOP 3512/91, Bd. 5, Bl. 314.
- 17 BStU, MfS, U 78/89, Bd. 1, Bl. 175.
- 18 BStU, MfS, U 78/89, Bd. 1, Bl. 177–180.
- 19 BStU, MfS, AOP 7278/91, Bd. 1, Bl. 269.
- 20 BStU, MfS, AOP 7278/91, Bd. 1, Bl. 298.
- 21 BStU, MfS, AOP 7278/91, Bd. 1, Bl. 297.
- 22 BStU, MfS, AOP 3512/91, Bd. 8, Bl. 370.



Das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden, Vorplatz mit Besucherinnen und Besuchern, historische Aufnahme.

Christian Sammer

Politik des Unpolitischen. Gesundheits- aufklärung im Global Humanitarian Regime

Als im Herbst 1969 Otto Kunkel (1918–1982) ans Podium schritt, verstummten die geladenen Gäste im Saal der Herbert Art Gallery and Museum in Coventry. Zur Eröffnung der Ausstellung »Der Mensch in seiner Welt« führte der Leiter des Instituts für biologisch-anatomische Unterrichtsmittel und Anschauungsmaterialien im Dresdner Hygiene-Museum (DHMD) aus:

»Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass mit der Nichtaufnahme der DDR in die WHO [Weltgesundheitsorganisation, C.S.] der Sache des Friedens und der Völkerverständigung nicht gedient werden kann. [...]

Es ist aber unser aufrichtigster Wunsch, mit unserer Ausstellung die internationale Zusammenarbeit zu fördern, für die die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch alle Staaten und ihre Aufnahme in alle Organisationen eine wichtige Voraussetzung ist. [...] Das Deutsche Hygiene-Museum will Informationen und Anregungen für eine gesunde Lebensweise geben. Das ist unser Beitrag für die Sache der Gesundheit, für ein Leben in Glück und Frieden in der ganzen Welt.«¹

Vor Kunkel hatten der dortige Museumsdirektor und der Oberbürgermeister der Stadt »die Freunde aus Dresden« willkommen geheißen. Mit der Ausstellung gab sich das Hygiene-Museum weltmännisch, denn in der englischen Version – »Man and his world« – war der Titel identisch mit dem der Weltausstellung 1967 in Montreal. So empfing das Dresdner Museum Ehren durch politische Honoratioren des NATO-Staates auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs.

Und genau auf eine solche internationale Anerkennung des Staates, den das Museum repräsentierte, zielte Kunkel ab.² Dafür setzte das in die Ausstellung einleitende Tafeltriptychon die Gleichrangigkeit beider Staaten – DDR und Vereinigtes Königreich – und ihrer Staatsoberhäupter ins Bild. Das Hygiene-Museum machte in Coventry Politik – mit der Forderung, sich und damit die DDR, in die humanistische und damit vermeintlich unpolitische Fürsorge für die Gesundheit der Weltbevölkerung einreihen zu dürfen.³

Laut Kunkel hatte die DDR durch die Festschreibung des gleichen Rechts auf medizinische Betreuung und gesundheitlichen Schutz das universelle Menschenrecht auf Gesundheit realisiert, das das Ethos der Weltgesundheitsorganisation ausmachte und dessen Adaption die WHO als Voraussetzung für eine Mitgliedschaft einforderte. Kunkel unterstrich in seiner Rede in Coventry, dass die zentrale Wert- und Zielorientierung der Weltgesundheitsorganisation mit der eines sozialistischen Gesundheitswesens übereinstimme: Globale Probleme der Weltgesundheit erzwingen konzertierte, technische und globale Maßnahmen einer Weltgesellschaft im humanistischen Dienste zum Wohl aller. Politische Lagerkämpfe hätten dahinter zurückzutreten.⁴

Das Hygiene-Museum setzte damit 1969 eine außenpolitische Strategie um, die vorrangig zum Ziel hatte, über vordiplomatische Beziehungen und die Aufnahme in internationale Organisationen oder (Fach-)Gesellschaften die internationale Anerkennung der DDR zu erreichen. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens war die Weltgesundheitsorganisation die Spezialorganisation der Vereinten Nationen (UNO), in die die DDR-Regierung aufgenommen werden wollte.⁵

Anerkennungspolitik mit Gesundheitsaufklärung

Schon seit 1949 hatte die DDR-Führung auf die WHO geschielt.⁶ Aber erst gegen Ende der 1950er Jahre entdeckte das Regime die Aufnahme in die UNO und ihre Sonderorganisationen als Ziel einer Anerkennungspolitik, von der sich die SED-Führung auch innere Legitimitätseffekte erhoffte.⁷ Das Ministerium für Gesundheitswesen gab schließlich dem Drängen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR nach und fing 1958 an, das am Hygiene-Museum bestehende WHO-Komitee als Beleg eines ernststen Beitrittswunsches der DDR zur Weltgesundheitsorganisation darzustellen.⁸ Wie die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin und das Deutsche Rote Kreuz der DDR, die Vertreter in das WHO-Komitee entsandten, galt auch das Hygiene-Museum selbst als eine fachkundige Organisation, die sowohl parteipolitisch verlässlich war, als auch als eine Einrichtung präsentiert werden konnte, die vorrangig dem humanistischen Leitbild der Wissenschaft und der Medizin verpflichtet war.⁹ Zur Galionsfigur machte man den Sozialhygieniker und Direktor der Akademie für Sozialhygiene, Arbeitshygiene und Ärztliche Fortbildung, Hermann Redetzky (1901–1978).¹⁰

Parallel zur Etablierung des WHO-Komitees am Hygiene-Museum in Dresden bemühten sich die Gesundheitspolitiker der DDR auch um die Aufnahme in die 1951 als internationales Koordinationsgremium der Gesundheitsaufklärung gegründete International Union for Health Education of the Public (IUHEP). Dessen Satzung sah vor, nur nicht-staatliche Akteure zuzulassen. Demzufolge wurde ein nationales Gremium benötigt, das wie ein zivilgesellschaftliches Gebilde wirkte. Dazu wurde 1961 das Komitee für gesunde Lebensführung und Gesundheitserziehung in der DDR (NKGE) gegründet, dem auch prompt die Aufnahme in die IUHEP gelang.¹¹

Sowohl im WHO-Komitee als auch im NKGE waren Repräsentanten des Hygiene-Museums vertreten. Und in beiden Organen wurde das Dresdner Museum vor allem als ausführendes Organ gesehen, das mit seinen Ausstellungen und Lehrmitteln die Präsenz der DDR im Ausland stärken konnte. Vor diesem Hintergrund bestand das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten auf einer außenpolitischen Anleitung des Hygiene-Museums.¹²

Zum Ende der 1960er Jahre erreichte die Anerkennungspolitik der DDR schließlich ihren Höhepunkt.¹³ Letztendlich hatte das SED-Regime mit der Aufnahme in die UNO und die WHO 1973 zwar Erfolg, die Maximallösung einer Anerkennung ohne deutsch-deutsche Einigung hatte man

aber nicht erreicht. Zuerst mussten die Grundlagenverträge zwischen der Bundesrepublik und der DDR ratifiziert sein, dann erst war an die Aufnahme des sozialistischen Staates in die UNO und die WHO zu denken. Hier hatte sich die Bundesrepublik, konkret Willy Brandt, durchgesetzt und auch die WHO-Administration überzeugt, dass zuerst die deutschlandpolitischen Beziehungen geregelt werden müssten, damit man »nicht zuviel von den ›querelles allemandes‹ in die Arbeit der internationalen Organisationen«¹⁴ überführe. Der französische Ausdruck für verbissene Streitereien in eigentlich banalen Fragen hatte sich in den 1960er Jahren längst zum Sprichwort für die deutschlandpolitischen Überempfindlichkeiten der Bundesrepublik und der DDR entwickelt, auf die international Rücksicht zu nehmen war.

»Man and his world«

Die Ausstellung des Hygiene-Museums »Man and his world« kann beispielhaft dafür stehen, wie eine traditionsreiche »Menschen-Ausstellung«¹⁵ des Hygiene-Museums in diese Strategie der Außenpolitik der DDR um 1970 eingeflochten wurde. Solche Ausstellungen visualisierten sowohl Körper- und Gesundheitswissen als auch die vermeintlichen Vorzüge des sozialistischen Gesundheitsschutzes. Sie wurden nicht nur vor dem Hintergrund der »querelles allemandes« präsentiert, sondern waren auch geprägt von der internationalen Zusammenarbeit.

Seit Februar 1959 bestand eine Städtepartnerschaft zwischen Coventry und Dresden, die auf der erinnerungskulturellen Betonung der gemeinsamen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg aufbaute. Otto Kunkel hatte als Sekretär des entsprechenden Freundschaftskomitees Kontakte nach Coventry aufgebaut. 1965 hatte er bereits dessen Ausstellung »Leben in Dresden« in die West Midlands begleitet, die über die Darstellungen des Alltags in der Stadt an der Elbe in erster Linie die Rekonstruktionsleistungen des sozialistischen Wieder- und Neuaufbaus veranschaulichte. Vier Jahre später kamen das Hygiene-Museum und die Abteilung Internationale Verbindungen des Ministeriums für Gesundheitswesen darin überein, diese Kontakte zu nutzen, um eine neue Ausstellung »zur Propagierung des sozialistischen Gesundheitsschutzes in kapitalistischen Industrieländern« in England zu präsentieren. Über das Komitee und die Hilfe des Unterhausabgeordneten William Wilson (1918–2010, Labour), so Kunkel in seinem Reisebericht, sei es schließlich geglückt, die Dresdner Ausstellung gegen den Widerstand der konservativen Tories kostenfrei aufzu-

bauen. Das sei als ein herausragender außenpolitischer Erfolg zu werten, da nicht nur gezeigt wurde, »welche großen Anstrengungen der sozialistische Staat auf dem Gebiet des Gesundheitswesens unternimmt«, sondern auch, weil die Staatsflagge der DDR gezeigt und West-Berlin als selbstständige politische Einheit bezeichnet werden konnte.¹⁶

Die Ausstellung »Man and his world«, die in Coventry rund 14 000 Besucher anlockte, war aus dem Objektportfolio des Hygiene-Museums zusammengestellt und ihr Text ins Englische übersetzt worden. Mithilfe von Bild- und Texttafeln, anatomischen Modellen aus Kunststoff, interaktiven Apparaten, Maschinen, mit denen bestimmte physiologische Phänomene wie die Zitterbewegung der Hand demonstriert werden konnten, Nachbildungen von durch Krankheit veränderten Körperteilen aus Wachs (Moulagen) sowie mit dem Schlüsselobjekt der »gläsernen Frau« veranschaulichte »Man and his world« zweierlei: ein anatomisches und physiologisches Grundwissen um den menschlichen Körper und die Bemühungen der DDR, dessen Gesundheit zu fördern.¹⁷

Als narrative Klammer diente ein dialektisches Modell der Gesundheit:¹⁸ Demnach resultierten Krankheiten aus der fehlenden Fähigkeit des Körpers, mit den beständigen Stimuli der Natur umzugehen. Krankheitsverhütende Interventionen seien durch Eingriffe in die miteinander in Wechselwirkung stehenden Umstände und Prozesse möglich. Auf der gesellschaftlichen Ebene habe die DDR, über die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft und des Gesundheitswesens, das Notwendige getan. Die Ausstellungsziele nun auf die individuelle Ebene, indem sie die Besucher motiviere, sich die präsentierten gesundheitsförderlichen Verhaltensweisen anzueignen. Das hieße nicht nur, die individuelle Reaktionsfähigkeit auf die Reize der Umwelt zu verbessern, sondern aus einer gesellschaftlichen »Verantwortung heraus ein gesundes Leben zu führen.« Darüber hinaus solle sich der Einzelne an einer gesundheitsgerechten Gestaltung seiner Welt beteiligen.¹⁹ Darin bestand nun die Werbebotschaft für die DDR, die das Hygiene-Museum 1969 in der Ausstellung in Coventry bebilderte.²⁰

Laut Kunkel sei aber gerade die Rezeption des Teils, der sich mit den Vorzügen des sozialistischen Gesundheitswesens beschäftigte, gering gewesen. Nach seiner Rückkehr berichtete er, dass die Aufmerksamkeit der Besucherinnen und Besucher sich vor allem auf die »Spiel- und Testapparate« und die »gläserne Frau« konzentriert habe. Obwohl dies zulasten der expliziten Propagandafunktion der Ausstellung gegangen sei, zog Kunkel ein positives Fazit, alleine aus dem Umstand der Ausstellung selbst: »Man and his word« habe gezeigt, dass »wir auch in kapitalistischen und NATO-Ländern ausstellen können, wenn wir die richtigen Verbündeten finden.«²¹

Menschen-Ausstellungen in der Welt

Kunkels positive Bewertung der Ausstellung überrascht kaum. Ein negatives Fazit hätte den Nutzen des Hygiene-Museums für das SED-Regime infrage gestellt – und damit auch die großzügige Reisefreiheit, die die politisch zuverlässigen Kader des Museums genossen. Schon kurz nach Kriegsende – 1949 – hatte das Hygiene-Museum wieder Ausstellungen ins Ausland verschickt. Zwar beschränkte die fehlende Anerkennung der DDR die Präsentationsmöglichkeiten, aber sein guter Ruf eröffnete dem Museum gute Chancen auf Ausstellungsbeteiligungen, insbesondere auf internationalen Messen.²² Seit den wirtschaftlichen Krisen der späten 1910er und 1920er Jahre hatte der damalige Leiter des Museums, Georg Seiring (1883–1972), ein Geschäftsmodell etabliert, das die Produktion und den Verkauf von anatomischen Lehrmitteln im Gegenwartsmuseum verankerte.²³ Die eigene kommerzielle Tätigkeit hatte dem Museum als »Hygiene-Konzern«²⁴ bis 1945 eine relative Unabhängigkeit gegenüber seinen primären Finanziers – der Stadt Dresden, dem Land Sachsen und der Reichsregierung – garantiert. Obwohl die Sowjetische Militäradministration (SMAD) bereits 1946 das entsprechende Vereinskonstrukt des Museums aufgelöst hatte, hielten auch die neuen Dienstherren des DHMD im Ministerium für Gesundheitswesen der DDR (und seinen Vorgängerorganisationen) an dem potenziell lukrativen Geschäftsbereich der Lehrmittelproduktion und -distribution fest.

Auf dem internationalen Markt der anatomischen und biologischen Lehrmittel befand sich das Hygiene-Museum jedoch nicht alleine. Sein schärfster Konkurrent war das 1949 von Georg Seiring, dem ehemaligen DHMD-Leiter, gegründete Deutsche Gesundheits-Museum (DGM) in Köln. Ende 1947 war Seiring aber formell wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft entlassen worden und siedelte in die westlichen Besatzungszonen über. Die Kölner Kopie des Dresdner Museums, die vergleichbare Exponate und Lehrmittel präsentierte, brachte die »querelles allemandes« in das Feld der Gesundheits- und Lehrmittelausstellungen.²⁵

Nachdem Kooperations- und Marktaufteilungsabreden zwischen DGM und DHMD Mitte der 1950er Jahre gescheitert waren, drängte das ältere und prestigereichere Hygiene-Museum aus Dresden weltweit offensiv und erfolgreich in die Ausstellungshallen. Nach einigen symbolträchtigen Erfolgen gelang mit der Beteiligung an der 4. Konferenz der IUHEP im Mai 1959 in Düsseldorf schließlich der Coup: Den versammelten internationalen Gesundheitsaufklärern wurden nahezu alle Lehrmittel aus Dresden und zwei kleinere Ausstellungen gezeigt, die in der DDR als

wenig propagandistisch und damit auch im westlichen Ausland als unverfänglich galten.²⁶ Die Bezeichnung der bundesrepublikanischen Vertreter, das Hygiene-Museum betreibe ausschließlich kommunistische Propaganda, verfiel in der IUHEP nicht.²⁷ Die Beteuerungen aus Dresden, dass man zur unpolitischen und humanistischen Arbeit für die Gesundheit der Weltbevölkerung beitrage – sowie entsprechende Zahlungen für die Mitgliedschaft und die Ausstellungsmöglichkeit – hatte die Spitzen des internationalen Gremiums überzeugt.²⁸

Mit den Ausstellungen im Westen wurde das Dresdner Museum vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Direktive einer »außenpolitischen Offensiv-Politik«²⁹ und vom Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung (ab 1967 Ministerium für Außenwirtschaft) den kommerziellen Interessen der DDR unterworfen. In der Bundesrepublik hingegen wurde klar, dass die deutschlandpolitische Strategie der Exklusion auf dem Feld der Gesundheitsaufklärung gescheitert war.³⁰

Die außenpolitische »Offensiv-Politik«, die die staatliche Sorge um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zur Schau stellte, zielte nicht nur auf die Aufnahme in internationale Organisationen. Sie hatte auch die Kooperation mit Staaten zum Ziel, die im Zuge der Dekolonisierung entstanden waren. Das Hygiene-Museum sollte mithelfen, diesen Staaten zu zeigen, dass das sozialistische Modell der Moderne gegenüber dem des »Westens« – nicht zuletzt wegen seiner Gesundheitsfürsorge – leistungsfähiger und moralisch überlegen sei.³¹ Auch hier intensivierte das Hygiene-Museum seinen Einsatz ab Mitte der 1950er Jahre und setzte dieses Engagement bis 1989 fort. Das brachte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Museums beispielsweise 1953 nach China, 1954 nach Indonesien, 1955 nach Syrien und Vietnam, 1957 nach Ägypten und 1960/1961 nach Guinea, Burma und Ghana.³² Mit erheblichem Aufwand passte das Hygiene-Museum seine Ausstellungen den lokalen Gegebenheiten inhaltlich und mit Blick auf die präsentierten Exponate an.³³ Der größte Erfolg gelang 1959 auf der Weltlandwirtschaftsausstellung in Neu-Delhi.

Die Idee, das Spektrum transparenter Ganzkörpermodelle um landwirtschaftliche Nutztiere zu ergänzen, war nicht neu.³⁴ Aber erst 1956 gelang es schließlich, ein »gläsernes Pferd« zu vollenden. In Indien jedoch, so schrieb der für technische Fragen zuständige Mitarbeiter des Hygiene-Museums, würde ein Pferd keine Aufmerksamkeit erregen, der »gläserne Mann« sei mittlerweile bekannt und die »gläserne Frau« aus religiösen Gründen nicht präsentabel. Aber eine Kuh könne vor Ort ein Spektakel werden.³⁵ Und so brachte das Hygiene-Museum drei Jahre später eine »gläserne Kuh« nach

Neu-Delhi. Dies war nicht nur eine Neuheit sondern auch ein Körpermodell, das ein Tier repräsentierte, welches vor Ort als heilig galt und dem der indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru die Ehre erwies – was fotografisch festgehalten werden musste.

Konkurrenz aus der Bundesrepublik

Auch das DGM in Köln setzte auf die Differenzierung seines »gläsernen Produktportfolios«. Doch es entstanden keine Modelle von Nutztieren, sondern Kleinmodelle (Homunkulus), Tänzerinnen und »gläserne Doggen«. ³⁶ Die Idee, den transparenten Tiermodellen aus Dresden etwas Vergleichbares entgegenzusetzen, zum Beispiel ein »gläsernes Schwein«, wies das Museum zurück. Man wolle keine »sowjetzonalen Methoden« kopieren, hieß es im Frühling 1961 zur Begründung. ³⁷

Den Wettbewerb um Ausstellungs- und Präsentationsmöglichkeiten in den neuen Staaten nahm das Kölner Museum rasch an, agierte jedoch deutlich defensiver. Vor allem ging es darum, Unterstützung zu sammeln, um potenzielle Präsenzen des Hygiene-Museums zu unterbinden, zumeist mit dem Mittel der Diskreditierung. ³⁸ Eigene Ausstellungen versuchte man jedoch genauso zu bewerkstelligen. So brachte das DGM nach zähem Ringen um Unterstützung vonseiten des Auswärtigen Amtes 1957 einen »gläsernen Homunkulus« nach Brasilien. Im selben Jahr wurden dem Kaiser von Abessinien, Haile Selassie, zwei »gläserne« Figuren nach einer Ausstellung in Addis Abeba geschenkt. ³⁹ 1963 versuchte das Auswärtige Amt, die Cylonesische Gesellschaft für Tuberkulose-Bekämpfung davon zu überzeugen, die »gläserne« Figur des DGM anstelle der des Hygiene-Museums zu übernehmen. ⁴⁰ 1964 wiederholte sich dies im Irak. Doch der Direktor des anatomischen Instituts der Universität Bagdad erteilte den Bitten des Auswärtigen Amtes eine Absage: Weil solche Exponate und Lehrmittel unpolitisch seien, nehme man gerne Geschenke von beiden deutschen Museen entgegen. ⁴¹ Und von 1961 bis 1963 beteiligte sich das Gesundheits-Museum mit einer Ausstellung zum Körperbau und zur Alltagshygiene mit einem »gläsernen Torso« an einer aus 28 Lastkraftwagen bestehenden Tour bundesrepublikanischer Aussteller durch Zimbabwe, Malawi, Tansania, Ruanda, Burundi, Uganda und Kenia – eine ganze »gläserne« Figur hatte nicht in den Wagen gepasst. In Rücksprache mit dem heutigen Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin in Hamburg hatte man in Köln einen Lastwagen konstruiert, der in ein paar Schritten zu einer Ausstellung aus- und umgebaut werden konnte. Mithilfe der Visualisierung

von Verhütungsmöglichkeiten der »Afrikakrankheiten« (Kwashiorkor, Amöbenruhr, Schlafkrankheit, Malaria) sollte der Wagen die Leistungsfähigkeit und selbstlose Hilfsbereitschaft der Bundesrepublik in Sachen gesundheitlicher Fürsorge dokumentieren.⁴²

Fazit

Die Ausstellungstätigkeit der beiden deutschen Museen war kein Selbstzweck, auch wenn sie unter dem Deckmantel der unpolitischen Sorge um die Gesundheit präsentiert wurde. Die Expertise der Häuser in Köln und Dresden bestand darin, Körper- und Gesundheitswissen mit gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen zu verschmelzen und diese Legierung zu visualisieren. Damit bestand eine politische Dimension insofern, als Ordnungen von Körpern und Gesellschaften in der Veranschaulichung miteinander verbunden wurden: In Lehrmitteln, Exponaten und Ausstellungen wurden Vorstellungen von körperlicher Gesundheit und gesellschaftlicher Ordnung in Deckung und zum Ausdruck gebracht. Die Gesundheitsaufklärung des Hygiene-Museums bebilderte die gesellschaftlichen Bemühungen der DDR zur Verbesserung der Volksgesundheit sowie ihre Wissensgrundlage. Das Museum nutzte seine Ausstellungen, um das System der DDR als humanistischere Sozialordnung darzustellen. Der Wettbewerb um die Geltung als moralisch überlegene Ordnung spielte sich auf internationalen Messen und Großausstellungen ab. Und fast immer waren »gläserne« Figuren dabei. Um die Generosität der DDR zu unterstreichen, wurden sie in allen Ecken der Welt gerne als Staatsgeschenke zurückgelassen – wie dies auch das DGM tat. Eine Figur des ostdeutschen Hygiene-Museums ging 1974 bezeichnenderweise als Willkommensgeschenk der DDR an die WHO in Genf.⁴³

Mit den Visualisierungen der Gesundheitsaufklärung ließ sich hervorragend Politik für beide deutschen Staaten machen. Im Zweifelsfall konnte man sich aber immer auf das vermeintlich Unpolitische und Positive der Bemühungen um Gesundheit zurückfallen lassen. Genau dieses Oszillieren charakterisiert die (deutsch-)deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Kalten Krieg.

Anmerkungen

- 1 Hauptstaatsarchiv Dresden, 13658, TD Nr. 8, 12:17–12:37; 13:19–13:37 und 13:54–14:12 min.
- 2 Zu Otto Kunkel siehe: Hauptstaatsarchiv Dresden, 13658, Nr. 95 (Personalakten).
- 3 Zu Perspektiven der Geschichte des Humanitarismus: Thomas W. Laqueur, Bodies, Details, and the Humanitarian Narrative, in: Lynn Hunt (Hg.), *The New Cultural History*, Berkeley u. a. 1989, S. 176–204; Maria Framke und Joël Glasman, Redaktion der Werkstatt Geschichte, Humanitarismus, Editorial, in: *Werkstatt Geschichte* (2014) 68, S. 3–12.
- 4 Zur konstitutiven Utopie der WHO und den Problemen ihrer Realisierung exemplarisch: Marcolino Gomes Candau, Ten Years of WHO Progress, in: *Public Health Reports* 73 (1958) 5, S. 392–401 und in der Forschungsliteratur: Javed Siddiqi, *World health and world politics*, London 1995; Randall M. Packard, *A history of global health*, Baltimore 2016, S. 105–179; Thomas Zimmer, *Welt ohne Krankheit*, Göttingen 2017.
- 5 Vgl. William Glenn Gray, *Germany's cold war*, Chapel Hill, NC u. a. 2003; Hermann Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989*, München 2007, S. 109–118, 316–318 und 355 f; Mathias Stein, *Der Konflikt um Alleinvertretung und Anerkennung in der UNO*, Göttingen 2011.
- 6 Von Interesse waren hier vor allem die »strittigen Fälle« der Aufnahmeentscheidungen wie Südkorea 1949, Vietnam, Kambodscha, Laos (1950) und die Bundesrepublik (1951). Siehe hierzu: Hauptstaatsarchiv Dresden, 13658, WHO Nr. 1. 1969 wurde dieses Komitee zum Konsultationszentrum ernannt, das zwischen 1987 und bis zu seiner Auflösung als Nationales WHO-Büro des Ministeriums für Gesundheitswesen firmierte.
- 7 Stein, *Alleinvertretung* (Anm. 5), S. 51–90.
- 8 Vgl. Hauptstaatsarchiv Dresden, 13658, WHO Nr. 2.
- 9 Schwaab (MfAA) an Erwin Marcusson (stellvertretender Minister im MfG), 25.4.1958 und Erwin Marcusson, Stellungnahme, 21.5.1958, in: Hauptstaatsarchiv Dresden, 13658, WHO Nr. 3, unpag.
- 10 10 Protokoll des ersten Treffens des Komitees für WHO-Arbeit in der DDR am 30.11.1958, in: ebd.; zu Hermann Redetzky siehe den biografischen Eintrag in: Udo Schagen und Sabine Schleiermacher (Hg.), *100 Jahre Sozialhygiene, Sozialmedizin und Public Health in Deutschland*, Berlin 2005.
- 11 Vgl. Christian Sammer, *Gesunde Menschen machen ... Die deutsch-deutsche Geschichte der Gesundheitsaufklärung, 1945–1967*, Bielefeld 2017, Kap. 5.1. und 6.2.
- 12 Zur Gründung einer Ständigen Kommission für Auslandsausstellungen o. D. (1960), in: *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA)*, MfAA LS-A 393, unpag.; Ordnung über die Arbeit mit nichtkommerziellen Ausstellungen 1963, in: *PA AA*, MfAA A 15803, Bl. 14–19.
- 13 Exemplarisch: Grigory I. Tunkin, *Nach Recht und Gesetz – DDR gehört in die UNO*, in: *Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen*, Karl Dietrich Bracher

- und Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Band 12, 1. Juni bis 30. November 1966, zweiter Halbband, Frankfurt a.M. 1981, S. 1339ff.; Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR zum Recht auf Mitgliedschaft in der DDR, in: Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Karl Dietrich Bracher, Hans-Adolf Jacobsen und Gisela Oberländer (Hg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2, 1. Januar bis 31. Dezember 1968, erster Halbband, Frankfurt a.M. 1987, S. 658f.
- 14 Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem Generaldirektor der WHO Candau, Bonn am 15.12.1970, in: ebd., S. 980–981, hier S. 980.
 - 15 Zum Begriff und der Geschichte solcher Ausstellungen, die »Bau und Funktion der Organe des gesunden Körpers demonstrierten«: Sybilla Nikolow, »Erkenne und prüfe Dich selbst!«, in einer Ausstellungseinheit des Deutschen Hygiene-Museums 1938 in Berlin; Körperleistungsmessungen als objektbezogene Vermittlungspraxis und biopolitische Kontrollmaßnahme, in: Sybilla Nikolow (Hg.), *Erkenne Dich selbst! Strategien der Sichtbarmachung des Körpers im 20. Jahrhundert*, Köln u.a. 2015, S. 227–268, hier S. 228, Anm. 3.
 - 16 Otto Kunkel, Bericht der Reise nach England vom 26. Oktober bis 9. November 1969, 14.11.1969 sowie Otto Kunkel, Reisebericht zur Ausstellung des DHM in der DDR in England, o.D. (Ende 1970), in: Hauptstaatsarchiv Dresden, 13658, Rb/1 Bd. 3, unpag. Die Ausstellung wurde ebenfalls 1970 in Birmingham, Stoke on Trent sowie in Helsinki gezeigt. Weitere Kopien waren in den folgenden Jahren noch in Frankreich (1972), Island (1975), Wien, Lissabon (1976) und Paris (1976/1979), Rom (1979) und Kolumbien (1981) zu sehen.
 - 17 Zur Geschichte der Sichtbarmachungsstrategien des Hygiene-Museums siehe: Nikolow (Hg.), *Erkenne Dich selbst!* (Anm. 15).
 - 18 Vgl. Sammer, *Gesunde Menschen* (Anm. 11), Kap. 3.2 und Anna-Sabine Ernst, »Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus«. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster u. New York 1997, S. 308–332.
 - 19 Siehe hierzu: Fotodokumentation »Man and his world«, Sammlung Deutsches Hygiene-Museum.
 - 20 Vgl. an dieser Stelle auch die einige Jahre zuvor präsentierte Ausstellung »Vom Glück des Menschen« (und ihre Bildtradition): Sarah Goodrum, *A socialist Family of Man*. Rita Maahs' and Karl-Eduard von Schnitzlers' exhibition »Vom Glück des Menschen«, in: *Zeithistorische Forschungen, Studies in Contemporary History* 12 (2015) 2, S. 370–382.
 - 21 Kunkel, Bericht der Reise nach England (Anm. 16) und zur Rezeption der Ausstellung: Otto Kunkel, Reisebericht zur Ausstellung zur Ausstellung des DHM in der DDR in England, o.D. (Ende 1970), beides in: Hauptstaatsarchiv Dresden, Deutsches Hygiene-Museum, 1966–1975 (Anm. 16).
 - 22 Zu den Ausstellungsorten und -daten des Hygiene-Museums siehe: Ulrike Budig, *Formen der Ausstellung am Beispiel des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden*, Leipzig 1994, Anhang.
 - 23 Zu diesem Typus des problemorientierten Fachmuseums aus dem Themenkreis Mensch – Gesundheit – Technik (wie bspw. das Deutsche Museum in München),

- der aus der Volksbildungsbewegung zur Jahrhundertwende hervorging, vgl. Anke te Heesen, Theorien des Museums zur Einführung, Hamburg 2012, S. 91–104.
- 24 Georg Seiring: Protokoll der Sitzung des Vorstands des Deutschen Hygiene-Museums am 29.1.1931, in: Hauptstaatsarchiv Dresden, 13686 Nr. 48, Bl. 1; vgl. ebenso: Thomas Steller, Volksbildungsinstitut und Museumskonzern. Das Deutsche Hygiene-Museum 1912–1930, 2014, <http://d-nb.info/1070371769/34>, letzter Zugriff am 12.12.2017.
- 25 Christian Sammer, »Das Ziel ist das gesunde Leben!«, in: Detlev Brunner, Udo Grashoff und Andreas Kötzing (Hg.), *Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2013, S. 131–145, hier S. 135–138.
- 26 Für eine Präsentation in der Bundesrepublik erschien diese vermeintliche Entpolitisierung ideal, für die Darstellung in der DDR hingegen brachte sie dem Museum die Kritik ein, »ohne politische Note« gewesen zu sein. Sie »hätte so nicht herausgegeben werden dürfen.« Vertrauliche Notiz Walter Axel Friedeberger, o. D. (1958), in: Hauptstaatsarchiv Dresden, 13658, Nr. 58/23, unpag.
- 27 Bspw. Vermerk: Vertretung der Ostzone in der Internationalen Union für GE, 18.6.1958, in: Bundesarchiv (BArch), B 142/397, Bl. 522; Harald Petri, Auftreten des Hygiene-Museums Dresden in der Bundesrepublik Deutschland, 16.6.1959, in: BArch, B310/303, unpag.
- 28 Niederschrift über die Vorstandssitzung des Bundesausschusses für gesundheitliche Volksbelehrung vom 19.3.1959, in: BArch, B 142/398, Bl. 17–28.
- 29 Friedeberger an Schrödel, 29.10.1959, in: BArch, DQ 1/20544, unpag.
- 30 Vgl. zu diesem Abschnitt: Sammer, *Gesunde Menschen* (Anm. 11), Kap. 4.
- 31 Vgl. Hubertus Büschel, *Hilfe zur Selbsthilfe. Deutsche Entwicklungsarbeit in Afrika 1960–1975*, Frankfurt a. M. u. New York 2014, S. 51–68, 85–115; Hubertus Büschel und Daniel Speich Chassé, *Einführung: Entwicklungsarbeit und globale Modernisierungsexpertise*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 41 (2015) 4, S. 535–551; Benjamin Brendel, *Moderne – Macht – Morbid. Dammbau, Gesundheitshilfe und die Konstruktion von Macht im Kontext der Bilharziosebekämpfung im Ägypten der 1960er und frühen 1970er Jahre*, in: *NTM* 25 (2017) 3, S. 349–382, hier S. 352–354, 366 f.
- 32 Vgl. Young-sun Hong, *Cold war Germany, the third world, and the global humanitarian regime*, New York 2015, S. 183–200.
- 33 Zur Adaption von Ausstellungen des Hygiene-Museums an lokale Sprachen oder Kulturen: Berit Bethke, *Bodies on Display. Die Aufbereitung von Körperwissen in transkulturellen Ausstellungsmedien des Deutschen Hygiene-Museums Dresden (1950–1980)*, in: Reiner Keller und Michael Meuser (Hg.), *Körperwissen*, Wiesbaden 2011, S. 249–269.
- 34 Vgl. Klaus Vogel, *The Transparent Man. Some comments on the history of a symbol*, in: Robert Bud, Bernard Finn und Helmuth Trischler (Hg.), *Manifesting medicine. Bodies and machines*, Amsterdam 1999, S. 31–61, hier S. 54f.
- 35 Egon Damme an Walter Axel Friedeberger, 1.1.1956, in: Hauptstaatsarchiv Dresden, 13658, Rb/2 Bd. 1, unpag.
- 36 Christian Sammer, *Durchsichtige Ganzkörpermodelle im Krieg der Systeme*, in: Nikolow, (Hg.), *Erkenne Dich selbst! (Anm. 15)*, S. 179–197.

- 37 Deutscher Städtetag an DGM, 18.1.1961; DGM an Deutschen Städtetag, 7.4.1961, in: BArch, B 142/2018, unpag.
- 38 BArch, B 142/2017 (Bundesministerium für Gesundheitswesen: Beziehungen des Deutschen Gesundheitsmuseums zum Deutschen Hygiene-Museum Dresden), passim.
- 39 PA AA, B 94/131, passim; ebd., B 92/140.
- 40 Ebd., B 95/818.
- 41 Ebd., B 97/104.
- 42 BArch, B 310/126, passim.
- 43 Vgl. Hauptstaatsarchiv Dresden, 13658, Nr. K 50/IfU 22.



Luftbild der in der NS-Zeit errichteten Gebäude des Flughafens Berlin-Tempelhof mit einem Teil des Rollfeldes, 1962.

Stefanie Endlich und Monica Geyler-von Bernus

Flughafen Tempelhof – Berlins »Tor zur Welt« im Kalten Krieg

»Die Rosinenbomber kehren zurück« – so textete *Der Tagesspiegel* am 20. November 2017. Sieben Jahrzehnte nach der Berliner Luftbrücke soll im Juni 2019 der »Big Lift« der West-Alliierten noch einmal auf nostalgische Weise in Szene gesetzt werden. Mit Care-Paketen, Candy-Dropping und mit Schau-Flügen von mindestens vierzig jener DC-3- oder DC-4-Propellermaschinen, die die West-Alliierten für die Versorgung der Bevölkerung in ihren drei eingeschlossenen Berliner Sektoren einsetzten, soll diese historische Meisterleistung anschaulich gewürdigt werden. Der Mythos Luftbrücke, aufs Engste verbunden mit dem Flughafen Tempelhof, existiert auch heute noch. Er verblasst jedoch im Lauf der Zeit, wird von den

Ereignissen der Friedlichen Revolution, der Deutschen Einheit und dem Ende des Kalten Krieges überlagert und ist gerade jüngeren oder zugewanderten Berlinerinnen und Berlinern oft nicht mehr gegenwärtig. Das geplante Reenactment des »Big Lift« soll dazu beitragen, das Ereignis wieder im öffentlichen Gedächtnis zu verankern. Das Tempelhofer Flugfeld allerdings ist als Schauplatz für die Wiedersehens-Tour der »Rosinenbomber« nicht mehr verfügbar. Im Jahr 2010 wurde es in einen Stadtpark umgewandelt und wird seitdem für vielfältige Freizeitaktivitäten genutzt.¹²

Zur Vorgeschichte des Flughafengebäudes

Auch wenn das Thema dieses Beitrags die Bedeutung des Flughafens für West-Berlin ist, soll die erstaunlich wenig bekannte Vorgeschichte kurz erwähnt werden. Gänzlich in Vergessenheit geraten scheint der Vorläufer, der in den Jahren 1924 bis 1929 auf dem Ostteil des Tempelhofer Feldes, in Verlängerung der Lilienthalstraße errichtete »Alte Hafen«. Die moderne, weltstädtische Anlage im Stil der Neuen Sachlichkeit entwickelte sich in kürzester Zeit zum »Luftkreuz Europas« mit dem größten Passagieraufkommen aller europäischen Flughäfen. Von diesem hervorragenden Bauensemble sind nur noch einige Bodenreste, Planungsunterlagen und eine Fülle interessanter Fotos vorhanden. Das jetzige, ab 1936 nach Plänen des Architekten Ernst Sagebiel errichtete »neue« Flughafengebäude wiederum wird von einem Großteil der Berliner Bevölkerung bis heute nicht als nationalsozialistisches, von Hitler selbst für die zukünftige »Welthauptstadt« bestimmtes Projekt wahrgenommen, sondern als genuin West-Berliner Bauwerk, dessen Geschichte erst mit dem Einzug der US-amerikanischen Alliierten und der Luftbrücke begonnen hat.

Tatsächlich weist die nach Hitlers Vorstellungen entworfene bauliche Anlage charakteristische Merkmale nationalsozialistischer Architektur auf.³ Die repräsentative Schauseite zum Stadtraum hin verbirgt das hochmoderne Skelett-Tragwerk aus Stahlbeton hinter ihrer wuchtigen Natursteinverkleidung und starren Fassadengestaltung. Die technisch fortschrittliche freitragende Kragkonstruktion über dem 380 Meter langen, gebogenen Flugsteig zum Flugfeld hin ist dagegen offen sichtbar. Der Flughafenneubau, zur Entstehungszeit das größte Einzelbauwerk der Welt, sollte den Herrschaftsanspruch des NS-Regimes zur Schau stellen und zugleich alle Anforderungen an einen modernen Verkehrsbau erfüllen. Während des Zweiten Weltkriegs kamen die Bauarbeiten zum Erliegen. Der Flugverkehr erfolgte bis zum Kriegsende über den alten Flughafen. Die gesamte Flughafen-Anlage wurde

zum Fliegerhorst erklärt, also zum Militärflugplatz der Luftstreitkräfte. Im alten Flughafen waren Einheiten der Luftwaffe stationiert. Dort, wie auch im Neubau, wurde Rüstungsproduktion betrieben. Hierfür war am Nordrand des Flugfeldes, zwischen dem alten und dem neuen Gebäude, ein großes Zwangsarbeiterlager eingerichtet worden. In 30 Baracken mussten dort 1944 etwa 2 400 Insassen auf engstem Raum leben. Weitere Barackengruppen befanden sich am Ostrand des Feldes. Die auf dem Tempelhofer Feld untergebrachten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter kamen vor allem aus Polen, aus der Tschechoslowakei und ab 1942 aus der Sowjetunion; unter ihnen waren viele Kriegsgefangene. Im Flugsteig und in den riesigen Hallen des Neubaus wurden Kriegsflugzeuge repariert, Funkabwehrgeräte montiert und das Sturzkampf-Flugzeug (»Stuka«) JU 87 produziert.

Situation bei Kriegsende

Ende April 1945 erreichte die Rote Armee den Berliner Bezirk Tempelhof und nahm das Flughafengelände in Besitz. Soldaten brachten auf dem Dach des Empfangsgebäudes die Fahne der Sowjetunion an. Sie begannen mit der Sicherung und Instandsetzung des Gebäudes und nutzten das Areal für ihren Flugverkehr. Am 8. Mai landeten hier die Repräsentanten der West-Alliierten, Luftmarschall Tedder und General Latre de Tassigny, begrüßt vom sowjetischen Oberkommandierenden Marschall Schukow, um im Offizierskasino Karlshorst, dem heutigen Deutsch-Russischen Museum, die Kapitulationsunterzeichnung der Spitze des deutschen Militärs formell entgegenzunehmen. Wenige Minuten nach ihnen landeten auch die deutschen Militärs in einem Flugzeug der US-Luftwaffe, das sie aus Flensburg abgeholt hatte.⁴

Trotz zahlreicher Bombenangriffe war der Flughafenneubau weitgehend intakt geblieben. Der alte Flughafen hingegen wurde schwer beschädigt; auch die Baracken des Zwangsarbeiterlagers wurden fast vollständig zerstört. An der Neubau-Anlage waren kriegsbedingt viele Elemente der ursprünglichen Planung nicht mehr ausgeführt worden. Von der städtebaulichen Gesamtanlage wurde der Vorplatz mit den Rundbauten nur ansatzweise realisiert. Ungebaut blieb zudem die geplante Kaskaden-Architektur, die axial vom Vorplatz zum damals völkisch überhöhten Kreuzberg-Denkmal von Karl Friedrich Schinkel führen sollte. Unvollendet blieben auch die Treppentürme und die Dach-Tribünen, von denen aus mehr als 80 000 Zuschauerinnen und Zuschauer Schauübungen der Luftwaffe auf dem Flugfeld hätten sehen sollen.

Knapp zwei Monate nach Kriegsende bezogen US-amerikanische Truppen ihren Sektor in Berlin, zu dem auch der Bezirk Tempelhof gehörte. Am 4. Juli, dem amerikanischen Unabhängigkeitstag, übernahmen die US-Streitkräfte offiziell von den Sowjets ihren Sektor im Südwesten Berlins. Flughafen-Neubau und Flugfeld wurden zum streng kontrollierten Luftwaffenstützpunkt der US Army. Statt der Grasbahn, die für ihre schweren Maschinen nicht geeignet war, ließen die Amerikaner zunächst eine Start- und Landebahn aus Lochplatten anlegen.

Berlin-Blockade und Berliner Luftbrücke

Nachdem sich die vier Siegermächte nicht auf eine gemeinsame Währung als Basis für den Wiederaufbau der Besatzungszonen einigen konnten, zerbrach die Anti-Hitler-Koalition. Der Ost-West-Konflikt spitzte sich zu. Als die West-Alliierten am 23. Juni 1948 begannen, in ihren Sektoren die D-Mark einzuführen, sperrten sowjetische Truppen in der Nacht zum 24. Juni die Land- und Wasserwege in die West-Sektoren Berlins. Die West-Alliierten reagierten darauf mit der Entscheidung, die Versorgung per Flugzeug zu organisieren.⁵ US-Militärgouverneur Lucius D. Clay startete die »Operation Vittles« (Operation Verpflegung). Flugzeuge der britischen Alliierten beteiligten sich mit der »Operation Plain Fare« (Operation Hausmannskost), Frankreich mit dem Ausbau des Flughafens Tegel, der innerhalb von drei Monaten die damals längste Start- und Landebahn Europas erhielt.

Zwischen dem 26. Juni 1948 und dem 6. Oktober 1949 transportieren Flugzeuge in 278 000 Einsätzen mehr als 2,3 Millionen Tonnen Fracht nach West-Berlin: Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs, Kohle, Maschinen, Ausrüstung, darunter auch für das Kraftwerk West. Alle zwei bis drei Minuten landete eine Maschine auf einem der drei Flughäfen. Auf dem Rückweg nahmen die Flugzeuge in West-Berlin hergestellte Produkte mit, Passagiere und auch Produktionsanlagen von Firmen, die ihren Standort verlagern wollten. Die Zuteilung der Lebensmittel und Güter pro Kopf war knapp bemessen. Mit Unterstützung von Verwandten, Freunden und Kollegen aus Ost-Berlin stockten die Berlinerinnen und Berliner – im Rahmen des »kleinen Grenzverkehrs« – ihre Ration auf. Wer konnte, versorgte sich auf dem Schwarzmarkt. Die West-Berliner Bevölkerung stand mehrheitlich auf der Seite der Piloten. Blockade und Luftbrücke trugen wesentlich dazu bei, dass sie die westlichen Besatzungsmächte nun als Schutzmächte betrachteten.

Die Blockade West-Berlins war der erste Höhepunkt des Kalten Krieges. Die Sowjets beendeten sie nach schwierigen Verhandlungen offiziell am 12. Mai 1949. Die Luftbrücke lief noch bis in den Oktober mit bis zu 1 000 Flügen pro Tag, um Vorräte anzulegen für den Fall weiterer Behinderungen im Berlin-Verkehr.

Dass die Luftbrücke auch unmittelbar mit dem Weiterleben von Juden nach dem Zweiten Weltkrieg in Verbindung stand, ist nicht Teil der Luftbrückenlegende und heute weitgehend unbekannt. 5 536 jüdische Männer, Frauen und Kinder flogen im Juli 1948 mit den Transportmaschinen von Tempelhof nach Frankfurt am Main. Berlin war seit Kriegsende Zwischenstation für Zehntausende jüdischer Flüchtlinge aus osteuropäischen Staaten, vor allem aus Polen.⁶ Als Überlebende der Shoah hatten sie seit dem Spätsommer 1945 wegen unzumutbarer Lebensbedingungen und wegen erneuter antisemitischer Anfeindungen nun vor allem aus der polnischen Bevölkerung, besonders im Pogrom von Kielce am 4. Juli 1946, ihre Heimat verlassen und hofften nun, nach Palästina oder in andere Länder auszuwandern. In Berlin fanden sie Aufnahme zunächst in Durchgangslagern der jüdischen Gemeinde, dann in »Displaced Persons (DP)«-Camps der West-Alliierten. In der politisch unsicheren Situation der Blockade ordnete General D. Clay an, diejenigen, die nicht privat zurückbleiben wollten, aus West-Berlin auszufliegen und auf DP-Camps in der US-amerikanischen Besatzungszone in Süddeutschland zu verteilen.

Ein Mythos

Im Lauf der Jahre wurde die Luftbrücke zum Mythos. Sie galt als Beleg für die Zuverlässigkeit und Stärke der Schutzmacht USA, die auf den Durchhaltewillen der Bevölkerung angesichts kommunistischer Bedrohung bauen konnte, wie ihn Ernst Reuter am 9. September 1948 vor dem Reichstagsgebäude in seiner berühmten Rede beschworen hatte. Sie hatte den West-Berlinerinnen und -Berlinern die Gelegenheit gegeben, sich als »Vorposten der Freiheit«⁷ zu verstehen, bereit, unerschrocken und unbeirrbar ihr Schicksal als Frontstadtbewohner zu meistern.

1951 errichtete der Senat von West-Berlin als Zeichen der deutsch-amerikanischen Freundschaft, auch zum Gedenken an die Todesopfer der Flugunfälle, auf dem Platz der Luftbrücke das Luftbrückendenkmal nach einem Entwurf des Architekten Eduard Ludwig. Die 20 Meter hohe Betonskulptur, deren drei gebogene Rippen die drei Luftkorridore zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszonen symbolisieren, war

nicht unerwartet das erste monumentale Kunstwerk im West-Berliner Stadtraum. Das früheste West-Berliner Denkmal für die Opfer des NS-Regimes hingegen, ein kleiner steinerner Quader am Steinplatz, wurde 1953 nicht vom Land Berlin errichtet, sondern vom Bund der Verfolgten des Naziregimes.

Fluchtpunkt Tempelhof

Das unter dem Ansturm der Flüchtlinge 1950 von der Bundesregierung verabschiedete »Notaufnahmegesetz« trat 1952 auch in West-Berlin in Kraft. Danach konnten 80 Prozent der hierher Zugewanderten in die Bundesrepublik ausgeflogen werden, wo sie auf verschiedene Flüchtlingslager verteilt wurden. Der Luftweg war die einzige unkontrollierte Verbindung in die Bundesrepublik; ein Transfer durch das DDR-Gebiet kam nicht in Frage. Bis zum Bau der Mauer 1961 sind so monatlich viele tausend Menschen mit dem Flugzeug von Tempelhof in eine neue Lebensphase gestartet.

Für eine andere Gruppe von Flüchtlingen war Tempelhof nicht Startpunkt, sondern Ziel: Zwischen 1963 und 1983 wurden 13 Flugzeugentführungen aus Ostmitteleuropa dokumentiert. Zeitungen berichteten sogar über knapp zwanzig erfolgreiche Fluchten aus Rumänien, Polen und der damaligen Tschechoslowakei.

Kinderluftbrücke

Mit der sogenannten Kinderluftbrücke flogen in den Jahren 1953 bis 1957 etwa 10 000 Kinder aus bedürftigen Familien in die Bundesrepublik zur Erholung bei Gasteltern oder in Kinderheimen. Hintergrund war die schwierige Nachkriegssituation in West-Berlin mit Wohnungsnot, Unterernährung und dem unablässigen Zustrom von Flüchtlingen. Die Kinderluftbrücke war ein humanitäres Hilfsprojekt, das insbesondere Kindern aus Flüchtlingsfamilien eine unbeschwerte Zeit gewähren sollte, zugleich aber auch ein Mittel der politischen Werbung im Kalten Krieg. Pressebilder von Abschieds- und Empfangszeremonien mit führenden Politikern und alliierten Offizieren sollten im In- und Ausland auf die besondere Problematik der Inselstadt aufmerksam machen. Unter dem Motto Kinderluftbrücke zogen die Initiatoren eine Verbindungslinie zur Luftbrücke von 1948/49, während der die Alliierten auch etwa 15 000 Kinder zur Erholung ausgeflogen hatten.

Flughafen der US Air Force und Zivilflughafen

Während der Luftbrücke entstanden in wenigen Monaten eine asphaltierte Landebahn und eine Startbahn, die Anflugbefeuerung und die Flugsicherheitszentrale mit Radarsystemen für die weitreichende Strecken- und die Anflugkontrolle. Bis zum Abzug der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs war der Flughafen Tempelhof Stützpunkt der US-amerikanischen Luftstreitkräfte. Gebäude und Gelände waren in die amerikanische Militärbasis und den Zivilflughafen geteilt.

1950 übergab der amerikanische Hohe Kommissar einen zunächst kleinen Teil des Flughafens an den West-Berliner Senat. Deutsche Piloten waren nicht zugelassen. Die West-Alliierten führten die Flüge durch – mit ihren Fluggesellschaften Pan American Airways (PAA), British European Airways (BEA) und Air France. Bald rangierte der Zivilflughafen Tempelhof vor Frankfurt am Main, Hamburg und Düsseldorf auf Platz eins der deutschen Flughäfen. Ab 1959 durfte die Berliner Flughafen Gesellschaft (BFG) die große Abfertigungshalle nutzen, den Vorhof und die angrenzenden Gebäude. Die östlich davon gelegenen Flächen waren bis zum Abzug der Alliierten im Jahr 1994 dem US-amerikanischen Army Aviation Detachment Berlin vorbehalten. Dazu gehörten auch viele Einrichtungen für die Versorgung, Freizeit und Unterhaltung der Soldaten, zum Beispiel Post und Bank, Bücherei und Läden, Sportstätten und das Kino Columbia Theater. Der US-genutzte Flughafenbereich öffnete sich für die begeisterten Berlinerinnen und Berliner nur einmal im Jahr zum »Tag der offenen Tür«.

Die Flugsicherheitszentrale blieb unter der Aufsicht der amerikanischen Luftstreitkräfte. Neben der Abwicklung des Flugverkehrs hatte die amerikanische Luftwaffe auch luftpolizeiliche Aufgaben. Außerdem gehörte die elektronische Aufklärung zu ihrem Einsatzbereich ebenso wie die Funkaufklärung der Luftstreitkräfte der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Paktes.

Tor zur Welt

Für die West-Berliner Bevölkerung war Tempelhof das Symbol für die unbehinderte Verbindung mit der Bundesrepublik und zugleich ihr von den US-Amerikanern garantiertes »Tor zur Welt«, Schauplatz für Auftritte der einfliegenden Prominenz aus Film, Mode, Pop und Politik. Die Insellage der Halbstadt und der besonders mühevollen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg ließen den Flughafen als Inbegriff großstädti-

schen Lebens erscheinen – mit repräsentativer Halle, modernem Design und internationaler Atmosphäre. Die Inszenierung des Einschwebens, das Öffnen der Flugzeugtür, das Hinabschreiten der Gangway, die Blitzlichtgewitter und die jubelnden Fans gaben der Nüchternheit des West-Berliner Alltags den oft vermissten weltstädtischen »Glamour«.

Im Brennpunkt des öffentlichen Interesses standen die prominenten Filmstars und Regisseure, die jährlich zur Berlinale anreisen, wie Gina Lollobrigida, Sophia Loren, Geraldine Chaplin, Gary Grant, Gregory Peck, Maurice Chevalier und Eddie Constantine. Auf den Fotos jener Jahre ist das Who's who der westlichen Filmwelt bei der Ankunft in Tempelhof versammelt.⁸ Ähnliches gilt für die Prominenten aus der Modewelt. Die in Berlin traditionell verankerte, durch den Nationalsozialismus weitgehend zerstörte Mode- und Haute-Couture-Branche wurde in der Nachkriegszeit gezielt gefördert und fand auf den Gangways und in der Ankunftshalle große Auftritte. Auch Politiker, allerdings insgesamt weniger spektakulär, sowie die Größen des Showgeschäfts und des Rock und Pop prägen die Erinnerung an den Flughafen Tempelhof. Für Filme zum Kalten Krieg war der Flughafen ein spektakulärer Schauplatz. Mit Billy Wilders »Eine auswärtige Affäre« (*A Foreign Affair*, 1948) und »Eins zwei drei« (*One, Two, Three*, 1961) gingen Bilder von Tempelhof in alle Welt. Will Trempers Filmdrama »Die endlose Nacht« (1963) wurde ausschließlich in der großen Abflughalle gedreht.

Entscheidung für Tegel

Die technische, touristische und vor allem die politische Entwicklung brachte Tempelhof aber an seine Grenzen. Bereits 1960 landete Air France mit der »Caravelle« wegen der längeren Piste auf dem Flughafen Tegel. Die dreistrahlige Boeing 727 der PAA und die zweistrahlige BAC 1–11 der BEA flogen weiterhin Tempelhof an. Als sich Düsenmaschinen auch für Urlaubsflüge durchsetzten, zogen die Charterunternehmen um nach Tegel, wo 1974 der Hauptterminal einer neuen Flughafenanlage eröffnet wurde. 1962 hatte der West-Berliner Senat unter dem Eindruck des Mauerbaus den Ausbau des Feldflughafens zum »Düsenhafen« beschlossen. Im selben Jahr hatte die Bundesregierung erstmals Berlin-Flüge mit rund 30 Millionen DM subventioniert. Von 1961 bis 1963 war die Zahl der Flugreisen von und nach Berlin um 50 Prozent gestiegen.

Das Transitabkommen zwischen dem Berliner Senat und der Regierung der DDR brachte ab 1972 ein Ende der schikanösen Kontrollen auf

den Transitstrecken durch die DDR. Jetzt wurden die preiswerteren Auto- und Bahnfahrten wieder attraktiv. Die Fluggastzahlen brachen ein; statt der erwarteten sieben mussten nur etwa vier Millionen Reisende befördert werden. PAN AM und BEA zogen auch mit ihren Linienflügen nach Tegel um. Technische Neuerungen, Umweltbelastungen und die Abhängigkeit des Berlinverkehrs von der politischen Lage brachten 1975 erstmals das Aus für den Innenstadtflyghafen. Die Möglichkeit eines Volksentscheids gab es für Berlin damals noch nicht. Die Presse diskutierte die damalige Entscheidung intensiv. Für Tegel sprachen demnach das gesunkene Passagieraufkommen (*Der Spiegel*) und die Lärmschutzmaßnahmen (*Die Zeit*) und die *Bild*-Zeitung konstatierte: »Tempelhof macht dicht: Bier in Strömen, Hammel am Spieß«. ⁹ Der Zivilflyghafen wurde geschlossen, die Legende aber weitergetragen.

Vom Zivilflyghafen Tempelhof starteten weiterhin Lufttaxis und Shuttledienste, ab 1985 auch Linienflüge nach Paderborn, später dann nach Dortmund und zu weiteren Zielen. Mit der Deutschen Einheit wurde 1990 – erstmals nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – die Lufthoheit an die deutschen Behörden übergeben. Die Fluggastzahlen im Berlin-Verkehr stiegen erneut sprunghaft an, die große Empfangshalle füllte sich wieder mit Leben. Im August 1993 zog nach 48 Jahren militärischer und geheimdienstlicher Präsenz die amerikanische Luftwaffe ab; 1994 löste die US-Armee auch die in Tempelhof stationierte Hubschrauber-Staffel auf. Der letzte Helikopter verließ den Flyghafen in Richtung Alliierten-Museum.

Neue Pläne für Tempelhof

Die kritischen Stimmen gegen den Flugbetrieb in der Innenstadt mehrten sich. Überlegungen zu einem neuen Luftverkehrskonzept mündeten 1996 in dem gemeinsamen Beschluss von Bund, Land Brandenburg und Land Berlin, Schönefeld zum Standort des einzigen internationalen Verkehrs-flyghafens der Region Berlin-Brandenburg zu entwickeln und die Flyghäfen Tempelhof und Tegel endgültig zu schließen.

Ein Volksentscheid am 27. April 2008 über die Offenhaltung Tempelhofs, bei dem das notwendige Quorum von 25 Prozent nicht erreicht wurde, konnte die Entwidmung des Flyghafens nicht verhindern. ¹⁰ Beim Streit in den Medien über Schließung oder Offenhaltung hatte der mit der Nachkriegsbedeutung des Flyghafens verbundene Mythos nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Beide Seiten brachten vor allem pragma-

tische Gründe vor. Die Befürworter des Volksbegehrens, darunter Konzerne und Industrie- und Handelskammer, beschworen einen drohenden wirtschaftlichen Standortnachteil durch die Schließung; der rot-rote Senat hingegen verwies auf die Gefährdung der Berliner Bevölkerung durch den innerstädtischen Flugbetrieb und vor allem auf den geplanten Großflughafen Berlin-Brandenburg.

Während des Verfahrens zum Volksentscheid 2008 hatte Infratest dimap im Auftrag des Rundfunks Berlin-Brandenburg und der Berliner Morgenpost zwei repräsentative Befragungen durchgeführt, eine parallel zur Vorbereitung des Volksbegehrens, die zweite direkt vor dem Volksentscheid. Letztere ergab ein anderes Bild als die öffentliche Debatte. Zur Frage nach den Motiven derer, die die Offenhaltung befürworteten, kam das Institut zu folgendem Ergebnis: »Emotionale und historische Gründe bestimmen die Entscheidung zugunsten Tempelhofs vor allem im Westteil der Stadt (58 Prozent) sowie bei älteren Berlinern (61 Prozent)«, bei weiblichen Wahlberechtigten (mit 60 Prozent) deutlich stärker als bei männlichen (49 Prozent).¹¹

Die Festveranstaltung zur Schließung am 30. Oktober 2008 war mit dem letzten Start eines DC 3-Rosinenbombers und eines Junkers-Oldtimers also durchaus richtig konzipiert. Befürworter wie Gegner standen sich noch einmal mit großen Emotionen gegenüber, gleichzeitig folgte die Berliner Verkehrspolitik anderen Prioritäten. Trotz der unendlich scheinenden Verzögerung bei der Fertigstellung des bereits 1996 beschlossenen und 2006 begonnenen Flughafenbaus Berlin Brandenburg International ist eine Reaktivierung des Flughafens Tempelhof ausgeschlossen.

Doppelte Erinnerung

Was hat es auf sich mit dem »Mythos Tempelhof« und wie hat er sich im Lauf der Zeit verändert? Mythenbildend war in erster Linie die Berliner Luftbrücke, in der Tempelhof – nicht zuletzt durch ausgezeichnete PR-Strategien »der Amerikaner«, durch seine Innenstadtlage und Größe – als Hauptflughafen rezipiert und durch das Luftbrückendenkmal bestätigt wurde. Die Erinnerung an die Luftbrücke stand bis in die 1960er Jahre vor allem für den Kampf gegen die kommunistische »Macht der Finsternis«¹². Die West-Berliner, so das Narrativ, haben in unverbrüchlicher deutsch-amerikanischer Freundschaft »tapfer viele Krisen bestanden, die von Stalin und Ulbricht bedrohte Demokratie verteidigt und der gebeutelten Stadt selbst in aussichtsloser Lage die Treue gehalten«.¹³ Dass West-Berlin nach

den Jahren des Nationalsozialismus wieder auf der »guten« Seite stehen und so die Last der NS-Zeit vermeintlich hinter sich lassen konnte, wie es der Publizist Alfred Grosser beobachtete,¹⁴ trug wesentlich zum Selbstbewusstsein der Bewohnerinnen und Bewohner bei.

Der Flughafen Tempelhof verband zudem die sich nur langsam von den Kriegszerstörungen erholende Stadt mit den Westzonen und dem Rest der Welt. Er ermöglichte die Teilhabe der West-Berliner Bevölkerung am internationalen »Flair« und stand für die Hoffnung der Stadt, wieder Metropole zu werden. Die Teilung Berlins, politische Unsicherheit, Insellage, wirtschaftliche Schwierigkeiten, Wegfall der Absatzmärkte im Umland, Verlagerung von Produktionen und Unternehmenssitzen in die Bundesrepublik, wachsende Abhängigkeit von Subventionen und schließlich der Mauerbau zeichneten das Bild einer eher schwachen Großstadt. Im Spannungsverhältnis zwischen Bedeutungsverlust und dem Bemühen, Glanz zu schaffen, diente der Flughafen als Transmissionsriemen und Projektionsfläche gleichermaßen.

Der Mythos West-Berlins als »Vorposten der Freiheit«, weitergetragen von vielen, die sich mit tiefen Gefühlen an den Mauerbau 1961 und an John F. Kennedys Auftritt vor dem Rathaus Schöneberg 1963 erinnern, blieb allerdings auf Dauer nicht unhinterfragt. Ab den 1960er Jahren wurde die in der Luftbrücke verkörperte Erfolgsgeschichte der deutsch-amerikanischen Freundschaft zunächst von den USA im Zuge ihrer »Politik inszenatorischer Détente« zurückhaltender zelebriert.¹⁵ Später, als sich gerade in West-Berlin die Auseinandersetzungen der Studentenbewegung mit der Staatsmacht in Demonstrationen gegen den Schah-Besuch und den Vietnamkrieg gewaltsam zuspitzten, wurde auch der Mythos Tempelhof kritisch beleuchtet.¹⁶ Mit der Grenzöffnung und der Vereinigung der beiden Stadthälften drohte er, gänzlich zu verblassen. Für viele Ost-Berlinerinnen und -Berliner war das Thema fremd und blieb es auch auf Dauer, trotz regelmäßig gepflegter Veranstaltungen und Jahrestage auf dem Tempelhofer Feld.

Die im Rahmen der Entwicklung und Vermarktung des Areals propagierte »Tempelhofer Freiheit« stieß auf vehemente Ablehnung und wurde stillschweigend zurückgenommen. Bürgergruppen hatten immer stärker auf die NS-Vergangenheit des Ortes aufmerksam gemacht und an die Massenkundgebungen Hitlers zum 1. Mai, an das KZ Columbia, an Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit erinnert. Der »Mythos Tempelhof« hatte die Rolle des Flughafens in der NS-Zeit lange überdeckt. Die Amerikaner hatten mit der Übernahme des Areals, mit der Luftbrücken-Aktion und mit ihrer jahrzehntelangen Präsenz den historischen Ort gewissermaßen

ben umcodiert und neu interpretiert. Nachdem der Flughafen seine Funktion endgültig verloren hat, kann diese Umcodierung rückgängig gemacht werden. Dies geschieht seit einigen Jahren. Insbesondere jüngere und auswärtige Besucherinnen und Besucher betrachten die Vielschichtigkeit des Ortes als sein herausragendes Merkmal. Im Fokus steht die Geschichte des Flughafens in den beiden Etappen, die die gegenwärtige Erinnerungskultur prägen: Nationalsozialismus sowie SED-Diktatur und Kalter Krieg. Tatsächlich ist Tempelhof ein Ort der doppelten Erinnerung. Wie seine Geschichte im Spannungsfeld von Repression und Freiheit vor Ort vermittelt werden kann, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

Anmerkungen

- 1 Gegen die Nachnutzungs- und Bebauungspläne des Berliner Senats wehrte sich eine Bürgerinitiative. In einem Volksentscheid für den Erhalt des Tempelhofer Feldes, für Schutz der Freiflächen und gegen eine Bebauung, sprachen sich im Mai 2014 fast 30 Prozent aller Stimmberechtigten aus.
- 2 Der Beitrag stützt sich in wesentlichen Teilen auf den »Informationspfad zur Geschichte des Tempelhofer Feldes« (ständige Open Air Ausstellung), erarbeitet von Stefanie Endlich, Monica Geyler-von Bernus und Beate Rossié im Auftrag der Tempelhof Projekt GmbH und Grün Berlin GmbH, 2012–2016. Siehe auch www.thf-berlin.de/standortinfos/standortgeschichte/chronik, letzter Zugriff am 6.1.2018.
- 3 Elke Dittrich, *Der Flughafen Tempelhof in Entwurfszeichnungen und Modellen 1935–1944*, Berlin 2008.
- 4 Peter Jahn, *Das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft: Die Kapitulation in Berlin-Karlshorst am 8. Mai 1945*, in: *Museum Berlin-Karlshorst e. V. (Hg.), Erinnerung an einen Krieg*, Berlin 1997, S. 40–44.
- 5 *Zur Luftbrücke (Auswahl)*: Hans Przychowski, *Luftbrücken nach Berlin. Der alliierte Luftverkehr 1945–1990*, Berlin 1996; Frank Schmitz, *Flughafen Tempelhof. Berlins Tor zur Welt*, Berlin, 1997; *Bezirksamt Tempelhof von Berlin (Hg.), Landing on Tempelhof. 75 Jahre Zentralflughafen – 50 Jahre Luftbrücke*, Ausstellungskatalog, Berlin o.J. (1998); Wolfgang J. Huschke, *Die Rosinenbomber: Die Berliner Luftbrücke 1948/49, ihre technischen Voraussetzungen und deren erfolgreiche Umsetzung*, Berlin 2008; Helmut Trotnow (Hg.), *Die Berliner Luftbrücke. Ereignis und Erinnerung*, Berlin 2010; Matthias Heisig, *Flughafen Berlin-Tempelhof. Die amerikanische Geschichte*. Begleitpublikation zur gleichnamigen Ausstellung 2015, für das AlliiertenMuseum herausgegeben von Gundula Bavendamm und Florian Weiß, Berlin 2014.
- 6 Angelika Königseder, *Flucht nach Berlin. Jüdische Displaced Persons 1945–1948*, Berlin 1998.

- 7 Ernst Reuter, Rede vom 9. September 1948, zit. nach: Ernst Reuters Rede am 9. September 1948 vor dem Reichstag, www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/geschichte/artikel.453082.php, letzter Zugriff am 3.1.2018.
- 8 Wolfgang Jacobsen, 50 Jahre Berlinale Internationale Filmfestspiele Berlin, Berlin 2000, S. 11–228.
- 9 Der Spiegel 24 (1974); Die Zeit, 14.2.1975; Bild, 1.9.1975; zit. nach Ulli Kulke, Die Welt, 25.4.2008.
- 10 Der Landesabstimmungsleiter (Hg.), Volksentscheid »Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen!« am 27. April 2008. Endgültiges Ergebnis. Statistischer Bericht B VII 4–1, www.wahlen-berlin.de/historie/abstimmungen/Landeswahlleiterbericht_VE08.pdf, letzter Zugriff am 27.11.2017.
- 11 Infratest dimap, BerlinTREND, November 2007; Infratest dimap, BerlinTREND, April 2008; vgl. auch: Geert Baasen »Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen!« Volksbegehren erfolgreich, Volksentscheid gescheitert, in: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 3 (2008), S. 41–46, www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/aufsaeetze/2008/HZ_200803-04.pdf, letzter Zugriff am 27.11.2017.
- 12 Ernst Reuter, Rede (Anm. 7).
- 13 Krijn Thijs, Der Mauerfall und das verlorene West-Berlin, in: Deutschland Archiv, 12.7.2011, www.bpb.de/53683, letzter Zugriff am 3.1.2018.
- 14 Alfred Grosser, Hauptstadt Berlin: Die Symbolik, die Realität und das Europa der Werte, in: Werner Süß, Ralf Rytlewski (Hg.), Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole, Berlin 1999, S. 251.
- 15 Dominik Geppert, Symbolische Politik. Berliner Konjunktoren der Erinnerung an die Luftbrücke, in: Helmut Trotnow und Bernd von Kostka, Die Berliner Luftbrücke, Berlin 2010, S. 142.
- 16 Vgl. Stefanie Eisenhuth, Leben mit der »Schutzmacht«. Die amerikanische Militärpräsenz in West-Berlin, in: Deutschland Archiv, 1.12.2017, www.bpb.de/260613, letzter Zugriff am 3.1.2018.



Auditorium der SED-Kreisdelegiertenkonferenz in der sogenannten Stahlhalle des Stahl- und Walzwerks in Brandenburg/Havel, Januar 1984.

Sabine Pannen

Die neue Zweiklassengesellschaft – Die Politik der Westöffnung und der innere Zerfall der SED-Parteibasis

Im Herbst 1989 verlor die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) nicht nur ihre Macht. Mit den Massenaustritten vollzog sich auch ihr innerer Zerfall. Dieser von außen scheinbar plötzlich einsetzende, massenhafte Loyalitätsverlust war jedoch Endpunkt einer langen Geschichte des inneren Rückzugs. Die Politik der Westöffnung unter Parteichef Erich Honecker trug wesentlich dazu bei, dass Parteimitglieder von der SED abrückten.¹

Wenn sich im nächsten Jahr der Mauerfall zum 30. Mal jährt, werden erneut Erinnerungsbilder der protestierenden Bürgerrechtler und aufbe-

gehenden Ostdeutschen reaktiviert, die im Schulterschluss eine friedliche Revolution herbeiführten. Zwar wissen wir mittlerweile, dass der Erfolg der Bürgerrechtsbewegung auch der inneren Schwäche der SED geschuldet war.² Dabei stehen jedoch überwiegend die »Betonköpfe« der Spitzenebene und die Machtapparate im Zentrum. Die SED, die schließlich auch Mitgliederpartei war, erscheint als seltsam anachronistischer Machtblock.

Im staatssozialistischen Alltag waren es jedoch ganz wesentlich die einfachen Mitglieder an der Basis der Staatspartei, die millionenfach und jahrzehntelang in den Betrieben und Nachbarschaften im Namen der SED wirkten, als ehrenamtlicher Parteisekretär, als Mitglied des Wohngebietusausschusses des Stadtbezirks oder der Gemeinde, als Wahlhelfer oder als Kampfgruppenmitglied. Sie setzten vor Ort die Politik der Staatspartei um und gegebenenfalls auch durch. Anstatt wie gewohnt für die Parteiführung und ihre Politik einzutreten, verließen sie im Herbst 1989 in Scharen die Partei, zogen sich schweigend und resignierend in ihre Büros oder Wohnungen zurück, oder schlossen sich sogar teilweise den Massendemonstrationen an.

Doch war dieser massenhafte Loyalitätsverlust keine spontane und zwangsläufige Reaktion einer überwiegend opportunistischen Mitgliederschaft. Die Massenausritte können vielmehr als Endpunkt einer langen Geschichte des inneren Rückzugs betrachtet werden. Dieser innere Zerfall der SED-Parteibasis setzte in den 1970er Jahren ein und spitzte sich im Laufe der 1980er Jahre sukzessive zu. Und wie ein genauer Blick zeigt, war es ausgerechnet die Politik der Westöffnung unter Parteichef Erich Honecker, die ganz entschieden zu diesem innerparteilichen Erosionsprozess beitrug.

Die SED-Parteibasis in der staatssozialistischen Gesellschaft

Heute sind die Bilder von SED-Mitgliedern maßgeblich von Moralkategorien bestimmt, denen die Vorstellung zugrunde liegt, dass die Anhänger der Staatspartei Rädchen in einer diktatorischen und perfekt funktionierenden Machtmaschine waren.³ Nicht zuletzt durch die Parteisäuberungen in den frühen 1950er Jahren und ihrer Organisationsverfassung als Partei neuen Typs richtete sich das Augenmerk der Forschung überwiegend auf die Unterdrückung innerparteilicher Kritik und Widerstand. So dominiert das Bild, dass nach der innerparteilichen Herrschaftsdurchsetzung eine lange Phase der Ruhe zwischen Mitgliederschaft und Parteiführung einsetzte, die 1989 scheinbar plötzlich in den Zerfall umschlug.⁴ Versteht

man SED-Mitglieder jedoch nicht nur als machtlose Unterworfenen, sondern auch als eigenständige, soziale Akteure, die sich im sozialen Miteinander am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft als Parteimitglied verhalten mussten, öffnet sich die Perspektive für innerparteiliche Konfliktfelder jenseits von Opposition und deren Ausschaltung.⁵

Denn die SED war keine außerhalb der staatssozialistischen Industriegesellschaft stehende Machtinstitution, sondern mit ihren 2,3 Millionen Mitgliedern tief in ihr verankert.⁶ Jeder sechste Erwachsene in der DDR war im Besitz des SED-Parteibuches. Strukturell hatte die SED einen doppelten Kern: Sie war einerseits eine Pflichtorganisation für die Angehörigen der sozialistischen Dienstklasse und strebte andererseits danach, in der Arbeiterschaft der männlich dominierten Großindustrie verankert zu sein.⁷ Entsprechend gab es zwei Typen von SED-Hochburgen: die Verwaltungszentren in Ost-Berlin und den Bezirksstädten und die Standorte der klassischen Schwerindustrie.⁸ Parteimitglieder waren auch deshalb keine gesellschaftlichen Außenseiter, weil sie überwiegend an ihren Arbeitsstätten organisiert waren, wo sie jeden Montag zu Parteiversammlungen zusammenkamen. Dort standen seit den 1960er Jahren Parteiverfahren selten auf der Tagesordnung und wirkten als Drohkulisse im Hintergrund. Vielmehr waren Parteimitglieder damit befasst, den politischen Standpunkt der SED zu aktuellen Entwicklungen aufzunehmen und Probleme vor Ort zur Sprache zu bringen.⁹ Ihre agitierende und soziale Vermittlerfunktion in den Betrieben und Wohngebieten hatte eine wichtige stabilisierende Funktion für das politische System. Mit der Politik der Westöffnung geriet sie allerdings erheblich ins Wanken.

Westdeutschland als Feindbild, Sehnsuchtsort und materielle Gegenwelt

Die Bundesrepublik war zentrales Feindbild und der Sozialismus beanspruchte gegenüber dem Kapitalismus das bessere und gerechtere Gesellschaftssystem zu sein.¹⁰ Daraus ergab sich für Parteimitglieder die moralische Anforderung, dem Westen zu entsagen. Doch setzte Parteichef Erich Honecker seit den 1970er Jahren auf eine exzessive Sozialpolitik und folgte außenpolitisch dem Kurs der »menschlichen Erleichterungen«. Dies führte zu einer Reihe von politischen Weichenstellungen, die den Westen im staatssozialistischen Alltag präsenter werden ließen.¹¹

Aus Perspektive der Ostdeutschen war Westdeutschland ein Reise- und Sehnsuchtsort, der überwiegend mit dort lebenden Verwandten assoziiert

wurde. Seit 1972 konnten sie Reisen in »dringenden Familienangelegenheiten« auch unterhalb des Rentenalters beantragen.¹² Das galt auch für SED-Mitglieder. Umgekehrt strömten nun auch immer mehr Westdeutsche zu Stippvisiten in die DDR.¹³ Westdeutschland spielte jedoch auch als materielle Gegenwelt eine zunehmend wichtigere Rolle. 1974 wurde der Besitz westdeutscher Währung legalisiert und das Netz von Intershops-Läden ausgebaut. Die vormalige Duty-Free-Kette, wo gegen harte D-Mark Westwaren erworben werden konnte, tauchte nun langsam auch in Wohngebieten auf. Weniger sichtbar als die Intershops war der Geschenkhandel Genex, über den Westwaren und Ostprodukte, die sonst kaum verfügbar waren, gegen D-Mark bestellt werden konnten.¹⁴ Parteimitgliedern war weder der Besitz von D-Mark noch das Shopping verboten.¹⁵

Drei Gruppen mit unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten

Der Zugang zu Westreisen und westdeutscher Währung trennte nicht etwa Parteilose und Parteimitglieder voneinander. Vielmehr zog sich der Riss quer durch die Mitgliederschaft. Zunächst waren da die Profiteure, die zufällig Verwandte im Westen hatten.¹⁶ Daneben existierte eine Gruppe mit eingeschränktem Zugang: Jene, die aufgrund ihrer gehobenen beruflichen Position einen Geheimnistragerstatus hatten, durften keine privaten Westreisen beantragen. Private Kontakte waren jedoch möglich, wenn auch melde- beziehungsweise genehmigungspflichtig.¹⁷ Zuletzt existierte die Gruppe der Ausgeschlossenen, zu denen nicht nur jene zählten, die über keine Westverwandtschaft verfügten. Die Angehörigen der »bewaffneten Organe«, Volkspolizisten, Armeeingehrige aber auch Mitarbeiter der Staatssicherheit und des Innenministeriums, unterlagen einem strengen Westkontakt- und Reiseverbot, das auch Familienangehörige einschloss. Unter den Geheimnisträgern und den Angehörigen bewaffneter Organe war das Parteibuch zwar nicht obligatorisch, jedoch weit verbreitet.¹⁸ Diese unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen zu D-Mark und Westreisen sollten im Laufe der 1980er Jahre soziale Sprengkraft entwickeln und ließen Parteimitglieder von ihrer Vermittlerrolle abrücken.

Die neue Zweiklassengesellschaft

Bald nachdem die ersten Intershops ihre Ladenturen in den Wohngebieten geöffnet hatten, registrierte die Staatssicherheit Verdruss über die

zunehmende Bedeutung des Westgeldes im DDR-Alltag. Im Februar 1977 notierten die Auswertungsoffiziere des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in einem Stimmungsbericht großen Ärger in der Bevölkerung, insbesondere bei jenen, die »einen festen Klassenstandpunkt zu unserem Staat besitzen«. ¹⁹ Hier waren nicht nur die Klagen jener ohne Westverwandtschaft festgehalten, sondern auch der Frust von Geheimnisträgern, Armeeangehörigen, Volkspolizisten und ihren Familienangehörigen. Ohne oder nur mit eingeschränktem Zugang zu den neuen Konsummöglichkeiten fühlten sie sich nun materiell benachteiligt.

Doch hatte die Frustration nicht nur eine materielle, sondern auch eine moralische Dimension. Die wachsende Präsenz und Bedeutung der D-Mark untergrub die Autorität und Glaubwürdigkeit der SED. Dieses moralische Dilemma verdeutlicht etwa die anonyme Eingabe eines langjährigen Parteimitglieds und vermutlich Lehrers an Erich Honecker vom Januar 1980. Verbittert klagte er über die neue Ungleichheit und die Doppelmoral bei Vorgesetzten:

»[...] Haben wir es wirklich so nötig, uns unseren Wohlstand mit der westdeutschen Währung zu erkaufen? [...] Wie kann die Partei und Regierung es zulassen, dass sehr viele staatliche Leiter und Parteifunktionäre ihren Wohlstand durch Währungen des westlichen Auslandes verbessern. [...] Solche Funktionäre sollten unsere Bürger von der Richtigkeit unserer Politik überzeugen und vor allen Dingen Vorbild sein. Kann eine gespaltene Persönlichkeit überzeugend sein? [...]« ²⁰

Offenbar gehörte er zu jenen, die keinen Zugang zur begehrten D-Mark hatten. Doch bestand seine Verbitterung ganz wesentlich darin, dass die wachsende Bedeutung der westlichen Währung die Wertewelt der SED auf den Kopf stellte. Dieses Empfinden musste insbesondere bei jenen Parteimitglieus verbreitet sein, die eng mit dem Feindbild verbunden waren. Auch die Zentrale Parteikontrollkommission registrierte besorgt eine »Sucht nach Devisen« in der Mitgliederschaft. ²¹ Und ganz unabhängig davon auf welcher Seite man in dieser Frage stand: Allein die zentrale Bedeutung, die der D-Mark im Alltag nun zuwuchs, wirkte demoralisierend.

Diese sozial-moralische Problematik spitzte sich im Laufe der 1980er Jahre zu. Während sich die allgemeine Versorgung zunehmend verschlechterte, entwickelte sich die D-Mark sukzessive zur heimlichen Zweitwährung. ²² Im Dezember 1985 hielt die Staatssicherheit in einem Stimmungsbericht fest, dass die Zugangsfrage immer kontroverser und emotionaler

diskutiert wurde. Jede Intershop-Neueröffnung führte mittlerweile zu heftigen, überwiegend ablehnenden Meinungsäußerungen. Parteimitglieder in Großbetrieben und in der staatlichen Verwaltung sowie Militär-angehörige und deren Familienangehörige fühlten sich ohne Zugang zur D-Mark jetzt zu »Menschen zweiter Klasse« herabgestuft.²³

Innerparteiliches Tabuthema

Während sich die Herausbildung einer neuen Zweiklassengesellschaft zum veritablen Konfliktfeld entwickelte, herrschte vonseiten der höheren SED-Instanzen Sprachlosigkeit. Seit 1977 galt der von Erich Honecker verkündete Standpunkt, dass die Intershops keine ständigen Begleiter des Sozialismus seien.²⁴ Doch klammerte das Eingeständnis ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit die zentrale moralische Problematik aus. Schließlich waren die für die Volkswirtschaft wichtigen Devisengeschäfte nicht mit der Politik der Abgrenzung vereinbar.

In den Versammlungszimmern der Betriebe, Behörden oder Forschungsinstitute war die konfliktreiche Zugangsfrage ein Tabuthema. Denn offiziell galt die Vorgabe für SED-Mitglieder in Briefen oder im persönlichen Gespräch mit Verwandten und Bekannten aus Westdeutschland, »die Politik der SED offensiv und wirksam zu erläutern, die antikommunistische Propaganda sowie die friedensgefährdenden Machenschaften des Imperialismus überzeugend zu widerlegen und zu entlarven.«²⁵ Über den Ausgang dieser »Diskussionen« sollten sie anschließend in der Mitgliederversammlung berichten. Doch klagte die Zentrale Parteikontrollkommission, dass Parteimitglieder es regelrecht ablehnten, auf ihre Verwandten agitatorisch einzuwirken. Die meisten umgingen die Anforderung, indem sie angaben, in der Familie nicht über Politik gesprochen zu haben.

Die strengen innerparteilichen Sagbarkeitsregeln des entpolitisierten Parteilebens begannen, angesichts des immer kontroverser diskutierten Konfliktfeldes um den ungleichen Zugang zur D-Mark, brüchig zu werden. Als im Spätsommer 1988 ein neues Wartburg-Modell angekündigt wurde, kam es insbesondere in Industriebetrieben zu regelrechten Wutausbrüchen. Die Preiserhöhung des Fahrzeugs, das nun außerdem mit dem Motor eines westdeutschen Autobauers angetrieben wurde, gab auch der Kontroverse um die ungleichen Zugangsbedingungen zur D-Mark einen Schub. Denn die neue Karosse galt vielen als Symbol für die anziehende soziale Ungleichheit und die zunehmende Abhängigkeit vom Westen. Immer offener, so berichtete das MfS, wurde nun von der Herausbildung

einer Zweiklassengesellschaft gesprochen sowie in Parteiversammlungen der Standpunkt der Parteiführung angezweifelt und sogar abweichende Meinungen zum Ausdruck gebracht.²⁶

Der innere Rückzug der SED-Parteibasis

Auch die Lockerungen der Westreiserestriktionen trugen seit 1985 ganz erheblich zu dieser Entwicklung bei. Auf Weisung Honeckers wurden die Reiseanlässe und damit der Kreis der Reiseberechtigten erweitert.²⁷ Nun zogen die Besuchsreisen von Ost nach West stark an: 1986 reisten bereits über eine halbe Million, 1987 sogar über eine Million.²⁸ Im September 1987 notierten die MfS-Auswertungsoffiziere die massiven innenpolitischen Folgen der Reiselockerungen: Immer mehr DDR-Bürger und auch Parteimitglieder wollten nun eine Reise in den Westen unternehmen und sich selbst von den dortigen Lebensverhältnissen überzeugen. Geheimnisträger wollten sogar ihren Status ablegen, um die Chancen auf eine private Westreise zu erhöhen.²⁹

Die gelockerte Handhabe der Westreiseregulungen führte nicht nur zu einem Akzeptanzverlust der bestehenden Reiserestriktionen. Die Erlebnisberichte der Rückkehrer befeuerten den Diskurs um die schlechte heimische Versorgungslage und es entwickelten sich Zweifel an der Wirtschaftskraft der DDR insgesamt. Die Schilderungen entzogen Parteimitgliedern bei ihrer Vermittlungsarbeit jegliche Basis. Lehrer und Dozenten klagten etwa darüber, dass Jugendliche die Notwendigkeit des Feindbildes und sogar der Mauer in Frage stellten und verneinten. Da sich die Ideologievermittlung immer mehr zum Spießbrutenlauf entwickelte, wuchs der Wunsch, von den Parteiapparaten aller Ebenen überzeugende Argumente zu erhalten. Diese Erwartung wurde jedoch enttäuscht.³⁰ Während es in den Grundorganisationen an der Basis rumorte, wurden die Genossen außerhalb des Parteilebens immer schweigsamer.

Als die Parteiführung im Dezember 1988 mit einer neuen Reiseverordnung die lockere Genehmigungspraxis wieder zurücknahm, konnte sie auch unter Parteimitgliedern keine Zustimmung ernten. Der Schritt zurück zur strengeren Handhabe verlieh dem Unmut nur einen weiteren Schub.³¹ Auch die kleine Gruppe konservativer und überwiegend älterer Parteianhänger an der Basis ging auf Distanz zur Parteiführung. Ihnen widerstrebte die Politik der Westannäherung. Sie erwarteten einen harten Abgrenzungskurs und schlagkräftige Argumente.³²

Fazit: D-Mark und Westreisen als innerparteiliche Erosionsfaktoren

Versteht man einfache Parteimitglieder als soziale Akteure in der staatssozialistischen Gesellschaft, ergibt sich das Bild, dass die 1980er Jahre alles andere als ein ruhiges und stabiles Jahrzehnt waren. Durch die Legalisierung der Westmark, den Ausbau der Intershops und die Lockerung der Westreiserestriktionen verlor die Parteiführung ihre Hoheit über den Zugang zu Ressourcen. Politische Loyalität wurde materiell wie ideell entwertet und SED-Mitglieder waren zunehmend weder fähig noch willens, die janusköpfige Politik der Parteiführung im Alltag zu vertreten. Unter denjenigen, die auch wegen ihres Berufs das Feindbild der SED zu vertreten hatten, führte die Herausbildung einer neuen Zweiklassengesellschaft zu einer regelrechten Sinnkrise. Diese Entwicklung des inneren Rückzugs, die den inneren Zerfall im Herbst 1989 vorbereitete, steht ganz in Kontrast zur mobilisierenden Kraft der SED und ihrer Gesellschaftskonzeption, die in den 1950er und 1960er Jahren von ihr ausging.

Anmerkungen

- 1 Der Text beruht auf den Recherchen zum Buch »Wo ein Genosse ist, da ist die Partei!« Der innere Zerfall der SED-Parteibasis, das im April 2018 erschienen ist.
- 2 Zuletzt Christian Booß, Die gestaute Republik. Missglückter Generationswechsel und Reformstau als Voraussetzungen der Friedlichen Revolution, in: Deutschland Archiv, 11.8.2014, www.bpb.de/189455, letzter Zugriff am 12.3.2018.
- 3 Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, Bonn 2009, S. 39f. A6–69. äre Parteilebens vgl. vgl. angelt es nicht, vgl. ntrast zur mobilisierenden Kraft der SED und ihrer Gesellschaftskonzeption
- 4 Die Phase der Ruhe wurde vereinzelt durch Dissidenten wie Robert Havemann, Peter Ruben oder Rolf Henrich gestört. Vgl. Thomas Klein, Wilfriede Otto und Peter Grieder, Visionen. Repression und Opposition in der SED, Frankfurt (Oder) 1996; auch an Deutungsangebote für den Untergang der DDR mangelt es nicht, vgl. Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow (Hg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999.
- 5 Für diese gesellschaftsgeschichtliche Perspektive auf die SED, d.h. die Staatspartei nicht nur als totalitäre Organisation, sondern auch als soziales in der Gesellschaft verankertes Gebilde zu verstehen, stehen auch folgende Untersuchungen: Andrea Bahr, Parteierrschaft vor Ort. Die SED-Kreisleitung Brandenburg 1961–1989, Berlin 2016; Rüdiger Bergien, Im »Generalstab der Partei«. Organisationskultur und Herrschaftspraxis der SED-Zentrale (1946–1989), Berlin 2017; siehe auch: Rüdiger Bergien und

- Jens Gieseke (Hg.), *Communist Parties Revisited. Socio-Cultural Approaches to Party Rule in the Soviet Bloc, 1956–1991*, New York/Oxford 2018, S. 1–22.
- 6 Vgl. Pannen, »Wo ein Genosse ist, da ist die Partei« (Anm. 1), S. 12–13.
- 7 Im Unterschied zu demokratisch verfassten Parteien in pluralistischen Parteiensystemen werden der SED-Parteibasis jene Mitgliedersegmente zugeordnet, die funktional eine untergeordnete Rolle im politischen System einnahmen. Dazu zählen (Industrie-)Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Rentner, Hausfrauen, Schüler und Studenten. Auch die untere Leitungsebene der sozialistischen Dienstklasse wird zur Parteibasis gezählt, da die SED an ihrer Basis nach dem Produktionsprinzip organisiert war. Vorgesetzte und ihre Mitarbeiter, Lehrer und Schüler, Studenten und Dozenten saßen gemeinsam am Versammlungstisch ihrer Arbeitsstätte und durchlebten gemeinsam das Parteileben. Vgl. Pannen, »Wo ein Genosse ist, da ist die Partei« (Anm. 1), S. 20–22.
- 8 Zu den dominierenden Gruppen in der Mitgliederschaft zählten die Angehörigen des Machtsicherungsapparats mit hauptamtlichen Parteisekretären, Polizei, Militär und Staatssicherheit, die Ideologievermittlungseliten (Gesellschaftswissenschaftler, Lehrer, Journalisten etc.) und die Leitungskader der Industriebetriebe sowie Industriearbeiter. Vgl. Pannen, »Wo ein Genosse ist, da ist die Partei« (Anm. 1), S. 43–46.
- 9 Sabine Pannen, *Behind Closed Doors. The Erosion of SED Party Life in the 1980s*, in: ebd., S. 72–94.
- 10 Martin Sabrow, *Vertrauter Feind, objektiver Gegner, kollegialer Konkurrent. Zum Wandel des Bildes vom »Anderen« in der sozialistischen Legitimationskultur der DDR*, in: Rainer Gries und Silke Satjukow (Hg.), *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*, Leipzig 2004, S. 255–276.
- 11 Andreas Malycha, *Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989*, Berlin 2014; Jens Gieseke, *Die Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitspolitik. Militarisierung und Überwachung als Probleme einer DDR-Sozialgeschichte der Ära Honecker*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003) 11, S. 996–1021.
- 12 Hans-Hermann Hertle, Konrad H. Jarausch und Christoph Kleßmann (Hg.), *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen, Verlauf, Auswirkungen*, Berlin 2002.
- 13 Bis 1979 stieg die Zahl der Reisen Westdeutscher in die DDR und nach Ost-Berlin um 265 Prozent auf 22 Millionen pro Jahr an. Vgl. Gregor Schöllgen, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 3. Aufl., München 2004, S. 119.
- 14 Franka Schneider, *Der Intershop*, in: Martin Sabrow (Hg.), *Erinnerungsorte der DDR*, Bonn 2010, S. 240–252; dies., *Ein Loch im Zaun. Schenken über die Genex Geschenkdienst GmbH*, in: Christian Härtel und Petra Kabus (Hg.), *Das Westpaket*, 2. Aufl. Berlin 2001, S. 193–212; Jonathan Zatin, *The Currency of Socialism. Money and Political Culture in East Germany*, Boston 2007.
- 15 Westdeutschland spielte auch als mediale Ersatzöffentlichkeit eine wachsende Rolle, vgl. Michael Meyen, *Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR*, Berlin 2003, S. 63–68; Franziska Kuschel, *Schwarzähler, Schwarzseher und heimliche Leser. Die DDR und die Westmedien*, Göttingen 2016.

- 16 Auch die relativ kleine Gruppe der Reisekader muss zu den Profiteuren gezählt werden: Technische Spezialisten der Betriebe, Seeleute, Künstler, Sportler aber auch Wissenschaftler reisten dienstlich in den Westen und bezogen ihr Gehalt teils in D-Mark. Vgl. Jens Niederhut, *Die Reisekader. Auswahl und Disziplinierung einer privilegierten Minderheit in der DDR*, Leipzig 2005.
- 17 Über den Geheimnisträgerstatus entschied letztendlich der Arbeitgeber. Vgl. Büro des Politbüros, Festlegung über Geheimnisträger im Staatsapparat, Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 15/73, 10.4.1973, in: SAPMO-BArch, DY 30/9165, o. Bl.
- 18 Jens Gieseke, *Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90*, Berlin 2000, S. 336f. Die Parteimitgliedschaft bei MfS-Mitarbeitern war obligatorisch. Bei Parteilosen handelte es sich um Zivilbeschäftigte und technische Mitarbeiter in Unteroffiziersrängen. Auch bei der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Volkspolizei war in den Offiziersrängen das Parteibuch obligatorisch. Vgl. Stephan Fingerle, *Waffen in Arbeiterhand*, S. 41–47; Thomas Lindenberger, *Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968*, Köln 2003, S. 227.
- 19 Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), Hinweise über Reaktionen verschiedener Bevölkerungskreise der DDR zur Erweiterung des Handelsnetzes der Intershop-Läden und des in diesem Handelsnetz eingesetzten Warensortiments, 17.2.1977, in: BStU, MfS, ZAIG, 4108, Bl. 2–5, hier Bl. 2.
- 20 Anonyme Eingabe eines Lehrers, 22.1.1980, in: BStU, MfS, HA XX 12286, Bl. 64–67, hier Bl. 66.
- 21 Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK), Einschätzung über Auswirkungen des sich ständig verschärfenden internationalen Klassenkampfes und der zugespitzten imperialistischen Konfrontationspolitik auf Parteimitglieder, 7.12.1982, in: SAPMO-BArch, DY 30/11055, Bl. 1–8 und Anlage Bl. 1–8, hier Bl. 6.
- 22 Auch der Umsatz der Intershops wuchs gewaltig und überstieg seit 1985 eine Milliarde D-Mark. Vgl. Zatlin, *The Currency of Socialism* (Anm. 14), S. 253f, 261, 265; siehe auch: Schneider, *Der Intershop* (Anm. 14), S. 245.
- 23 ZAIG, Hinweise auf beachtenswerte Reaktionen der Bevölkerung der DDR, 2.12.1985, in: BStU, MfS, ZAIG, 4158, Bl. 65–79, hier Bl. 76.
- 24 Erich Honecker, *Die sozialistische Revolution in der DDR und ihre Perspektiven*, in: *Neues Deutschland*, 27.9.1977, S. 4.
- 25 ZPKK, Kurzanalyse über einige Probleme aus Parteiverfahren, die wegen parteifeindlicher Handlungen, ideologischer Aufweichungserscheinungen sowie Verletzung der Beschlüsse der Partei auf dem Gebiet des Geheimnisschutzes durchgeführt wurden, 15.5.1975, in: SAPMO-BArch DY 30/15354, Bl. 1–10, hier S. 8–10.
- 26 ZAIG, Weitere Hinweise zur Reaktion der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Pkw »Wartburg 1.3«, 27.10.1988, in: BStU, MfS, ZAIG, 4241, Bl. 8–11.
- 27 Hans Hermann Hertle, *Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989*, Berlin 1996, S. 45–50.
- 28 Ebd.
- 29 Auch Reisekader empfanden so. Vgl. ZAIG, Weitere Hinweise zu Reaktionen der Bevölkerung auf den offiziellen Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED und

Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Honecker, in der BRD, 2. Zusammenfassung, 16.9.1987, in: BStU, MfS, ZAIG, 4229, Bl. 19–29, hier Bl. 21.

30 Ebd.

31 ZAIG, Hinweise zu Reaktionen der Bevölkerung auf die Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland vom 30. November 1988, Berlin, 27.1.1989, in: BStU, MfS, ZAIG, 4246, Bl. 2–11.

32 Pannen, »Wo ein Genosse ist, da ist die Partei« (Anm. 1), S. 244–264; siehe auch Jens Gieseke, The Successive Dissolution of the »Uncivil Society.« Tracking SED Party Members in Opinion Polls and Secret Police Reports, 1969–1989, in: ebd., S. 95–122.

Autorinnen und Autoren

Frank Beier, Dr.; Diplom-Soziologe und Erziehungswissenschaftler an der Technischen Universität Dresden (TUD), Leitung des TUD-Sylber Graduiertenforums, Forschungsschwerpunkte: Biografie-, Bildungs- und Sozialisationsforschung.

Nelly Buntfuß, cand. BA Soziologie; studentische Hilfskraft am Institut für Soziologie der Technischen Universität Chemnitz.

Francesco Di Palma, Dr. phil.; Studium der Geschichts-, Kulturwissenschaften und Linguistik in Bologna und Leipzig, Dozent am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin.

Stefanie Endlich, Prof. Dr.; freiberufliche Publizistin und Ausstellungsmacherin in Berlin, Lehrtätigkeit an der Universität der Künste Berlin seit 1978, Honorarprofessur für Kunst im öffentlichen Raum seit 2003.

Monica Geyley-von Bernus; Diplompädagogin, seit 1991 freie Kuratorin bei Ausstellungen zur Kultur-, Stadt- und Regionalgeschichte, seit 2012 Vorstandsvorsitzende des Berliner Forums für Geschichte und Gegenwart e. V.

Christian Köhne, Dr.; Fachvorsitzender für Geschichte an einem Gymnasium in Kaiserslautern, Arbeit in der Lehrerfortbildung in Rheinland-Pfalz, Ausstellungsarbeit sowie Seminare insbesondere zu (DDR-)Medien und Mediengeschichte.

Michael Kohlstruck, Dr.; Politikwissenschaftler, Antisemitismus- und Rechtsextremismus-Forscher, seit 2002 am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin (Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus).

Michael Lühmann, M. A.; Politikwissenschaftler und Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung und Redakteur der Zeitschrift INDES.

Nicole Malke, BA Soziologie; Masterstudentin am Institut für Soziologie der Technischen Universität Chemnitz.

Sabine Pannen, Dr.; Studium der Neueren und Neuesten Geschichte und Kunstgeschichte in Berlin und Kapstadt, 2017 Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema »Wo ein Genosse ist, da ist die Partei! Der innere Zerfall der SED-Parteibasis 1979–1989«.

Susanne Rippl, PD Dr.; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Technischen Universität Chemnitz, Forschungsinteressen: Rechtsextremismus, Intergruppenkontakte und politische Einstellungen.

Natalie Rödel, cand. BA Soziologie; studentische Hilfskraft am Institut für Soziologie der Technischen Universität Chemnitz.

Christian Sammer, M. A.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ethik, Geschichte und Theorie der Universität Münster und Mitglied der Bielefeld Graduate School in History and Sociology.

Michael Schneider, M. A., Dipl.-Verwaltungswirt; Studium an der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Hof, freier Journalist und Autor.

Maximilian Schochow, Dr.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der Universität Ulm.

Florian Steger, Univ.-Prof. Dr.; Direktor des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der Universität Ulm.

Im Interview

Hasso Spode, Dr.; apl. Professor für Historische Soziologie an der Leibniz-Universität Hannover und Leiter des Historischen Archivs zum Tourismus (HAT) der Technischen Universität Berlin.

Heike Wolter, Dr.; akademische Rätin für Didaktik der Geschichte an der Universität Regensburg, Promotion zur Tourismusgeschichte der DDR in den 1970er und 1980er Jahren.

Bildnachweis

- S. 11: picture alliance/UPI
- S. 21: picture alliance/empics, PA
- S. 32: picture alliance/imageBroker, Mario Hösel
- S. 43: picture alliance/dpa-Zentralbild, Stefan Sauer
- S. 55: picture alliance/ZB-Fotoreport, Hubert Link
- S. 70: Bundesarchiv, Bild 224-015-128-31, Ulutuncok Guenay
- S. 88: picture alliance/ZB-dpa-Report, Rolf-Peter Frischmann
- S. 96: picture alliance/Bildagentur-online/Chapeaux
- S. 105: picture alliance/dpa, Klaus Rose
- S. 114: picture alliance/ZB-dpa, Hendrik Schmidt
- S. 128: picture alliance/ZB-dpa-Zentralbild, Peter Endig
- S. 140: picture alliance/ZB-dpa, Hans Wiedl
- S. 150: picture alliance/arkivi
- S. 163: picture alliance/dpa/A0009_dpa
- S. 176: Stadtmuseum Brandenburg an der Havel



